SPIEGEL SPECIAL

GESCHICHTE



Deutschland € 6,80 · Österreich € 7,20 · Schweiz sfr 13,–

HENKER ALS HEILIGE
Das mörderische Regime der Geheimpolizei

MACHT DER MYTHEN
Wie Präsident Putin die Sowjet-Geschichte verfälscht

PRINTED IN GERMANY

Die Auswirkungen der Russischen Revolution, die Lenins bolschewistische Partei vor 90 Jahren organisierte, haben das vergangene Jahrhundert geprägt wie keine andere politische Umwälzung. Revolutionäre Bewegungen in verschiedenen Teilen der Welt berufen sich auch 16 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion noch immer auf die kommunistische Tradition. Gleichzeitig weist das heutige Russland von Präsident Wladimir Putin Züge auf, die zunehmend an sowjetische Autokratie und Einparteienherrschaft erinnern. SPIEGEL-Redakteure und renommierte Historiker untersuchen Entstehung, Geschichte und Ende eines gigantischen Sozialexperiments, das den Neuen Menschen schaffen wollte und viele Millionen Menschenleben forderte.


Figes


Koenen

Der Brite Orlando Figes, 48, lehrt als Professor in London und erwarb mit Büchern über Russlands Geschichte internationales Ansehen. Er stellt Ursachen, Triebkräfte und Verlauf der Oktoberrevolution dar.

Der Frankfurter Historiker Gerd Koenen, 63, ist unter anderem Autor der Kommunismus-Studie „Utopie der Säuberung" und wurde in diesem Frühjahr für ein Werk über deutsch-russische Beziehungen mit dem „Leipziger Buchpreis zur europäischen Verständigung" ausgezeichnet. Sein Essay unternimmt eine Gesamtbetrachtung der kommunistischen Ära.


Stöver

Der Potsdamer Professor Bernd Stöver, 46, wurde mit einem unlängst veröffentlichten Buch über den Kalten Krieg bekannt; sein Beitrag behandelt die Rolle der imperialen Großmacht Sowjetunion in diesen Jahren.


Scherrer

Jutta Scherrer, 65, Professorin an der Pariser École des hautes etudes en sciences sociales, hat sich mit zahlreichen Veröffentlichungen über russische Kultur und russische Schriftsteller einen Namen gemacht. Sie beschreibt die Tragik der Intelligenzija als Triebkraft und Opfer der Revolution.

Zwei russische Historiker gaben den Redakteuren Christian Neef, 55, und Rainer Traub, 58, die dieses SPECIAL konzipiert haben, bei einem Streitgespräch in Moskau gegensätzliche Auskünfte über das Fortwirken der Russischen Revolution. Wladimir Buldakow, 63, einer der angesehensten Vertreter seines Fachs im heutigen Russland, betont, das „althergebrachte sowjetische Erbe" werde unter Putins Regime „aufpoliert". Dagegen beklagt Michail Gorinow, 51, einst Sekretär eines parteiamtlichen Chefhistorikers, die 1991 erfolgte Auflösung des Sowjetreichs als „Mord an der Sowjetunion" und behauptet kühn: „Genau genommen war das ein antidemokratischer Umsturz."


Traub, Buldakow, Gorinow, Neef

V.O.N.U.: GETTY IMAGES; GALUSCHKA / ULLSTEIN BILD; DAVID BRABYN; PAWEL KASSIN



Voller Spannung und Erotik



Übersetzt von Friedrich Griese
Deutsche Erstausgabe
540 Seiten € 15,–
ISBN 978-3-423-24630-9

Russland 1918. Die Revolution hat gesiegt, die Zarenfamilie wird vom Exekutivkomitee des Urals hingerichtet. Was bleibt, ist ein riesiger Goldschatz …

Ein großer Abenteuerroman, in dem die ganze Schönheit und Grausamkeit Russlands lebendig wird.

www.dtv.de – Ihr Kulturportal

Lenin nach einer Sitzung des 1. All-russischen Erziehungskongresses 1918

6 Lenins Revolution

Die Reformunfähigkeit des Zarismus, das Gemetzel des Ersten Weltkriegs und die Dummheiten demokratischer Politiker halfen dem radikalsten russischen Revolutionär an die Macht - sein Experiment wurde ein Desaster.



122 Gorbatschow am Ende

Er wurde 1985 an die Parteispitze berufen, um zu retten, was zu retten war. Doch sein legendärer Slogan traf vor allem auf ihn selbst zu: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben."

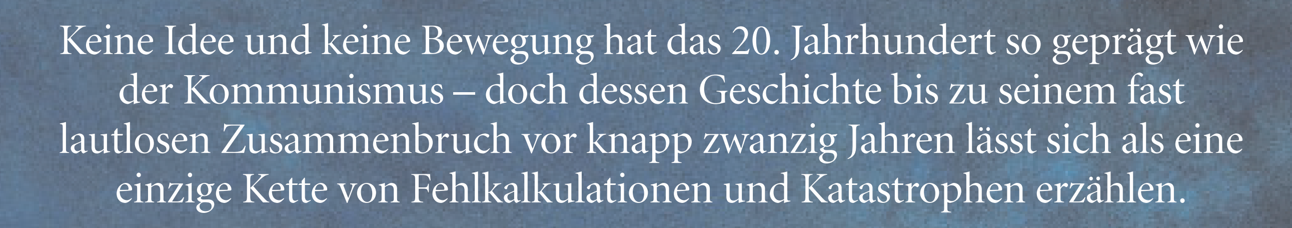


66 Die Tragödie der Intelligenzija

Mitgefühl für das Elend der russischen Bauern machte Teile der russischen Intelligenzija schon im 19. Jahrhundert zu Wegbereitern der Revolution, die nach 1917 von Avantgardisten wie dem Filmregisseur Sergej Eisenstein (Foto: Plakat zu seinem Film „Oktober") gefeiert wurde. Doch gerade die Intelligenzija gehörte dann zu den ersten Opfern der Revolution und litt besonders unter ihr.

TASS (O.); PETER TURNLEY/CORBIS (L.); SWIM INK 2, LLC/CORBIS (R.)

TITELBILD: DPA (2), INTERFOTO (2), ULLSTEIN BILD



Keine Idee und keine Bewegung hat das 20. Jahrhundert so geprägt wie der Kommunismus – doch dessen Geschichte bis zu seinem fast lautlosen Zusammenbruch vor knapp zwanzig Jahren lässt sich als eine einzige Kette von Fehlkalkulationen und Katastrophen erzählen.

DIE ÄRA DER REVOLUTION



DIE ZEITENWENDE
Als Startschuss für eine lichte Zukunft projiziert dieses Diorama den Sturm auf das Winterpalais. Es spiegelt nicht die historische Wirklichkeit wider, sondern die offizielle Version des Umsturzes vom Oktober 1917.

V. BABAILOV / RIA NOVOSTI

Von Gerd Koenen

So wie die Sowjetunion ist noch keine Weltmacht der Geschichte abgetreten. Dabei ist sie weder besiegt noch gestürzt worden, im Gegenteil, der Kollaps kam nach einer mehrjährigen Phase der Entspannung und Abrüstung, im Augenblick des vielleicht tiefsten Friedens, den Europa und die Welt im 20. Jahrhundert gekannt haben. Noch im Sommer 1989 wäre jeder für verrückt erklärt worden, der vorausgesagt hätte, dass die östliche Supermacht und das um sie gescharte „sozialistische Lager" sich binnen drei Jahren ganz einfach auflösen würden. Aber genau so geschah es.

Umso rätselhafter erscheinen im historischen Rückblick die sieben Jahrzehnte des scheinbar unaufhaltsamen Aufstiegs dieser Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Erstanden ist sie aus der Asche des Ersten Weltkriegs, der russischen Revolution von 1917 und des anschließenden Bürgerkriegs. Man könnte die Geschichte dieses Machtstaats neuen Typs sogar als eine einzige, nicht abreißende Kette von Unwahrscheinlichkeiten und Fehlgedanken, Illusionen und Katastrophen erzählen. Und nicht viel anders verhielte es sich mit der von Moskau einst ausgegangenen „kommunistischen Weltbewegung", die immerhin einmal als die größte und tiefgreifendste Massenbewegung des 20. Jahrhunderts erschien, bevor sie ähnlich überstürzt die Bühne verließ.

Eine solche Linie der Betrachtung müsste im Winter 1917 beginnen. Niemand hätte es damals für möglich gehalten, dass die extreme Aktionspartei der Bolschewiki die Staatsmacht, die sie in einem kurzen Moment des Patts und der Erschöpfung aller sozialen und politischen Kräfte in den Hauptstädten Russlands an sich gerissen hatte, für mehr als ein paar Wochen oder Monate würde festhalten können. Nicht einmal die Bolschewiki selbst glaubten das. Schließlich hatte ihr Führer Lenin gerade erst eine kühne, von den eigenen Genossen noch gar nicht verdaute Theorie-Improvisation in die Welt gesetzt: Es sei möglich, so behauptete er, auf Basis der staatlich gelenkten Kriegswirtschaft des alten Regimes direkt zum diktatorisch exekutierten „Kriegskommunismus" eines bolschewistischen Räteregimes überzugehen. Diese Perspektive sprengte alle Kategorien eines noch so radikal formulierten Marxismus ebenso, wie die kaum kaschierte Zusammenarbeit mit dem Kriegsgegner, dem deutschen Kaiserreich, alle Begriffe einer revolutionären Realpolitik überschritt.

Der Griff nach der Staatsmacht im Oktober/November 1917 bedeutete für die Parteigänger Lenins den Aufbruch in ein Niemandsland der Geschichte. Aus ihm gab es kein Zurück. Am ehesten ließ er sich vielleicht mit dem Zug der kleinen Scharen spanischer Conquistadoren ins Herz der unbekannten indianischen Großreiche Südamerikas vergleichen. Der „Kriegskommunismus" war denn auch wenig mehr als ein Euphemismus: eine salbungsvolle Umschreibung der bedingungslosen Ausrichtung aller Produktions- und sonstigen Aktivitäten auf die Erfordernisse eines Bürgerkriegs. Den eröffneten die Bolschewiki offensiv, den trieben sie mit allen Mitteln von Konfiskation, Aushungerung, Zwangsarbeit, Geiselnahme und Massenterror voran.

Die Resultate ihres Siegs nach drei Bürgerkriegsjahren waren rundum desaströs. Die materielle Produktion war auf einen Bruchteil der Vorkriegsziffern gesunken, das Land in den primitiven Naturaltausch zurückgefallen. Nach einer letzten Serie „konterrevolutionärer" Streiks waren die großen Fabrikzentren großteils aufgelöst, geplündert und stillgelegt. Wie Lenin in einer schneidenden Replik auf die parteiinterne „Arbeiteropposition" 1921 feststellte, gab es in Russland überhaupt keine Arbeiter mehr. Sie selbst, die Bolschewiki, waren jetzt eben die „führende Klasse". Aber auch eine Überschüsse produzierende Bauernschaft gab es kaum noch, so wenig wie regulär arbeitende Handwerker und Händler. Die glänzende Metropole St. Petersburg, die jetzt Petrograd hieß, bevor sie 1924 zu Leningrad wurde, war Anfang der zwanziger Jahre ähnlich entvölkert und verlassen wie Phnom Penh nach dem Sturm der Roten Khmer Mitte der siebziger Jahre. Und die Zahl der Opfer des Bürgerkriegs und der Hungersnot überstieg die des Weltkriegs bei weitem. Aber gerade inmitten dieses Chaos konsolidierten die Bolschewiki ihre Macht.

Noch „unwahrscheinlicher" war freilich die Tatsache, dass die mit drakonischer Härte neuformierte Rote Arbeiter-und-Bauern-Armee den Bürgerkrieg gewann. Es gelang ihr, in einer Kette von Feldzügen bis 1922/23 die meisten der abgefallenen, in selbständige Republiken verwandelten Gebiete der Ukraine, des Kaukasus und Zentralasiens zurückzuerobern. Dabei hätte niemand in der Welt einen Cent



TRÜMMER EINER EPOCHE
Nur noch als Kinderspielzeug diente 1991 das gestürzte Monument des sowjetischen Staatsgründers Lenin in Litauens Hauptstadt Vilnius – eines von zahllosen seiner Art in der früheren UdSSR.

CORBIS SYGMA

GERD KOENEN,
63, wurde mit Büchern wie „Das rote Jahrzehnt" und „Utopie der Säuberung" bekannt. Für die Studie „Der Russland-Komplex" wurde der Historiker und Essayist 2007 mit dem „Leipziger Buchpreis zur europäischen Verständigung" ausgezeichnet.



unter die Diktatur und Zensur der Partei gestellt. Ein so totales Monopol einer Partei auf die Lebensgestaltung aller gesellschaftlichen Subjekte hatte es noch nie und nirgends in der Geschichte gegeben.

Diese 1929 eingeleitete Politik der Kollektivierung und Gleichschaltung bedeutete einen von oben entfesselten, zweiten Bürgerkrieg, dessen sozialökonomische Folgen abermals verheerend waren: ein über Jahre dauernder Kollaps der agrarischen Produktion durch die Vernichtung des Bauerntums und der ländlichen Welt des alten Russland sowie seiner ukrainischen, jüdischen und muslimischen Grenzgebiete; die Einebnung fast aller historisch gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen und Arbeitsteilungen; der erneute Tod von Millionen Menschen durch Terror, Zwangsarbeit, Deportation, Hunger, Krankheit, Verzweiflung. Aber so wie es Lenin gelungen war, gerade im Chaos des ersten Bürgerkriegs einen eisern zusammengeschmiedeten neuen Machtapparat zu formen, so gelang es Stalin im blutigen Morast der Kollektivierung, einen neuen, weit überdimensionierten militärisch-industriellen Komplex und Staatsmoloch aus dem Boden zu stampfen.

★

Die Motive dieser gewaltsamen Neuformierung lagen vorwiegend im Inneren, weniger im Äußeren, und schon gar nicht im Aufstieg der faschistischen Mächte. Mit Mussolinis Italien befand die Sowjetunion sich im besten Einvernehmen. Und die Machteroberung der Nationalsozialisten in Deutschland wurde anfangs mit bemerkenswerter Neutralität verfolgt, solange sich die „imperialistischen Widersprüche“ verschärften. Die 1935 erfolgte Umstellung der von Moskau dirigierten Kommunistischen Internationale auf eine Politik der antifaschistischen „Volksfront“ und „kollektiven Sicherheit“ gehorchte rein taktischen Erwägungen und wurde bereits Ende 1938 stillschweigend wieder revidiert. Der überfallartig abgeschlossene Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939, mit dem der Zweite Weltkrieg eröffnet wurde, traf jedenfalls weder in Moskau noch in Berlin auf Hindernisse prinzipieller Art.

In krassem Gegensatz zu diesen kaltblütigen Schachzügen auf der Weltbühne stand der paranoide Verfolgungswahn, der den engeren Stalinschen Machtzirkel in den dreißiger Jahren infiltriert hatte. Er war vom berechtigten Gefühl bestimmt, dass all die totale Macht auf sozialen Treibsand gebaut war. Die Art und Weise jedenfalls, wie die herrschende Partei in den Jahren des Großen Terrors von 1934 bis 1939 sich selbst und ihren aktiven Funktionärskader zerfleischte, gehörte zu den „unwahrscheinlichsten“ Seiten des Aufstiegs zur Weltmacht.

Die Kerngruppe um Stalin vernichtete nicht nur die komplette alte Garde der Leninschen Oktoberrevolutionäre, die in Schauprozessen „gestehen“ mussten, Verräter und Agenten im Dienste des deutschen, japanischen, britischen, französischen oder polnischen Imperialismus zu sein. Auch die Helden der eigenen Stalinschen Kollektivierungsrevolution wurden zu einem großen Teil verhaftet, gefoltert und ermordet. Zu ihnen gehörte die Mehrheit des 1934 gewählten neuen Zentralkomitees, der leitenden Funktionäre in den Ministerien, der frischgebackenen Industriemanager und Ingenieure, der jungen Kolchosvorsitzenden und Agrartechniker, der roten

oder eine Kopeke darauf verwettet, dass das Russische Vielvölkerreich – anders das untergegangene Habsburger Reich oder das zerfallene Osmanische Reich – wieder in einen zentralisierten Staatsverband zurückzubringen wäre. Doch die Bolschewiki schafften es tatsächlich, den Kern des alten Imperiums wiederherzustellen. So vollbrachten sie, wie nationalistische Emigranten neidvoll anerkannten, „mit roten Händen die Sache der Weißen“.

Allerdings waren sie weit davon entfernt, dieses gewaltsam zusammengeflickte Riesenreich auch wirklich zu beherrschen und zu durchdringen. Noch weniger waren sie in der Lage, die vitale „Anarchie der Kleinproduzenten“ ihrem Kommando zu unterwerfen, die im Zuge der 1921 hastig eingeführten „Neuen Ökonomischen Politik“ zu einer kräftigen wirtschaftlichen Erholung geführt hatte. Gerade deshalb rüsteten sie Ende der zwanziger Jahre unter Führung Stalins zu einem neuen Feldzug, der einem noch „unwahrscheinlicheren“ Ziel diente: nämlich der totalen Kollektivierung aller agrarischen und industriellen Produktion im Rahmen zentraler „Fünfjahrpläne“ sowie der Ersetzung jeglichen freien Handels durch ein System staatlicher Versorgung und Zuteilung. Parallel dazu wurden auch die letzten Äußerungen kultureller Eigenständigkeit und geistiger Unabhängigkeit, von der Religion bis zur Kunst, in einer wilden „kulturrevolutionären“ Kampagne

Ein so totales Monopol einer Partei auf die Lebensgestaltung aller gesellschaftlichen Subjekte hatte es noch nie in der Geschichte gegeben.

Professoren und Akademiker. Noch verheerender war der Schlag gegen die Generalität und das Offizierskorps der Armee, deren Angehörige zu Zehntausenden verhaftet und erschossen wurden.

Und selbst die führenden Kader des Geheimdienstes und des Justizapparats, die dieses Blutbad organisiert hatten, wurden immer wieder durch frischrekrutierte jugendliche Nachrücker ersetzt und in die Erschießungskeller mitten in Moskau geschleppt, die sie selbst errichtet hatten. Für ein solches Massaker in Friedenszeiten gab und gibt es keinerlei historische Präzedenz. Und es ist eine bis heute nicht zu beantwortende Frage, wie ein Staats- und Gemeinwesen einen solchen monströsen „Blutaustausch" (Stalin) seines eigenen Personals überhaupt überleben kann.

Mit und neben diesen treuen Dienern der Macht starben Hunderttausende ehemaliger Bürger und Bauern, Offiziere und Beamte, die vor Massengräbern an der Peripherie der großen Städte erschossen wurden. Sie alle galten als „gewesene Menschen" und wurden nach Quoten verhaftet. Darüber hinaus wurden Millionen willkürlich ausgesonderter „Volksfeinde" einer Armee von Sklavenarbeitern eingegliedert. Dieser „Archipel Gulag" war freilich nur der zugespitzte Ausdruck allgemeiner Staatssklaverei, wie sie sozialistische Staaten in ihrer totalitären Formationsphase immer wieder praktiziert haben – in einem Geisterland wie Nordkorea bis heute.

★

Zu den Opfern des Großen Terrors der späten dreißiger Jahre gehörten auch Zehntausende in die Sowjetunion emigrierter Nazi-Gegner, spanischer Bürgerkriegskämpfer und exilierter ausländischer Parteiführer und Mitarbeiter der Internationale. Kurzum: die Blüte der um das rote Moskau gescharten kommunistischen Weltbewegung. Das ergänzte sich mit einem neuartigen Massenterror gegen „feindliche Nationalitäten" im Inneren der Sowjetunion: gegen Polen, Deutsche, Finnen, Esten, Koreaner, Griechen, Türken und so weiter – gegen alle, die ein „fremdes Vaterland" außerhalb der Grenzen der UdSSR hatten. Das Mutterland des „proletarischen Internationalismus" – in dem es der neuen Verfassung von 1936 zufolge keine Klassen mehr gab und alle Nationalitäten gleichberechtigt waren – verwandelte sich immer mehr in einen Hexenkessel der Xenophobie und der ethnischen Säuberungen. Diese Seite des Stalinschen Terrors, der sich nach 1939 in den frischeroberten baltischen, ostpolnischen und rumänischen Gebieten bruchlos fortsetzte, ist erst in jüngeren Forschungen deutlicher herausgearbeitet worden.

Aber dieser Schrecken ohne Ende war noch immer nicht der Tiefpunkt. Der kam, als sich das verbrecherische Spiel mit Hitlers Krieg, bei dem die Sowjetunion sich die östliche Hälfte Mitteleuropas kampflos (bis auf das widerborstige Finnland) als Beute einverleibt hatte, im Juni 1941 plötzlich gegen Stalin wendete. Der sowjetische Führer hatte Dutzende präziser Warnungen seiner Diplomaten und Agenten und dringende Vorstellungen seines Generalstabs in den Wind geschlagen. Seine unglaubliche Fehlkalkulation führte zum katastrophalsten Zusammenbruch der Militärgeschichte. Binnen weniger Tage und Wochen verlor die hochgerüstete, offensiv aufgestellte Rote Armee das Gros ihres Materials und ihrer Truppen. Millionen Rotarmisten wanderten in eine Gefangenschaft, die sie nicht überleben sollten. Das Land lag wie in Hitlers wahnwitzigsten Fieberträumen dem deutschen Versklavungs- und Vernichtungsfeldzug offen. Erst in den auf Messers Schneide stehenden Winterschlachten vor Moskau, Stalingrad und Leningrad rannte der sich fest.

Doch so „unwahrscheinlich" das war: Vor allem das alte und neue Staatsvolk der Russen scharte sich in dieser Stunde der äußersten existentiellen Herausforderung noch einmal um seinen Führer. Der nannte seine Untertanen plötzlich „Brüder und Schwestern" und proklamierte statt der Verteidigung des Sozialismus den Großen Vaterländischen Krieg. Hunderttausende „Hiwis" (Hilfswillige), Russen wie Nichtrussen, die sich den Hitler-Armeen als vermeintlichen Befreiern zur Verfügung stellten, erkannten bald, dass sie vom Regen in die Traufe gekommen waren. Unter beispiellosen Menschenverlusten trat die mit Amerikas Hilfe neu ausgerüstete Rote Armee ab 1943 wieder den Vormarsch an, der sie im Frühjahr 1945 bis nach Berlin führen würde.

Hinter den Fronten, noch mitten im Krieg, und erst recht dann nach dem Sieg, vollzog sich ein neues, ungeheuerliches Strafgericht. Opfer waren diesmal nicht nur Millionen Kollaborateure, sondern alle als unzuverlässig erklärten Völkerschaften der Sowjetunion. Sie wurden (wie etwa die Tschetschenen)



MASSENHAFTER ZWANG
Der ganze Gewaltapparat des totalen Staates trieb gigantische Bauprojekte wie den Weißmeerkanal („Belomorkanal") voran. Jeder bei der Arbeit eingesetzte Sträfling musste pro Tag die Norm von drei Kubikmetern Erde und Geröll ausheben – anderenfalls wurde ihm die Essensration gekürzt.

TOMASZ KIZNY COLLECTION



zen. Als 1947 der „Kalte Krieg“ mit den vormaligen westlichen Verbündeten ausbrach, reichte die Macht Stalins bereits bis in die Mitte Europas.

Diese weit überdehnten Linien wurden durch die siegreichen Vormärsche kommunistischer Volksbefreiungsarmeen in China, Indochina und Korea nochmals weiter gezogen. Das „sozialistische Lager“ reichte Ende 1949, nach Gründung der Volksrepublik China und der DDR, schon „von der Elbe bis zum Yangtze“. Und in Korea setzten die Truppen des kommunistischen Machthabers Kim Il Sung in Absprache mit Stalin und Mao 1950 zu einem neuen Vormarsch an. Eine Uno-Koalition konnte ihn nur in einem verheerenden Luft- und Landkrieg stoppen.

★

Der ungeahnte Zuwachs an Verbündeten produzierte im Moskauer Zentrum wieder nur neue Schübe paranoiden Wahns. Mit dem Ausbruch des Kalten Krieges und der Gründung Israels 1948 wurden vor allem die sowjetischen Juden zur „feindlichen Nationalität“, die als kollektiver Agent der kosmopolitischen westlichen Zivilisation als besonders gefährlich erschien. Parallel dazu wurde Tito, der eigensinnige Führer der jugoslawischen Kommunisten, über Nacht exkommuniziert und zum „neuen Trotzki“ und „Faschisten“ umdeklariert. In sämtlichen Vasallenstaaten Mittelosteuropas wurde unter der Regie sowjetischer Geheimdienstoffiziere in einer gespenstischen Wiederauflage der Schauprozesse und Säuberungen der dreißiger Jahre die schmale Schicht loyaler Führungskader auf „Titoisten“ oder „Zionisten“ hin durchkämmt und blutig dezimiert. Auch mit dem China des Großen Vorsitzenden Mao Zedong, der alle Sowjet-Einmischungen schroff abwehrte und sich selbstbewusst Stalin zur Seite stellte, gab es die ersten Differenzen, die sich bald zum fundamentalen Schisma der kommunistischen Weltbewegung auswachsen.

Doch inmitten all dieser Turbulenzen gelang es der ausgebluteten UdSSR in einem Kraftakt, bei der Entwicklung der Atomwaffen mit den USA gleichzuziehen. Aus einer gepanzerten Landmacht wurde noch unter Stalin, vollends unter seinen Nachfolgern, eine Luftmacht mit Fernbombern und Raketen. In den späten fünfziger Jahren übertrumpfte sie die Vereinigten Staaten sogar für eine kurze Zeit. Damit nicht genug, begann die Sowjetunion, eine Flotte auf die Weltmeere zu entsenden, die neben der amerikanischen die größte der Welt und der Geschichte werden sollte. Beide Weltmächte konnten sich nun mehrfach atomar vernichten, was ihnen den trügerischen Status von „Supermächten“ verlieh.

Mit diesen eskalierenden Rüstungswettläufen wurde das magere Sozialprodukt der Sowjetunion allerdings in Größenordnungen belastet, die erst recht beispiellos waren. Dazu gesellten sich immer neue politische und moralische Erschütterungen:

Das Tauwetter nach Stalins Tod und die Enthüllungen seines Nachfolgers Chruschtschow, der auf dem 20. Parteitag 1956 einen Zipfel vom Leichentuch über den Massenverbrechen der Stalin-Ära aufdeckte; die nicht abreißende Kette der oft mit Panzern niedergewalzten Revolten – von Ost-Berlin 1953, Posen und Budapest 1956 bis Prag 1968 und Danzig 1970; die Bildung einer hartnäckigen Dissidentenbewegung im eigenen Land, die trotz aller Isolation mit dem Nobelpreis für Alexander Solschenizyn 1970

mit Frauen, Kindern und Greisen unter mörderischen Bedingungen in die unwirtlichsten Gebiete des Reiches deportiert. Alle Hoffnungen auf eine Milderung oder Demokratisierung des Regimes, die sich an die antifaschistische Kriegskoalition mit den westlichen Demokratien geheftet hatten, wurden schon vor dem Ende des Krieges radikal enttäuscht.

Und doch sonnte sich Stalin 1945 im milden Lichte eines überlebensgroßen Ruhmes als Sieger des Weltkriegs und Retter des Vaterlandes. So hart am Abgrund sein Regime in den Jahren der Kollektivierung, des Terrors und des militärischen Zusammenbruchs gestanden hatte, so ungefährdet konnte es sich nun in der verwüsteten Nachkriegslandschaft des abermals erweiterten Sowjetimperiums von neuem etablieren. In einer Art retrospektiver Sinnstiftung erschienen die vergangenen Jahre der Kollektivierung und des Terrors vielen Menschen nach den Kriegsschrecken sogar als Beweis der Weitsicht des Führers. Die wiedergewonnene Weltmacht galt als eine Kompensation aller Leiden und Entbehrungen.

Auch die Länder Mittelosteuropas, die auf den alliierten Konferenzen in Teheran, Jalta und Potsdam dem Machtbereich der UdSSR zugeschlagen worden waren, waren ausgepowert von Faschismus, Krieg und Besatzung. Sie hatten dem Versuch Moskaus, sich einen Gürtel neuer „volksdemokratischer“ Satellitenstaaten zu schaffen, wenig entgegenzuset-

Der „Archipel Gulag“ war nur der zugespitzte Ausdruck einer allgemeinen Staatssklaverei, wie sie sozialistische Staaten immer wieder praktiziert haben.

und der Veröffentlichung des „Archipel Gulag“ im Westen weltpolitische Statur gewann. Das alles nahm der Sowjetunion bereits einen Großteil ihrer Aura von welthistorischer Überlegenheit.

Trotz aller Revolten und Schismen im eigenen Block erweiterte sich im Zuge der antikolonialen Befreiungsbewegungen der sechziger und siebziger Jahre das um die Sowjetunion gescharte „sozialistische Lager“ noch einmal. Von Kuba bis Angola, von Äthiopien bis Afghanistan entstanden bis weit in die achtziger Jahre hinein immer neue „Volksrepubliken“. Viele waren allerdings nur mit massiver militärischer und wirtschaftlicher Hilfe der Sowjetunion lebensfähig. In Afghanistan verstrickte sich die sowjetische Armee ab 1979 schließlich in einen Guerillakrieg, der dem glich, den die USA in Vietnam gerade fluchtartig hinter sich gelassen hatten. So viele Verbündete und Stützpunkte die Sowjetunion des greisen Leonid Breschnew nun weltweit besaß, so viele Klienten und Schuldner hatte sie.

★

Nachdem Ronald Reagan die Rüstungsschraube noch einmal angezogen hatte, verzehrten die Ausgaben der UdSSR für Rüstung und „internationalistische Hilfe“ an die 30 Prozent des Sozialprodukts. Vom „Einholen und Überholen“ des weltpolitischen Rivalen im Wettstreit der Systeme war ohnehin längst keine Rede mehr. So war der atomare Super-GAU von Tschernobyl 1986 nur das handgreifliche Menetekel eines beginnenden inneren Zusammenbruchs.

Verzweifelt bemühte sich der 1985 an die Macht gekommene Generalsekretär Gorbatschow, durch mutige Rückzüge, drastische Abrüstungen und halbherzige Reformen das Imperium zu retten. Die Welle der Bürgerrechtsbewegungen, die 1980 mit der „Solidarność“ in Polen begonnen hatte, setzte sich in der DDR und anderen Ländern Mittelosteuropas fort. Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 bedeutete im buchstäblichen Sinne einen Dammbruch. Gorbatschow erhielt für dessen Hinnahme aus der Feder des Schriftstellers Hans Magnus Enzensberger das Prädikat eines „Helden des Rückzugs“. Der hatte er ganz bestimmt nicht sein wollen.

So mündete der „Umbau“ (russisch „Perestroika“) des Imperiums schließlich in einem sang- und klanglosen Kollaps der Sowjetunion selbst, der in vieler Hinsicht dem des Zarenreiches 1917 ähnelte – nur eben im Frieden statt im Krieg. Die Öffnung des Landes zum Weltmarkt und der direkte Kontakt mit den subversiven Lebensstilen und Informationswelten des Westens waren womöglich bereits der Todeskuss. Wie ein amerikanischer Wissenschaftler 1991 süffisant feststellte, hatte die Sowjetunion „die beste Wirtschaft der Welt nach den Maßstäben der 1890er Jahre aufgebaut“. Sie produzierte ungeahnte Mengen an Stahl und Beton, an Roh- und Energiestoffen, an Panzern und Lkw – aber keinen konkurrenzfähigen Pkw und keinen allgemein käuflichen PC. Darin drückte sich kein technisches Unvermögen, sondern eine gesellschaftliche Erstarrung aus. Durch ihre jahrzehntelange Abschottung von der übrigen Welt und durch das Regime staatlicher Zensur hatte die Sowjetunion sich von einem großen Teil der modernen Kommunikation und des zeitgenössischen Weltwissens abgekoppelt. In diesem Sinne könnte man diagnostizieren, dass sie einen Hirnschlag beim Eintritt ins Informationszeitalter erlitten hatte.



TRÜGERISCHE MACHT
Bei pompösen Militärparaden auf dem Roten Platz, wie hier im Jahr 1987, produzierte sich die Sowjetunion noch in der Ära Gorbatschow als kraftstrotzender Staat. Der stellte zwar Unmengen an Stahl, Panzern und Lastwagen her – aber keinen konkurrenzfähigen Pkw oder Computer. Der Kollaps stand bevor.

PETER TURNLEY / CORBIS

So etwa sähe ein „Kurzer Lehrgang der Geschichte der KPdSU“ im retrospektiven Zeitraffer aus. Alle suggestiven Vorstellungen einer höheren, wissenschaftlich begründeten „historischen Notwendigkeit“ erscheinen in dieser Betrachtung geradezu auf den Kopf gestellt. Historisch notwendig und begründet wäre dann nicht der Sozialismus, sondern sein Verschwinden.

Aber das wäre natürlich nur eine umgekehrte Einbahnstraße der Erklärung. Als Historiker wird man das Paradox einer derart „unmöglichen“ und dennoch möglichen Gesellschaftsformation, wie es die verblichene Sowjetunion war, positiv auflösen müssen. Die Frage muss schon beantwortet werden, welcher historischen Räson die ein Dreivierteljahrhundert überspannende Entwicklungskurve des Weltkommunismus denn eigentlich gefolgt ist und welche lebendigen Motive sie getragen haben – Motive immerhin, die zeitweise einen Energiestrom von gewaltiger Stärke erzeugen konnten.

Diese Gegenerzählung müsste noch einmal zu den Anfängen der bolschewistischen Machteroberung in Russland 1917 zurückkehren. George Kennans Bezeichnung des Ersten Weltkriegs als der



„great seminal catastrophy“ des 20. Jahrhunderts, wäre statt mit „Urkatastrophe“ richtiger mit einer „Gründungskatastrophe“ zu übersetzen. Der Weltkrieg selbst mit seinen auf alle Seiten des sozialen Lebens zugreifenden, „totalen“ Tendenzen hatte bereits eine tiefgreifende Umwälzung im sozialen Gefüge und im kulturellen Gepräge der beteiligten Gesellschaften mit sich gebracht. Er war der Beginn und die Grundlage aller Revolutionen des Zeitalters.

Im vierten Kriegsjahr 1917 bewegten sich alle kriegführenden Mächte am Rande des Zusammenbruchs, ohne irgendeinen anderen Ausweg als den eigenen „Sieg“ zu sehen. Denn alle Regierungen fürchteten die Ansprüche derer, die die Last des Krieges getragen hatten. Es war damit zu rechnen, dass Millionen junger Männer im Soldatenmantel Kompensation für ihre Leiden und Opfer fordern würden, erst recht natürlich im Falle eines Zusammenbruchs, einer Niederlage oder eines fruchtlosen Sieges. Man könnte von einem nach innen gerichteten sozialen Revanchismus sprechen, der sich in der Revolution des zerbrechenden russischen Vielvölkerreiches 1917 nur am frühesten und gewaltsamsten entwickelte.

Lenins kaltblütige Formel von der Umwandlung des Weltkriegs in einen Bürgerkrieg war insofern von großer prognostischer Hellsicht. Sie wurde im Frühjahr und Sommer 1917, ganz unabhängig von jeder bolschewistischen Propaganda, zur beklemmenden Realität. Aber auch seine These, dass gerade die imperialistische Kriegswirtschaft die Mittel für einen direkten Übergang zum Sozialismus liefere, war ein überaus zeitgemäßer Gedanke; er wurde damals in vielen, wenn auch weniger radikalen Varianten gedacht.

Man könnte diagnostizieren, dass die Sowjetunion einen Hirnschlag beim Eintritt ins Informationszeitalter erlitten hat.

Kaum jemand konnte sich vorstellen, dass es nach diesem aus der globalisierten Realität der kapitalistischen Mächte entsprungenen Weltkriegs erstrebenswert oder möglich sein würde, einen integrierten Weltmarkt wiederherzustellen. Der hatte zwar die Basis des industriellen Aufschwungs der Vorkriegsjahrzehnte gebildet, aber auch die Schicksale jedes Landes mit dem aller anderen verwickelt. Im Übrigen hatten die in Deutschland und Großbritannien als „Kriegssozialismus“ bezeichneten Systeme staatlicher Planung, Rohstoffbewirtschaftung und allgemeiner Arbeitspflicht in den ersten Kriegsjahren erstaunliche Leistungsfähigkeit gezeigt. In ihr auch die Lösung einer neuen, „höheren“ Nachkriegsordnung zu suchen, erschien vielen fast zwingend.

Mehr noch: Begriffe wie „Kriegssozialismus“ oder „Volksgemeinschaft“ hatten in allen am Weltkrieg beteiligten Ländern nicht nur Erwartungen auf demokratische Teilhabe und soziale Anerkennung geweckt. Sie hatten auch schwärmerische Erwartungen einer neuen Einfachheit, Sittlichkeit und Sinngebung des Lebens hervorgebracht. Die Erfahrung des menschenvertilgenden Krieges hatte diese Erwartungen nicht ernüchtert, sondern noch gesteigert. Apokalyptische Formeln wie „Weltende“ oder „Menschheitsdämmerung“ (um die Titel berühmter Anthologien deutsch-expressionistischer Dichtung zu zitieren) enthielten bei aller Beschwörung des Unheils zugleich entgrenzte Heilsvorstellungen. Auch insofern war die nahezu religiöse Aufladung der Vorstellungen von einer vollkommen neuen, „höheren“ Ordnung kein Privileg der Bolschewiki, sondern entsprach einer fast allgemeinen Zeitstimmung.

★

Man kann weitergehen und sagen, dass gerade im „totalitären“, aufs gesellschaftliche Ganze zielenden Anspruch ihre eigentliche soziale Attraktion und emotionale Bindekraft lag. Im narkotischen Gemisch aus Ideologie und Propaganda, in die das bolschewistische Regime sich von Beginn an wie in eine Wolke hüllte, flossen die Themen und Stoffe einer ganzen Reihe zeittypischer Utopismen zusammen. Der Krieg hatte ihnen, so schien es, nur eine neue Dringlichkeit gegeben. Dazu gehörte ein Utopismus der Jugend gegenüber allem, was als „alt“ und historisch überkommen galt; ein Utopismus von Technik und Wissenschaft, der im russischen Kontext früh schon Formen einer naiven Wissenschaftsmagie oder Technikgläubigkeit angenommen hatte; ein Utopismus des sozialen Ingenieurstums, der Kreierung eines homogenisierten, gesunden und geschlossenen Gesellschaftskörpers; ein Utopismus der universellen menschlichen Erziehung, der sich „materialistisch“ unterfütterte und im Ideal des „neuen Menschen“ kulminierte; ein Utopismus des totalen Künstlertums, der schon in den russischen und internationalen Avantgarden der Vorkriegs- und Kriegsjahre auftauchte und im Bündnis mit der Macht die Welt als Gesamtkunstwerk gestalten wollte; und so weiter.

Aus demselben Fonds apokalyptischer Gefühle und Erwartungen schöpften freilich auch die anderen totalitären Bewegungen. Sie entwickelten sich im Schoße dieses Weltkriegs neben dem Bolschewismus und in Konkurrenz zu ihm unter neuen Bezeichnungen wie „Faschismus“ oder „Nationalsozialismus“. Genährt aus der fanatischen Beschwörung von Zusammenbruch und Niederlage, wie in Deutschland, oder von einem „gestohlenen Sieg“, wie in Italien, lassen sie sich als Projekte zur Fortführung des Weltkriegs mit anderen Mitteln beschreiben: mit den Mitteln politischer Diktatur, ideologischer Mobilisierung, organisatorischer Erfassung, wirtschaftlicher Planung, allgemeiner Militarisierung und radikaler Homogenisierung. Und in jeder dieser Konzeptionen setzte der Aufstieg aus der Asche des Weltkriegs das Stahlbad eines Bürgerkriegs voraus.



Für die kommunistischen Parteien wie für ihre faschistischen Rivalen gilt, dass ihre ursprünglichen „revolutionären Subjekte“ weniger die stets beschworenen Proletariermassen als vielmehr radikale Fraktionen der Intelligenz waren. Die stellten sich an die Spitze meuternder oder demobilisierter Soldaten und Matrosen von überwiegend ländlicher Herkunft. Der magnetische Machtpol einer Kampfpartei, die aufs Ganze zu gehen versprach, zog darüber hinaus entwurzelte und aktionslustige Elemente jeglicher Herkunft wie Eisenspäne an. Wer mit von der Partie war, mochte heute „nichts“ und konnte morgen „alles“ sein. An die Stelle der alten Eliten und ihrer Beamtenapparate traten neue Staats- und Machtorgane. Schon in diesem Positionstausch lag ein gewaltiges soziales Versprechen – je radikaler, umso größer.

Demokratie und Liberalismus schienen anachronistisch gewordene Luxusgüter saturierter bourgeoiser Gesellschaften zu sein. Zwar hatten die westlichen Sieger es noch einmal geschafft, in Versailles, St. Germain, Neuilly und Trianon die Weltkarte neu zu zeichnen. Aber das britische Empire war in unaufhaltsamem Abstieg. Und die USA, die sich auf ihren Kontinent zurückgezogen hatten, boten trotz allen Glamours der Roaring Twenties in vieler Hinsicht ein abstoßendes Bild von Mafia-, Rassen- und Klassenkriegen. Die Weltwirtschaftskrise von 1929/30 machte vollends deutlich, dass es nicht gelungen war, das 1914 zerrissene Netz des freien Welthandels und eines funktionierenden internationalen Währungssystems wiederherzustellen.

Diese „Große Depression“ hielt bis weit in die dreißiger Jahre hinein an. In all den krisenhaften Auf- und Abschwüngen war noch kaum sichtbar, was im Rückblick auf das 20. Jahrhundert offenkundig wird: dass der westliche Kapitalismus, nicht der östliche Sozialismus sich – in den Worten des Postmarxisten Eric Hobsbawm – als die eigentliche „Kraft der permanenten, ununterbrochenen Revolution“ des Jahrhunderts erwies. Damals schienen die sowjetischen Fünfjahrpläne mit ihren gigantischen statistischen Zuwachsziffern dagegen das schlagende Gegenmodell zum krisengeschüttelten Weltkapitalismus abzugeben.

Der parallele Aufstieg der faschistischen Mächte mit ihren offen erklärten Expansionszielen und Weltmachtambitionen wiederum konnte als eine radikalere Variante des bürgerlich-kapitalistischen Imperialismus und Kolonialismus verstanden werden. Mit der der „Achse“ Berlin–Rom–Tokio, die durch einen „Antikomintern-Pakt“ ideologisch unterfüttert wurde, schien umgekehrt der um Moskau gescharten Internationale die Würde der Vormacht eines kämpferischen Antifaschismus und Antinazismus zuzuwachsen. Und während in Spanien Demokraten und Sozialisten gegen die faschistische Fronde kämpften, standen die „alten“ Mächte des Westens als Beschwichtiger (appeaser) da. Oder, schlimmer noch, als zynische Komplizen der aggressiven „jungen“ Achsenmächte, die von China bis Äthiopien, vom anschlusswilligen Österreich bis zur aufgegebenen Tschechoslowakei auf neue Eroberungszüge ausgingen. Alle verstörenden Nachrichten über Chaos, Hunger und Terror aus Stalins Sowjetunion drangen unter diesen Umständen kaum in die Weltöffentlichkeit – oder schienen eben durch diesen heraufziehenden Zweiten Weltkrieg gerechtfertigt.



HOCHZEIT DER TYRANNEN
Der Hitler-Stalin-Pakt von 1939, in dem die beiden Massenmörder Mittel- und Osteuropa untereinander aufteilten und sich wechselseitig ganze Völker zusprachen, war bis zur Perestroika von Gorbatschow ein Tabu – erst 1989 konnte in Litauen die hier gezeigte Karikatur erscheinen.

Als Staatsgründer traten die Kommunisten direkt in die Fußstapfen der Nationalbewegungen ihrer Länder.

Es war Stalin, der in seiner „Kastanienrede“ im März 1939, kurz vor dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Prag, die Westmächte höhnisch darauf hinwies, dass durch die Aggressionen der faschistischen Mächte in erster Linie ihre eigenen kolonialen Besitztümer und Einflusssphären in Gefahr waren. Die Sowjetunion habe durchaus andere Optionen. Das über Nacht geschlossene stille Kriegsbündnis mit dem nationalsozialistischen Deutschland vom August 1939 stellte denn auch tatsächlich eine völlig neue weltpolitische Konstellation her.

Wie Stalin dem Chef der Kommunistischen Internationale, Georgij Dimitrow, am 7. September 1939 auseinandersetzte, sei es überhaupt „nicht schlecht, wenn Deutschland die Lage der reichsten kapitalistischen Länder (vor allem Englands) ins Wanken brächte“ und Hitler „ohne es zu verstehen und zu wollen, das kapitalistische System zerrüttet und untergräbt“. Noch besser sei es, „wenn wir im Ergebnis der Zerschlagung Polens das sozialistische System auf neue Territorien und die Bevölkerung ausdehnen“. Diese menschenverachtende, aber vorausschauende Politik ermöglichte es der Sowjetunion, zuerst im Windschatten der fieberhaften Aggressionen Hitlers ihre eigene Position auszubauen und dann auf den Trümmern seines „Dritten Reichs“ zu einem neuen weltpolitischen Vormarsch anzusetzen.

Parallel zur Auflösung der Kommunistischen Internationale im Jahr 1943 fusionierten alle mit der Sowjetunion verbundenen Parteien ihre sozialistischen Doktrinen programmatisch mit den Zielen und Traditionen ihrer jeweiligen Nation. Jetzt konnten sie sich mit einer gewissen Glaubwürdigkeit als deren natürliche und konsequenteste Führer im Kampf um Unabhängigkeit und Befreiung darstellen. Nach den Rückzügen oder Zusammenbrüchen der deutschen, italienischen und japanischen Armeen hatte sich in Mittelosteuropa und in Asien ein Vakuum eröffnet. In ihm wagten Kommunisten am Ausgang des Zweiten Weltkriegs in einer Reihe von Ländern erneut den Griff nach der Staatsmacht.

In sozialökonomisch entwickelteren Gesellschaften wie Frankreich oder Italien waren sie, trotz ihrer führenden Rolle im antifaschistischen Widerstand, ohne Chance. In einigen Ländern Mittelosteuropas und Asiens konnten sie dagegen auch ohne Unterstützung der Roten Armee ihre Diktatur errichten. Generell haben kommunistische Parteien im 20. Jahrhundert nur gesiegt:

S. FERRY / LIAISON / GAMMA / STUDIO X

- in alten, vormodernen Großreichen wie Russland oder China;
- in prekären multinationalen Monarchien wie Jugoslawien;
- in Ländern wie Vietnam oder Korea, die in ihrem Widerstand gegen fremde Okkupanten und Kolonisatoren ebenfalls an ältere Reichstraditionen anknüpfen konnten.
- Oder sie schälten sich als neugegründete Staatsparteien erst aus dem Pulverdampf antiimperialistischer Aufstände, nationalistischer Militärputsche oder antikolonialer Befreiungsbewegungen heraus, wie in den sechziger und siebziger Jahren in Kuba, Angola, Mosambik, Südjemen oder Äthiopien.

Als Staatsgründer traten die Kommunisten direkt in die Fußstapfen der Nationalbewegungen ihrer Länder. Oft waren sie selbst nur eine radikale Fraktion dieser machtvollsten historischen Tendenz des Zeitalters, die von 1917 bis 1991 zur Gründung von etwa 130 neuen Staaten in der Welt geführt hat. Stalins Formel für die kommunistischen Revolutionen: „National in der Form, sozialistisch im Inhalt" lässt sich viel plausibler andersherum lesen. In der historischen Realität erwies sich der Sozialismus oder Kommunismus eher als eine „Form" oder ein Mittel, um sämtliche Kräfte und Ressourcen einer Nation – und erst recht einer neugeschmiedeten Hypernation wie der Sowjetunion – zentralistisch zusammenzufassen. So konnte man sich als Staat gegenüber den hegemonialen kapitalistischen Mächten behaupten.

Wenn es also eine verbindende Räson der kommunistischen Revolutionen und Staatsgründungen im 20. Jahrhundert gegeben hat, dann lag sie nicht in frommen Postulaten „sozialer Gerechtigkeit" oder „Brüderlichkeit und Gleichheit", sondern in der eisernen Schmiedung einer jeweils eigenen Nation. Jedenfalls erwies sich „der Kommunismus" am Ende als ein Konglomerat nationaler Kommunismen, die sich (anders als die Demokratien) manchmal auch untereinander in schwere zwischenstaatliche Konflikte und „rote Kriege" verstrickten – wie China mit der Sowjetunion, Jugoslawien mit Albanien, Vietnam mit Kambodscha oder China mit Vietnam.

Das genau war es, was die westlichen Regierungen, allen voran die der USA, im „Kalten Krieg" völlig missverstanden. Fast wie in einer ironischen Wiederaufnahme der hundertjährigen Formulierung des „Kommunistischen Manifests" sahen sie voller Schauder ein „Gespenst des Kommunismus" um die Welt ziehen, das es mit allen Mitteln zurückzuschlagen gelte. Das eigentliche Spielfeld für eine dritte Welle kommunistisch geführter Revolutionen im 20. Jahrhundert wurde paradoxerweise vielfach erst von einem repressiven Antikommunismus geschaffen. Denn der war zur Unterstützung jedes noch so reaktionären und diktatorischen Regimes bereit, wenn es sich nur als „pro-westlich" deklarierte. Auch der überfällige Rückzug der europäischen Kolonialmächte aus Afrika und Asien wurde durch den blinden Antikommunismus gewaltsam verzögert. (Die Parallelen zum aktuellen „Krieg gegen den Terror" und zum Gespenst eines um die Welt ziehenden Islamismus liegen wohl auf der Hand.)

Die Volksrepubliken von Jugoslawien bis China, Indochina, Korea oder Kuba waren aus den antifaschistischen, antiimperialistischen und antikolonialen Befreiungskriegen hervorgegangen. Am Ende unterlagen sie denselben Gesetzen einer sozialökonomischen und politisch-moralischen Regression wie ihr ursprüngliches Vorbild, die Sowjetunion. Sie alle konnten sich trotz anfänglich breiter Unterstützung nur um den Preis terroristischer Zurichtung und „Säuberung" der eigenen Gesellschaften behaupten.

Das Gespenst des Weltkommunismus existierte letztlich mehr in der Einbildung seiner Gegner als in der Realität des 20. Jahrhunderts.

Darunter waren einige der größten Massenverbrechen des Zeitalters, von den unermesslichen Menschenopfern des „großen Sprungs" und der „Kulturrevolution" in China bis zu den archaischen Massakern der Roten Khmer oder dem erstickenden Regime der Kim-Dynastie in Korea. Am Ende wurde überall die Komplexität der gesellschaftlichen Arbeitsteilungen und Feingliederungen reduziert. Stets ging die forcierte Industrialisierung auf Kosten der agrarischen Ernährungsbasis des Landes und diente in erster Linie dem Aufbau militärischer und repressiver Machtapparate. Und noch die propagandistisch herausgestellten Errungenschaften von Bildung und medizinischer Versorgung blieben stets den Zwecken des staatlichen Zugriffs auf die Köpfe, die Körper und die Lebenswelten ihrer Subjekte untergeordnet.

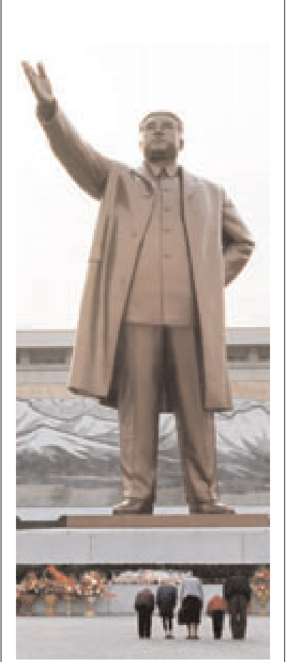
★

Wo sich kommunistische Parteien über den Zusammenbruch der Sowjetunion und des „sozialistischen Lagers" hinaus an der Macht haben behaupten können, da jedenfalls nur in ihrer Rolle als Hüter und Bewahrer ihrer Nation und als Garanten einer zentralen Staatlichkeit, der alle sozialen und ökonomischen Politiken letztlich untergeordnet sind – von der extremsten Staatssklaverei wie in Nordkorea bis zum exzessivsten Mischkapitalismus wie in China.

Die zentrale These Eric Hobsbawms in seinem großen Rückblick auf das „Zeitalter der Extreme" mutet angesichts all dessen noch ebenso paradox an wie vor 13 Jahren, als er schrieb: „Die Welt, die Ende der achtziger Jahre in Stücke brach, war eine Welt, die von den Auswirkungen der Russischen Revolution 1917 geprägt worden war." Erst die Präsenz der Sowjetunion habe die kapitalistische Welt des Westens nämlich zu jenen wirtschaftlichen und sozialen Reformen gezwungen, die ihre angestammte Überlegenheit wieder gesichert hätten. Somit habe der Kommunismus sich „als Retter des liberalen Kapitalismus" erwiesen. Und darin liege „eine der Ironien dieses denkwürdigen Jahrhunderts".

Man wird diese Ironie, wenn schon, noch etwas weitertreiben müssen. Denn wenn an Hobsbawms Gedanken überhaupt etwas Richtiges ist, dann gewiss nicht im Sinne jenes friedlichen „Wettkampfs der Systeme", den Nikita Chruschtschow bei seinem Besuch in den USA 1959 gleichsam mit einem Paukenschlag auf den Gulaschkessel vollmundig angekündigt hatte. Diese Konkurrenz haben die Länder des Kapitalismus nie fürchten müssen. Und für die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen des Westens waren die Verhältnisse im „realen Sozialismus" selten ein Ansporn, eher schon eine Hypothek.

Wenn die Herrscher des Westens und des Weltmarktes etwas gefürchtet haben, dann allenfalls jenes Gespenst eines „Weltkommunismus", das seit der russischen Revolution von 1917 um die Welt zog – und letztlich mehr in der Einbildung seiner Gegner als in der historischen Realität des 20. Jahrhunderts existiert hat. ✦



DER LETZTE STAATSGOTT
Nur Nordkoreas längst verstorbener Kommunistenchef und Staatsgründer Kim Il Sung muss heute noch von seinen Untertanen so religiös verehrt werden wie einst auch viele andere kommunistische Diktatoren.

RENAUD / SIPA PRESS

KÖPFE DER BOLSCHEWIKI

Von Bucharin bis Trotzki

BUCHARIN

Nikolai Iwanowitsch Bucharin

** 9. Oktober 1888 in Moskau*
† 15. März 1938 in Moskau

Der Moskauer Lehrersohn war in der bolschewistischen Führung, in der vor der Revolution und in den ersten Jahren danach weltläufige, emigrationserfahrene Intellektuelle den Ton angaben, derjenige mit dem größten geistigen Horizont und den vielseitigsten Talenten. Er galt als wichtigster Wirtschaftstheoretiker der Partei und verfasste zusammen mit Jewgenij Preobraschenski das in viele Sprachen übersetzte „Abc des Kommunismus“ (1920), das die utopischen Erwartungen der nachrevolutionären Frühzeit massenwirksam formulierte. Er sammelte aber auch Schmetterlinge, war ein begabter Zeichner und Journalist, gut informiert über die Entwicklungen der westlichen Soziologie, naturwissenschaftlich interessiert und literarisch allzeit breit belesen. Sein kameradschaftliches Naturell machte Bucharin zum „Liebling der Partei“ (Lenin). Nicht zufällig suchten und fanden verfolgte Schriftsteller in der frühen Stalin-Ära Hilfe gerade bei ihm.

Bucharin hatte sich den Bolschewiki 1906 angeschlossen, lernte zaristische Gefängnisse und Verbannungsorte kennen, stritt sich verschiedentlich mit Lenin über theoretische und politische Fragen, arbeitete aber auch wieder mit ihm zusammen. Anfang 1917 gab Bucharin in New York mit Trotzki eine sozialistische Tageszeitung heraus – und kehrte nach der Februarrevolution über Japan und Sibirien nach Russland zurück. Nach der Oktoberrevolution wurde Bucharin von Lenin beauftragt, Grundregeln für Wirtschaftsplanung und -kontrolle auszuarbeiten. Den Friedensvertrag von Brest-Litowsk lehnte er als indiskutables Diktat ab. Der Heißsporn Bucharin forderte, gegen das kaiserliche Deutschland einen revolutionären Krieg zu führen. Er positionierte sich damit für kurze Zeit als Linksaußen der bolschewistischen Partei. Nachdem Lenin aber ab 1921 die „Neue Ökonomische Politik“ eingeführt hatte, um der zerrütteten Wirtschaft des Landes durch privatwirtschaftliche Freiheiten eine Erholung zu ermöglichen, wurde Bucharin mit Parolen wie „Bereichert euch!“ zum prominentesten Fürsprecher bäuerlicher Wirtschaftsfreiheit. Er galt nun als Führer des „rechten“ Flügels der Bolschewiki.

Im Machtkampf nach Lenins Tod stand er gegen Trotzki an der Seite Stalins. Dass er damit unwillentlich dessen Aufstieg zur terroristischen Alleinherrschaft unterstützte, begriff er erst, als es zu spät war. Sein Versuch, in der Partei eine Opposition gegen Stalins Zwangskollektivierung zu organisieren, scheiterte auch daran, dass potentielle Verbündete wie Trotzki zuvor mit seiner Hilfe politisch ausgeschaltet worden waren. In einem demütigenden öffentlichen Ritual übte Bucharin 1934 Selbstkritik und durfte dafür in einer Galgenfrist bis 1936 die Regierungszeitung „Iswestija“ herausgeben. Verhaftet im Februar 1937, wurde er im letzten Schauprozess gegen die alte Garde der Bolschewiki mit der konstruierten Anklage konfrontiert, er habe während der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk einen Mordanschlag auf Lenin geplant. Im März 1938 wurde er erschossen. Der Romancier Arthur Koestler modellierte Rubaschow, den tragischen Helden seines berühmten Stalinismus-Romans „Sonnenfinsternis“, vor allem nach dem Vorbild Bucharins.

LENIN

Wladimir Iljitsch Uljanow

** 22. April 1870 in Simbirsk*
† 21. Januar 1924 in Gorki bei Moskau

Als jüngerer Sohn eines angesehenen Schulinspektors mit zaristischem Adelstitel legte er an einem altsprachlichen Gymnasium ein herausragendes Abitur ab. Er hätte es im alten Russland weit bringen können. Aber Wladimir Uljanow entschied sich stattdessen, im Kampf für ein neues Russland bis zum Äußersten zu gehen – inspiriert vom



★ BUCHARIN ★



★ LENIN ★



★ SINOWJEW ★

CORBIS/SYGMA (L.); HULTON-DEUTSCH COLLECTION/CORBIS (M.); SÜDDEUTSCHER VERLAG (R.)

Beispiel seines älteren Bruders Alexander, der wegen eines versuchten Attentats auf Zar Alexander III. 1887 hingerichtet wurde. Er studierte Jura, entdeckte Marx und wählte das Pseudonym Lenin. Im Lauf eines Vierteljahrhunderts wurde er mit rastloser organisatorischer und publizistischer Arbeit zur zentralen Autorität des bolschewistischen Flügels der russischen Sozialdemokratie.

Im Oktober 1917 setzte Lenin alles auf eine Karte, als er seine widerstrebende Partei zum Aufstand gegen die Provisorische Regierung trieb, die durch viele Fehler ihr Ansehen verspielt hatte. Keine fünf Jahre blieben ihm bis zum ersten Schlaganfall. Die einmal eroberte Macht ließ er immer skrupelloser und blutiger verteidigen. Frühere Projekte von Volksherrschaft und Rätedemokratie verwandelten sich in den Alptraum einer vom Volk isolierten Parteidiktatur. Die konnte und wollte Lenin nicht grundsätzlich ändern, zumal er seit 1922 schwer krank und politisch nicht mehr handlungsfähig war. So stützte sich Stalin, den Lenin zuletzt vergebens entmachten wollte, beim Aufbau seiner unumschränkten Terrorherrschaft auf die Strukturen, die der 1924 gestorbene Lenin geschaffen hatte.

SINOWJEW

Owsej-Gersch Aronowitsch Radomyslski-Apfelbaum

** 23. September 1883 in Jelisawetgrad*
† 25. August 1936 in Moskau

Seinen ursprünglichen Namen legte der Mann, der als Grigorij Jewsejewitsch Sinowjew in die Geschichte einging, früh ab. Der neue Name diente ihm nicht nur als revolutionäres Pseudonym im antizaristischen Untergrund – er verbarg vor allem seine jüdische Abstammung, die ihn angesichts des in Russland verbreiteten Antisemitismus erst recht gefährdete. Als 18-Jähriger wurde Sinowjew 1901 Mitglied der russischen Sozialdemokratie, emigrierte 1902 und lernte 1903 Lenin kennen, der seine organisatorischen Fähigkeiten schätzte und ihn zu seinem engsten Mitarbeiter im Schweizer Exil machte. Er nahm neben Lenin teil an Anti-Kriegs-Konferenzen europäischer Linkssozialisten und tauchte drei Monate vor der Oktoberrevolution, als das Pflaster in Russland für die führenden Bolschewiki zu heiß wurde, mit ihm in Finnland unter. Zusammen mit Lew Kamenew stimmte er aber dann in der entscheidenden Parteisitzung gegen den von Lenin geforderten Aufstand – mit der prophetischen Begründung, er werde die Bolschewiki von den anderen Sozialisten isolieren und ihnen nur die Möglichkeit belassen, ihre Macht mit Terror zu behaupten. Obwohl die Abweichler daraufhin von Lenin als „Deserteure" attackiert wurden, kehrten sie nach dem Aufstand in führende Parteifunktionen zurück. Als die Sowjetregierung im März 1918 von Petrograd nach Moskau umzog, blieb Sinowjew zurück und war als Herrscher über die Stadt verantwortlich für die erste dortige Terrorwelle von 1918/19. Von 1921 bis 1926 gehörte er als Politbüromitglied und Vorsitzender der „Kommunistischen Internationale" zum engsten Führungskreis. Im Machtkampf um Lenins Nachfolge bildete er zunächst eine Allianz mit Kamenew und Stalin. Während er Trotzki hasste, hielt er Stalin für intellektuell und politisch mittelmäßig und deshalb für ungefährlich – ein katastrophaler Irrtum. Denn der hatte als Generalsekretär der Partei überall Gefolgsleute an Schaltstellen gebracht. Stalin, der es liebte, mit Opponenten Katz und Maus zu spielen, ließ Sinowjew zweimal aus der Partei ausschließen und wieder aufnehmen, bevor er 1936 seine Exekution befahl. Im Angesicht des Todes flehte Sinowjew um sein Leben (im Unterschied zu seinem Schicksalsgefährten Kamenew, der das rügte und sich gefasst in sein Schicksal fügte). Stalin ließ sich Sinowjews Todesangst von einem Zeugen theatralisch vorspielen – und wurde, wie es heißt, von Lachkrämpfen geschüttelt.

STALIN

Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili

** 18. Dezember 1878 in Gori*
† 5. März 1953 in Moskau

Rohe Gewalt, Gefühllosigkeit und Sadismus begleiteten den georgischen Schustersohn schon in früher Kindheit: Als Spross eines gewalttätigen Alkoholikers (oder eines anderen Vaters – der sexuelle Leumund der Mutter war zweifelhaft) wurde er von diesem regelmäßig verprügelt. Auch die Mutter verdrosch ihren „Sosso" nach Kräften. Als der sie später – da war er längst der gefürchtete Herr der Sowjetunion – einmal fragte, warum sie ihn immer so hart geschlagen hätte, antwortete sie lakonisch: „Deshalb bist du so gut gelungen."

Eine Pockenerkrankung, von der schwere Gesichtsnarben zurückblieben, überlebte er als Kind nur knapp; von einer anderen frühen Infektion blieb ihm ein verkrüppelter Arm. Solche Handicaps kompensierte Josef früh durch Brutalität, etwa als Organisator einer jugendlichen Schlägerbande. Er besuchte das Priesterseminar in Tiflis und nahm einen Sinn für liturgische Insze-


★ SWERDLOW ★ ★ STALIN ★ ★ TROTZKI ★

RIA NOVOSTI (L.); CORBIS (M.); BPK (R.)

nierungen mit, der ihm später bei Einführung des Leninkults nützlich war. Mit 21 Jahren als „unzuverlässiges“ Element aus dem Priesterseminar entlassen, füllte er die Parteikassen als Gangster mit Raubüberfällen und betrieb ab 1912 als „Stalin“ („der Stählerne“) bolschewistische Politik. Bis zur Revolution von 1917 stand er im Ruf eines effizienten Organisators, ohne je geistig groß aufgefallen zu sein. Doch der „graue Fleck“ (so der Historiker Nikolai Suchanow über Stalins Part vor der Oktoberrevolution) zog nach der Machteroberung unauffällig seine Fäden im Parteiapparat, manövrierte nach Lenins Tod alle Altbolschewiken aus und entfesselte als Diktator immer neue Terrorwellen. Da neben ihm kein potentieller Rivale übrig blieb, konnte er sich auch schlimmste Fehler wie die Verkennung der Hitler-Gefahr leisten – und starb 1953 eines natürlichen Todes.

SWERDLOW

Jakow Michailowitsch Swerdlow

** 3. Juni 1885 in Nischni Nowgorod*
† 16. März 1919 in Moskau

Der Sohn eines jüdischen Druckereibesitzers wurde wegen revolutionärer Agitation vom Gymnasium verwiesen und vom Vater in eine Apothekerlehre geschickt. Zwischen seiner ersten Haft im Jahr 1901 und dem Revolutionsjahr 1917, in dem er aus der Verbannung am Polarkreis nach Moskau zurückkehrte, büßte er immer wieder mit Gefängnis und Strafverschickung für seine revolutionäre Gesinnung. Nach der Parteispaltung der russischen Sozialdemokratie schloss er sich 1903 der von Lenin geführten bolschewistischen Fraktion an und wurde, 26 Jahre alt, 1912 in deren Zentralkomitee kooptiert. Am 23. Oktober 1917 leitete Swerdlow die historische Zentralkomiteesitzung (zwölf Anwesende), bei der die Bolschewiki den Aufstand beschlossen. Nach der Machteroberung wurde er am 21. November 1917 zum Vorsitzenden des Zentralen Exekutivkomitees gewählt, avancierte praktisch zum Staatsoberhaupt – formell zum mächtigsten Mann hinter Lenin. 1918 trug Swerdlow Mitverantwortung für die Ermordung der Zarenfamilie und für die Auslösung des „roten Terrors“, der nach dem Attentat der Sozialrevolutionärin Fanni Kaplan auf Lenin dekretiert wurde. Am 16. März 1919 erlag er einer Lungenentzündung – und erhielt als erster Bolschewik ein Ehrengrab vor der Kremlmauer.

TROTZKI

Leo Dawidowitsch Bronstein

** 7. November 1879 in Janowka*
† 21. August 1940 in Mexico City

Als Sohn eines jüdischen Landwirts und Analphabeten in der Ukraine geboren, lernt Leo mit sechs Jahren von seiner älteren Schwester lesen und schreiben. Weil ihm als Judenkind der Besuch eines staatlichen Gymnasiums verboten ist, besucht er eine Realschule. Früh beginnt er, sich autodidaktisch ein enormes Wissen anzueignen. 1898 wird er erstmals wegen Mitgliedschaft in einer revolutionären Gruppe verhaftet und im Jahr 1900 nach Sibirien verbannt. Von dort gelingt Leo Bronstein zwei Jahre später die Flucht nach England mit einem gefälschten Pass, dessen Name er einem seiner Gefängniswärter entlehnt hat und der für den Rest seines Lebens der seine bleiben wird: Trotzki.

Den Großteil der nächsten 15 Jahre verbringt der marxistische Revolutionär Trotzki im westeuropäischen, zuletzt auch im US-Exil. Er wird zum vielsprachigen Kosmopoliten und tritt der russischen Sozialdemokratie bei, in der er sich bis ins Revolutionsjahr 1917 verschiedentlich als Kritiker Lenins hervortut. Vor allem stellt er in dessen Konzept einer Partei von Berufsrevolutionären eine Tendenz fest, die immer zur Einmanndiktatur zu führen drohe.

Die Revolution von 1905 zieht Trotzki in die Heimat zurück. Im Revolutionszentrum St. Petersburg wird er als brillanter Redner entdeckt und zum Vorsitzenden des ersten Arbeiterrats der Geschichte gewählt. Inspiriert von dieser Erfahrung, entwickelt er seine Theorie der permanenten Revolution, der zufolge die verschiedenen Phasen einer sozialen Revolution einen einheitlichen, dynamischen und internationalen Prozess bilden. Das Wiedererstarken der Reaktion zwingt ihn 1907 erneut ins Exil, doch nach der Februarrevolution 1917 kehrt Trotzki aus den USA nach Russland zurück. Er stellt fest, dass er, genau wie Lenin, die veränderte politische Lage als revolutionär einschätzt – und schließt sich im Sommer 1917 dessen Partei an. Ist Lenin der Stratege des Oktoberaufstands und die „Lokomotive der Revolution“ (Trotzki), so geht Trotzki als ihr glanzvoller Volkstribun und Organisator in die Geschichte ein.

Im ersten „Rat der Volkskommissare“ wird er „Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten“ und zieht in der Hoffnung auf den Ausbruch der Revolution in Europa die Verhandlungen mit dem wilhelminischen Deutschland über den Frieden von Brest-Litowsk in die Länge. Als der Bürgerkrieg beginnt, wird er Kriegskommissar. Der scharfzüngige Intellektuelle zeigt erstmals, welcher Brutalität er fähig ist, etwa gegen Deserteure. Als sich im März 1921 die aufständischen Kronstädter Matrosen im Namen der revolutionären Ideale gegen die bolschewistische Realität wenden („Räte ohne Kommunisten!“), lässt er ihre Revolte in Blut ersticken.

In der völlig zerrütteten Wirtschaft nach dem Bürgerkrieg fordert er offen die „Militarisierung der Arbeit“ und die „Verstaatlichung der Gewerkschaften“ und tritt der innerparteilichen „Arbeiteropposition“ entgegen. Auch deshalb kommt Trotzki in den Augen vieler Bolschewiki nach Lenins Tod nicht als Nachfolger in Betracht. Zu spät revidiert er sich selbst und will die Partei wieder mit rätedemokratischen Idealen versöhnen. Es gelingt Stalin, Trotzki politisch zu isolieren, 1927 aus der Partei und 1929 aus dem Land zu werfen. Abermals Emigrant, verfasst er ein umfangreiches Werk – darunter eine glänzende Geschichte der Revolution –, attackiert Stalins Regime rastlos als bürokratischen Sündenfall des Kommunismus, gründet 1938 eine „Vierte Internationale“, da Stalin Lenins „Dritte“ ruiniert habe – und wird 1940 von einem Stalin-Agenten in Mexiko ermordet.

RAINER TRAUB





REVOLUTIONÄRE KARIKIEREN EINANDER
Erstaunlich treffend und oft komisch sind die Karikaturen, die bolschewistische Führer bei Partei-Sitzungen in den beiden ersten Jahrzehnten nach der Revolution voneinander anfertigten. Bucharin karikierte nicht nur 1926 Sinowjew (l.), sondern auch 1928 Stalin, der beide später erschießen ließ.

KARIKATUREN: AUS "SCHWEINEFUCHS UND DAS SCHWERT DER REVOLUTION" VON ALEXANDER VATLIN, ANTJE KUNSTMANN VERLAG, MÜNCHEN



Panzerwagen der Bolschewiki vor dem Hauptquartier ihrer Partei in Petrograd (1917)

1 PUTSCH ODER REVOLUTION

Der Erste Weltkrieg untergrub die Fundamente des alten Russland so lange, bis der Zar im Februar 1917 von seinen Untertanen gestürzt wurde. Aber seine Nachfolger setzten den Krieg fort – und Bolschewikenführer Lenin trieb als radikalster aller Revolutionäre im Oktober seine Partei zum Aufstand.

SÜDDEUTSCHER VERLAG



KRISE UND UMSTURZ

Der letzte der Zaren widersetzt sich störrisch jeder Reform, die Masse der Bauern hungert nach eigenem Land, in den Städten finden sozialistische Agitatoren Gehör – doch erst im Gemetzel des Weltkriegs wird Russland reif für den Aufstand seiner Bauernsoldaten und für die Oktoberrevolution.

Von Orlando Figes

HERRSCHERGLANZ
Zar Nikolai II. und seine deutschstämmige Frau Alexandra 1903 in Petersburg nebst Hofstaat, Offizieren und russisch-orthodoxem Würdenträger.

Die Russische Revolution hat den Zustand der heutigen Welt geprägt – erst jetzt treten wir aus ihrem Schatten hervor. Mehr noch als der Erste Weltkrieg bestimmte die Oktoberrevolution den Verlauf des 20. Jahrhunderts. Man kann den Standpunkt vertreten, dass Europa nach Kriegsende ohne die Verwerfungen des Oktobers 1917 zu einer Art Normalität zurückgefunden hätte. Doch der Sieg des Bolschewismus in Russland und die Gefahr, dass er sich bei der instabilen Nachkriegslage auf den ganzen Kontinent ausbreitete, versetzte den Mittelstand in Angst und Schrecken. Das machte den Weg frei für den Aufstieg des Faschismus und Nationalsozialismus mit ihren ausgiebigen Anleihen bei den revolutionären Methoden der Bolschewiki. Und ohne Nazismus hätte es keinen Zweiten Weltkrieg gegeben. Nach 1945 stülpten die Sowjets ihre Revolution Osteuropa über und verursachten so den Kalten Krieg, das unmittelbare Vermächtnis der Oktoberrevolution. Diese sollte bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Traums in den Jahren 1989 bis 1991 Revolutionäre in der Dritten Welt von China bis Kuba begeistern.

Die Anziehungskraft des Oktobers auf Revolutionäre der Dritten Welt erklärte sich hauptsächlich aus Lenins Offenbarung, eine

ORLANDO FIGES,
48, britischer Historiker, setzte mit mehreren Büchern Maßstäbe für die Geschichtsschreibung der Oktoberrevolution. Sein Werk „Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der Russischen Revolution von 1891 bis 1924“ gewann zahlreiche Preise.

VORABEND DER REVOLUTION

1860er Jahre Ein neues Phänomen in Russland sind gebildete junge Leute aus verschiedenen Klassen, die Mitleid mit den Bauern haben und immer radikaler soziale Gerechtigkeit fordern.

1861 Zar Alexander II. hebt die Leibeigenschaft der russischen Bauern auf. Er vollzieht damit einen wirtschaftlich überfälligen Schritt, der die sozialen Probleme aber nur noch verschärft.



Zar Alexander II.

1863/64 „Befreier-Zar" Alexander II. lässt den polnischen Aufstand gegen die Russen niederwerfen.

1872 Der erste Band des „Kapitals" erscheint erstmals in einer Übersetzung – auf Russisch. Die Zensur lässt das Werk als ungefährlich, weil „streng wissenschaftlich", passieren.

1874 Tausende junge Leute brechen aus russischen Städten in die Dörfer auf, um beim bäuerlichen Volk (russ. „narod") Bildung und Aufklärung zu verbreiten. Die Bauern verstehen aber die sozialistischen Ideen dieser „Narodniki" nicht.

1876 Radikale Narodniki schaffen die Organisation „Semlja i Wolja" (Land und Freiheit).

1878 Zu den Gründern des „Nordrussischen Arbeiterbundes" gehört Stepan Chalturin, der sich als Schreiner am Zarenhof bewirbt und dort 1880 eine Sprengladung zündet, der die Zarenfamilie durch Zufall entgeht. In Lenins Kreml-Arbeitszimmer wird Chalturins Foto neben dem von Marx hängen.

1881 Eine Bombe tötet Zar Alexander II.



Tödliches Attentat auf Alexander II.

1887 Ein geplantes Attentat auf Zar Alexander III. scheitert; zu den fünf hingerichteten Verschwörern gehört Lenins 21-jähriger Bruder Alexander.

1894 Auf dem Sterbebett nimmt Alexander III. seinem Sohn Nikolai II., dem künftigen (und letzten) Zaren Russlands, das Gelübde ab, nicht um Haaresbreite von der Autokratie abzuweichen.

1895 Lenin veröffentlicht eine marxistische Polemik gegen die als romantisch kritisierten Narodniki.

1897 Eine Volkszählung ergibt, dass Russen nur noch 44 Prozent der Bevölkerung des zaristischen Reichs stellen.

1904/05 Während sich Russlands Niederlage im Krieg gegen Japan abzeichnet, flammen auf dem Land zahllose Bauernaufstände auf.

Januar 1905 Am „Blutsonntag" erschießen Truppen in St. Petersburg über hundert friedliche und zarentreue Demonstranten. Maxim Gorki schreibt an seine Ex-Frau: „Die Revolution hat begonnen."



Petersburger Blutsonntag

1905 In Petersburg bildet sich als demokratisches Organ von Arbeitern spontan der erste „Sowjet" („Rat"). Bald wird der brillante Redner Leo Trotzki sein Vorsitzender.

1911 Premierminister Pjotr Stolypin, der seit 1906 versucht hat, mit einer Mixtur aus Härte und Landreform das Land zu stabilisieren, wird ermordet.

Februar / März 1917 Der vom jahrelangen Krieg verursachte Hunger löst Massendemonstrationen aus, die zur Abdankung von Nikolai II. führen. Neben den Arbeiterräten bilden sich Soldatenräte von kriegsmüden und rebellischen Armeeangehörigen.

April 1917 Am Tag nach seiner Rückkehr aus dem Schweizer Exil verkündet Lenin bei einer Petrograder Versammlung seine „April-Thesen": Im Bruch mit aller bisherigen sozialistischen Theorie setzt er die proletarische Revolution im rückständigen Agrarland Russland auf die Agenda. Sozialistische Kritiker attestieren Lenin „Delirien".

Sommer 1917 Die Provisorische Regierung und ihr Ministerpräsident Kerenski verlieren wegen ihrer Kriegsfortsetzung so rapide an Unterstützung, wie die Mitgliedschaft der Bolschewiki zunimmt.

25. Oktober / 7. Nov. 1917 An der Spitze des „Militärischen Revolutionskomitees" der Bolschewiki organisiert Leo Trotzki in Petrograd den bewaffneten Aufstand, den Lenin gegen Widerstand von Teilen der eigenen Partei durchgesetzt hat. Beide gehen davon aus, dass weitere Revolutionen in Europa ihrem Experiment zur Hilfe kommen.

DPA/PICTURE-ALLIANCE (L.); INTERFOTO (M.); AKG (U.)

Das Zarenreich

Großfürstentum Moskau 1462
1000 km
Erwerbungen:
1462–1592
1592–1689
1689–1855
1855–1914
vor 1914 zeitweise besetzt
abhängige Gebiete
russ. Einflussbereich 1914
Grenze Russlands 1914

Alaska 1741–1867 russisch
Aleuten
Kamtschatka
Sachalin
Kurilen 18. Jh. russisch, ab 1875 japanisch
Berlin
Warschau
Riga
St. Petersburg
Moskau
Odessa
Sewastopol
Samara
Jekaterinburg
Ob
RUSSLAND
West-Sibirien
Ost-Sibirien
Jakutsk
nördlicher Polarkreis
Jenissej
Don
Wolga
Ural
Tiflis
Eriwan
Kasp. Meer
Aralsee
Krasnowodsk
Krasnojarsk
Baikalsee
Irkutsk
Amur
Mandschurei
Ulan Bator
Äußere Mongolei
Wladiwostok
JAPAN
Teheran
PERSIEN
Taschkent
Samarkand
AFGHAN.
CHINESISCHES REICH
Peking
Port Arthur
KOREA
Pazifischer Ozean
DER SPIEGEL

marxistische Revolution müsse keineswegs – wie es die große Mehrheit der Marxisten verlangte – die Entwicklung einer revolutionären Arbeiterklasse im Schoß der kapitalistischen Gesellschaft abwarten. Dieser langwierige Prozess konnte ihren Sieg nämlich unendlich hinauszögern oder gar vereiteln, falls sich die Arbeiterklasse mehr für die Segnungen des kapitalistischen Systems als für dessen Umsturz interessieren würde. Der Oktober zeigte, dass eine erfolgreiche Revolution sich direkt durch einen Putsch auslösen ließ – vorausgesetzt, die Bauern wurden durch eine Landreform neutralisiert. Anschließend konnte die Staatsdiktatur ingenieurmäßig eine sozialistische Gesellschaft ins Werk setzen.

Um zu verstehen, wie Lenin zu dieser ungewöhnlichen Vision kam, müssen wir zwei Besonderheiten der russischen Geschichte berücksichtigen:

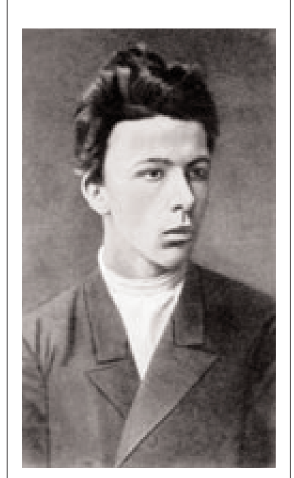
Der erste Faktor war die Kraft der Putschtradition in der russischen sozialistischen Bewegung, besonders unter den Volkstümlern („Narodniki“), aus der Lenins Spezialmarxismus viel von seiner revolutionären Energie bezog. Bevor er Marx entdeckte, hatte Lenin sich ja längst mit den jakobinischen Ideen des „Volkswillens“ (Narodnaja wolja) gerüstet. So nannte sich ein Untergrundnetz von Verschwörern, dem sein älterer Bruder Alexander angehört hatte, bis er 1887 wegen Beteiligung an einem fehlgeschlagenen Mordanschlag auf Zar Alexander III. hingerichtet wurde. Der „Volkswille“ hatte sich aus Enttäuschung über das Scheitern des Versuchs, die Bauern propagandistisch für die Revolution zu begeistern, einem schnellstmöglichen Staatsstreich verschrieben. Der sollte durchgeführt werden, bevor die Entwicklung des Kapitalismus dem zaristischen Staat neuen Rückhalt in der Bourgeoisie verschaffte. Nach der Errichtung einer Staatsdiktatur sollte diesem Szenario zufolge die soziale Revolution in Russland angepackt werden.

Die Hauptelemente der Leninschen Doktrin stammten weniger von Marx als aus der russischen revolutionären Tradition: die Betonung der Notwendigkeit einer disziplinierten, revolutionären Avantgarde; der Glaube, subjektives Handeln könne den objektiven Gang der Geschichte ändern; seine Verteidigung von Diktatur und Terror; seine Verachtung für Liberale und Demokraten (und für Sozialisten, die Kompromisse mit ihnen eingingen). Lenin nutzte die Ideen des „Volkswillens“, um eine unverwechselbar russische Dosis Verschwörungspolitik in die marxistische Dialektik zu injizieren. Die wäre andernfalls passiv geblieben und hätte sich damit begnügt, das Heranreifen der Revolution durch die Entwicklung der objektiven Faktoren abzuwarten, statt sie durch politisches Handeln vom Zaun brechen zu wollen.

Es war nicht der Marxismus, der Lenin zum Revolutionär machte – es war Lenin, der den Marxismus revolutionär machte.

Der zweite Faktor, der Lenins Vision inspirierte, war das revolutionäre Potential der russischen Bauernschaft (rund 80 Prozent der Bevölkerung des Zarenreichs), das sich so deutlich während der „ersten Revolution“ von 1905/06 zeigte. Die bäuerlichen Gewaltausbrüche in jenem Jahr waren ein schwerer Schock für das zaristische System, das stets auf dem russischen Mythos einer „heiligen Einheit“ von Bauern und ihrem „Väterchen Zar“ beruht hatte. Nach der 1861 erfolgten Befreiung der Leibeigenen hatte die Regierung die Verwaltung der Dörfer in die Hände der Bauerngemeinde gelegt – im Glauben, diese werde die alte patriarchalische Ordnung auf dem Land aufrechterhalten. In den 1870er Jahren, als die Volkstümler mit ihrem Versuch gescheitert waren, in den Dörfern die Revolution zu entfachen, war diese Annahme noch weitgehend gerechtfertigt. Doch die Provinz änderte sich rapide in den letzten Jahrzehnten des zaristischen Systems, dem die politische Anpassung misslang.

Der ungeheure Anstieg der bäuerlichen Bevölkerung (von 50 auf 79 Millionen Menschen zwischen



DAS VORBILD
Alexander („Sascha“) war der ältere Bruder des späteren Revolutionsführers Wladimir Iljitsch Lenin. 1887 wurde der Hochbegabte wegen eines versuchten Attentats auf Alexander III. hingerichtet.

ARBEITER VOR BEGINN IHRER „HERRSCHAFT“
Im Sonderzug bereiste der Hoffotograf des Zaren zwischen 1905 und 1917 dessen Reich – und porträtierte um 1910 Holzarbeiter, die bald zur „herrschenden Klasse“ zählen sollten. Technisch entstanden die Bilder des Fotografen Seiner Majestät mit der sogenannten Autochrome-Technik – dem ersten Farbverfahren, das die Gebrüder Lumière entwickelt hatten und das lange Belichtungszeiten erforderte.

1861 und 1897) führte zu einer wachsenden Landverknappung, vor allem im Agrargürtel Zentralrusslands, wo sich die meisten Adelsgüter befanden. So waren die Bauern zunehmend darauf angewiesen, Land vom Adel zu pachten. Diese Tatsache bestärkte sie in ihrer alten Überzeugung, dass diejenigen, die das Land bestellten, auch darüber verfügen sollten. Bald bildeten jüngere Bauern die Mehrheit (1897 waren 65 Prozent der Landbevölkerung unter 30 Jahren). Im Zuge der Ausbreitung des ländlichen Schulwesens waren sie in weit höherem Maß alphabetisiert als die Generation ihrer Eltern. Sie waren auch empfänglicher für städtisches Ideengut, mit dem sie auf Marktplätzen, beim Militär und in den Fabriken in Berührung kamen, wo viele von ihnen arbeiteten, um ihr Einkommen in den Wintermonaten aufzubessern. Um 1905 hatten diese Bauernsöhne die Kontrolle in der Bauerngemeinde übernommen und sie in eine gegen den Landadel gerichtete Kraft verwandelt. Tausende von Herrenhäusern (insgesamt 15 Prozent) wurden während der Aufstände von 1905/06 zerstört.

Stützte sich die Russische Revolution letztlich auf die Bauernschaft, so lag ihr Ursprung in der politischen Bewegung der Städte, die den Bauern die Richtung wies. Um die Wende zum 20. Jahrhundert entwickelte sich Russland rapide zu einer modernen, urbanen Gesellschaft. Die politischen Erwartungen und Forderungen der professionell und kommerziell aufstrebenden Bevölkerungsgruppen waren unvereinbar mit der Ideologie einer Alleinherrschaft, die im Wesentlichen seit dem Mittelalter unverändert geblieben war. Ihr zufolge regierte der Zar Russland, wie es der Krönungseid vorsah, einzig gemäß seines Gewissens vor Gott – ohne jede Einschränkung durch Parlamente oder öffentliche Meinung.

Die neue politische Nation prallte erstmals 1891 mit der zaristischen Regierung zusammen, als eine Hungersnot weite Teile des bäuerlichen Russlands heimsuchte. Die Angehörigen von Russlands gebildeten Schichten hatten schon lange ein Schuldgefühl gegenüber den Bauern, den einstigen Leibeigenen ihrer Väter, empfunden. Die Ideen der Volkstümler waren in diesen Kreisen eine breite Kulturbewegung und ein Symbol der Hingabe für „die Sache des Volkes“ geworden, eine Art nationales Glaubensbekenntnis.

Aufgebracht über das Unvermögen der Regierung, das Leiden der Bauern zu lindern, wurden die Semstwos – die Selbstverwaltungen der Stadt- und Landkreise – aktiv und organisierten Hunderte von Hilfskomitees. Der Hunger politisierte die Gesellschaft, hauptsächlich, weil sie der Regierung und deren überhöhten Steuern und Nahrungsmittelexporten die Schuld an der Not gab. Das führte zur Forderung, breitere Kreise in die Verwaltung der nationalen Angelegenheiten einzubeziehen. Um 1900, als sich durch die Semstwos eine nationale Reformkoalition zu bilden begann, war diese Forderung Teil einer umfassenderen Konfrontation zwischen Hof und liberaler Gesellschaft geworden. Nikolai II. hätte vielleicht verhindern können, dass sie sich zu einer revolutionären Krise auswuchs, wäre er bereit gewesen, eine Verfassung zuzugestehen. Aber er war nicht willens, seinen auf Gottes Gnadentum geschwore-



nen Krönungseid preiszugeben, indem er eine Verfassung zuließ. Nur widerstrebend und unter massivem Druck seiner Minister bewilligte Nikolai begrenzte politische Reformen, darunter im Oktober 1905 ein nationales Parlament, die Duma. Auch dazu ließ er sich freilich erst herbei, nachdem monatelange Demonstrationen in der Hauptstadt und in anderen Städten, Meutereien in Marine und Heer sowie Aufstände im ländlichen Russland ihn fast die Krone gekostet hatten.

Möglicherweise wäre alles anders gekommen, wäre nicht Pjotr Stolypin, der ab 1906 Ministerpräsident war, 1911 von einem revolutionären Terroristen ermordet worden. Stolypin hatte versucht, die revolutionäre Lage durch eine Mischung von politischer Repression und Reform zu stabilisieren. Kernstück seiner Amtsführung war eine umstrittene Landreform. Sie ermutigte starke Bauern, aus der Bauerngemeinde – dem organisatorischen Kern der Revolution auf dem Land – auszubrechen, um ihre privaten Bauernhöfe zu gründen. Diese Politik vertraute darauf, dass die ökonomisch starken Bauern sich durch ihren Besitz fester an die herrschende Ordnung binden würden, während gleichzeitig Millionen anderer Bauern gezwungen wären, die Landwirtschaft aufzugeben und in die Städte zu ziehen.

Die Provinzadeligen begrüßten die Reformen zunächst als Lösung für das Landproblem. Zunehmend fürchteten sie aber, von den neuen bäuerlichen Kleineigentümern in den lokalen Semstwos, die nun kraft eigentumsabhängiger Stimmrechte gewählt wurden, beiseitegedrückt zu werden und ihre althergebrachten Privilegien zu verlieren. Der Adel blockierte Stolypins Gesetzesvorlage mittels seiner politischen Kontrolle über den Reichsrat. So brachte er den Zaren – der den Reformgedanken mehr und mehr ablehnte, als die Krise von 1905 erst vorbei war – gegen den einzigen Mann auf, der ihm den Thron hätte retten können. Lange bevor die Kugel des Attentäters Stolypin tötete, war er politisch tot.

Die Russische Revolution wurde vom Ersten Weltkrieg geboren. Millionen Bauernsöhne in Uniform kamen mit neuen Techniken und Ideologien in Berührung; so gerüstet kehrten sie heim, um in den Städten und Dörfern die Revolution zu organisieren. Der Krieg war eine enorme Belastung für die Wirtschaft. Brotmangel und Inflation waren die unmittelbaren Anlässe für die Straßendemonstrationen in Petrograd – wie St. Petersburg bei Kriegsbeginn umgetauft wurde, damit der deutsch klingende Name russischer wirkte –, die im Februar 1917 den Untergang der Monarchie herbeiführten. Soldaten der Petrograder Garnison meuterten gegen ihre Offiziere und weigerten sich, in die Menge zu schießen.

Doch die Februarrevolution war nicht einfach ein Aufstand der Straße. Sie war eine politische Revolution, eine nationale Erhebung gegen die, wie es hieß, „von Deutschen beherrschte“ Dynastie, der weithin die Schuld an den militärischen Katastrophen an der Front zugeschrieben wurde. Mangels verlässlicher Informationen waren Gerüchte gewuchert – und wurden um 1917 allgemein geglaubt: Die Kaiserin Alexandra („die Deutsche“) und ihr „Liebhaber“ Rasputin, der „Heilige“, verrieten angeblich Militärgeheimnisse an den Feind und versuchten, die Kommandogewalt des Zaren über die russische Streitmacht zu beeinflussen, um Deutschland den Sieg zu bringen. In diesem Klima wurde es eine patriotische Tat, sich gegen die Romanows zu stellen – sei es auch nur zu dem Zweck, die Kampagne für den Krieg neu zu entfachen. So hieß es nach der Abdankung des Zaren am 15. März: „Jetzt haben wir die Deutschen hier geschlagen, dann schlagen wir sie auch im Feld.“

Von Anbeginn galt die Februarrevolution als patriotische Revolution. Antideutsche und antimonarchistische Einstellungen waren engverwoben im neuen demokratischen Bewusstsein, das die Führer des Februar als Fundament der nationalen Erneuerung Russlands zu kultivieren suchten. Die Niederlage an der Front wurde mit der Niederlage der Revolution und der Wiederherstellung der Monarchie durch die Deutschen assoziiert.

Die Führer der Provisorischen Regierung, die im Februar die Amtsgewalt übernahm, wurden hauptsächlich aus dem liberalen Flügel der Duma rekrutiert. Die Sozialisten verweigerten sich dieser Regierung, obwohl ihre Machtbasis in den von Soldaten, Arbeitern und Bauern gewählten Räten, den Sowjets, ausgereicht hätte für die Proklamation einer Räteregierung im Februar – vom allseitigen Zuspruch in den Straßen Petrograds ganz zu schweigen. Die Führer der Räte glaubten jedoch, geprägt durch die marxistische Doktrin, dem Übergang in eine sozialistische Gesellschaft müsse eine „bürgerliche“ Etappe der Revolution vorausgehen. Als einziger Sozialist des Sowjet trat Alexander Kerenski der neuen Regierung bei und überwachte als Justizminister eine atemberaubende Serie politischer Reformen. Sie fegten die alten zaristischen Beschränkungen aufgrund von Religion, Klasse und Rasse hinweg, garantierten Versammlungs-, Presse- und Redefreiheit, demokratisierten Polizei, Gerichte und Kommunalverwaltungen, führten das allgemeine Wahlrecht ein, befreiten die politischen Gefangenen und ermöglichten die Rückkehr der Revolutionäre aus dem Exil. Russland war über Nacht, wie Lenins berühmtes Diktum lautete, zum „freiesten Land der Welt“ geworden.

Die liberalen „Februarmänner“ waren unheilbare Optimisten. Mitgerissen von der Euphorie und nationalen Einigkeit in den Anfangswochen der Revolution, vertrauten sie auf „das große Herz des rus-

„Nachts stolziere ich herum / Kein Reicher läuft mir über den Weg / Soll es nur einer versuchen / Dem schraub ich den Kopf verkehrt herum an.“

RUSSISCHES DORFLIED, 1912.



RÄTSEL RASPUTIN
In seiner Jugend war der Bauernsohn Rasputin als Wüstling bekannt, dann wurde er fromm und von der Zarin als gottgesandter Wunderheiler ihres Sohnes verehrt. Trotz der ihm nachgesagten Ausdünstung eines Ziegenbockes wirkte Rasputin (2. v. l., 1907) auf Frauen wie ein Magnet.

RIA NOVOSTI



MÖCHTEGERN-RETTER
Pjotr Stolypin wurde 1906 zum Premier berufen, um die Revolution durch Härte zu bekämpfen und ihr durch eine Agrarreform den Boden zu entziehen. Doch er war politisch schon gescheitert, als er 1911 ermordet wurde.

„Majestät, wir Arbeiter und Bewohner von St. Petersburg sind zu Dir gekommen, um Gerechtigkeit und Schutz zu suchen.“

Appell aus der Bittschrift, die dem Zaren im Januar 1905 bei der Massendemonstration am Petersburger „Blutsonntag“ überreicht werden sollte.

sischen Volkes“: So sprach Fürst Lwow, der neue Ministerpräsident des Landes. Dieser Glaube an „das Volk“ – verwurzelt im Denken der Intelligenzija des 19. Jahrhunderts – war typisch für die hochgesinnte, aber eher unpraktische Einstellung, die die politische Philosophie der ersten Provisorischen Regierung (14. März bis 18. Mai) kennzeichnete. Russlands liberale Führer wollten nach eigenem Bekunden lieber „mit“ dem Volk, als „über“ das Volk regieren. Sie verstanden sich als „klassenlos“ – den Interessen „des ganzen Volkes“, nicht denen einer Klasse dienend. Sie präsentierten sich überparteilich und klassenübergreifend, als die Übergangsverwalter eines „neutralen Staates“ bis zur Wahl der neuen souveränen Macht, der Konstitutionellen Versammlung, die allein den sozialen und politischen Reformen Gesetzeskraft verleihen konnte. Diese Wahlen aber verschleppten die liberalen Führer monatelang, während verschiedene Ratsversammlungen sich in komplizierten Diskussionen über das Wahlsystem verzettelten.

Faktisch bauten sie darauf, dass das Volk die parlamentarische Lösung der sozialen Probleme geduldig abwarten werde – die der Landfrage etwa, oder der Kontrolle über die Fabriken. Lenins Bolschewiken aber ermunterten die Bauern und Arbeiter dazu, ebendies sofort zu erledigen, indem sie durch die Räte und andere Revolutionskomitees die Macht einfach selbst ergriffen.

Im Sommer 1917 befand sich der Grundbesitz im Agrargürtel Zentralrusslands weitgehend in der Hand der Bauernschaft, die durch ihre Gemeinden und Komitees die Dörfer regierte – ein glatter Bruch der Anweisungen der Provisorischen Regierung gegen Übergriffe auf das Eigentum des Landadels.

Die verheerende Entscheidung der Provisorischen Regierung für eine neue Frontoffensive war ähnlich verfehlt wie die Hinauszögerung der Wahlen. Entsetzt über den Zusammenbruch der Regierungsgewalt und das wachsende Chaos im Land, hatten sich die großen sozialistischen Parteien im Petrograder Sowjet, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, der Provisorischen Regierung angeschlossen. Am 18. Mai übernahm Kerenski das Kriegsministerium. Beide Parteien waren für die Fortsetzung des Krieges, freilich nur, sofern die nationale Verteidigung dies erforderte, während sie mit allen anderen europäischen Sozialisten für einen umfassenden Frieden eintraten. Doch Russlands militärische Kraftlosigkeit schwächte ihre Verhandlungsposition enorm: Die Alliierten kamen zu dem Schluss, dass der Krieg ohne Russland so gut wie mit ihm gewonnen werden konnte, erst recht nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten im April. Sie blockierten die Friedensbemühungen des Sowjet. So paradox es klingen mag, die Führer der Provisorischen Regierung stützten damit eine Offensive, die ihren Einsatz für eine allseitige Schlichtung des Konflikts stärken sollte. Sie führten Krieg, um Frieden zu schließen.

Die Räteführer erlagen der Hoffnung, dass sie bei der Verteidigung des demokratischen Russland das Volk hinter sich bringen würden. Sie setzten Russlands Situation mit derjenigen Frankreichs am Vorabend des Krieges von 1792 gegen Österreich gleich: Sie nahmen an, ein Revolutionskrieg werde ebenso einen neuen bürgerlichen Patriotismus hervorbringen, wie einst bei der Verteidigung der französischen *patrie* die neue Gemeinschaftsparole „Aux armes, citoyens!“ entstanden war.

Um die Moral der Truppen aufzurichten, besuchte Kerenski im Mai die Fronten. Zu den Soldatenversammlungen, vor denen er sprach, kamen die Offiziere, die uniformierte Intelligenzija und die treuergebenen Mitglieder der Soldatenkomitees. Diesen begrenzten Zuspruch missverstand Kerenski als breite Zustimmung für die Offensive – außerhalb der Versammlungen, beim Fußvolk, war die Stimmung viel negativer. Die Soldaten hatten den Krieg satt, sie wollten nach Hause, sie wollten Land und Frieden. Der Start einer neuen Offensive Ende Juni endete nach dem Zusammenbruch der Front und nach großen territorialen Verlusten nicht nur in der militärischen Katastrophe. Er führte auch zu einem totalen Autoritätsverlust der Offiziere. Vor allem an der Nordfront nahe Petrograd desertierten Soldaten zu Hunderttausenden oder schwenkten zu den Bolschewiki um: Sie repräsentierten die einzige große Partei, die Frieden versprach, und ihre Anhänger in der Armee übernahmen jetzt die meisten der Soldatenkomitees und Sowjets.

Der Kollaps der Offensive fiel mit dem Kollaps der Regierungsautorität zusammen. Am 16. Juli verbündete sich das Erste Maschinengewehrregiment – diese am stärksten bolschewistisch geprägte von allen Armee-Einheiten in Petrograd hatte eben den Ruf an die Front erhalten – mit den militanten Matrosen der Marinebasis in Kronstadt und Fabrikarbeitern aus dem Bezirk Wyborg. Als bewaffnete Demonstranten forderten sie vor dem Taurischen Palais, dem Sitz des Allrussischen Rätekongresses, die Machtergreifung durch die Räteführer. Die Demonstranten waren bereit, ihren Protestzug in einen bewaffneten Aufstand umzuwandeln, wenn dazu das Signal von den bolschewistischen Führern käme. Doch Lenin zögerte und erteilte den Befehl nicht, so dass die 50 000 aufgebrachten Menschen vor dem Taurischen Palais nicht recht wussten, was sie tun sollten. Sie wurden erst von den Räteführern weggeschickt, dann löste die Polizei die Demonstration auf.

Lenin fürchtete offenbar die Konsequenzen für die Partei, wenn sie in einen gescheiterten Putsch



ALLSEITS VERACHTET
Alexander Kerenski (1881 bis 1970) verkörperte 1917 nur kurz die Hoffnungen des bürgerlichen Russland – dann wurde er von den Bolschewiki ins Exil getrieben und von rechts wie links geschmäht.

NIKOLAY TITOV / ACPIX (O.); MUSEE ALBERT-KAHN - DÉPARTEMENT DES HAUTS-DE-SEINE / STÉPHANE PASSET (U.)



SOWJETS GEGEN LENIN
Im Petrograder Soldatenrat, der hier nach der Februarrevolution in der Duma tagt, war die Mehrheit monatelang klar antibolschewistisch. Erst kurz vor der Oktoberrevolution schlug die Stimmung um.

verwickelt worden wäre. Tatsächlich folgte den Julitagen eine Regierungskampagne gegen die Bolschewiki, die man nun bezichtigte, „deutsche Agenten“ und verantwortlich für die Rückschläge an der Front zu sein. Lenin floh in ein Versteck nach Finnland.

Doch das Bemühen der Regierung, die Kräfte der Linken zu unterdrücken, war kontraproduktiv. Ein Versuch des konservativen Generals Kornilow, mit seinen Kosaken auf Petrograd zu marschieren, um Kerenski zur Errichtung einer Militärdiktatur und zur Abschaffung der Räte zu zwingen, wurde von bewaffneten Arbeitern der Roten Garden mühelos zurückgeschlagen. Die Kornilow-Episode beschleunigte lediglich den Autoritätsverlust der Provisorischen Regierung. Dies galt besonders in der Armee, wo die Soldaten nun ihre Offiziere verdächtigten, „Konterrevolutionäre“ zu sein. All das spielte Lenin in die Hände: Dass er im Oktober in der Lage war, die Arbeiter und Soldaten zu einem bewaffneten Aufstand gegen die Provisorische Regierung zu mobilisieren, beruhte auf dem weitverbreiteten Eindruck einer „konterrevolutionären“ Bedrohung der Räte.

Die Berichte der Regionalräte, der Garnisonen und Fabriken von Ende September und Anfang Oktober betonten ausnahmslos, dass es zwar massenhaft Unterstützung für eine Räteregierung gebe, doch wenig Neigung zu einem bewaffneten Aufstand zwecks Bildung dieser Regierung – es sei denn, die konterrevolutionären Kräfte würden abermals versuchen, die Räte abzuschaffen. Die Provisorische Regierung fand kaum noch Rückendeckung. Jetzt ging es darum, wer das politische Vakuum füllen sollte. Die sozialistischen Parteien im Sowjet, darunter die Bolschewiki, gingen davon aus, dass der Zweite Rätekongress für die Übertragung der politischen Macht auf die Räte votieren würde. Er sollte am 2. November zusammentreten, wurde jedoch auf den 7. November verschoben. Die so zustande gekommene Räteregierung wäre eine Koalition aller großen Parteien im Sowjet gewesen.

Die meisten der bolschewistischen Führer waren bereit, sich mit dieser Lösung der Machtfrage anzufreunden. Einige glaubten – wie Kamenew und Sinowjew, die dem linken Flügel der Menschewiki am nächsten standen – die Bildung einer sozialistischen Koalitionsregierung würde es dem Sowjet ermöglichen, Kräfte zu sammeln, um die Gefahr einer Konterrevolution abzuwehren, während die Bolschewiki Zeit fänden, ihren Rückhalt bei der Vorbereitung zur Wahl der Konstitutionellen Versammlung zu vertiefen. Sie fanden es unabdingbar, durch die Wahlurne an die Macht zu kommen, denn eine Machtergreifung ohne Unterstützung der Massen würde die Bolschewiki zwingen, durch Terror zu regieren.

In einer entscheidenden Abstimmung im Zentralkomitee der Bolschewiki hatten Kamenew und Sinowjew am 23. Oktober gegen Lenins Resolution gestimmt, die Vorbereitung für einen bewaffneten Aufstand als „Tagesbefehl“ auszugeben. Obwohl es in der Resolution hieß, ein bewaffneter Aufstand sei „unvermeidlich“, wurde kein bestimmtes Datum für ihn festgesetzt. Tatsächlich glaubten die meisten der bolschewistischen Führer weiter, die Bewaffnung der Arbeiter sei lediglich eine Defensivmaßnahme, um den Rätekongress vor einer konterrevolutionären Gefahr zu schützen. Noch am 6. November, dem Tag vor dem Aufstand, fasste weder die Mehrheit im Zentralkomitee noch das Militärische Revolutionskomitee (de facto die Putsch-Truppe der Bolschewiki) den Sturz der Provisorischen Regierung vor Be-

„Man darf sich nicht durch Wahlziffern täuschen lassen ... Die Mehrheit des Volkes ist für uns. Es wäre naiv, eine ‚formelle‘ Mehrheit der Bolschewiki abzuwarten, keine Revolution wartet darauf. Die Geschichte wird es uns nicht verzeihen, wenn wir jetzt nicht die Macht ergreifen.“

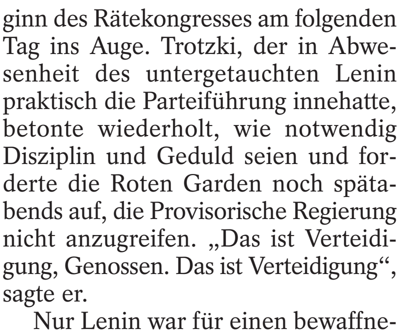
LENIN im September 1917 aus dem finnischen Versteck an das Zentralkomitee der Bolschewiki.

STAATSARCHIV FÜR FILMISCHE UND FOTOGRAF. DOKUMENTE, ST. PETERSBURG

Bauernstaat
Anteil der Bauern* an der Gesamtbevölkerung in Russland, in Prozent

* Einzelbauern und Kolchosniki, z.T. Handwerker

66,7 76,2 76,6
1913 1924 1928



ginn des Rätekongresses am folgenden Tag ins Auge. Trotzki, der in Abwesenheit des untergetauchten Lenin praktisch die Parteiführung innehatte, betonte wiederholt, wie notwendig Disziplin und Geduld seien und forderte die Roten Garden noch spätabends auf, die Provisorische Regierung nicht anzugreifen. „Das ist Verteidigung, Genossen. Das ist Verteidigung", sagte er.

Nur Lenin war für einen bewaffneten Aufstand, bevor der Rätekongress sich für die Machtübernahme der Räte aussprach. Wochenlang hatte er seine Kollegen mit immer ungeduldigeren Forderungen bombardiert, endlich gegen die Provisorische Regierung loszuschlagen. Er wertete es als „Verbrechen", dem Rätekongress die Lösung der Machtfrage zu überlassen, weil dabei eine Koalition mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären herauskommen würde. Ein Präventivschlag dagegen hätte, wenn die Machtergreifung von den Rätedelegierten akzeptiert würde, eine bolschewistische Diktatur zur Folge.



AUFSTANDSGEGNER
Lew Kamenew (1883 bis 1936), einer von Lenins engsten Mitarbeitern und Ehemann von Trotzkis Schwester, warnte im Oktober 1917 vor dem Aufstand und stimmte für eine Koalition mit anderen Sozialisten.

Und genau das geschah. Ein verkleideter Lenin machte sich am 24. Oktober spätabends aus seinem Versteck zum Smolny-Institut auf, dem Hauptquartier der Bolschewiki. Kerenskis Polizei fiel er nicht weiter auf – sie hielt ihn für einen Herumtreiber. Lenins Ankunft hatte entscheidende Wirkung auf die bolschewistischen Führer. Er drehte die vorherrschende Stimmung von Abwehr auf Angriff: An die Anhänger der Bolschewiki in der Hauptstadt erging der Befehl, den Aufstand zu beginnen.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution, wie sie später in der Sowjetmythologie hieß, war in Wirklichkeit ein militärischer Putsch – kaum wahrgenommen vom Gros der Einwohner Petrograds, durchgezogen von kaum mehr als ein paar tausend Aufständischen (mehr brauchte es nicht, um die rückhaltlose Regierung zu stürzen). Theater, Restaurants und Straßenbahnen funktionierten weitgehend normal, während die Bolschewiki die Macht ergriffen. Der legendäre „Sturm" auf den Winterpalast, wo Kerenskis Kabinett seine letzte Sitzung abhielt, wirkte eher wie ein routinemäßiger Hausarrest: Die zusammengewürfelten Palastverteidiger waren überwiegend schon vor dem Angriff hungrig und mutlos nach Hause gegangen. (Kerenski war bereits am Morgen des 7. November in einem vor der US-Botschaft requirierten Renault aus der Hauptstadt geflohen, im verzweifelten Versuch, Truppenverstärkung von der Front zu holen.)

Als der Sturm auf den Winterpalast begann, verabschiedete der Rätekongress einstimmig eine von den Menschewiki vorgeschlagene Resolution zur Bildung einer vereinigten demokratischen Regierung auf der Basis aller im Sowjet vertretenen Parteien. Doch als beinah schon eine sozialistische Koalition zustande zu kommen schien, trafen Nachrichten vom gewaltsamen Angriff auf die Provisorische Regierung im Winterpalais ein. Sie bewegten die Mehrheit der Menschwiki und Sozialrevolutionäre dazu, den Kongress unter Protest gegen das „kriminelle Unternehmen" zu verlassen. Ihr Auszug wurde begleitet von Getrampel, Pfiffen und Beschimpfungen der Bolschewiki. Lenins geplante Provokation – die präventive Machtübernahme – hatte funktioniert. Indem sie aus dem Rätekongress auszogen, untergruben Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Möglichkeit einer sozialistischen Koalition und ebneten einer bolschewistischen, auf den Sowjet gestützten Diktatur den Weg. Ebendies hatte Lenin zweifellos die ganze Zeit beabsichtigt.

Trotzki fiel es zu, die Gegner der Bolschewiki im Sowjet anzuprangern – und damit faktisch den Beginn von Terror und Bürgerkrieg auszurufen. Er tat es mit den berühmten Worten „Ihr seid elende Bankrotteure! Ihr habt ausgespielt; schert euch hin, wohin ihr von nun an gehört: auf den Kehrichthaufen der Geschichte!"

Auch wenn der Aufstand der Bolschewiki als militärischer Putsch durchgeführt wurde, wie Trotzki selbst einräumte, fiel er mit einer Reihe sozialer Umwälzungen zusammen. Die fegten die einzigen politischen Strukturen hinweg, die der bolschewistischen Diktatur hätten standhalten können. Ermutigt vom Dekret über den Frieden, das die Bolschewiki am 8. November im Rätekongress durchgedrückt hatten, entließen sich Millionen von Soldaten selbst aus dem Militärdienst, kehrten in den folgenden Wochen von der Front zurück und lösten praktisch die Armee auf.

Ihre Rückkehr wirkte sich einschneidend auf die Politik der Provinzstädte aus, wo Soldaten die Initiative ergriffen und die Rätediktatur errichteten. Fabriken wurden nationalisiert und von gewählten Arbeiterkomitees verwaltet, die unter der Kontrolle der Stadtsowjets standen, die wiederum die Bourgeoisie durch Massenverhaftungen und extrem hohe Steuern ausschalteten. Unterdessen stürmten die Bauern mit ihrer eigenen Revolution auf dem Land voran und teilten die konfiszierten Landgüter des Provinzadels untereinander auf, ganz wie Lenins Dekret über Grund und Boden es verhieß.

Diese sozialen Umwälzungen unterminierten das Machtfundament der Konterrevolution. Die besitzenden Klassen waren vernichtet und versprengt: Die Mehrheit floh ins Ausland oder in den Süden, wo die Reste der zaristischen Armee, Offiziere und Kosaken, sich hinter dem Banner der Weißen scharten, um den Bolschewiki zu trotzen. Die größte liberale Partei des Landes, die Kadetten, wurde als „konterrevolutionär" verboten. Viele ihrer Führer kamen ins Gefängnis, wo bald auch zahlreiche Führer der Sozialrevolutionäre und Menschewiki landeten. In Lenins Augen war jeder Gegner der Rätediktatur ein „Konterrevolutionär".

Die Bolschewiki dachten gar nicht daran, der Konstituierenden Versammlung die Souveränität zu überlassen, ganz gleich, wie die Wahlen ausfallen würden. Wie sich zeigte, versetzten die denn auch ihrem Anspruch, im Namen des Volkes zu regieren, einen schweren Schlag: Die Bolschewiki bekamen gerade 10 Millionen Stimmen (insgesamt 24 Prozent), verglichen mit 16 Millionen Stimmen (38 Prozent) für die Sozialrevolutionäre, die Hauptpartei



KONSERVATIVE KOSAKEN
Zu den verlässlichsten Stützen der zaristischen Armee und der gegenrevolutionären Truppen im Bürgerkrieg gehörten die Kosaken, derer zwei hier im Jahr 1913 zwei für den Fotografen posieren.

MUSEE ALBERT-KAHN - DÉPARTEMENT DES HAUTS-DE-SEINE / STÉPHANE PASSET (L.); RIA NOVOSTI (O.)



IKONEN DER REVOLUTION
Die Dserschinski-Statue vor der Petersburger Smolny-Kathedrale ist eines der wenigen nicht gestürzten Denkmäler des Tscheka-Gründers in Russland. Wie Lenin 1917 in der Parteizentrale zum Aufstand rief, stellte ein sowjetischer Maler in der Art von Heiligengemälden dar.

der Bauernschaft, und weiteren 5 Millionen Stimmen für die ukrainischen Sozialrevolutionäre. Nach Lenins Auffassung ließ die Rätemacht – die unmittelbare Herrschaft der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte – eine „bürgerlich-demokratische“ Nationalversammlung überflüssig werden. Als die lang erwartete Konstituierende Versammlung endlich am 18. Januar 1918 in Petrograd zusammentrat, wurde sie binnen weniger Stunden von den Bolschewiki aufgelöst.

Schockiert über diese Verletzung der Demokratie, flohen die Sozialrevolutionäre in ihr bäuerliches Kernland. Sie hofften, „das Volk“ werde sich hinter ihre Sache stellen, um das Parlament zu verteidigen. Doch die Resonanz war viel zu schwach, um die Bolschewiki zu beunruhigen. Für die gebildeten Bauern oder diejenigen, die der Propaganda der Sozialrevolutionäre lange ausgesetzt gewesen waren, mochte die Konstituierende Versammlung vielleicht als politisches Symbol für „die Revolution“ gelten. Für die Masse aber, deren Blick kaum über ihr Dorf hinaus reichte, war die Versammlung im Unterschied zu den eigenen politischen Organisationen nur fernes Stadtgetöse, eine Sache der „Häuptlinge“ diverser Parteien. Die Intelligenzija hatte das Prinzip eines nationalen Parlaments zwar lange hochgehalten, doch die Bauern teilten das intellektuelle Konzept der politischen Nation nicht.

Schon die Rede von „Staatlichkeit“ und „Demokratie“, von „bürgerlichen Rechten und Pflichten“ war ihnen fremd. Ihren sozialen und politischen Idealen standen die Dorfsowjets viel näher – schließlich waren die im Grunde nichts anderes als ihre alten Dorfversammlungen in revolutionärer Verpackung. Mittels der Dorfsowjets führten die Bauern längst ihre eigene Revolution auf dem Land durch. Den Segen der Konstituierenden Versammlung brauchten sie dafür nicht – nicht einmal den der Räteregierung. So kam ein Armee-Propagandist der Sozialrevolutionäre zu dem Schluss: „Der Masse der Frontsoldaten war die Konstituierende Versammlung völlig unbekannt. Ihre Sympathien galten eindeutig den Räten … Mehr als einmal hörte ich Soldaten fragen: ‚Wozu brauchen wir eine solche Konstituierende Versammlung, wenn wir schon unsere Räte haben, in denen unsere Delegierten zusammenkommen und alles entscheiden können?‘“

Als Lenin die Macht ergriff und den Bürgerkrieg provozierte, hatte er genau begriffen, dass der Enthusiasmus der Bauern für die eigene Revolution auf dem Land jede konterrevolutionäre Bewegung untergraben musste, die drohte, die Rechte des Adels auf Privateigentum wiederzuherstellen oder die Macht der Dorfsowjets abzuschaffen. Wie sehr auch die Bauern die Bolschewiki mit ihren herrischen Kommissaren, mit ihrer Zwangsrekrutierung von Soldaten und Zwangseintreibung von Nahrungsmitteln hassen lernten – einen Sieg der Weißen fürchteten sie noch mehr. Dies war der Schlüssel zum Sieg der Roten im Bürgerkrieg von 1918 bis 1920. Dieser militärische Kampf setzte die Bolschewiki in die Lage, den Aufbau ihrer großen Armee, ihrer Planwirtschaft und ihres Einparteienstaats zu betreiben.

Im Verlauf des ganzen 20. Jahrhunderts sollte der Sieg der Bolschewiki Revolutionäre in Bauernländern inspirieren, die Russland ähnelten – und er inspiriert Revolutionäre noch heute. Auch deshalb wird der Oktober das prägende Ereignis unserer Zeit bleiben.

Aus dem Englischen von Ilse Lange-Henckel

„Für Lenin ist die Arbeiterklasse dasselbe, was für den Metallurgen das Erz ist. Ist es denn möglich, aus diesem Erz – unter allen gegebenen Bedingungen – den sozialistischen Staat zu gießen? Offensichtlich ist es unmöglich …“

MAXIM GORKI drei Tage nach der Machtergreifung der Bolschewiki.

GERD LUDWIG / COSMOS / AGENTUR FOCUS (L.); ULLSTEIN BILD (R.)

Auszug aus John Reeds „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“

SCHÖNER ALS DER HIMMEL

Spät in der Nacht gingen wir durch die leeren Straßen und das Iberische Tor nach dem großen Roten Platz vor dem Kreml. Durch die Dunkelheit schimmerten verschwommen die phantastischen Formen der Basilius-Kathedrale mit ihren leuchtenden Kuppeln und Türmen. Längs der einen Seite des Platzes erhoben sich die dunklen Mauern des Kreml, darauf flackernd der Widerschein unsichtbarer Feuer. Von jenseits des mächtigen Platzes drangen Stimmen zu uns, vermischt mit dem Geräusch arbeitender Picken und Schaufeln. Wir gingen hinüber.

Am Fuße der Mauer türmten sich Berge von Erde und Steinen. Wir kletterten hinauf und blickten in zwei mächtige Gruben, 10 bis 15 Fuß tief und etwa 40 Meter lang, wo gegen hundert Arbeiter und Soldaten bei dem Scheine mächtiger Feuer schaufelten.

Ein junger Student sprach uns deutsch an: „Das Grab für unsere toten Brüder!“, erklärte er. „Morgen werden wir hier 500 Proletarier betten, die für die Revolution gestorben sind.“

Er half uns die Grube hinunter. Eilig flogen die Picken und Schaufeln, und die Berge Erde wuchsen höher und höher. Nicht einer der arbeitenden Männer sprach ein Wort. Über ihnen war der sternenübersäte Himmel, und die alte Mauer des Zarenkreml ragte gewaltig auf.

„Hier an diesem heiligen Ort“, sagte der Student, „dem heiligsten in ganz Russland, werden wir unser Liebstes zur ewigen Ruhe betten. Hier, wo sich die Gräber der Zaren befinden, sollen unsere gefallenen Brüder schlafen.“ Er war in den Kämpfen verwundet worden und trug den Arm in der Schlinge. Er blickte auf sie herunter. „Ihr Ausländer seht auf uns Russen herab, weil wir diese mittelalterliche Monarchie so lange geduldet haben; aber wir Russen wussten, dass der Zar nicht der einzige Tyrann in der Welt war. Der Kapitalismus ist schlimmer, und er herrscht in der ganzen Welt. Die Taktik der russischen Revolutionäre, das ist das Richtige.“

Schwarz und schweigend lagen die Kirchen. Die Priester waren verschwunden. Keine Popen waren da, um bei dem roten Leichenbegängnis den Gottesdienst zu halten. Keine Gebete sollten über den Gräbern der „Gotteslästerer“ gesprochen werden! Tichon, der Metropolit von Moskau, bereitete die Exkommunikation der Sowjets vor.

Auch die Läden waren geschlossen, und die besitzenden Klassen blieben zu Hause; aber aus einem anderen Grunde: Das Volk war heute auf der Straße, und sie zogen es vor, dem furchterweckenden Getöse seines Aufmarsches fernzubleiben.



JOHN REED

(1887 bis 1920) studierte in Harvard, gründete dort einen sozialistischen Club und avancierte zum Starreporter der US-Linken. 1917 wurde er Augenzeuge der Revolution und publizierte 1919 „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ – einen Weltbestseller, den Lenin als „äußerst lebendige Darstellung“ der Revolution rühmte. Reed erlag einem Typhusleiden und wurde als einziger Ausländer an der Kremlmauer beigesetzt.

Schon zog ein unabsehbarer Menschenstrom durch das Iberische Tor. Tausende standen auf dem Roten Platz. Mit Mühe bahnten wir uns einen Weg durch die sich an der Kremlmauer stauenden Massen und erkletterten einen Erdhügel. Dort standen schon mehrere Männer, unter ihnen Muralow, der zum Moskauer Stadtkommandanten gewählte Soldat, ein einfach ausschauender bärtiger Mensch mit sanftem Gesicht.

Aus allen Straßen wälzten sich jetzt die Massen heran, zu Tausenden und Abertausenden den mächtigen Platz füllend, in der überwiegenden Mehrzahl Proletarier. Eine Militärkapelle marschierte auf, spielte die Internationale, und plötzlich stieg, sich schnell über den Platz verbreitend, gemessener und feierlicher Gesang empor. Von der Kremlmauer herab hingen gigantische Banner mit goldenen und weißen Inschriften: „Den Märtyrern der Avantgarde der sozialistischen Weltrevolution“ und „Es lebe der Bruderbund der Arbeiter der ganzen Welt“.

Ein eisiger Wind fegte über den Platz, zerrte an den Bannern. Jetzt kamen aus den entfernteren Stadtvierteln die Arbeiter der verschiedenen Fabriken mit ihren Toten. Wir sahen sie durch das Tor marschieren, mit ihren leuchtenden Bannern und den dunkleren blutfarbenen Särgen. Diese waren aus ungehobeltem Holz roh zusammengeschlagene und rot übertünchte Kästen, hoch auf den Schultern rauher Gestalten getragen, denen unaufhaltsam die Tränen über die Wangen rannen. Frauen folgten, herzzerbrechend schluchzend und jammernd oder mit versteinerten totenblassen Gesichtern. Einige der Särge waren offen, und die Deckel wurden hinterhergetragen. Andere waren mit gold- oder silberdurchwirktem Tuch bedeckt oder trugen eine auf den Deckel genagelte Soldatenmütze. Dazu unzählige aus hässlichen künstlichen Blumen gefertigte Kränze.

Einer nach dem anderen sanken die 500 Särge in die Gruft. Die Dämmerung fiel, und noch immer wehten und flatterten die Banner; das Orchester spielte den Trauermarsch, und die vielen Versammelten sangen. 200 Mann begannen das Grab zuzuschaufeln. Dumpf dröhnte die herabfallende Erde, den Gesang übertönend.

Die Lichter erloschen. Das letzte Banner zog vorüber, die letzte schluchzende Frau blickte noch einmal starr zurück. Langsam verebbte auf dem großen Platz die proletarische Flut.

Plötzlich wurde mir klar, dass das fromme russische Volk keine Priester mehr brauchte, um sich das Himmelreich zu erflehen. Auf Erden bauten sie an einem Reich, schöner, als es der Himmel je sein konnte, und für ein solches Reich lohnte es sich zu sterben.

AKG

Auszug aus Iwan Bunin: „Verfluchte Tage. Ein Revolutionstagebuch“

EIN GROSSER TOD

✦

In Moskau war schon kein Leben mehr, obwohl die neuen Machthaber eine in ihrer Stupidität und großen Eile irrwitzige Imitation einer angeblich neuen Ordnung des Lebens darboten, eines neuen Zeremoniells, ja selbst eines neuen festlichen Gepränges. Dasselbe war, noch in gesteigerter Form, in Petersburg im Gange. Ununterbrochene Versammlungen, Sitzungen, Meetings, ein Aufruf nach dem anderen erging, ein Dekret nach dem anderen, unermüdlich war die berühmte „direkte Telefonleitung“ in Betrieb – und wer schrie und kommandierte damals nicht alles über diese Leitung! –, den Newski entlang rasten unentwegt rot beflaggte Regierungsautos, donnerten überfüllte Lastwagen, marschierten überaus gewandt und präzise Truppen mit roten Fahnen und Musik … Der Newski war überflutet von einer grauen Menge – Soldateska mit umgehängten Uniformmänteln, nicht arbeitende Arbeiter, flanierende Dienstboten und allerlei liederliches Volk mit Bauchläden, das mit Papirossy und roten Schleifen handelte, mit zotigen Postkarten, mit Süßigkeiten und allem, wonach man verlangte. Auf den Gehwegen Kehricht, Schalen von Sonnenblumenkernen, auf der Fahrbahn lag gefrorener Dung, es gab Unebenheiten und Schlaglöcher. Auf halbem Wege sagte mein Kutscher plötzlich das, was damals schon viele bärtige Bauern sagten:

„Das Volk ist jetzt wie Vieh ohne Hirten, es macht alles dreckig und richtet sich selbst zugrunde.“

Ich fragte:

„Und was kann man da machen?“

„Machen?“, fragte er. „Machen kann man jetzt nichts. Jetzt ist Feierabend. Keine Regierung mehr.“

Ich sah mich um, auf dieses Petersburg … „Wahrhaftig, Feierabend.“ Doch tief in meiner Seele hatte ich noch Hoffnung, und ich wollte noch nicht so recht daran glauben, dass es wirklich keine Regierung mehr gab.

Allerdings konnte man nicht umhin, daran zu glauben.

In Petersburg empfand ich es besonders lebhaft: In unserem tausendjährigen, gewaltigen Haus hatte sich ein großer Tod ereignet, und das Haus stand nun offen, sperrangelweit offen, und war erfüllt von einer unermesslichen müßigen Menge, für die es nichts Heiliges und Verbotenes mehr gab, in keinem der Zimmer. Und inmitten dieser Menge schwirrten die Erben des Verstorbenen umher, ganz benommen von Sorgen und Anordnungen, die indes niemand befolgte. Die Menge streifte von einem Zimmer ins andere, von einem Raum in den anderen, ohne auch nur eine Minute von ihren Sonnenblumenkernen abzulassen, knabbernd und kauend, und schaute vorläufig nur, schwieg einstweilen noch. Die Erben aber schwirrten umher, unaufhörlich redend, schmeichelten sich auf allerlei Art bei der Menge ein, wollten ihr und sich selbst versichern, eben sie, die machthabende Menge, hätte „in ihrem heiligen Zorn“ auf ewig die „Ketten“ zerschlagen, und sie alle suchten sich selbst und der Menge einzugeben, dass sie im Grunde genommen keineswegs die Erben seien, sondern lediglich zeitweilige Verwalter, angeblich doch von der Menge selbst dazu ermächtigte.

Ich sah das Marsfeld, auf dem man kürzlich eine Beerdigungskomödie für angeblich im Namen der Freiheit gefallene Helden vollzogen hatte, als bringe man der Revolution ein rituelles Opfer dar. Wozu sollte das gut sein, was war das eigentlich, eine Verhöhnung der Toten, denen ein ehrliches christliches Begräbnis versagt wurde, in Särgen vernagelt, die warum auch immer rot waren, und widernatürlich mitten im Zentrum der Stadt der Lebenden verscharrt! Die Komödie wurde völlig unbedacht aufgeführt, und nachdem man den bescheidenen Staub der unbekannten Verstorbenen durch hochtrabendes Gerede beleidigt hatte, wühlte man den großartigen Platz von einem Ende zum anderen auf, man stampfte darauf herum, verschandelte ihn mit Erdhügeln, steckte lange, nackte Stangen mit überlangen und schmalen schwarzen Lappen hinein und umgab ihn aus einem unerfindlichen Grund mit einem auf die Schnelle zusammengezimmerten Bretterzaun, der in seiner primitiven Einfachheit nicht weniger abstoßend war als die Stangen.



IWAN BUNIN
(1870 bis 1953) veröffentlichte mit 17 Jahren sein erstes Gedicht. Er war mit Leo Tolstoi bekannt, mit Anton Tschechow und Maxim Gorki befreundet, brach aber 1917 mit Gorki, weil er im Gegensatz zu ihm die Oktoberrevolution ablehnte und verachtete. 1920 emigrierte Bunin nach Frankreich und erhielt 1933 als erster Russe den Literaturnobelpreis. Der hier abgedruckte Auszug aus Bunins Revolutionstagebuch bezieht sich auf den April 1918.

Prätorianer-Garde der bolschewistischen Herrschaft hatte sie sein sollen, edel, ehrlich und den einfachen Leuten ergeben. Doch die Tscheka wurde zum mörderischen Unterdrückungsinstrument.

HENKER ALS HEILIGE

Von Jörg R. Mettke

INNERE ANGELEGENHEIT
Die willkürlichen Verhaftungen erreichten 1937 einen Gipfel; aus der Tscheka war das „Volkskommissariat für innere Angelegenheiten“ (NKWD) geworden.

Die Große Revolution der Franzosen war Wladimir Iljitsch stets nahe: Mal als gepriesenes Vorbild für die eigene, mal als warnendes Beispiel, als operative Fallstudie oder als Demonstrationsobjekt angewandter Dialektik. Der russische Intellektuelle Lenin kannte alle moralischen Höhen und Abgründe des bürgerlichen Vorstoßes zur Macht, der routinierte Berufsrevolutionär die vielen Schwachpunkte im permanenten Kampf, sie zu behaupten.

Mildernde Umstände kann er deshalb kaum beanspruchen für jenen Beschluss, den er am 20. Dezember 1917 fassen lässt. Keine sechs Wochen nach dem Sturm des Petrograder Winterpalastes glaubt Lenin einer Einsicht in postrevolutionäre Notwendigkeiten zu folgen, als er in Wahrheit beginnt, Freiheit und Sozialismus auseinanderzuhacken: Die revolutionären Minister seiner Regierung, sämtliche „Volkskommissare“ bewilligen ihm die geforderte „außerordentliche Kommission zum Kampf gegen




Tscheka-Chef Dserschinski 1917

JUSTIN JIN (R. O. + R. U.)

Konterrevolution und Sabotage“, die – so die russische Abkürzung – Tscheka.

Die Pariser Commune sei zu zart und nachsichtig mit ihren Gegnern verfahren, findet Rechtsanwalt Uljanow: Es gäbe „Momente, wo die Interessen des Proletariats es erforderlich machen, seine Feinde mitleidslos im Nahkampf zu erschießen“. Das ist Lenins Version der französischen Revolutionsparole „les aristocrats à la lanterne“ – nur, dass es in Russland kaum Laternen, jedoch viele Waffen gibt.

Um den gerade erst beginnenden Umbau gesellschaftlicher Verhältnisse in Russland kurzfristig vor Intervention und Revanche zu schützen, schafft und rechtfertigt Lenin eine Partei-Polizei, die langfristig sämtliche Ideale der Revolution aushöhlt, vernichtet und sich, weit über das Ende des Staatsbolschewismus hinaus, Staat und Gesellschaft selbst als Geiseln nimmt.

An die Spitze dieses neuen Straf- und Verfolgungsorgans wünscht sich Lenin ausdrücklich einen „proletarischen Jakobiner“: Er weiß sehr genau, wen er auf diesem Posten sehen will – und warum.

Im April 1906, auf dem sogenannten Vereinigungsparteitag der russischen Sozialdemokraten in Stockholm, war ihm zum ersten Mal ein hagerer Pole mit asketischem Gesicht aufgefallen. Dieser Auslandssekretär der polnisch-litauischen Bruderpartei, Vorstandskollege von Rosa Luxemburg, den die meisten nur unter dem Decknamen Josef Domanski kennen, heißt in Wirklichkeit Felix Edmundowitsch Dserschinski.

Er entstammt einer verarmten, bei Wilna ansässigen Kleinadelsfamilie und genießt trotz seiner damals erst 29 Jahre bereits den Ruf eines linken Robin Hood. Er hat dafür mit Verbannung nach Sibirien bezahlt, auch die meisten berüchtigten Zuchthäuser des zaristischen Russland kennt er von innen – vom gefürchteten X. Pavillon der Warschauer Zitadelle über die Moskauer „Butyrka“ bis zum Alexandrowski-Zentralgefängnis bei Irkutsk.

Vor allem aber ist er wie besessen von dem Gedanken, Verräter, Spione und undichte Stellen in den eigenen Reihen aufzuspüren. Nach jeder Verhaftung rekonstruiert er skrupulös alle Umstände und Kontakte, um Informanten der zaristischen Ochrana zu enttarnen und zu eliminieren.

Bereits Ende November 1917 drängt Genosse Dserschinski, der während der Oktoberrevolution als Kommandant des Smolny hervorgetreten war und von dort die Besetzung von Post- und Telegrafenamt organisiert hatte, auf die Gründung einer Kommission zum Kampf gegen die Konterrevolution. Wenige Tage später schreibt Lenin seinem Wunschkandidaten eine wegweisende Notiz, denn der soll auf der Sitzung der Volkskommissare zu diesem Thema referieren.

Als agitiere er einen Neuling im Revolutionsgewerbe, schärft Lenin dem erfahrenen Illegalen mit eiferndem Pathos ein, „die Bourgeoisie“ begehe „die schlimmsten Verbrechen“. Sie kaufe „den Abschaum der Gesellschaft und verkommene Elemente“, setze sie gar „unter Alkohol, um Pogrome hervorzurufen“. Höhere Angestellte „sabotieren die Arbeit, organisieren Streiks“. Durch „Sabotage im Ernährungswesen“ seien „Millionen Menschen von Hunger bedroht“: Es sei Zeit für „außerordentliche Maßnahmen“.

Damit der oberste Staatsschützer in spe begreift, wie die beabsichtigte Aufhebung „bürgerlicher“ Gewaltenteilung den Massen, aber auch den für gewöhnlich heillos zerstrittenen Spitzengenossen schmackhaft gemacht werden muss, diktiert Lenin ihm gleich Versatzstücke eines Dekrets: Dserschinski trägt sie auf der Sitzung zu Punkt 9 der Tagesordnung vor. Widerspruch regt sich nicht. Das Protokoll über den Beschluss offenbart die Topografie des Terrors der nächsten Jahrzehnte:

Überall in Russland soll die „außerordentliche Kommission“ nun konterrevolutionäre und Sabotage-Tätigkeit „durchkreuzen und liquidieren“. Die bereits in der Geburtsstunde der Tscheka aufgestellte Liste ihrer Methoden lässt Böses ahnen: Beschlagnahme des Eigentums, Ausbürgerung, Verbannung, Fortnahme von Lebensmittel-Karten, Veröffentlichung von Namenslisten der „Volksfeinde“ – „und so weiter und so weiter“.

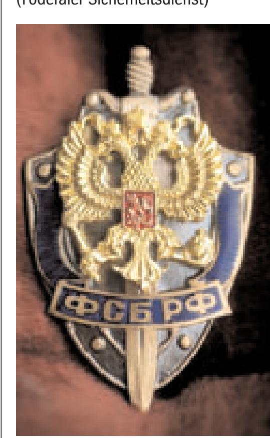
Als das Monster auf der Welt ist, sagt Lenin seinen listigen Satz vom „proletarischen Jakobiner“, der nun an die Spitze der bolschewistischen Gendarmen gehöre – und blickt demonstrativ und bedeutungsvoll auf Felix Dserschinski. Das reicht in Russland, damals wie heute, für einstimmige Bestätigung im neuen

KGB-Signet



Die Tscheka
und ihre Nachfolger

Dezember **1917** Gründung der **Tscheka** (Außerordentliche Kommission zum Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage)
1922 GPU (Staatliche Politische Verwaltung)
1923 OGPU (Besondere Staatliche Politische Verwaltung)
1934 NKWD (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten)
Februar **1941 NKGB** (Volkskommissariat für Staatssicherheit)
Juli **1941 NKWD** (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten)
1943 NKGB (Volkskommissariat für Staatssicherheit)
1946 MGB (Ministerium für Staatssicherheit)
1953 MWD (Ministerium für Innere Angelegenheiten)
1954 KGB (Komitee für Staatssicherheit)
1991 MSB/MBWD (Zwischenrepublikanischer Sicherheitsdienst/Ministerium für Sicherheit und Innere Angelegenheiten)
1992 MB (Ministerium für Sicherheit)
1993 FSB (Föderaler Sicherheitsdienst)



FSB-Signet

Amt. Wenige Tage später quartiert sich der Tscheka-Chef samt seinem noch kleinen Stab im Petrograder Bürgermeisteramt ein. Den dort residierenden Stadt-Kommissar Kliment Woroschilow, nach Stalins Tod sieben Jahre lang als Präsidiumsvorsitzender des Obersten Sowjet eine Art Frühstücksdirektor der UdSSR, kooptiert er kurzerhand in die Leitung seiner Organisation.

Auch Hausmeister Grigorij „Grischa“ Sorokin, schon unterm Zaren im Dienst, wird angeworben – und Dserschinskis persönlicher Kurier. Seine Tochter Nastja sitzt für den polnischen Revolutionswächter am Telefon, ihre beiden Schwestern Manja und Olga versehen gleichfalls Kurierdienste zwischen der Zentrale und ihrer rasch wachsenden Agentenzahl. Die ersten Tschekisten setzen auf familiäre Empfehlungen für ihren konspirativen Club. Und weil Grischa Sorokin das neumodische „Genosse“ partout nicht über die Lippen will, bleibt Dserschinski für ihn bis ans Lebensende der „Herr Vorsitzende“, gelegentlich auch „Euer Wohlgeboren“.

Solange das neue Parteiorgan mit Kader-Rekrutierung und also mit sich selbst beschäftigt ist, bleibt die Verfolgung von Gegnern noch für kurze Zeit moderat. Beim ersten Schauprozess vor dem Petrograder Revolutionstribunal gegen Gräfin Sofia Panina, Vize-Volksbildungsministerin der verjagten Kerenski-Regierung, halten zwei Soldaten und fünf Arbeiter vergleichbar milde Klassenjustiz: Obwohl der Vorstandsdame der Kadetten-Partei, als „volksfeindliche“ Organisation bereits am 28. November 1917 per Lenin-Dekret verboten, Veruntreuung von Geldern für Rentner und Waisen vorgeworfen wird, erhält sie nur einen öffentlichen Tadel. Nach Rückzahlung des Fehlbetrags wird sie aus der Haft entlassen und kann später über Prag in die USA emigrieren.

Zwei Monate später, im Februar 1918, tötet Dserschinskis Tscheka ihren ersten Adligen. Freilich: Dessen Titel ist so falsch wie sein Vorstrafenregister lang und echt ist. Der 23-jährige Schriftsteller Isaak Babel, der sich später gelegentlich als Übersetzer der Geheimpolizei ein Zubrot verdient, findet im Petrograder Leichenschauhaus einen „schlanken mageren Körper, ein leicht grinsendes, freches, schreckliches Gesicht“, darauf einen Zettel mit der Aufschrift „Fürst Konstantin Eboli de Tricolli“.

Auf dem nächsten Tisch liegt des falschen Fürsten Freundin Franziska Britti, ebenfalls von Tschekisten liquidiert. Babel, der bald darauf in den Reihen der Reiterarmee des roten Bürgerkrieg-Generals Semjon Budjonny Schlimmeres sehen wird, empfindet Sympathie mit der Ermordeten: „Selbst im Tode noch wirkte sie schön und frech. Sie weinte, sie lachte verächtlich ihre Mörder aus.“

Die Beseitigung des räuberischen Hochstaplers Eboli alias Makowski alias Dalmatow und seiner Gefährtin begründet einen Mythos der sowjetisch-russischen geheimen Staatspolizei, der sich über 13 Umbenennungen der funebren Firma zwischen 1917 und 1995 hinweg als höchst massenwirksam erwiesen hat: Die Verharmlosung als eine Art besonders effektive Kripo. Eine anständige Behörde, die verlässlich Mord und Totschlag aufklärt – mit dem im obrigkeitshörigen Russland bis heute nicht seltenen und gern geförderten Umkehrschluss, dass jemand todsicher ein Verbrecher sein müsse, wenn sich denn schon die unbestechlichen Tschekisten mit ihm beschäftigen.

Diese Legende veredelt Felix Dserschinski noch mit seiner berühmten Eignungsbeschreibung, wonach loyale Mitarbeiter unbedingt ein „heißes Herz, einen kühlen Verstand und saubere Hände“ zu haben hätten.

Am ehesten genügt diesem hohen Anspruch noch der Chef selbst: Uneitel, persönlich bescheiden und von fast religiöser Opferbereitschaft gegenüber der Partei ist er ein Tugendterrorist der historischen Spitzenklasse. Und provoziert als „eiserner Felix“ rasch den mit Verehrung durchmischten Spott seiner bald schon mehrheitlich aus Karrieristen bestehenden Gefolgschaft.

Boris Baschanow, Sekretär Stalins und des Politbüros, der sich in den dreißiger Jahren vor den Nachfolgern Dserschinskis über Persien, Indien und England nach Paris absetzt, hat den Tscheka-Gründer vielleicht am treffendsten beschrieben: „Er hatte das Äußere Don Quijotes und eine Art zu sprechen, die voller ideeller Überzeugung war. Besonders in Erstaunen versetzt hat mich seine alte, an den Ellenbogen geflickte Feldbluse. Es war vollkommen klar, dass dieser Mann niemals seine dienstliche Stellung missbrauchen würde, um sich persönliche Vorteile für ein angenehmeres Leben zu verschaffen.“

Doch der Fall Eboli/Britti offenbart noch etwas anderes, weit Wichtigeres: Dserschinskis Truppe ist inzwischen Fahndungs-, Anklage- und Strafvollzugsorgan zugleich. Und wird deshalb für die nächsten Jahrzehnte tausendfach Schlagetot-Typen anziehen, denen saubere Hände nicht annähernd so wichtig sind wie die deutsche Mauser-Pistole darin. Und dienstlich anbefohlene Genickschuss-Exekutionen, für die man obendrein belobigt werden und als Schwert- und Schildträger der Partei sogar militärische Ehren erlangen kann.

Ein am 21. Februar 1918 erlassenes Dekret mit der düsteren Bezeichnung „Das sozialistische Vaterland in Gefahr“ enthält in Paragraf acht die erste Tscheka-Lizenz zum Töten: „Feindliche Agenten, Spekulanten, Plünderer, Rowdys, konterrevolutionäre Agitatoren, deutsche Spione“ sind nunmehr sofort „am Ort des Verbrechens zu erschießen.“

MACHTSYMBOL
Die Mütze für einen General des sowjetischen Geheimdienstes bestand 1945 aus blauem Wollstoff, bordeauxroten Besatzstreifen mit goldbestickten Lorbeerzweigen, emailliertem Sowjetstern, schwarzem Schirm und goldener Mützenkordel.

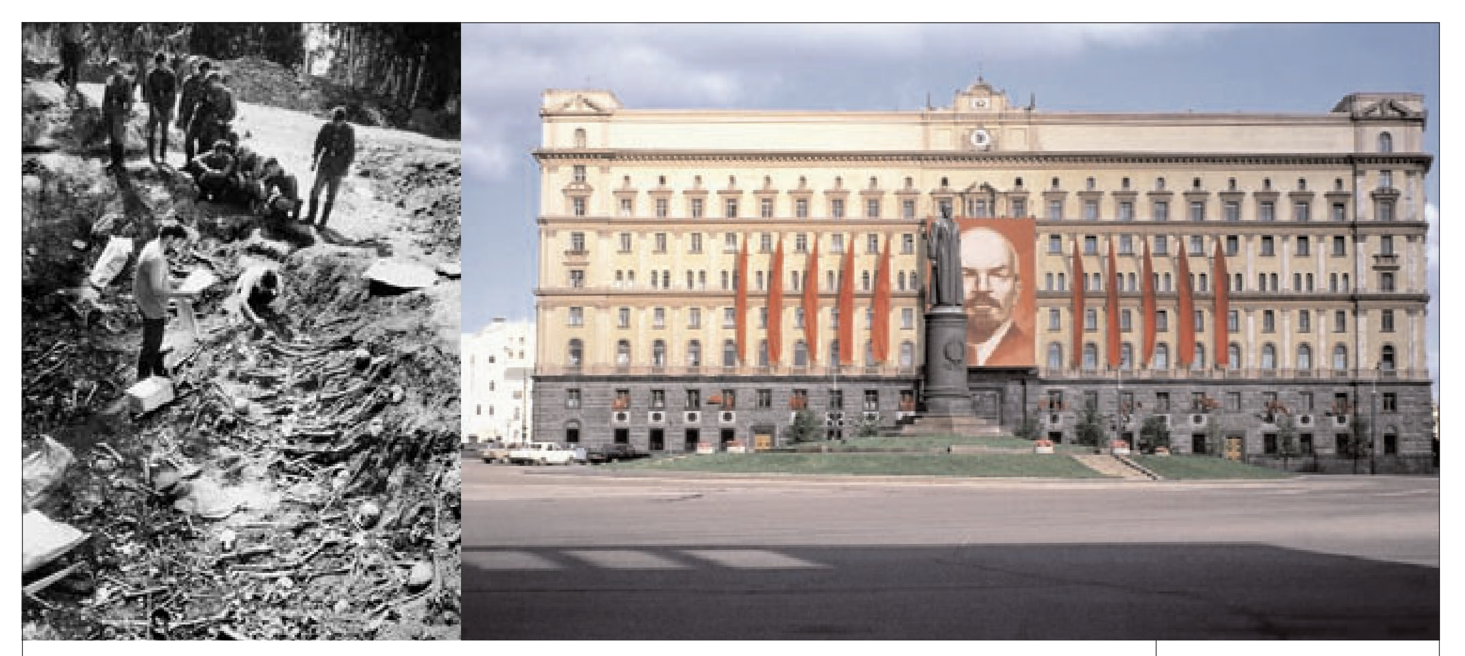
Arsamas
(Gouvernement Nischni-Nowgorod)

Die Tscheka von Arsamas untersteht der Zentralen Front-Kommission. Sie hat 40 Mitglieder und weitere 40 Mitarbeiter in entsprechenden Einheiten. Ihr energischer Einsatz verläuft äußerst erfolgreich. Seit September wurden 38 eindeutige Weißgardisten, Polizisten und Gendarmen erschossen. Für Spekulationen wurden 144 Personen bestraft. Wegen feindlicher Agitation und Amtsverbrechen sind 303 Personen verhaftet worden. In Konzentrationslager wurden 8 Personen eingeliefert.

Aus der Tscheka-Zeitschrift „Krasny Terror“ (Roter Terror) am 1. November 1918.

SCHRECKENSMÄNNER
Besonders das Vorbild des Terrors in der Französischen Revolution inspirierte die frühen Chefs des bolschewistischen Geheimdienstes wie Felix Dserschinski (r.) und seinen Stellvertreter Jakow Peters (l.).

INTERFOTO (O.); RIA NOVOSTI (U.)



Dserschinskis Stellvertreter Jakow Peters, aus Lettland gebürtig und eine der zwielichtigsten Figuren des jungen Dienstes, engagiert sich in vorderster Reihe für das Mord-Privileg und plädiert darüber hinaus für die Aufhebung jeglicher innerparteilicher Kontrolle über die Tscheka. Begründung: Das „Banditentum“ entwickele sich in „beängstigendem Tempo“ und habe „mehr als bedrohliche Ausmaße angenommen“: Zudem würden 70 Prozent der gravierenden Straftaten „von intelligenten Leuten begangen, in ihrer Mehrheit ehemalige Offiziere“.

Der Sohn armer Leute ist vom Fach: Während seines Londoner Exils vor dem Ersten Weltkrieg war er unter schweren Verdacht geraten, während eines bewaffneten Raubüberfalls drei Polizisten ermordet zu haben. Da ihm das aber nicht zu beweisen war und der damalige britische Innenminister Winston Churchill nicht nach dem Peters-Prinzip „Rache vor Recht“ handelte, war dem Sowjetsystem ein erstklassiger Spezialist für Täuschungsmanöver, Misshandlungen und Mord vorerst erhalten geblieben.

Nicht sehr lange freilich: Am 25. April 1938 wird der Folter-Fachmann, zuletzt Chef der Kreml-Wache, selbst verurteilt und noch am selben Tag im Keller seiner ehemaligen Dienststelle erschossen. Er wurde 1956 rehabilitiert und figuriert heute in den Führer-Annalen des FSB, der nicht minder heldenhaften Tscheka unserer Zeit, 22 Plätze vor Putin, Wladimir Wladimirowitsch.

Inzwischen ist, seit März 1918, Dserschinskis Agentur mit der gesamten Regierung in die alte Hauptstadt Moskau umgezogen. Am Lubjankaplatz requiriert sie das Gebäude der Versicherungsgesellschaft „Rossija“ und macht es zu ihrem Hauptquartier. Dort befindet es sich auch 1957 noch, als gegenüber das Kaufhaus „Welt des Kindes“ eröffnet wird. Von da an heißt der verhasste Komplex mit eigenem Gefängnis und Folterkellern im Moskauer Volksmund „Welt der Erwachsenen“.

Auch in Moskau widmet sich Peters weiter seiner Spezialität – der Intrige und dem Doppelspiel. Er ködert potentielle Opfer, lockt sie auf geheimdienstliche Abwege und brüstet sich anschließend mit den Fahndungserfolgen: Wie bei der sogenannten Gesandten-Verschwörung, einem angeblichen Umsturzkomplott „anglo-französischer Diplomaten“. Galionsfigur der Affäre ist der britische Sonderbeauftragte Robert Bruce Lockhart, der im Auftrag der Londoner Regierung vergebens die deutsch-russischen Verhandlungen auch nach dem Frieden von Brest-Litowsk zu stören und Moskau möglichst im Krieg zu halten sucht.

In ihren triumpierenden Erfolgsmeldungen vergessen Dserschinski und Peters freilich zu erwähnen, dass sämtliche Staatsstreich-Pläne von der Tscheka stammen. Agents provocateurs haben sie den politisch unbedarften Diplomaten schmackhaft gemacht, die sich schon als Korrektoren der Weltgeschichte fühlen und mit Bestechungssummen für angeblich putschbereite Offiziere um sich werfen. Der geheimnisumwitterte Abenteurer-Kundschafter Sidney Reilly („Ace of spies“) träumt sogar davon, Lenin und Trotzki als Secret-Service-Marionetten ohne Hosen durch Moskaus Straßen führen zu lassen.

Für die Entlarvung der Amateure ergibt sich ein idealer Zeitpunkt. Am 30. August 1918 erschießt erst der Jung-Dichter Leonid Kanegisser, 20, den Petrograder Tscheka-Chef Moissej Urizki, einen sadistischen Alkoholiker. Wenige Stunden später legt die Anarchistin Fanni Kaplan, 28, in Moskau auf das bolschewistische Oberhaupt Lenin an. Der hatte gerade in der Handgranaten-Halle der Waffenfabrik Michelson gesprochen und seine Rede mit einem pathetischen „Sieg oder Tod“ geendet: Von Kaplans Revolverkugeln traf eine die Lunge, die andere verfehlte knapp die Halsschlagader.

Doch so sehr sich Tscheka-Vize Peters auch müht, zwischen dem Attentat auf Lenin und dem selbstgestrickten Diplomaten-Komplott einen Zusammenhang zu konstruieren, so heftig sich die Partei-Presse die „anglo-französischen Banditen“ vor ein Revolutionstribunal wünscht – der Nachweis hochverräterischer Kooperation ist nicht zu führen. Gegenüber dem kurzzeitig in der Lubjanka inhaftierten Lockhart jammert Peters, jedes Todesurteil bereite ihm körperliche Schmerzen. Am Ende darf der britische Laien-Konterrevoluzzer mit dem Segen des allmählich wiederhergestellten Lenin ausreisen und dabei sogar einen Liebesbrief für Peters' britische Nebenfrau mitnehmen.

Die hysterische öffentliche Projektion eines Zusammenhangs zwischen Attentaten und angeblichen Umsturzplänen der ehemals alliierten Regierungen

GEHEIMDIENSTZENTRALE
Das wuchtige Gebäude der Moskauer Lubjanka ist immer noch Sitz der Geheimpolizei. In seinen Kellern wurde zu Sowjetzeiten nach ausgeklügelten Plänen gefoltert, von hier gingen die Befehlsstränge aus, an deren Ende Massengräber wie das in Tscheljabinsk (l.) standen. Nachdem gegenüber das Geschäft „Welt des Kindes“ eröffnet worden war, taufte der Volksmund die Lubjanka „Welt der Erwachsenen“.

„Dserschinski nimmt die Sünde von Massenmord und Massenfolter auf sich, die er im Namen des künftigen Himmlischen Reichs auf Erden veranstaltet. In der sowjetischen Ikonografie wird der Gekreuzigte durch den Heiligen Henker ersetzt.“

ANDREJ SINJAWSKI,
„Der Traum vom neuen Menschen oder Die Sowjetzivilisation“.


AGENTUR FOCUS (L.); WHITE TOUSING (R.)



MASSENMÖRDER
Nikolai Jeschow leitete das NKWD auf dem Höhepunkt des Stalin-Terrors 1936 bis 1938, im Volksmund „Jeschowtschina“ genannt. Die rastlosen Hinrichtungsbefehle bewahrten ihn nicht davor, auf Weisung Stalins im Jahr 1940 seinerseits exekutiert zu werden.

Hass auf die Kirche

Der Kampf gegen die Religion war ein zentraler Punkt für die Bolschewiki, die Tscheka-Gefängnisse waren voller Popen. 1922 befahl Lenin per Dekret, sämtliche Wertgegenstände aus den Kirchen zu holen. Mancherorts griffen Popen und Gläubige zu den Waffen, um ihre Kirchen zu verteidigen. Ein Geheimbefehl Lenins ordnete daraufhin an, den Widerstand „mit solcher Brutalität“ zu brechen, „dass sie es auf Jahrzehnte hinaus nicht vergessen werden“. Allein im Jahr 1922 wurden Tausende Popen erschossen.

hat den Tschekisten freilich etwas weit Wichtigeres beschert als einen Schauprozess: die lang ersehnte Initialzündung für den „roten Terror“.

Nun endlich ist der Vorwand da, landesweit Vermögen zu konfiszieren, Lager einzurichten, massenhaft Geiseln zu nehmen und zu erschießen. Innenminister Grigorij Petrowski (der später, nur milde degradiert, Vizeleiter des Revolutionsmuseums wird und es nach einem natürlichen Tod postum bis zum Ehrengrab an der Kremlmauer schafft) ist mit fremden Leben freigebiger: Rechte Sozialrevolutionäre, Wohlhabende, Offiziere, überhaupt Andersdenkende, lautet sein Terror-Befehl, sind in großer Anzahl gefangen zu nehmen und „bei der geringsten Bewegung weißgardistischer Truppen sofort zu erschießen“.

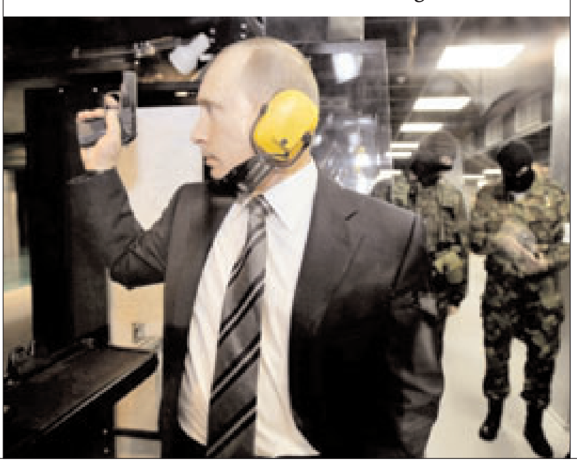
Prahlerisch schicken regionale Tscheka-Kommandeure lange Listen Inhaftierter und Ermordeter an die Zentrale. Dserschinski möchte geliebt und verstanden werden. Er will nicht im Verborgenen wirken, fühlt sich nicht als Bluthund, betrachtet seine Mission nicht als Drecksarbeit. Drei Monate lang lässt er zur Volksbildung eine eigene Zeitschrift herausgeben, die am Ende sogar „Roter Terror“ heißt und in der viele Untaten stolz ausgebreitet werden.

Allerdings überdecken schon bald Angst und bolschewistische Geheimhaltungsmanie solch frühe Offenheit. Die amerikanische Anarchistin Emma Goldman bemerkt die hochgradige Vergiftung der Gesellschaft bereits 1920, als sie sich darüber wundert, dass nirgendwo jemand vor Erschöpfung Zusammengebrochenen aufhilft. Derlei unmenschliches Verhalten, klären sie russische Freunde auf, sei Folge eines von der Tscheka zielstrebig erzeugten Klimas von „Misstrauen, Argwohn und Verdacht“.

Viele Tscheka-Maßnahmen treffen gerade die Arbeiterschaft empfindlich: Ob ihre nicht linientreuen Vertrauensleute in erste Konzentrationslager verschleppt, ob Märkte geschlossen oder beliebte Geschäftsleute verhaftet werden – immer muss die bolschewistische Keulenriege anschließend dafür sorgen, dass darüber geschwiegen wird und kein öffentlicher Protest aufkommt.

Ruhe an der inneren Front, Disziplinierung des jahrelang von Krieg, Elend, Revolution und Gegenrevolution gequälten einfachen Volks und Ausschaltung aller Konkurrenten beim Kampf um die Macht – das sind jetzt die drei Hauptaufgaben der Tscheka. Und fast immer heiligt dabei der Zweck alle Mittel.

Der russische Exil-Historiker Sergej Melgunow hat Anfang der zwanziger Jahre akribisch Staatsverbrechen während der Terror-Phase aufgelistet – vom Verbrennen bis zum Abziehen der Haut bei lebendigem Leibe. In der Sowjetunion wurde sein in Berlin erschienenes Buch damals als weißgardistische Greuel-Propaganda abgetan. Doch auch Boris Sokolow, der heute im postkommunistischen Russland das Sowjetsystem erforscht, kommt für die nachrevolutionäre Phase zum Schluss, dass „Dserschinski die Augen davor verschloss, welche Brutalitäten sich die Tschekisten vor Ort zuschulden kommen ließen, wo immer mehr Leute mit eindeutig sadistischen Neigungen zur Tscheka stießen“.



VOM KGB IN DEN KREML
Präsident Wladimir Putin kommt selbst aus den Reihen der Staatssicherheit und demonstriert gern seine Verbundenheit mit alten Kameraden – wie hier 2006 im neuen Moskauer Hauptquartier des Militär-Geheimdienstes GRU.

Seit Tschekist Putin in Russland zum Staatschef aufgestiegen ist, werden professionelle Weißwäscher der sowjetischen „Spezialdienste“, wie der Anfang 1922 als GPU (Staatliche Politische Verwaltung) genannte Unterdrückungsapparat seitdem verharmlosend heißt, nicht müde, gerade die Tscheka-Zeit zu idealisieren. Dserschinski und Gehilfen werden immer häufiger als kommunistische Gralsritter dargestellt, die selbstlos den sozialistischen Aufbau geschützt und auch später den Ausbau des gigantischen Straf- und Lagersystems verhindert hätten – wären sie nicht leider vorher selbst zu Opfern geworden.

Das ist viele Werst an der historischen Wahrheit vorbei. Die Tscheka mordete barbarisch – und nicht nur die Zarenfamilie Mitte Juli 1918 in Jekaterinburg. Sie mordete wahllos, völlig unabhängig von Schuld – oft nach Bürger- oder Telefonlisten. Und sie mordete so massenhaft, dass nur NKWD-Chef Nikolai Jeschow in den schlimmsten Säuberungsjahren 1937/1938 den Gründervater einzuholen vermochte.

Allein die bei der Weißen Armee des Generals Denikin eingerichtete Untersuchungskommission bolschewistischer Verbrechen lastete Dserschinski und seiner roten Terror-Kampagne nur für die Jahre 1918/19 insgesamt 1 766 118 Todesopfer an: darunter über 800 000 Bauern, fast 200 000 Arbeiter, mehr als 350 000 Vertreter der Intelligenz, 260 000 Soldaten, knapp 13 000 Grundbesitzer und fast 50 000 Polizisten und Polizeispitzel.

Es war die Arbeit, so Baschanow einmal über die Tscheka-Führungsclique, „einer Bande finsterer Schurken, von denen die Figur Dserschinski den Blick der Öffentlichkeit fernhielt“. Felix Edmundowitsch war ein rastloser Arbeiter, selbstlos und ein großer Kinderfreund. Zweieinhalb Jahre lang saß er sogar einer Hilfskommission für Waisenkinder vor, von deren Eltern er zuvor viele hatte liquidieren lassen. Soweit bislang nachweisbar, trugen rund zehntausend Mordbefehle seine persönliche Unterschrift.

Dserschinski war ein Mann Stalins. Bis heute erzählen sich alte KGB-Kameraden immer wieder die – historisch nicht belegbare – Geschichte, wonach Stalin den obersten Tschekisten Anfang der zwanziger Jahre um eine Aufstellung der in Moskau unter dem Verdacht konterrevolutionärer Tätigkeit Einsitzenden bat. 200 Namen kamen zusammen. Nach einiger Zeit erhielt Dserschinski die Liste zurück. Stalin hatte sie mit einem blauen Kreuz versehen. Alle Verdächtigen wurden in den nächsten Tagen erschossen. Erst danach habe Dserschinski von engen Mitarbeitern Stalins erfahren, dass dieser so Dokumente zu kennzeichnen pflegte, die er gelesen hatte.

Bis zum letzten Atemzug im Dienst, starb Felix Dserschinski, der Generalbevollmächtigte für politischen Mord, 1926 während einer Sitzung des bolschewistischen Zentralkomitees. ✦

DAVID KING / VOLLER ERNST (O.); ITAR-TASS / REUTERS (U.)



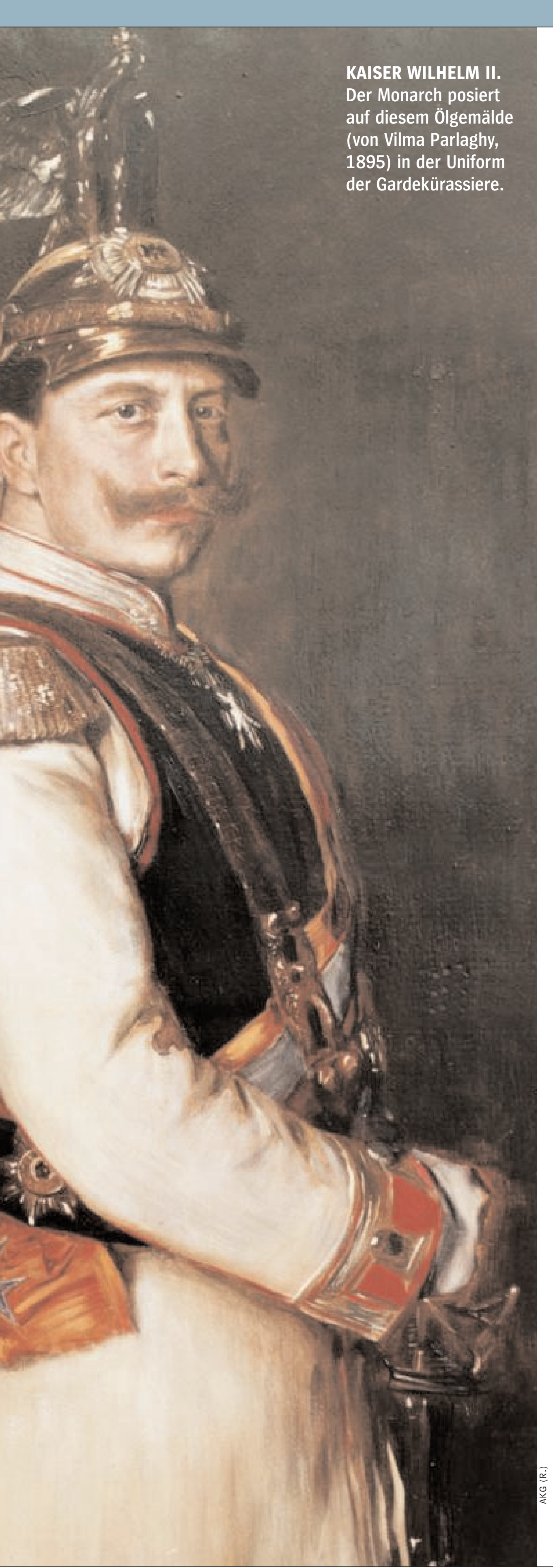
Kaiserliche Cousins im Gespräch: Wilhelm II. und Nikolai II. (1912)

2 DIE DEUTSCHEN UND DIE REVOLUTION

Schon vor der Oktoberrevolution spielten Deutsche eine führende Rolle in Russland. Der kommunistische Umsturz wäre nicht möglich gewesen ohne den Geheimbund zweier ideologischer Todfeinde – des Wilhelminischen Kaiserreichs und des Leninschen Bolschewismus.

ULLSTEIN BILD

VERKLEIDETER REVOLUTIONÄR
Als Landarbeiter getarnt, mit Perücke und ohne Bart, flieht der steckbrieflich gesuchte Lenin im Juli 1917 nach Finnland.



KAISER WILHELM II. Der Monarch posiert auf diesem Ölgemälde (von Vilma Parlaghy, 1895) in der Uniform der Gardekürassiere.

AKG (R.)

LENIN UND DER KAISER

Die beiden ideologischen Todfeinde verband seit 1914 ein gemeinsames Interesse – das Ende des Weltkriegs im Osten. Bislang unbekannte Dokumente belegen nun das Ausmaß der geheimen Kooperation: Jahrelang unterstützte das Kaiserreich die Bolschewiki mit Geld, Waffen und Logistik.

Das wohl am besten gehütete Geheimnis des Ersten Weltkriegs endet am 4. November 1918 mit einer Farce. Auf Anweisung von ganz oben schmuggeln Berliner Polizisten revolutionäre Flugblätter in eine Kiste des sowjetischen Diplomatengepäcks. Als ein Kurier im Bahnhof Friedrichstraße die Utensilien mit dem Lift befördern will, zerbricht das manipulierte Behältnis. Eine Flut von Propagandamaterial mit Überschriften wie „Schlagt die Junker tot!“ ergießt sich auf den Bahnsteig.

Unverzüglich protestiert Moskaus Botschafter Adolf Abramowitsch Joffe im Auswärtigen Amt gegen die inszenierte Provokation. Vergebens – kühl eröffnet ihm der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, wie der deutsche Außenminister damals genannt wird, dass Joffe und seine Mitarbeiter Deutschland spätestens am nächsten Abend verlassen müssen. Die Sowjets trifft das „wie ein Blitz aus heiterem Himmel“, so ein Mitarbeiter.

Zwei Tage nach dem Zwischenfall wird die Residenz „Unter den Linden“ der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR), dem Vorläufer der Sowjetunion, geschlossen.

Die Weltöffentlichkeit überraschte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen wenig. Seit der Oktoberrevolution im Vorjahr regierte in Russland Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin. Und der radikale Parteiführer der Bolschewiki ließ keinen Zweifel daran, dass er die Weltrevolution anstrebte und dafür Kaiser Wilhelm II. vom Thron zu stoßen gedachte.

Insgeheim freilich – und das wusste nur eine Handvoll Eingeweihter – endete mit dem Abbruch der Beziehungen auch das wohl eigenartigste politische Zweckbündnis des 20. Jahrhunderts: zwischen den russischen



Nikolai Alexandrowitsch
Romanow

1868
Geburt in Zarskoje Selo
1894
Ernennung zum Zaren als Nikolai II.; Heirat mit Alice von Hessen-Darmstadt
1904–05
Russisch-Japanischer Krieg, das Zarenreich unterliegt
1905
Protestwelle gegen die Politik des Zaren; Einführung einer gesetzgebenden Volksvertretung (Oktobermanifest)
1914
Eintritt in den Ersten Weltkrieg
1917
Nach der Februarrevolution erzwungene Abdankung und Verbannung nach Sibirien
1918
Ermordung der Zarenfamilie durch Bolschewiki in Jekaterinburg

Revolutionären um Lenin und den deutschen Imperialisten um Wilhelm aus dem Hause Hohenzollern.

Es war die Komplizenschaft ideologischer Todfeinde, betrieben voller Hinterlist und intriganter Raffinesse. Mit Folgen von welthistorischer Bedeutung: Ohne die Hilfe Wilhelms II. für Lenin hätte es die Oktoberrevolution vor nunmehr 90 Jahren so nicht gegeben. Mehr noch: Ohne deutsche Unterstützung hätten Lenins Bolschewiki das erste Jahr an der Macht wohl kaum überstanden.

Vermutlich wäre keine Sowjetunion entstanden, den Aufstieg des Kommunismus hätte es dann nicht gegeben, keine Millionen Gulag-Tote.

Zusammengehalten wurde die unheilige deutsch-russische Allianz von gemeinsamen Gegnern, gemäß der uralten Devise der Realpolitik, dass der Feind meines Feindes mein Freund ist. Eine bequeme Logik, die meist eigene Versäumnisse verschleiern soll, so auch im Ersten Weltkrieg: Hätten die Deutschen ihre größenwahnsinnigen Kriegsziele im Osten revidiert, wären Lenins Dienste nicht nötig gewesen.

So aber konspirierte das Reich mit dem Anführer der Bolschewiki gegen Zar Nikolai II., Bündnispartner Frankreichs und Großbritanniens. Schließlich stand der Romanow einem deutschen Siegfrieden ebenso entgegen wie einer Machtübernahme Lenins.

Vier Jahre lang unterstützte Berlin die Bolschewiki und andere Revolutionäre in Russland mit Mark, Munition, Waffen und trug damit zum Ende der Zarenmonarchie bei. Mindestens 26 Millionen Mark, nach heutigem Wert rund 75 Millionen Euro, hat allein das Auswärtige Amt bis Ende 1917 dafür ausgegeben.

Als Zar Nikolai in der Februarrevolution 1917 schließlich stürzte und Lenin im Exil in der Schweiz festsaß, ermöglichten ihm die kaiserlichen Behörden mitten im Weltkrieg die Rückkehr in seine Heimat. „Lenin Eintritt in Russland geglückt. Er arbeitet völlig nach Wunsch“, drahtete am 17. April 1917 der Leiter des deutschen Nachrichtendienstes in Stockholm an den Generalstab in Berlin. Denn nun ging es gegen die inzwischen amtierende Provisorische Regierung in Petrograd.

Ein halbes Jahr später eroberte Lenin in der Oktoberrevolution die Macht, auch mit deutscher Hilfe. Bald darauf schloss der neugegründete Sowjetstaat mit dem Reich einen Frieden, der den Deutschen einen gigantischen Einflussbereich in Osteuropa einbrachte. Mission erfüllt – erst einmal jedenfalls.

Wilhelm träumte sogar von einer „Art Bündnis- oder Freundschaftsverhältnis“ – gemeinsam gegen den Westen, wie 20 Jahre später Hitler und Stalin.

Dass sie einander eigentlich an den Galgen wünschten, vergaßen die beiden Verbündeten trotz aller Absprachen nie. Paradoxe Folgen: Der vom Kaiser gesponserte Lenin half deutschen Genossen bei der Vorbereitung einer eigenen Revolution gegen die Monarchie. Und Wilhelm II. wiederum unterstützte im russischen Bürgerkrieg nicht nur die Bolschewiki, sondern auch deren Gegner.

Heute ist das welthistorische Bündnis zwischen Sichel und Krone fast vollständig vergessen, obwohl schon vor Jahrzehnten hervorragende Studien zu dem Thema erschienen sind. Allerdings gibt es noch immer offene Fragen, insbesondere zum Ausmaß der deutschen Unterstützung für die Bolschewiki. Denn im Auswärtigen Amt wurden Quittungen für erfolgte Auszahlungen nach der Rechnungsprüfung vernichtet. Vieles lässt sich nur auf dem Indizienwege belegen, und dafür muss an ungewöhnlichen Orten gesucht werden.

Der SPIEGEL hat das getan und ist bei Recherchen in mehr als einem Dutzend Archiven in ganz Europa auf bislang unbekanntes oder nicht ausgewertetes Material gestoßen: Analysen und Papiere der Sicherheitsbehörden Schwedens, der Schweiz und Großbritanniens, Unterlagen der preußischen Polizei, Vermerke im Archiv des Auswärtigen Amtes und in russischen Archiven.

Die dabei gefundenen Details ermöglichen es, jene Schattenwelt weiter auszuleuchten, in die sich die Diplomaten des Kaiserreichs begaben, als sie auf die Revolutionierung Russlands setzten.

Alles begann mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs im Sommer 1914. Obwohl Kaiser Wilhelm II. und Zar Nikolai II. Cousins waren, gehörten ihre Reiche unterschiedlichen Blöcken an: auf der einen Seite die Mittelmächte Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich, auf der anderen die Entente aus französischer Republik, konstitutioneller britischer Monarchie und Russlands Autokratie – ein seltsames Bündnis, das nur die Sorge vor einer deutschen Hegemonie in Europa zusammenhielt.

Schon bald wurde deutlich, dass der Waffengang sich von allen bisherigen unterscheiden würde. Millionenheere prallten aufeinander, erstmals setzten die Generäle die ganze Wucht der industriellen Dynamik zum Töten von Menschen ein. Damit fiel die klassische Trennung zwischen Front und Heimat. Kein Wunder, dass die Strategen den Feind nicht nur in den Schützengräben zu besiegen suchten, sondern auch von innen heraus schwächen wollten. Die Anwendung „jedes Mittels, das geeignet ist, den Feind zu schädigen“ sei Pflicht, notierte der Chef des deutschen Generalstabs Helmuth von Moltke.

Das Reichsschatzamt, so nannte sich damals das Finanzministerium, stellte daher Hunderte von Millionen Mark zur Verfügung, um Marokkaner, Inder

Weltkrieg unter Cousins

Die Verwandtschaftsverhältnisse der Herrscherhäuser im Ersten Weltkrieg

V Vater
M Mutter
Kaiser Wilhelm II. Deutschland
König Georg V. Großbritannien
Zar Nikolai II. Russland
Cousins
Geschwister
Groß-vater
Eltern
Großvater
Ur-Großmutter

AKG

17. April 1917:

"Lenin Eintritt in Rußland ge - glückt. Er arbeitet völlig nach Wunsch.

und andere Völker der Kolonialreiche gegen Paris und London aufzuwiegeln, die ihrerseits im Habsburger und im Osmanischen Reich Unruhe stifteten.

Auch das rückständige Zarenreich bot Ansatzpunkte für eine „Zersetzung des Feindlandes von innen“ (Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg). Immer wieder hatten vor dem Krieg Hungersnöte die Bauern zu Revolten getrieben. In den russischen Städten lebten die Menschen unter erbärmlichen Bedingungen; die Einführung der 79-Stunden-Woche galt als Fortschritt. Schon 1905 hatte es deshalb eine Revolution gegeben, die der Zar blutig niederschlagen ließ.

Unter den über 100 Nationalitäten und ethnischen Gruppen des zaristischen Vielvölkerreichs gärte es weiter. Polen, Ukrainer, Esten, Finnen und andere Minderheiten träumten von eigenen Staaten, was den Deutschen nur recht war. Wilhelm II. verfolgte die sogenannte Orangenschalen-Strategie: Wie die Schale der Südfrucht vom Fruchtfleisch sollten die nichtrussischen Randgebiete von Kernrussland getrennt werden. Die dann neuentstehenden Staaten wollte der Kaiser unter deutsche Kuratel stellen – ein Schritt auf dem Weg zur Weltmacht.

So ging ein Geldsegen auf die zahlreichen Polit-Abenteurer nieder, die sich nach Kriegsausbruch bei deutschen Stellen meldeten. Vermeintliche und tatsächliche Zarengegner prahlten damit, sie könnten Meutereien auf der russischen Schwarzmeerflotte anstiften, Aufstände etwa in der Ukraine lostreten oder soziale Unruhen schüren.

Es war ein lukratives Geschäft auch für mögliche Aufschneider. Für eine „allgemeine Revolution gegen Russland“ zahlte das Auswärtige Amt im September 1914 an zwei Männer von angeblich „großem Einfluss“ 50 000 Mark in Gold. Weitere 2 Millionen in bar sollten bei Eintreten des Aufstandes folgen – bis heute weiß niemand, wer die Gelder empfing. Später stiegen die Prämien sogar noch; da boten deutsche Diplomaten und Geheimdienstler Millionen für eine Rebellion allein in einem einzigen Gouvernement des Zarenreiches.

Denn es war eng geworden für Wilhelm II. und seine Leute: Die Generäle Seiner Majestät waren von einem Blitzsieg im Westen ausgegangen, der ihnen den Zweifrontenkrieg ersparen sollte. Als der Triumph gegen Frankreich ausblieb, versuchten der Kaiser und seine Minister den Zaren mit Unruhen gefügig zu machen; ein Sturz der Monarchie stand zunächst allerdings nicht auf dem Programm.

So ergab es sich auch eher zufällig, dass die deutschen Revolutionsstrategen im Herbst 1914 auf den

VOLLZUGSMELDUNG
Faksimile des Telegramms, mit dem der Leiter des deutschen Nachrichtendienstes in Stockholm im Frühjahr 1917 das Gelingen des geheimen Coups an den deutschen Generalstab in Berlin drahtete.



MASSENKUNDGEBUNG
Unter republikanischen Parolen findet im Februar 1917 diese Petrograder Demonstration statt. Noch glaubt die Mehrheit, dass die Provisorische Regierung, die den Zaren abgelöst hat, ihre Interessen vertritt.

DAVID KING COLLECTION

TRÄUME VON DER WELTREVOLUTION
Der deutsche Abenteurer Helphand (l.) und der russische Revolutionär Trotzki (r.) büßten 1905 wegen umstürzlerischer Umtriebe gemeinsam in der Peter-und-Paul-Festung in St. Petersburg. Die Idee einer „Permanenten Revolution“ heckten sie zusammen aus.



DAVID KING COLLECTION

„Es ist so gekommen, dass jetzt gerade der Deutsche neben dem bestialischen Imperialismus das Prinzip der Organisation ... der strengsten Rechnungsführung, der Kontrolle verkörpert ... Lernt von den Deutschen, ihr verlausten russischen kommunistischen Faulenzer!"

LENIN über die Vorzüge der Deutschen

Berufsrevolutionär (und Rechtsanwalt) Lenin aufmerksam wurden. Der kleingewachsene Mann mit dem rötlichen Haarkranz hatte seit der Jahrhundertwende überwiegend im westlichen Exil gelebt; bei Kriegsbeginn war er aus Österreich in die neutrale Schweiz nach Bern übergesiedelt.

Lenin, ein belesener und scharfzüngiger Marxist, stand damals an der Spitze einer linksradikalen Splittergruppe, die sich – ihrer tatsächlichen Größe zum Trotz – Bolschewiki (Mehrheitler) nannte.

Im russischen Parlament verfügten diese über gerade einmal eine Handvoll Abgeordnete, was Lenin allerdings nicht störte. Er wollte nicht durch Wahlen, sondern durch eine Revolution an die Macht gelangen.

Dass er diesem Ziel alles unterordnete, machte ihn für die Deutschen attraktiv. Vor allem aber hatte sich Lenin im Gegensatz zu vielen anderen Sozialisten nicht vom nationalen Taumel anstecken lassen, der im Sommer 1914 überall die Menschen erfasste. Er trommelte vielmehr für die Niederlage des Romanow-Zaren. Nach einem Sturz Nikolais II. würde die Weltrevolution (und drunter wollte er es nicht machen) gleichsam automatisch in Gang gesetzt.

Der Hinweis auf Lenin kam von Alexander Kesküla, einem ehemaligen Bolschewiken aus Estland und einer der vielen Gestalten in der Grauzone zwischen revolutionären Russen und den Deutschen. Kesküla bot sich der deutschen Gesandtschaft in Bern als Propagandist für die Sache des Kaisers an. Er hoffte, die Deutschen würden sich für einen Anschluss des russisch beherrschten Estland an Schweden einsetzen.

Kesküla schwankte allerdings in seinem Urteil über Lenin, wie nun Recherchen des SPIEGEL ergeben. Mal beklagte er, Lenin tue zu wenig für die Revolution im Zarenreich. Dann wieder trommelte er dafür, „der Leninschen Richtung in Russland unverzüglich beizuspringen“ und schwärmte den deutschen Diplomaten vor, der Bolschewik genieße bei den Revolutionären in Petrograd und Moskau „das größte Ansehen“. Er sei „gewissenlos“ und verfüge über „brutalste und rücksichtsloseste Energie“.

Später, als Kesküla begriffen hatte, dass die Deutschen eigene Interessen im Baltikum verfolgten, wechselte er auf die Seite der Entente und warnte diese vor Lenin – mit den gleichen Argumenten, wie aus bislang unbekannten britischen Akten hervorgeht.

Für seine Dienste erhielt Kesküla insgesamt 250 000 Mark, nur ein kleiner Teil davon landete nachweislich bei den Bolschewiki.

Dass Berlin Kesküla nicht in großem Stile einsetzte, um Lenin zu unterstützten, hatte einen einfachen Grund, wie deutsche Dokumente zeigen. Kesküla war trotz seiner bolschewistischen Vergangenheit ein theoretischer Kopf. Für die Logistik der Revolution brauchten die Deutschen hingegen Experten anderen Kalibers. Und im Januar 1915 stellte sich ihnen ein solcher zur Verfügung: Alexander Helphand,

einer der bedeutendsten politischen Abenteurer des 20. Jahrhunderts.

Der Mann mit dem mächtigen Kopf und der „Statur eines Michelangelo-Sklaven mit etwas zu kurzen Beinen“ (Biograf Winfried Scharlau) lebte bei Kriegsbeginn als wohlhabender Geschäftsmann in Konstantinopel, offenbar reich geworden durch die Hilfe, die er dem maroden Osmanischen Reich bei der Kriegsvorbereitung geleistet hatte. Der Sultan war im November 1914 an der Seite der Mittelmächte in den Krieg eingetreten.

Helphands Vergangenheit sprach für die revolutionären Qualitäten des Salonsozialisten. Schon als Jugendlicher hatte sich der 1867 bei Minsk geborene Jude dem Sturz des Zaren verschrieben, weil dessen Regime Menschen mosaischen Glaubens unterdrückte. Zum Marxismus fand Helphand in der Schweiz, wo er wie viele andere oppositionelle Russen seiner Generation studierte. 1891 siedelte er nach Deutschland über und schloss sich der SPD an, die damals weltweit von Sozialisten für ihre politischen Erfolge bewundert wurde – Lingua franca unter Revolutionären vieler Länder war Deutsch.

Schnell erregte Helphand Aufmerksamkeit mit radikalen und wortgewaltigen Artikeln, die ihm den Ruf einbrachten, er könne ein zweiter Marx werden. In ironischer Anspielung auf seine beträchtliche Leibesfülle wurde er Parvus („der Kleine“) gerufen.

Die politisch motivierten Nachstellungen der deutschen Polizei zwangen Helphand bald zu einem Vagabundenleben; aus mehreren Bundesstaaten wurde er ausgewiesen, wie auch bislang unbekannte Akten der preußischen Polizei im Berliner Landesarchiv belegen.

In München traf er Anfang des Jahrhunderts das erste Mal den drei Jahre jüngeren Lenin; dieser lernte in Helphands Wohnung Rosa Luxemburg kennen, eine Studienfreundin Helphands. In der Wohnung stand zeitweise auch die Druckerpresse für die Parteizeitung, die Lenin herausgab.

Allerdings blieb dessen Vision einer straff organisierten Kaderpartei aus Berufsrevolutionären, die allein über die ideologische Deutungshoheit verfügen sollten, Helphand zeitlebens fremd. Er tat sich lieber mit Leo Bronstein, Kampfname Trotzki, zusammen, dem genialen Organisator und späteren Vater des Sieges der Bolschewiki im russischen Bürgerkrieg. Trotzki lernte von Helphand, dass die Machteroberung des Proletariats kein „astronomisches Endziel“, sondern „eine praktische Aufgabe unserer Zeit“ sei.

Als 1905 in Russland die Revolution ausbrach, eilten beide in die alte Heimat; Trotzki setzte sich an die Spitze des Petersburger Sowjets, Helphand übernahm einen Teil der Presse. Er wollte „dem revolutionären Proletariat in Russland Bahn brechen, um die revolutionäre Energie des Proletariats im Westen zu stärken“. Damals gab es im ganzen riesengroßen Russland allerdings nur gut zwei Millionen Industriearbeiter.

Ein Foto zeigt Helphand und Trotzki im Gefängnis der Peter-und-Paul-Festung in St. Petersburg, wo sie nach der Niederschlagung des Aufstandes einsaßen. Helphand wurde anschließend nach Sibirien verbannt, konnte jedoch fliehen und tauchte im Winter 1906/07 wieder in Deutschland auf.

In der SPD hatte Helphand nie viele Freunde. Die deutschen Genossen störten sich an seinen radikalen Ansichten, seiner Schwäche für Frauen und seiner Rücksichtslosigkeit gegenüber den eigenen Kindern, denen er die Alimente vorenthielt. Als er sich auch noch einem Parteiverfahren stellen musste, weil der Schriftsteller Maxim Gorki ihm vorwarf, Tantiemen unterschlagen zu haben, verließ Helphand das Reich und ging nach Konstantinopel. Dort wolle er wohl „die Polygamie an bester Quelle studieren“, spotteten die Genossen.

Helphands Hass auf das Zarenreich muss während der Jahre am Bosporus übermächtig geworden sein, denn obwohl er in Deutschland weiterhin Persona non grata war, stand er bei Kriegsbeginn 1914 auf Seiten der Mittelmächte. Dem deutschen Botschafter in Konstantinopel schlug Helphand ein Zweckbündnis vor: „Die Interessen der deutschen Regierung sind mit denen der russischen Revolutionäre identisch.“ Der Diplomat verschaffte Helphand ein Entree beim Auswärtigen Amt in Berlin.

Über den Ablauf der Gespräche dort Ende Februar 1915 ist nichts bekannt, wohl aber liegt der 23-seitige Plan zum Sturz des Zaren durch Massenstreiks vor, den der Revolutionsexperte in der Wilhelmstraße präsentierte.

Er hatte an ziemlich alles gedacht: die Agitation unter den Arbeitern in den Industrieregionen, die Verbindungen zu potentiellen Streikkomitees, das Aufwiegeln nationaler Minderheiten. Er wollte wichtige Brücken sprengen und die Ölquellen bei Baku in Brand setzen, politische Gefangene in Sibirien befreien, Flugblätter und Broschüren im Ausland drucken lassen und deren Transport nach Russland organisieren. Helphand verlangte sogar „verständliche Anweisung(en) über die Handhabung“ von Sprengstoff.

Das Papier endete mit einer Liste der wichtigsten Aufgaben; an erster Stelle stand: „Finanzielle Unterstützung der sozialdemokratischen russischen Majoritätsfraktion *(das sind die Bolschewiki –Red.)* … Die Führer sind in der Schweiz aufzusuchen.“

Nur wenige Wochen später erhielt Helphand den von ihm verlangten Sprengstoff, einen deutschen Polizeipass, der ihm das Reisen erleichterte, und reichlich Geld: eine Million Mark.

Dabei scheint niemand in der Regierungszentrale auf die Idee gekommen zu sein, dass ein Sturz des



REICHSKANZLER
Theobald von Bethmann Hollweg sieht im rückständigen Zarenreich Ansatzpunkte für eine „Zersetzung des Feindlandes von innen“

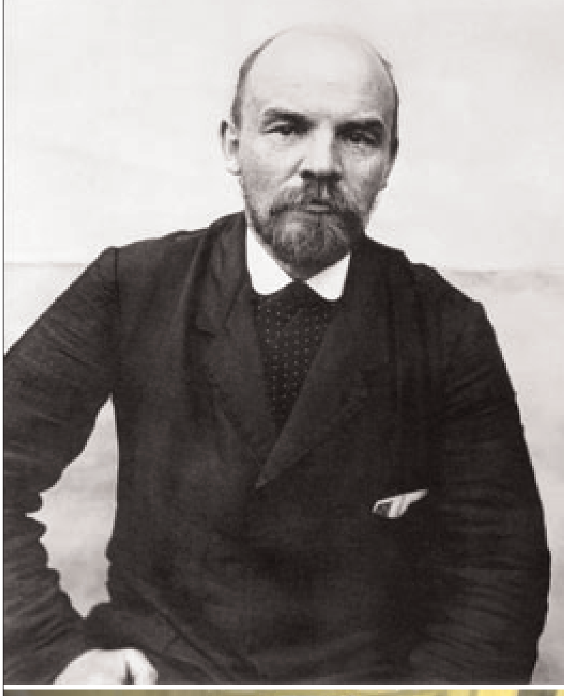


Habe am 29 Dezember 1915 eine Million Rubel in russischen Banknoten zur Förderung der revolutionären Bewegung in Russland von der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen erhalten
Dr A Helphand

ZERSETZUNGSDIPLOMATIE
Abenteurer Helphand – der sich vor einem Parteiverfahren seiner SPD-Genossen an den Bosporus abgesetzt hat – schlägt dem Chef der deutschen Botschaft in Konstantinopel (Foto) 1915 ein Zweckbündnis mit den Bolschewiki vor und quittiert im selben Jahr den Empfang von einer Million Rubel „zur Förderung der revolutionären Bewegung“ in Russland (Faksimile u.).

ULLSTEIN BILD (O.); AUS "PARVUS - DAS ENDE DER LEGENDE VOM >>JÜDISCHEN BOLSCHEWISMUS<<", ELISABETH HERESCH, VERLAG LANGEN MÜLLER, MÜNCHEN 2000 (U.)

ENTLASSENER HÄFTLING Als Berufsrevolutionär war Lenin mit Gefängnissen vertraut. Das Foto zeigt ihn 1914 nach der Freilassung aus österreichischer Haft. Seine Habseligkeiten (u.) sind heute museale Kostbarkeiten – hier Mantel, Hut und Tasche 2007 in einer Moskauer Ausstellung.





Tischmanieren

Fast hätten die Bolschewiki bei der hastigen Zusammenstellung einer repräsentativen Delegation für die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk vergessen, neben Arbeitern, Soldaten, Matrosen und Frauen als Vertreter des „revolutionären Russland“ auch einen Bauern einzuladen. Im letzten Moment erspähten sie auf dem Weg zum Zug einen alten, graubärtigen Mann im Bauernrock – und nahmen ihn mit. Den zahlreichen Banketten stand dieser Roman Staschkow freilich ratlos gegenüber. Auf die Frage der servierenden Ordonnanz, ob er Rot- oder Weißwein bevorzuge, antwortete der Ackersmann, er wolle den stärkeren.

Zaren auch Rückwirkungen auf die deutsche Monarchie haben könnte, deren Demokratisierung überfällig war. Wenn man erst siegreich aus dem Weltkrieg hervorgegangen sei, notierte vielmehr der Gesandte in Kopenhagen, Graf Ulrich von Brockdorff-Rantzau mit Blick auf die Arbeiterschaft, könne man auch solche „Elemente zur Mitarbeit heranziehen und um den Thron scharen“, die bislang abseitsgestanden hätten. Lenin als Reformersatz.

Brockdorff-Rantzau, aus altem Adel und nie ohne Siegelring, brachte es später in der Weimarer Republik sogar noch zum Außenminister.

Ende Mai 1915 traf Helphand in Bern ein, um – wie angekündigt – mit Lenin zu sprechen. Er erschien in einem der russischen Restaurants der Stadt, in dem auch der Bolschewik verkehrte, und ließ sich an dessen Tisch führen. Gemeinsam gingen sie dann in Lenins Wohnung. Beide berichteten hinterher von dem Vieraugengespräch, dass sie sich nicht hätten einigen können.

Helphand behauptete, er habe Lenin gedrängt, die Revolution in Russland voranzutreiben, doch der „träumte von der Herausgabe einer kommunistischen Zeitschrift, mit der er unverzüglich das europäische Proletariat aus den Schützengräben heraus und in die Revolution hineintreiben zu können glaubte“.

Lenin hingegen will den Besucher als deutschen Sozialchauvinisten beschimpft und ihn „mit dem Schwanz zwischen den Beinen“ die Tür gewiesen haben.

Aber stimmt das auch?

Der Bolschewik hatte Grund, eine Verbindung mit Helphand abzustreiten. Dieser galt unter Genossen als Spekulant und Betrüger; Rosa Luxemburg hatte ihm bereits die Freundschaft gekündigt, Trotzki ebenfalls. Gerüchte gingen um, er sei deutscher Agent – und diesen Verdacht konnte sich kein russischer Politiker leisten.

Einige Indizien sprechen immerhin für Lenins Version. Dieser lebte nach dem Treffen weiterhin in bescheidenen Verhältnissen; Geldmangel war ein ständiges Thema seiner Briefe. Und Helphand wiederum erklärte seinen deutschen Auftraggebern, eine Unterstützung Lenins sei erst möglich, wenn zwischen ihnen „die bestehende Spannung sich ausgeglichen hat“.

Einen Teil der Gelder aus dem Auswärtigen Amt hat Helphand denn auch aller Wahrscheinlichkeit nach in Wertpapieren angelegt statt sie für die Revolution auszugeben – diesen Rückschluss lassen Kontounterlagen zu. Die Schweizer Polizei hatte sie 1919 beschlagnahmt.

Andererseits zeigen diese Belege, dass es durchaus Bolschewiki gab, die von Helphand Geld nahmen, allerdings nur einige tausend Schweizer Franken. Auch schrieb im Rückblick Walter Nicolai, der deutsche Geheimdienstchef, Lenin habe „meinem Nachrichtendienst wertvolle Nachrichten über die Zustände im ... zaristischen Russland geliefert“.

Vor allem spricht das Netzwerk, das Helphand nach dem Gespräch mit Lenin aufzog, gegen die These von der bolschewistischen Unschuld. Denn an den Knotenpunkten finden sich immer wieder führende Revolutionäre der Lenin-Partei. Moissej Urizki etwa, später Chef der Petrograder Geheimpolizei (Tscheka), arbeitete für Helphand; auch Jakob Fürstenberg, einer der engsten Vertrauten Lenins und nach der Oktoberrevolution Leiter der sowjetischen Nationalbank, oder der diskrete Anwalt Mieczyslaw Koslowski, der die Tscheka mitbegründete. Man kannte sich und Parvus aus der Exilzeit, war untereinander oft verwandt, was die Bereitschaft zu Loyalität und Verschwiegenheit noch verstärkte.

Als Stützpunkt wählte Helphand Kopenhagen, operierte aber auch von Stockholm aus, denn Dänemark wie Schweden blieben während des Ersten Weltkriegs neutral, und Schweden hatte damals noch eine gemeinsame Grenze mit Russland. Von hier aus ließ sich die Revolution leichter vorantreiben.

Schon im August 1915 schwärmte ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes von der „genialen Weise“, in der Helphand seine Aufgabe anging. In Absprache mit den Diplomaten gründete er ein Exportunternehmen, das sich den Zusammenbruch des Osthandels infolge des Krieges zunutze machen sollte: die „Handels- og Exportkompaniet A/S“. Helphands Teilhaber wurde ein Berliner Kaufmann, der im Sold des deutschen Nachrichtendienstes stand; und Lenins Vertrauter Fürstenberg, ein polyglotter Finanzakrobat von hoher Verschwiegenheit, übernahm die Geschäftsführung.

Für die deutschen Revolutionsexperten war das kein ungewöhnliches Arrangement. Sie verbargen

WIGILJOW / RGASPI (O.); TUSHIN ANTON / ITAR-TASS / CORBIS (U.)

häufig Parteispenden hinter kommerziellen Aktivitäten. Einem anderen Genossen kaufte man das Patent für einen Sterilisierungsapparat ab, damit er seinen plötzlichen Wohlstand erklären konnte, den er für die Sache des Sozialismus einsetzte.

Höchste Erwartungen waren mit Helphands Unternehmungen verbunden, wie in Kopenhagen der Gesandte Brockdorff-Rantzau notierte: „Der Sieg und als Preis der erste Platz in der Welt ist unser, wenn es gelingt, Russland rechtzeitig zu revolutionieren und dadurch die Koalition zu sprengen.“ Nun setzte Berlin nicht mehr nur darauf, den Zaren durch Unruhen unter Druck zu setzen, sondern nahm auch dessen Sturz in Kauf.

Helphand knüpfte Verbindungen in die USA, die Niederlande, nach Großbritannien und natürlich Russland. Teils legal, teils mit Hilfe falscher Deklarierungen und durch Schmuggel im- und exportierte er ins oder aus dem Zarenreich Buntmetalle und Chemikalien, gebrauchte Autos und Fischereifahrzeuge, Medikamente, Kondome, Kognak, Kaviar, Bleistifte, Getreide, Walöl und vieles mehr.

Und überall stößt man auf Bolschewiki: Das Unternehmen, welches die Waren jenseits der russischen Grenze auf dem Schwarzmarkt verkaufte, beschäftigte als Justitiar den Rechtsanwalt Koslowski. Die Buchhalterin, welche die Erlöse nach Kopenhagen beziehungsweise Stockholm transferierte, war mit Fürstenberg verwandt. In den Bankhäusern, über welche die finanziellen Transaktionen liefen, saßen in hohen Positionen Bolschewiki.

Kaum anzunehmen, dass Lenin dieses Netzwerk nicht genutzt hat, um Geld nach Petrograd bringen zu lassen oder auch einen Teil der in Russland erzielten Erlöse in die Parteikasse zu lenken. Bezeichnenderweise fand sich später die Firmenadresse des Helphandschen Unternehmens in Lenins schmalem Adressbuch. Und Geschäftsführer Fürstenberg, das geht aus schwedischen Ermittlungsakten hervor, reiste regelmäßig nach Russland.

Sicher ist: Für die Revolutionsarbeit brauchten die Bolschewiki Geld. Wie eine hässliche Narbe zog sich damals die Ostfront vom Baltikum quer durch Europa bis ans Mittelmeer. Gut 1000 Kilometer mussten die Revolutionäre von Stockholm nach Norden fahren, bis nach Haparanda, einen kleinen Ort an der schwedisch-russischen Grenze, nahe am Polarkreis.

Das heute langweilige Nest war während des Ersten Weltkrieges ein Dorado für Schmuggler und Agenten, der einzig offene Verbindungsweg Russlands in den Westen und Hauptumschlagsplatz für Waren und Nachrichten.

Eine gutbewachte, nur tagsüber freigegebene Holzbrücke für Fußgänger führte über den zeitweise reißenden Grenzfluss Torneälv, den auch Fährschiffe überquerten. Die russischen Beamten mussten geschmiert, mit falschen Papieren überlistet oder auf andere Weise geleimt werden. Briefe Lenins wurden in eigens präparierten Schuhen oder im Korsett versteckt. Größere Mengen Propagandaliteratur vertrauten die Bolschewiki einem Schuhmacher in Haparanda an, der gemeinsam mit einheimischen Genossen die Bücher und Zeitschriften durch das Flussdelta schmuggelte. Im Winter brachten Schlitten die revolutionäre Fracht über das Eis. „Ich bringe Grüße von Olga“ lautete das Kennwort unter Eingeweihten.

Jenseits der Grenze führte die Route dann weitere 1000 Kilometer durch Russisch-Finnland Richtung Süden nach Petrograd.

Später verklärte die sowjetische Propaganda die Bolschewiki zu Superrevolutionären, was kalte Krieger im Westen gern glaubten. Doch ideologisch unverdächtige Beobachter berichten von Korruption unter den Genossen. Lieferungen mit Flugblättern und Büchern gingen verloren; einer der Kuriere nahm auf eigene Faust alles heraus, was er für militärische Geheimnisse hielt, um unbedarfte Parteifreunde auf der finnisch-russischen Seite nicht zu gefährden.

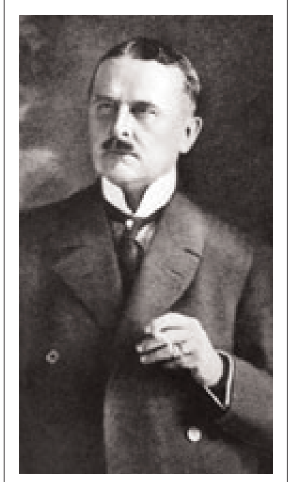
Auch zeigte sich die zaristische Geheimpolizei erstaunlich gut informiert, wie aus Dokumenten hervorgeht, die von der Publizistin Elisabeth Heresch in Moskau entdeckt und unter dem Titel „Geheimakte Parvus. Die gekaufte Revolution“ publiziert wurden. Unter Historikern ist daher umstritten, in welchem Ausmaß deutsche Zahlungen an die Bolschewiki das Zarenreich destabilisierten.

Selbst Helphand erlitt Rückschläge. Der dicke Großkaufmann, mittlerweile Ende vierzig und schon etwas kurzatmig, hatte seinen Geldgebern angekündigt, im Januar 1916 werde der Sturm losbrechen, denn dann jährte sich der Ausbruch der Revolution von 1905. Seine revolutionäre Organisation sei in der Lage, in Petrograd „binnen 24 Stunden mindestens 100 000 Arbeiter“ mobilzumachen. Für eine komplette Revolution veranschlagte er 20 Millionen Rubel (umgerechnet etwa 134 Millionen Euro) und ließ sich zunächst einmal von Feldjägern eine Million in bar nach Kopenhagen bringen. Das Datum verstrich, und die große Rebellion blieb immer noch aus.

Doch als der Zar schließlich abgedankt hatte, nach der Februarrevolution 1917, lobte der Gesandte Brockdorff-Rantzau, Helphand habe „als einer der Ersten für den Erfolg gearbeitet, der jetzt erzielt ist“.

Den bedeutendsten deutschen Beitrag zum Ende Nikolais II. lieferten allerdings nicht Agenten, sondern die Militärs. Im Herbst 1916 stand das deutsche Heer tief auf dem Territorium des Zarenreichs. Hunderttausende russische Soldaten waren gefallen. Und unter dem andauernden Druck des Kriegs brach die russische Wirtschaft zusammen.

Ende 1916 mussten Betriebe die Produktion einstellen, weil es an Rohstoffen mangelte. Auf dem Land fehlte es an Bauern und Pferden. In Petrograd und Moskau wurden die Mehlvorräte knapp.



GESANDTER GRAF BROCKDORFF-RANTZAU
Des Kaisers Mann in Kopenhagen glaubt: „Der erste Platz in der Welt ist unser, wenn es gelingt, Russland rechtzeitig zu revolutionieren und dadurch die Koalition zu sprengen“.

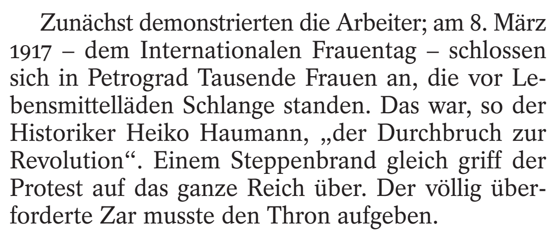


TUMMELPLATZ FÜR AGENTEN
Das Provinznest Haparanda an der damaligen schwedisch-russischen Grenze war im Ersten Weltkrieg die einzige offene Verbindung Russlands in den Westen und ein Dorado für Spione.

INTERFOTO (O.); RIINA NURMINEN / GALBE.COM (U.)



BOLSCHEWIK FÜRSTENBERG
Als Geschäftspartner Helphands und Vertrauter Lenins nahm Jakob Fürstenberg die nach Russland durchreisenden Revolutionäre im schwedischen Trelleborg in Empfang – und organisierte ihre Weiterreise.



Zunächst demonstrierten die Arbeiter; am 8. März 1917 – dem Internationalen Frauentag – schlossen sich in Petrograd Tausende Frauen an, die vor Lebensmittelläden Schlange standen. Das war, so der Historiker Heiko Haumann, „der Durchbruch zur Revolution“. Einem Steppenbrand gleich griff der Protest auf das ganze Reich über. Der völlig überforderte Zar musste den Thron aufgeben.

An die Stelle der Romanows trat die Doppelherrschaft; mit der gemäßigt konservativen Provisorischen Regierung, welche über den Staatsapparat verfügte, und dem linken Petrograder Rat (=Sowjet) der Arbeiter und Soldatendeputierten. In ihm spielten die Bolschewiki zunächst nur eine Nebenrolle.

Die neuen Machthaber etablierten das bis dahin liberalste Regime der russischen Geschichte: mit Koalitions-, Versammlungs-, Pressefreiheit. Das Reich befand sich „auf dem besten Wege zu einer demokratischen Regierungsform“, urteilt der Historiker Manfred Hildermeier. Den Krieg allerdings wollte man nicht beenden, solange der Preis dafür die deutsche Hegemonie in Osteuropa war.

Für Lenin kam die ganze Entwicklung überraschend. Anfang 1917 hatte der 46-Jährige noch erklärt, seine Generation werde vermutlich die Revolution nicht mehr erleben. Nun – nach dem Sturz des Zaren – saß er in der Schweiz fest, „eingepfropft wie in einer Flasche“ (Helphand).

Eine Rückkehr über Frankreich oder England blieb ausgeschlossen; die Entente-Mächte hatten kein Interesse daran, ausgerechnet Lenin nach Russland zu lassen, der ein sofortiges Ausscheiden seines Landes aus dem Krieg verlangte. Davon abgesehen fürchteten Lenin und Genossen, bei einer Fahrt über Nord- und Ostsee versehentlich von deutschen U-Booten torpediert zu werden.

Mal erwog Lenin, sich als taubstummer Schwede auszugeben und incognito durch Deutschland zu reisen, mal mit einem Flugzeug heimlich über die Ostfront zu fliegen. Am Ende schloss er sich dem Vorschlag anderer linker Emigranten aus Russland und Polen an, die für die Fahrt mit der Eisenbahn durch Deutschland und Skandinavien plädierten. Ein riskantes Unterfangen, denn dieser Schritt konnte nur mit Zustimmung der kaiserlichen Behörden erfolgen, und Lenin und die anderen fürchteten, sich zu kompromittieren.

Mit 31 Personen machte sich Lenin auf den Weg, darunter auch mehrere Mitglieder anderer linker Splittergruppen und Familienangehörige.

Eigentlich sollte die Abfahrt ohne Aufsehen erfolgen, aber auf dem Zürcher Bahnhof ging es dann munter zu, wie der deutsche Militärattaché beobachtete. Etwa hundert Russen hatten sich versammelt, die einen „schimpften wie die Rohrspatzen, sie brüllten, die Reisenden seien alle deutsche Spitzel und Provokateure oder ‚man wird euch alle aufhängen, ihr Judenhetzer‘“. Ein junger Russe tat sich besonders hervor und rief immer wieder „Provokateure, Lumpen, Schweine“. Als der Zug ausfuhr, sangen jedoch die Parteifreunde Lenins auf dem Bahnsteig die „Internationale“.

Über Berlin führte der Weg dann nach Sassnitz auf Rügen, wo die Fähre nach Trelleborg, der schwedischen Hafenstadt, ablegte. Zwei Tage dauerte die Reise bis zur Ostsee-Insel.

Später hieß es, der wohl berühmteste Zug der Weltgeschichte sei plombiert gewesen, was Winston Churchill spotten ließ, Lenin wäre „wie ein Pest-Bazillus“ transportiert worden. Doch das stimmt nicht. Wohl waren drei Türen des Waggons plombiert, aber die vierte nutzten Platten und die beiden begleitenden deutschen Offiziere, um Milch für die Kinder entgegenzunehmen oder Zeitungen zu kaufen. Ein Kreidestrich auf dem Boden markierte die Trennung zwischen den „exterritorialen“ Abteilen der Russen und denen der Deutschen.

Die Reisenden vertrieben sich die Langeweile mit dem Absingen französischer Revolutionslieder, was Platten schließlich untersagte, weil er Ärger mit den Deutschen fürchtete. Lenin übte sich derweil in der Planwirtschaft. Da die Raucher unter den Reisenden immer wieder die Toilette blockierten, schnitt er Bezugskarten zu. Nur mit einer Raucherkarte durfte man im Kabuff qualmen.

Dass die Regierung Seiner Majestät Wilhelms II. den Transport ermöglichte, ist immer wieder kritisiert worden. Bereits Fritz Fischer wies 1961 in seinem Klassiker „Griff nach der Weltmacht“ darauf hin, dass die Deutschen einen Frieden auch mit der Provisorischen Regierung hätten schließen können.

Schon aus wohlerwogenem Eigeninteresse: Der Kriegseintritt der USA stand unmittelbar bevor; ein Frieden an der Ostfront wurde sofort gebraucht. Und zwar ein Frieden, den man nicht noch militärisch sichern musste, weil er den Deutschen fast ganz Osteuropa zusprach. Für einen solchen Frieden – ohne Annexionen – hätte die deutsche Führung allerdings den Traum von der Weltmacht aufgeben müssen, und dazu war sie nicht bereit. Stattdessen wählte Berlin weiterhin den bequemen Weg: das Bündnis mit dem Feind des Feindes.

Jakob Fürstenberg – der Geschäftspartner Helphands und Vertraute Lenins – nahm die Gruppe in Trelleborg in Empfang. Nach einigen Tagen in Stockholm ging die Reise mit der Bahn über den Grenzort



DEUTSCHE SOZIALISTEN
Die marxistischen SPD-Mitglieder Alexander Helphand (l.) und Rosa Luxemburg (r.) waren zeitweise durch das gemeinsame Interesse am revolutionären Russland politisch verbunden, obwohl Helphand als moralisch zwielichtiger Privatmann wohl kaum nach Luxemburgs Geschmack war.



AUS "PARVUS - DAS ENDE DER LEGENDE VOM >>JÜDISCHEN BOLSCHEWISMUS<<", ELISABETH HERESCH, VERLAG LANGEN MÜLLER, MÜNCHEN 2000 (O.); ULLSTEIN BILD (U.)



UMSTURZ ALS MISSION
Eilig durchquert die Gruppe russischer Emigranten aus der Schweiz mit Lenin (Kreis) eine Straße in Stockholm. Es ist der 13. April 1917 – wenige Tage später wird Lenin bereits in Petrograd für die Revolution agitieren.

DAVID KING COLLECTION

Haparanda nach Russland; entgegen allen Befürchtungen ließ die Provisorische Regierung das zu. Am Abend des 16. April gegen 23 Uhr traf Lenin in Petrograd ein.

Der Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat und Lenins Parteifreunde bereiteten ihm einen großen Empfang: rote Fahnen, Musikkapellen, ein Spalier aus Arbeitern und Soldaten auf dem geschmückten Bahnsteig.

Während der Reise hatte Lenin aus der Parteizeitung „Prawda“ erfahren, dass die Petrograder Bolschewiki den Krieg fortsetzen und die Provisorische Regierung stützen wollten, weil sie Russland noch nicht reif für den Sozialismus hielten.

Noch in der gleichen Nacht verkündete Lenin einen neuen Kurs: Die Verteidigung des Vaterlandes sei „kleinbürgerlich“ und ein „Betrug der Bourgeoisie an den Massen“. Nein zum Krieg, nein zur Provisorischen Regierung, Fortsetzung der Revolution. War in Russland erst die Diktatur des Proletariats errichtet, so glaubte Lenin, würde die Weltrevolution folgen. Einen Monat später hatte er seine Partei auf Kurs gebracht.

Für Helphand muss der Richtungswechsel ein später Triumph gewesen sein, denn mit der Forderung, die Macht sofort „in die Hände des Proletariats“ zu legen, übernahm Lenin eine Position, die Helphand einst Trotzki nahegebracht hatte.

Aus deutscher Sicht erwies sich der Transfer Lenins als die wohl wichtigste Revolutionsmaßnahme. Schon sie allein rechtfertigt die These, dass die Bolschewiki ohne deutsche Hilfe nicht im Herbst 1917 an die Macht gelangt wären. Denn der Parteiführer begriff schneller als alle Rivalen, dass sich die Auflösung der russischen Gesellschaft nicht stoppen ließ, wenn man die großen Fragen hinausschob: die Bodenreform, die Regelung der Nationalitätenproblematik, die Friedensfrage.

Anzeichen von Anarchie waren bereits unübersehbar. In Depeschen des Auswärtigen Amts häuften sich Berichte über erschlagene Gutsbesitzer und grausige Fälle von Lynchjustiz. Anfang Juli notierten deutsche Diplomaten in Stockholm, was sie über die Lage in Petrograd erfahren hatten: „Die Geschäfte sind in sehr schlimmer Verfassung, und die Stadt steht vor dem Bankrott. Die Lebensmittelverhältnisse haben sich immer mehr verschlechtert, die Ansammlungen vor den Läden werden immer größer.“

Die Brotration betrug 200 Gramm pro Tag; gleichzeitig brach die Industrieproduktion ein, und die Preise explodierten. An der Front nahmen die Soldaten, meist Bauern, zunehmend ihr Schicksal selbst in die Hand. Zermürbt vom Hunger und dem Grabenkrieg desertierten Hunderttausende, oft gelockt von der Nachricht, dass in der Heimat das Land aufgeteilt werde.

Die Berliner Regierung registrierte erfreut, dass Lenins Forderungen nach Frieden und Landverteilung großen Zulauf fanden. „Lenins Propaganda ist von der Art, welche sich bei der großen Masse am wirkungsvollsten erweist“, heißt es in einem Lagebericht vom 5. Juli 1917. Einige Tage später notierte der Gesandte in Stockholm, aus Russland eingehenden Berichten zufolge sei „die Zeit nicht mehr fern, wo die Lenin-Gruppe ans Ruder kommt und damit der Friede … da wäre“.

Noch kurz vor Lenins Rückkehr hatte das Reichsschatzamt dem Auswärtigen Amt weitere fünf Millionen Mark bewilligt. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Richard von Kühlmann prahlte gegenüber Hindenburg und dem Kaiser, dass die bolschewistische Bewegung ohne die „stetige weitgehende Unterstützung“ des Auswärtigen Amtes nie hätte „den Umfang annehmen und sich den Einfluss erringen können, den sie heute besitzt“.

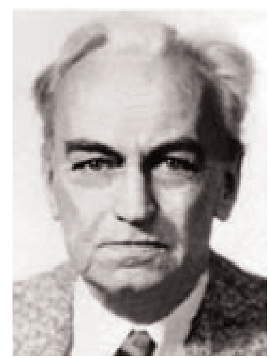
In der Nacht zum 7. November – nach altem russischen Kalender der 25. Oktober – besetzten die Garnisonsregimenter und die Roten Garden, alles in allem nicht mehr als 20 000 Mann, morgens um zwei Uhr die strategisch wichtigen Punkte; die Gegenwehr war gering und die Machtfrage entschieden. Mit der Verhaftung der Minister der Provisorischen Regierung im Winterpalais am folgenden Tag endete die sogenannte Oktoberrevolution.

Lenin trat an die Spitze einer Regierung, die sich „Rat der Volkskommissare“ nannte.

Unter Historikern herrscht weitgehend Einigkeit, dass es für die Bolschewiki leichter war, die morsche

Dialektiker gegen Diplomat

Mitte Dezember 1917 wird Trotzki von Lenin zum Leiter der sowjetischen Delegation in Brest-Litowsk ernannt. Spezialauftrag: Er soll mit seinem exzellenten Deutsch und seiner glänzenden Rhetorik die Verhandlungen so lang wie möglich verschleppen – in der Hoffnung auf eine Meuterei der mit bolschewistischer Propaganda überschütteten deutschen Soldaten. Gewieft nutzt der Dialektiker Trotzki die Schwäche des deutschen Verhandlungsleiters Kühlmann für ein philosophierendes Räsonnieren im Geiste Hegels und reizt so alle Chancen zum Verschleppen aus.



DIPLOMAT RIEZLER
Für die Beziehungen zu Russland zuständig, schrieb er im Dezember 1917: „Die Bolschewiki sind großartige Kerle und haben bisher alles sehr schön und brav gemacht."

Provisorische Regierung zu stürzen, als anschließend die Macht zu behaupten und in ganz Russland durchzusetzen. Die staatliche Verwaltung brach nach der Oktoberrevolution zusammen, überall fehlte es am Nötigsten: Getreide, Kohle, Kleidung. Im Norden Russlands, auch in Sibirien und in den südlichen Teilen des ehemaligen Zarenreichs sammelten sich Gegner des neuen Regimes. Schon bald versank die einstige Großmacht in Anarchie und Bürgerkrieg.

Das Kaiserreich unter Wilhelm II. trug einerseits zu dem Chaos bei, denn deutsche Truppen hielten beträchtliche Teile des ehemaligen Zarenreiches besetzt. Aber zugleich investierten die Diplomaten Seiner Majestät Millionen, um die Bolschewiki in Zentralrussland an der Macht zu halten, weil nur diese bereit waren, einen deutschen Siegfrieden zu akzeptieren – und weil niemand in Berlin glaubte, dass ein real existierender Sozialismus auf die Beine kommen würde.

„Die Bolschewiki sind großartige Kerle und haben alles bisher sehr schön und brav gemacht", notierte Anfang Dezember 1917 der Diplomat Kurt Riezler, der damals die deutsche Russland-Politik maßgeblich bestimmte.

Es wird vermutlich nie zu klären sein, welche Summen das kaiserliche Deutschland Ende 1917 den Bolschewiki zuleitete. Dass es erhebliche Beträge waren, steht außer Zweifel. Im Archiv des Auswärtigen Amtes findet sich dazu ein erstaunliches Dokument. Am 25. November 1917 telegrafierte der Verbindungsmann des Auswärtigen Amtes im Hauptquartier in Bad Kreuznach nach Berlin:

„Jetzige Petersburger Regierung hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Banken verweigern ihr jegliche finanzielle Unterstützung, deren Regierung zur Beschaffung der Lebensmittel für Volk und Heer dringend bedarf … Gelingt es ihr durch dringend benötigtes Geld der Schwierigkeiten Herr zu werden und ihre Losung in Volk und Heer durchzusetzen, so wird sie sich halten können, bis Waffenstillstand geschlossen ist. Dies hat Lenin erkannt, deshalb wendet er sich an uns … Oberste Heeresleitung hält es für sehr erwünscht, wenn es gelänge, der Leninschen Regierung Geld zuzuführen."

Das Auswärtige Amt drahtete zurück: „wegen Geldunterstützung für Bolschewiki wird weiteres veranlasst". Wenige Tage später hielt Riezler fest, dass die Bolschewiki „nunmehr Geld haben".

Zugleich verfolgten die Deutschen ihre Interessen aber auf eine Weise, die für die Bolschewiki äußerst schmerzhaft war: Bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nahmen sie Lenins Proklamation vom Selbstbestimmungsrecht der Völker beim Wort und schlugen vor, auch Polen und das Baltikum abzuspalten. De facto sollten diese Gebiete der deutschen Einflusssphäre zugeschlagen werden.

Die russische Delegation war wie vor den Kopf geschlagen und bat um eine Auszeit. Trotzki schlug den Genossen vor, den Krieg einfach für beendet zu erklären und sich ansonsten zu weigern, einen „annexionistischen Frieden zu unterschreiben". Und so geschah es zunächst.

Von einem Bündnis mit Lenin, der nun immer radikaler wurde, wollte der Kaiser nichts mehr hören. „Bolschewikis wollen Revolution, wollen großen Arbeiterbrei machen", schimpfte Wilhelm und plädierte für „totschlagen".

Am 18. Februar 1918 begann Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg mit der „Operation Faustschlag". In nicht einmal zwei Wochen stießen die deutschen Truppen in einem riesigen Bogen vor, der vom Baltikum im Norden über Weißrussland und die Ukraine bis an den Don reichte. Die Operation band zwar rund eine Million Soldaten, die an der Westfront dringend benötigt wurden. Aber Hindenburg erreichte sein Ziel. Am 3. März unterzeichneten die Bolschewiki dann doch das Friedensdiktat von Brest-Litowsk.

Russland musste ein Gebiet fast so groß wie Argentinien abtreten; ein Drittel der Einwohner, bei-

„Die Bourgeoisie muss erwürgt werden, und dafür müssen wir beide Hände frei haben."

LENIN-Argument für die Notwendigkeit eines sofortigen Friedens mit dem äußeren Feind Deutschland.



FLIEHENDE BOLSCHEWIKI
Im Juli 1917 schlugen Truppen der Provisorischen Regierung einen Aufstand von Teilen der Bolschewiki nieder. Aber drei Monate später waren die meisten Soldaten auf ihrer Seite.

DAVID KING COLLECTION (U.)

A 23614 Telegramm.

Moskau, den 3. Juni 1918 5 Uhr 41 Min. N.M.
Ankunft: 4. 3 " 20 " V.M.

Der K. Gesandte an Auswärtiges Amt.

Entzifferung.

Nr. 233.

x) Bezugnahme anscheinend falsch (A21670)

Antwort auf Telegramm Nr. 161. x)

Bei starker Entente-Konkurrenz circa 3 000 000 Mark monatlich erforderlich. Im Falle eventuell bald unvermeidlicher Änderung unserer politischen Linie muß mit höherem Bedarf gerechnet werden.

Mirbach.



Die militärische Paralyse Rußlands, die besorgen die Bo
schewiken besser und gründlicher als jede andere russische
Partei und ohne daß wir einen Mann und eine Mark dran geben.
Wir können nicht verlangen, daß sie oder andere Russen uns d
für lieben, daß wir ihr Land aus- und einpressen. Begnügen
wir uns also mit der Ohnmacht Rußlands.

nahe die gesamte Kohle- und Erdölförderung und die Hälfte der Industrie gingen verloren. Und trotz des Friedens ließ Hindenburg seine Truppen bis auf die Krim und zum Donez-Becken marschieren, um sich Rohstoffe zu sichern.

Doch aus Lenins Sicht gab es keine Alternative, wie er den widerstrebenden Genossen einhämmerte: „Ihr müsst diesen Schandfrieden unterschreiben, um die Weltrevolution zu retten, um … ihren einzigen Brückenkopf zu erhalten – die Republik der Sowjets."

Nach dem Friedensschluss eröffnete das Reich eine Botschaft in Moskau, das seit März 1918 Hauptstadt war.

Deutsche Diplomaten konnten sich nun vor Ort informieren. Sie registrierten mit Sorge, dass sich im Mai 1918 Lenins Lage zuspitzte. Noch verfügte der Regierungschef nicht über die uneingeschränkte Macht der späteren Jahre. Es gab noch linke Oppositionsparteien wie die Sozialrevolutionäre. Empört über den Friedensvertrag von Brest-Litowsk und den Vormarsch des deutschen Heeres, verlangten diese eine Wiederaufnahme der Kämpfe an der Seite der Entente oder zumindest einen Partisanenkrieg gegen die kaiserlichen Soldaten.

Den deutschen Akten zufolge haben Bestechungsgelder aus der Kasse des Reiches maßgeblich dazu beigetragen, dass alles blieb, wie es war. Es sei gelungen, „die Bolschewisten davon abzuhalten, in das Entente-Fahrwasser hinüberzuschwenken", berichtete Staatssekretär Kühlmann am 5. Juni 1918 in Berlin. Man habe dafür allerdings „größere Summen aufwenden" müssen.

Der deutsche Botschafter in Moskau, Wilhelm Graf von Mirbach, war ein Aristokrat alter Schule. Ihm entging nicht, dass auch die Alliierten Millionen an diverse Dunkelmänner verteilten, um Russland wieder in den Krieg gegen Deutschland zu ziehen. Er bezifferte seinen monatlichen Bestechungsbedarf auf etwa drei Millionen Mark: „Nie war das käufliche Russland käuflicher als jetzt."

Am 6. Juli sprachen zwei Sozialrevolutionäre in der Botschaft vor, verlangten den Adligen in einer persönlichen Angelegenheit zu sprechen und zeigten ein Empfehlungsschreiben. Mirbach begab sich mit den Besuchern in sein Arbeitszimmer und setzte sich an den breiten Marmortisch. Nach einigen Sätzen über einen angeblichen entfernten Verwandten des Botschafters zogen die Männer auf einmal Pistolen aus ihren Aktentaschen. Der Diplomat sprang auf und stürzte los, aber nach wenigen Metern traf ihn ein Schuss in den Hinterkopf.

Noch am Tag des Attentats erschien Lenin am Tatort. Sein Beileid wirkte auf die Deutschen „kalt wie eine Hundeschnauze".

Sowjetrussland glich inzwischen einer „belagerten Festung": Im Norden bei Murmansk waren Briten und Amerikaner gelandet, im Süden wehrte sich die Rote Armee gegen konterrevolutionäre Kosaken, in Samara an der Wolga hatte sich eine Gegenregierung etabliert und Truppen in Marsch gesetzt, und gegen Baku stießen die Türken vor.

Kaiser Wilhelm trommelte nun für einen Kurswechsel: „Es ist gefährlich, unser Los noch ferner mit den sterbenden Bolschewiki zu vereinen!" Selbst im Auswärtigen Amt wuchs die Skepsis, ob sich die Bolschewiki würden halten können. In dieser Zeit erhielten auch ihre Gegner, etwa die Don-Kosaken oder monarchistische Kreise Millionen aus deutschen Kassen, wie der Historiker Winfried Baumgart schon vor Jahrzehnten in einer spektakulären Studie nachgewiesen hat. Berlin wollte sich potentielle Nachfolger Lenins gewogen und Alternativen offenhalten.

Am Ende setzten sich aber die Befürworter einer Fortführung der taktischen Allianz mit dem bolschewistischen Russland durch. Die Deutschen gaben Lenin eine Zusage, nicht auf Petrograd zu marschieren, was es diesem ermöglichte, in höchst bedrängter Lage Truppen abzuziehen und an seiner Ostfront einzusetzen.

Dass die scheinbar vor dem Fall stehenden Bolschewiki das Land nach einem Attentat auf Lenin dann mit grausigem Terror überzogen, entging ihren deutschen Verbündeten nicht. Am 13. September 1918 etwa meldete ein deutscher Hauptmann Eylers aus Petrograd:

„Die Zustände in Petersburg und im übrigen Russland spotten jeder Beschreibung … Die Leute werden ohne jedes gerichtliche Verfahren in denkbar rohes-

KALTBLÜTIGE REALPOLITIK
Während der Diktatfrieden von Brest-Litowsk (Foto: Unterzeichnung des Vertrages durch Staatssekretär Kühlmann) den Russen schwerste Gebietsverluste auferlegte, forderte Graf Mirbach, der deutsche Botschafter in Moskau, weitere Millionen zur Stabilisierung des bolschewistischen Regimes (Telegramm o. l.). Zugleich rühmte sich das Auswärtige Amt, wie ein weiteres Dokument zeigt (Faksimile o., Aktendeckel u.), die militärische Lähmung Russlands durch die Bolschewiki bewirkt zu haben.



IMPERIAL WAR MUSEUM



POLITISCHER MORD
Das Bild von der Ermordung der Zarenfamilie im Keller eines Wohnhauses in Jekaterinburg (am 17. Juli 1918) wurde nach Zeugenaussagen und den Ergebnissen eines Prozesses gemalt.

ter Weise hingeschlachtet.“ Betrunkene Rotgardisten würden Gefangene „als Zielscheiben zum Revolverschiessen“ verwenden und nicht einmal Frauen und Kinder schonen.

Dem roten Terror des Sommers 1918 fielen auch der ehemalige Zar und seine Familie in ihrem Exilort Jekaterinburg, 1700 Kilometer entfernt von Moskau, zum Opfer. Lenin wollte nicht, dass sie im Falle seines Sturzes von seinen Gegnern befreit würden. Ein Kommando Tschekisten hatte daher schon im Juli Nikolai II., die Zarin, die fünf Kinder sowie den Hausarzt und drei Bedienstete erschossen – im Keller eines Wohnhauses.

Bis heute streiten Experten, ob Wilhelm II. seinen Cousin hätte retten können. Dass die beiden füreinander nie viel übrig hatten, ist kein Geheimnis. Dennoch hatte Wilhelm im März 1917 dem Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung gedroht, er werde ihn persönlich dafür verantwortlich machen, sollte der Zarenfamilie ein Haar gekrümmt werden.

Gegenüber den Bolschewiki zeigte sich Wilhelm dann nicht so entschlossen. Die an ihn herangetragene Bitte, dem Zaren Asyl zu gewähren, lehnte Wilhelm mit dem Argument ab, die Russen könnten darin einen Versuch sehen, die Monarchie in Russland wieder einzuführen. Er ließ nur „eindringliche Mahnungen“ an die Bolschewiki übermitteln, den Zaren nicht zu töten. Von nachhaltigen Forderungen, gar einem Junktim, also einer Verknüpfung mit anderen politischen Fragen, ist nichts bekannt.

Bezeichnenderweise kommentierte Wilhelm die Nachricht vom Mord an seinem Verwandten allein mit kaltem Blick auf die politische Lage, wie aus einem Bericht des Legationsrates Werner Freiherr von Grünau aus dem Sonderzug Wilhelms hervorgeht:

„Seine Majestät haben bemerkt, dass … wir nun dem übrigen Russland gegenüber in schwieriger Lage seien. Es müsse dafür gesorgt werden, dass Entente uns nicht für Ermordung verantwortlich mache; der Versuch werde sicher gemacht werden.“

WILHELM II. IM EXIL
In seiner niederländischen Zuflucht war Holzhacken eine Lieblingsbeschäftigung des letzten deutschen Kaisers (Foto: Mai 1919). Das Imperium der Bolschewiki überdauerte sein Reich um 70 Jahre.

Nur für die Zarin Alexandra, geborene Alice von Hessen-Darmstadt, und ihre Schwester verwandten sich deutsche Diplomaten mit Nachdruck. Sie verlangten von den Bolschewiki, den Damen „mit aller möglichster Rücksichtnahme zu begegnen“. Da die deutschen Stellen über keine eigenen Informationsquellen verfügten, blieb ihnen allerdings nichts anderes übrig, als den Auskünften der Bolschewiki zu glauben, alles sei in bester Ordnung.

Diese hielten noch Jahre nach dem Mord die Mär aufrecht, der Zar sei zwar tot, die Familie Nikolais hingegen am Leben. Lenins Unterhändler besaßen sogar die Chuzpe und erklärten den Deutschen, man könne über ein Freilassung der Zarin und ihrer Kinder sprechen, wenn im Gegenzug die Deutschen eine „gleiche russische Verwendung“ für „unbequeme Persönlichkeiten in Deutschland zuließen“. Lenin zielte damit auf Leute wie Karl Liebknecht ab, später Mitbegründer der KPD, der wegen Hochverrats in Luckau in der Lausitz einsaß.

Das war im September 1918, die Zarin seit zwei Monaten tot, und so langsam dämmerte es den deutschen Strategen, dass sie am Ende die Verlierer des Zweckbündnisses zwischen Lenin und dem Hohenzollernreich sein würden.

Zum Schluss trauten sich Wilhelms Generäle nicht einmal mehr, Soldaten aus der Ukraine oder dem Baltikum an die Westfront zu verlegen, weil die Männer inzwischen als unzuverlässig galten: Sie sympathisierten mit Lenins Revolution. Eine Anfrage der Bolschewiki, ob sie 20 000 Maschinengewehre, 200 000 Gewehre und 500 Millionen Patronen haben könnten, lehnte die Oberste Heeresleitung mit dem Hinweis ab, es bestehe die Gefahr, dass die Waffen „vielleicht später auch gegen uns verwendet werden könnten“.

Denn so kühl wie das Auswärtige Amt kalkulierte auch Lenin, und während er den Sommer über in Moskau mit dem Kaiserreich kooperierte, scheute er zugleich weder Geld noch Aufwand, jene Genossen im Reich zu unterstützen, die eine deutsche Sowjetrepublik anstrebten.

Die Deutschen hätten gewarnt sein müssen – es war die gleiche Revolutionierungspolitik, die sie in den Jahren zuvor unterstützt hatten, als es gegen den Zaren ging.

Am 5. November 1918 brach Wilhelm II. die Beziehungen zu Sowjetrussland ab, das nicht mehr gebraucht wurde. Sechs Tage später unterzeichnete eine deutsche Delegation die Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten, mit denen der Frieden von Brest-Litowsk annulliert wurde. Statt Territorium zu gewinnen, verlor Deutschland im Frieden von Versailles ein Siebtel seines Gebietes. Und auch Wilhelm war nicht mehr zu halten und flüchtete ins Exil nach Doorn in die Niederlande. Dort lebte Wilhelm der Letzte bis 1941.

Von Moskau aus höhnte Lenin, der deutsche Imperialismus habe sich unglaublich aufgebläht und sei „unter Zurücklassung eines fürchterlichen Gestanks geplatzt“.

Es mag als Form historischer Gerechtigkeit angesehen werden, dass sich über die Implosion des von Lenin gegründeten Sowjetimperiums Gleiches sagen lässt. Es geschah allerdings erst etliche Jahrzehnte später.

KLAUS WIEGREFE;
FLORIAN ALTENHÖNER, GEORG BÖNISCH, HEIKO BUSCHKE, WLADIMIR PYLJOW, ANIKA ZELLER

MARY EVANS PICTURE LIBRARY (O.); INTERFOTO (U.)

Jahrzehntelang verschwieg die Sowjetpropaganda eine Geliebte Lenins.

URLAUB VON DER REVOLUTION

✦

Kaum einer hat Wladimir Iljitsch Lenin jemals so gesehen: Im Sommer 1910 flaniert der asketische Revolutionär verliebt durch die Gassen von Paris. Hatte es nicht stets so geschienen, als bedeuteten ihm Bücher mehr als Frauen? Jetzt aber kann er, wie der französische Sozialist Charles Rappoport erstaunt notiert, „seine mongolischen Augen nicht von der Kleinen lassen“.

Inessa Armand, Tochter aus einer französisch-schottischen Künstlerehe und nach dem frühen Tod ihres Vaters in einer der reichsten Unternehmerfamilien Russlands aufgewachsen, ist 36 Jahre alt, sieht aber aus wie 26. Sie hat große Augen und kastanienbraunes Haar. Lenin ist 40, untersetzt und fast kahlköpfig. „Ich hatte eine verrückte Lust, mich Dir zu nähern“, schreibt Inessa über die erste Begegnung. Wenige Wochen später bringt Lenin Inessa in der Rue Marie-Rose 2 unter. Er selbst wohnt mit Frau und Schwiegermutter in Nummer 4.

Sieben Jahrzehnte waren die pikanten Stellen des Briefwechsels zwischen Lenin und seiner Geliebten ein gutgehütetes Geheimnis der Sowjetunion, erst in den neunziger Jahren wurde der volle Wortlaut bekannt. Nichts durfte das Propagandabild von Lenin als perfektem Revolutionär stören: Inessa Armand sollte als „Kampfgefährtin“, nicht als Bettgenossin Lenins in die Geschichte eingehen.

Deshalb waren die Editionen der Lenin-Briefe stets zensiert, die intimsten Stellen fehlten. Da bittet Lenin zum Beispiel um Entschuldigung nach harscher Kritik: „Ärgere Dich nicht, ich tue es aus Liebe.“ Oder er bedeckt Inessa mit „tausend Küssen“.

Seine Mitstreiter kannten Lenin nur als fanatischen Revolutionär. Eine Hungersnot preist er „als Träger des Fortschritts“, weil sie die Revolution beschleunige; kurz nach der Hinrichtung seines Bruders besteht er das Abitur mit Bestnoten. „Lenin gürtete sich einfach mit dem Panzer seines eisernen Willens“, so Bolschewik Nikolai Bucharin. „Diesen Panzer konnte nichts durchdringen.“

Nur Inessa, die Lebenslustige. Häufig lässt Lenin sich von ihr Beethovens „Appassionata“ auf dem Klavier vorspielen. Ihm gefallen ihre gutgeschnittenen Kleider und die extravaganten Hüte. Lenins Frau Nadeschda Krupskaja dagegen legt wenig Wert auf Äußeres. Als Lenin Inessa kennenlernt, ist die Krupskaja 41, sieht aber aus wie 50 – er kennt sie schon seit der Verbannung. Sie kocht und wäscht für ihn. In den Flitterwochen übersetzen sie Werke englischer Sozialisten.



SKANDALFRAU ARMAND
Neun Jahre, nachdem Inessa den reichen, aber zarenkritischen Fabrikanten Alexander Armand geheiratet hat, brennt sie mit seinem Bruder Wladimir durch und wird von ihm schwanger. Er ist 17 und damit elf Jahre jünger als sie, ein Gesellschaftsskandal. 1905 schließt sie sich den aufständischen Petersburger Arbeitern an, wird verhaftet und später verbannt. Ein Foto von damals zeigt sie mit fünf Männern. Sie schreibt: „Erst wollte man mich in das Kaff Koida schicken. Das hätte mir nicht gefallen. Dort gibt es keine Politiker, und dann ist das ganze Dorf mit Syphilis infiziert.“ Inessa liebt den Aufruhr – und die Männer.

Mit Inessa Armand aber macht Lenin, der Rastlose, sogar Urlaub von der Revolution: Er verschafft der unbekannten Genossin Einlass beim Kongress der Sozialistischen Internationale in Kopenhagen im August 1910 – und vergnügt sich anschließend zwölf Tage mit ihr in der dänischen Hauptstadt. Im Frühjahr 1911 gründet er bei Paris eine Schule für Untergrundagenten: Inessa darf ein Seminar über Wirtschaftspolitik halten. Lenin sitzt Tag für Tag in der hinteren Bank, nur um sie anschauen zu können.

Als Lenin und die Krupskaja 1914 in die Schweiz umziehen, wohnt Inessa in Bern alsbald im Haus gegenüber, oft kommt sie vorbei. Krupskaja weiß von der Beziehung ihres Mannes, der seinen Genossen vieldeutig predigt, „weder Mönch noch Don Juan zu sein“. Im Zug, der 1917 Lenin quer durch Deutschland nach Russland bringt, sind Gattin und Geliebte mit von der Partie. Nach der kommunistischen Machteroberung bekommt Inessa eine Wohnung in Kremlnähe und eines der ersten Telefone mit Selbstwählfunktion – Geräte, die eigentlich für die Führungsspitze des neuen Staates reserviert waren.

Drei Jahre später im Bürgerkrieg: überall Aufstände und Hungersnöte. Lenin telefoniert und dekretiert: hierhin einen Zugwaggon mit Fleisch, dahin einen mit Fett. Mitten in den Wirren schreibt er angstvolle Briefe an Inessa, die eine schwere Grippe plagt. „Brauchen Sie vielleicht Medikamente?“, will er wissen und fragt nach ihrer Schuhgröße: „Ich hoffe, dass ich Gummistiefel besorgen kann.“

Auf Drängen Lenins fährt sie zur Kur in den Kaukasus. „Mein Herz fühlt sich wie tot an ... nachdem es all seine Kraft und Leidenschaft für Wladimir Iljitsch und die Sache verausgabt hat. Ich bin eine lebende Leiche“, vertraut sie ihrem Tagebuch an.

Drei Wochen später ist Inessa tot. Immer wieder liest Lenin das Telegramm: „Es gelang nicht, die an Cholera Erkrankte zu retten.“ Bei der Beerdigung hält er mühsam die Tränen zurück. Wenn sich durch eine Bewegung der Kreis der Trauergäste verschob, „ließ sich auch Lenin herumschieben“, erinnert sich Zeitgenossin Angelika Balabanowa, „ohne jeden Widerstand, so, als sei er dankbar, wenn man ihn der Toten näherbrachte“.

Lenin stirbt gut drei Jahre nach Inessa. Er sei nie „über ihren Tod hinweggekommen“, schreibt Alexandra Kollontai. Sein einbalsamierter Leichnam ruht bis heute auf dem Roten Platz. Wenn am Morgen in Moskau die Sonne aufgeht, fällt der Schatten des Lenin-Mausoleums auf die Kremlmauer – die letzte Ruhestätte Inessa Armands.

MATTHIAS SCHEPP

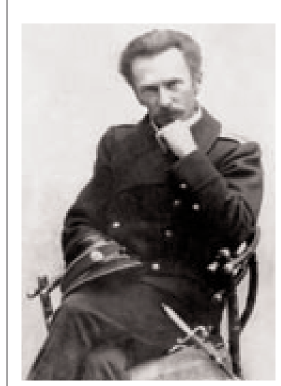
Die wichtigsten Unternehmen und zeitweise die Hälfte der Kabinettsposten waren während der russischen Gründerjahre in der Hand von Deutschrussen, ihr Aufstieg wurde erst durch den Krieg gestoppt. Wie keine andere nationale Gruppe hofften sie auf einen Umschwung.

HINGABE FÜR DIE HEIMAT

Von Christian Neef



SERGEJ GRAF WITTE
Der Finanzminister mit deutschen Wurzeln (1849 bis 1915) förderte in seiner elfjährigen Amtszeit die deutschen Siedler nach Kräften, vergrößerte die Handelsflotte Russlands und verdoppelte nahezu dessen Eisenbahnnetz.



LEUTNANT SCHMIDT
Der Marineoffizier Pjotr Schmidt gehörte zu den wenigen Revolutionären unter den deutschstämmigen Russen. Der Anführer der aufständischen Matrosen in Sewastopol 1905 wurde 1906 hingerichtet.

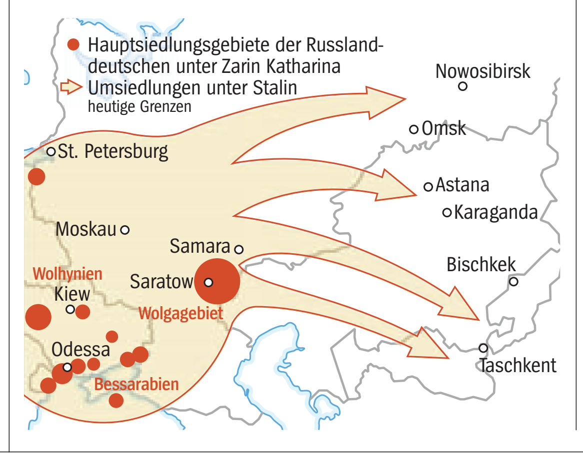
Nur zwei Metro-Stationen sind es vom Moskauer Kreml bis zu diesem Friedhof mit den gramgebeugten Engeln, den verwitterten Mausoleen und den Marmorsarkophagen, den nur noch wenige besuchen kommen und den die Natur mit jedem Jahr mehr unter einem moosgrünen Mantel verschwinden lässt.

Es ist kaum noch zu lesen, was da in Stein gemeißelt über den Gräbern steht: „Hier ruht in Gott Georg Ott, geboren d. 17. April 1819 zu Kleinhubach in Bayern, gestorben d. 28. Oktober 1889 in Rjasan, Herzoglicher Leuchtenbergscher Forstmeister und Domänen-Ober-Verwalter, Ritter d. K.R.St. Anna und St. Stanislaus-Orden II. Klasse“.

„Emma Müller, 1866–1909“ heißt es gleich nebenan, doch solche Schlichtheit ist die Ausnahme. „Hier ruht die Wirkliche Staatsrätin Johanna Amalie Richter“, verrät der nächste Stein. Schritte weiter ist dem Präsidenten der „Kaiserlichen Naturforschenden Gesellschaft, Carl von Renard“ ein Denkmal gesetzt, einem Mann, der vom Rhein kam, 1809 in Mainz geboren. Weiter hinten in der Reihe ist zu erfahren, dass Nikolai Nikolajewitsch Kaufmann Professor der „imperatorskogo Moskowskogo universiteta“ war und 1870 der Erde übergeben worden ist.

„Wwjedenskoje kladbischtsche“, Wwjedenskojer Friedhof, steht über dem geschwungenen Tor, durch das die Angehörigen der Toten einst diesen Gottesacker betraten – die Gedenkstätte der Moskauer Deutschen am Rande der „Nemezkaja sloboda“, einer Siedlung aus dem 16. Jahrhundert.

Die Steine, die heute noch auf diesem Friedhof stehen, haben nichts mit der Ära Peters des Großen zu tun; sie künden von den Gründerjahren des 19. Jahrhunderts. Von jener Aufbruchzeit, die mit den Reformen Alexanders II. begann und von deutschstämmigen Russen geprägt worden ist. Von Frauen und Männern, die es zu Wohlstand und Reichtum brachten, bevor die Oktoberrevolution Zehntausende von ihnen über die Grenzen, die Zurückgebliebenen aber in zunehmende Verarmung trieb.



Wie wechselhaft die Geschichte der Deutschen war, verraten die Grabsteine des Wwjedenskojer Friedhofs. Jene, die nach 1918 gesetzt worden sind, zählen Titel oder Verdienste nicht mehr auf, merkwürdig anonym wirken die Verstorbenen nun – als habe niemand mehr an Herkunft und Lebensweg erinnern wollen: unübersehbar, dass die Revolution eine Zäsur auch im Leben der Deutschen war.

Gerade sie hatten 1917, vergebens, den großen demokratischen Umschwung erhofft. Ausgerechnet jener Mann, dessen Großmutter deutsch-baltischer Herkunft war, dessen Mutter deutsch erzogen wurde, der später von den Deutschen aus dem Exil nach Petrograd geschleust worden war und 1918 unweit des deutschen Friedhofs als Regierungschef in den Kreml einzog, sollte die Jahrhunderte währende Sonderstellung der Deutschen im Russischen Reich beenden: Wladimir Iljitsch Lenin.

Da lag die letzte deutsche Einwanderungswelle gerade mal ein halbes Jahrhundert zurück. Alexander II. hatte sie 1860 mit einem „Ausländermanifest“ in Gang gebracht, um einen Modernisierungsschub zu bewirken. Sein Dekret vom 7. Juni gewährte Ausländern das Recht, sich gleich „den eingeborenen Untertanen des Reiches“ überall niederzulassen, Kaufmannsbriefe zu erlangen, Gilden beizutreten und Immobilien zu erwerben. Sie durften Fabriken und Industrieanlagen errichten, Arbeiter in Dienst nehmen und beliebig Waren ins Ausland exportieren.

Das Echo war groß. Vor allem aus deutschen Ländern reisten Unternehmer und Großkaufleute an, Ingenieure und Wissenschaftler, Handwerker und Gewerbetreibende. Sie trafen auf besonderes Wohlwollen der Russen, die Fleiß und Umsicht der Deutschen seit langem schätzten.

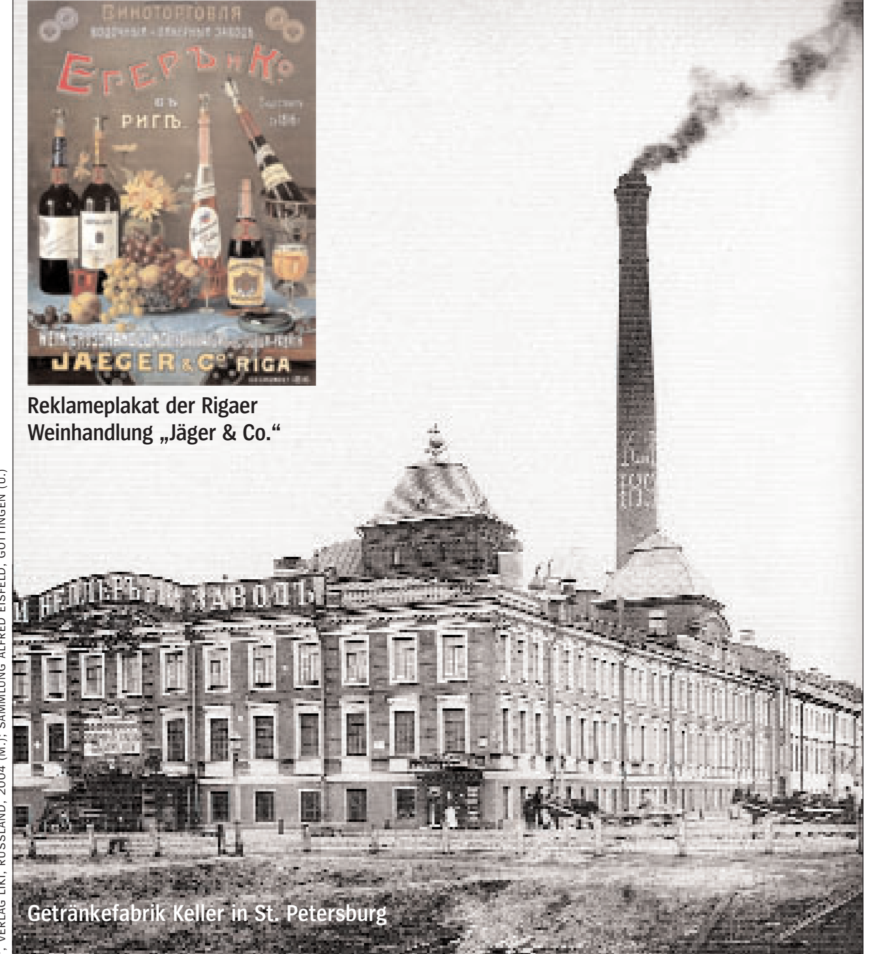
Ein Jahr zuvor, 1859, hatte der Roman „Oblomow“ von Iwan Gontscharow Aufsehen in Russland erregt. Der Autor stellte seinem Helden, dem lethargischen Gutsbesitzer Ilja Iljitsch Oblomow, einen geschäftstüchtigen Deutschrussen als Widerpart zur Seite: Andrej Karlowitsch Stolz. „Oblomowerei“ wurde schlagartig zum Inbegriff slawischer Trägheit – die Romanfigur Stolz dagegen zum Symbol deutschen Fleißes und deutscher Effizienz.

Bis zur Volkszählung 1897 stieg die Zahl der Deutschen in Russland auf fast 1,8 Millionen an. Zwar machten sie nur 1,42 Prozent der Gesamtbevölkerung von 126 Millionen aus, ihre wahre Rolle in Wirtschaft, Staat und Militär aber war ungleich

PICTURE-ALLIANCE / DPA (O.); ULLSTEIN BILD (U.)

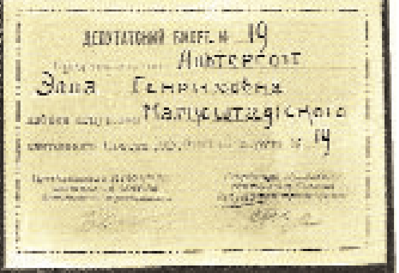


Wwjedenskojer Friedhof



Reklameplakat der Rigaer Weinhandlung „Jäger & Co.“

Getränkefabrik Keller in St. Petersburg

Abgeordnetenbillet für den Marxstädter Kantonsowjet der deutschen Wolgarepublik

YEVGENY KONDAKOV (O.); AUS "DIE DEUTSCHEN IN RUSSLAND", VERLAG LIKI, RUSSLAND, 2004 (M.); SAMMLUNG ALFRED EISFELD, GÖTTINGEN (U.)

größer: Ende des 19. Jahrhunderts befanden sich die bedeutendsten Industrie- und Handelsunternehmen Russlands „vorwiegend in deutschen beziehungsweise deutschrussischen Händen“, bilanziert die Historikerin Ingeborg Fleischhauer in ihrem Buch „Die Deutschen im Zarenreich“. Namhafte Wollspinnereien und Tuchfabriken sowie vier der sechs größten Zementfabriken Russlands wurden von Deutschen geleitet, sie dominierten die Kupferproduktion und führten jedes dritte Maschinenbauunternehmen. Aus dem Handelshaus von Robert Spies in St. Petersburg ging die erste Zigarettenfabrik hervor, Jakob Beckers Klavierfabrik am selben Ort belieferte selbst europäische Königshäuser mit Konzertflügeln, Brauereichef Alfred von Wakano wurde zum „Bierkönig“ der Wolgaregion und Thomas Maas der größte Getreideexporteur, mit Sitz in Odessa.

Selbst beim Bäckerhandwerk gaben Deutsche lange Jahre den Ton an – die Kunst der „akkuraten Deutschen“, Brot zu backen, hatte schon Dichter Alexander Puschkin in seinem berühmten Versroman „Eugen Onegin“ gepriesen. Leopold König, dessen Familie eine Konditorei nahe dem Smolny-Kloster in St. Petersburg betrieb, errichtete eine der größten Zuckerraffinerien; er baute die Firma später zum Imperium mit 20 000 Mitarbeitern aus.

Abgesichert wurde der Wirtschaftsaufschwung jener Jahre von drei russischen Finanzministern deutscher Herkunft. Michail von Reutern ließ die ersten Privatbanken gründen und förderte den privaten Eisenbahnbau, was deutschen Industriellen wie Freiherrn Constantin von Ungern-Sternberg zugute kam, der Südrussland mit Gleisen überzog.

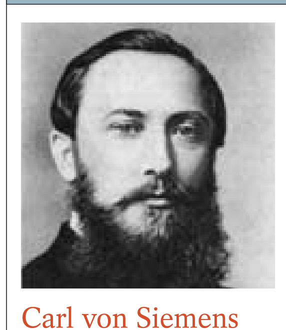
Nikolai von Bunge setzte wichtige Steuerreformen durch, während Sergej Graf Witte in seiner elfjährigen Amtszeit die Handelsflotte vergrößern und das Eisenbahnnetz beinahe verdoppeln ließ, vor allem aber die deutschen Siedler förderte.

Die hatten bereits 1864 im gesamten Reich 559 Kolonien gegründet und 2,1 Millionen Desjatinen Land unterm Pflug – umgerechnet 2,3 Millionen Hektar. Während viele russische Bauern nach Aufhebung der Leibeigenschaft 1861 in die Städte abwanderten, nutzten die Deutschen die nun einsetzende Konjunktur in der Landwirtschaft.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts saßen allein sechs deutschrussische Minister im Zaren-Kabinett: Als Außenminister amtierte der besonnene Wladimir Graf Lambsdorff, Kriegsminister war der fähige Stratege Generalleutnant Alexander Roediger, Schulminister der Latinist Grigorij von Sänger.

Zwar war die deutschstämmige Bevölkerung laut Fleischhauer mehrheitlich „eine Stütze der Monarchie“. Aber es gab Ausnahmen: Bei Ausbruch der ersten russischen Revolution 1905 traten auch einige Deutsche als Vorkämpfer revolutionärer Proletarier auf. Pjotr Schmidt gehörte zu ihnen, ein Marineleutnant, der im März 1906 hingerichtet und danach zum Volkshelden wurde – Lenins Sozialdemokraten machten ihn zur Symbolgestalt aller Kämpfer gegen die Autokratie. Bis zum Jahr 2006 hieß eine Brücke in St. Petersburg nach ihm.

Tierarzt Nikolai Baumann wiederum gab einer Moskauer Straße seinen Namen – er kam bei den Unruhen im November 1905 um. Zum Anhänger Lenins wurde auch Nikolai Schmit, Besitzer der Schmitschen Möbelfabrik in Moskau und kaiser-



Carl von Siemens
1829 bis 1906

Der jüngere Bruder des Firmengründers Werner von Siemens hatte bereits 1859 als Karl Fjodorowitsch Siemens die russische Staatsbürgerschaft angenommen. Er leitete die Firma Siemens & Halske auf der Wassiljewski-Insel in St. Petersburg, verlegte die ersten Kabel in den Winterpalast des Zaren, baute das Telegrafennetz im Lande auf und beleuchtete am 24. Dezember 1883 erstmals elektrisch den Newski Prospekt, den Prachtboulevard der Kaiserstadt St. Petersburg.

licher Hoflieferant. Sein Werk war 1905 eine Bastion des bewaffneten Proletariats. Schmit wurde später verhaftet, er starb im Gefängnis.

So beliebt deutscher Fleiß und deutsche Tüchtigkeit in Russland auch waren, so angesehen deutsche Ärzte, Wissenschaftler, Handwerker – der Widerstand gegen ihre Dominanz wuchs mit jedem Jahr. Gegen das „Deutschtum in Russland" machten Panslawisten und Nationalisten Front, und das traf deutschbaltische Bürger und Adlige ebenso wie deutschrussische Kolonisten, Industrielle, Bankiers.

Vorschub dabei leistete das weltpolitisch aufstrebende Deutsche Reich. Auf der Suche nach Zielen für eine Expansion hatten Nationalisten des Alldeutschen Verbandes bald die riesigen Flächen Russlands ausgemacht und die Deutschstämmigen im Osten zum natürlichen Bündnispartner erklärt. Diese wurden dadurch in den Augen der Panslawisten zur „Fünften Kolonne" Deutschlands.

Das sollte sich 1914 als verheerend erweisen. Die Kriegserklärung des Deutschen Reichs schien die Prophezeiungen vom unausweichlichen Kampf zwischen Germanentum und Slawentum zu bestätigen, sie war für die Russen eine tiefe Demütigung. Deutsche Unternehmer und Kolonisten bekamen das bald zu spüren. Sie erklärten zwar umgehend ihre Loyalität gegenüber dem Zaren und die unerschütterliche Hingabe für ihre russische Heimat. Der Duma-Abgeordnete Baron Fölkersahm schwor, die Deutschen seien bereit, ihr Leben für Russland zu opfern, und auch die Kolonisten wollten alles für den Kampf gegen Deutschland geben, das ihnen „zwar stammesverwandt, aber nicht (art-)verwandt" sei.

Viel halfen diese Beteuerungen jedoch nicht. Überall machte sich eine aggressive Haltung gegen die Deutschen breit, und auch die Regierung beugte vor: Sie benannte das allzu deutsch klingende St. Petersburg in Petrograd um, verhängte ein Versammlungsverbot für Deutsche, untersagte den öffentlichen Gebrauch der deutschen Sprache und ließ auch die deutschsprachigen Zeitungen einstellen.

Obwohl annähernd 300 000 Deutschstämmige im russischen Heer dienten, obwohl Tausende im Lazarettdienst tätig waren und der Kriegswirtschaft mit Spenden halfen – die Niederlagen gegen die Truppen Kaiser Wilhelms II. führten täglich zu neuen Gerüchten und Verdächtigungen gegen die Deutschstämmigen in Russland. Die patriotisch gestimmte Öffentlichkeit forderte nun den konsequenten Kampf gegen das „deutsche Joch".

Mit Erfolg. In Moskau brachen Wirtschaftspogrome aus, bald gab es für die Deutschen keine Handelslizenzen mehr, „feindstaatliche" Unternehmen wurden liquidiert, der Kauf oder die Pacht von Land untersagt. 1915 erließ der Staat mehrere Gesetze über die Enteignung des Landbesitzes von Angehörigen der gegen Russland kriegführenden Nationen. Frei werdende Ländereien sollten verarmten russischen Bauern übergeben werden.

Als das Jahr der Revolution anbrach und der Zar abdankte, hatten die Deutschen nur noch wenig zu verlieren. Jubel brach unter ihnen aus, als die Zeitung „Russkaja wolna" am 21. März berichtete, die Provisorische Regierung habe beschlossen, jede weitere Liquidierung deutschen Grundbesitzes einzustellen, um im hungernden Russland „die Tätigkeit von Ernte und Aussaat zu verstärken". Keine zwei Wochen später hob das Kabinett auch die übrigen Beschränkungen für nichtrussische Bürger wieder auf. Erneut wurden deutschsprachige Zeitungen gedruckt, die Hoffnung auf Rückkehr zu Vorkriegsverhältnissen war groß. Man erkenne „einstimmig die Republik als die allein wünschenswerte politische Ordnung für Russland an", erklärte die Allrussische Versammlung der russischen Deutschen nun.

Doch die Kerenski-Regierung war viel zu schwach, um den eigenen Beschlüssen Kraft zu verleihen, und der Druck der von der Front zurückströmenden Bauern viel zu groß, um weiteren Landnahmen Halt zu gebieten. Dass schließlich Lenin die Macht ergriff, war für die Deutschen der Todesstoß. Das bolschewistische Dekret über den Boden und das Vermögen der Kirchen verfügte endgültig die entschädigungslose Enteignung privaten Landbesitzes. Es traf auch die deutschen Schulen – sie waren meist deutschen Kirchengemeinden angegliedert gewesen.

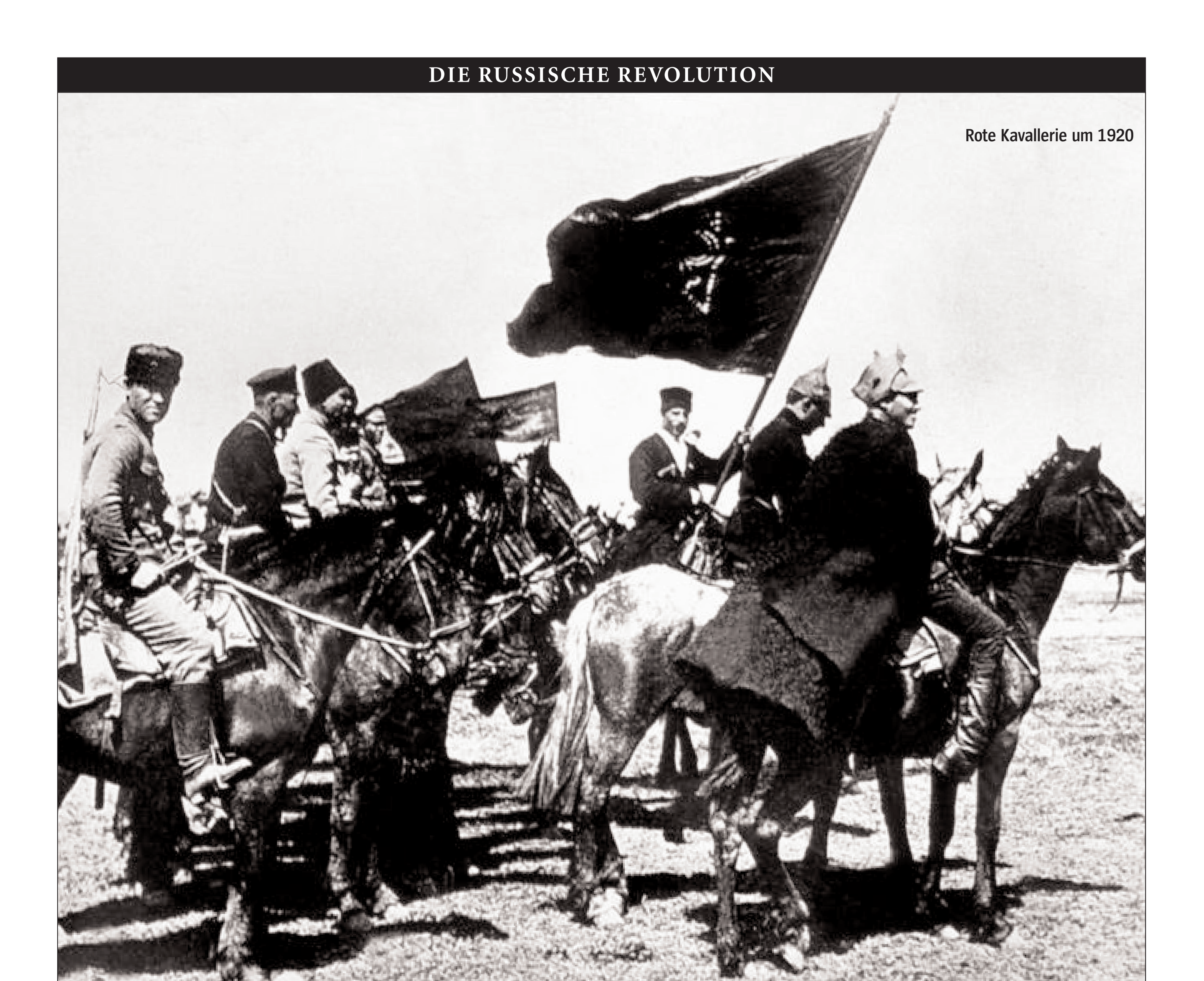
Die Bankguthaben deutscher Unternehmer wurden beschlagnahmt, ihre Fabriken enteignet und mitunter zerstört, Warenlager und Privathäuser demoliert. 120 000 Deutschstämmige verließen das Land. Wer zurückblieb, erlebt die ersten Jahre nach der Machtergreifung der Bolschewiki in Chaos und Hunger. Männer, die früher als Offiziere im Zaren-Heer gedient hatten, wurden nun in die Rote Armee Leo Trotzkis einberufen; Industrielle, Techniker und Ökonomen fanden vorübergehend ein Auskommen, als Lenins „Kriegskommunismus" das Land dazu zwang, auch bürgerliche Fachkräfte zu rekrutieren.

Die deutschrussische Stadtbevölkerung jedoch verarmte schnell, sie passte sich kulturell und sozial der neuen Sowjetmacht an. Deutschen Kolonisten immerhin gelang es, eine gewisse Selbständigkeit zu wahren, unter sowjetischer Regie: 1924 entstand die Autonome Deutsche Wolgarepublik. Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die Sowjetunion wurde sie 1941 aufgelöst, ihre Bewohner wurden, wie die deutschrussische Stadtbevölkerung, deportiert.

Die im Zarenreich so privilegierten Deutschen waren nun als nationale Gruppe nicht mehr präsent. Nur der Wwjedenskojer Friedhof in Moskau erinnert noch an sie. Auf seine Weise. ✦



DEUTSCHER WECKRUF
Der rastlos tätige Deutschrusse Stolz schmettert ins Horn, um den russischen Faulpelz Oblomow endlich aus dem Bett zu scheuchen: eine Schlüsselszene aus Nikita Michalkows „Oblomow"-Verfilmung.



Rote Kavallerie um 1920

3 DIE BEHAUPTUNG DER MACHT

Der Eroberung der Staatsgewalt folgte ein Bürgerkriegsgemetzel, in dem die Gewaltmethoden des sogenannten Kriegskommunismus die Diktatur der Bolschewiki zementierten. Sie bereiteten dem Diktator Stalin den Weg, der nach Lenins Tod die letzten revolutionär-demokratischen Illusionen zerstörte.

DAVID KING COLLECTION

VOM TRIUMPH ZUM DEBAKEL

Die Revolution hatte mit den Parolen von proletarischer Räterepublik, Frieden und Landverteilung gesiegt – doch im Bürgerkrieg etablierte die bolschewistische Partei ihre Diktatur, nahm den Bauern gewaltsam die Ernte ab und begründete das Terrorregime der dreißiger Jahre.

Von Rainer Traub

Die Führer der bolschewistischen Partei und besonders der Stratege Lenin wussten, dass ihr Aufstand ein historisches Experiment mit ungewissem Ausgang einleitete. Es war ja nicht nur weltweit der erste Versuch, eine sozialistische Gesellschaft zu begründen. Es fehlte auch an den Voraussetzungen für eine soziale Umwälzung, die Marx und Engels genannt hatten.

Die Klassiker des Marxismus hatten die Geburt einer neuen Gesellschaft als organischen Vorgang gesehen, den sie mit Schwangerschaft und Geburt verglichen: Etwas Neues werde erst geboren, wenn im Schoße der alten Gesellschaft alle Elemente dafür herangereift seien. Demzufolge war die sozialistische Revolution nur als Frucht einer vollausgebildeten bürgerlichen Gesellschaft mit einer qualifizierten Arbeiterschaft als Massenbasis möglich.

Von beidem konnte im Russland des Jahres 1917 nicht die Rede sein. Im Vergleich zu Westeuropa waren Wirtschaft und Gesellschaft von außerordentlicher Rückständigkeit; eine moderne Großindustrie existierte nur in den Metropolen Moskau und Petrograd. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung bestand aus Bauern. Die wollten endlich ein eigenes, individuelles Stück Land und hatten keinen Sinn für kollektivistische Projekte.

Der bolschewistische Aufstand hatte die Revolution zur Welt gebracht wie das Skalpell einen Fötus. Gleichsam als schützender Brutkasten sollte der russischen Revolution der sozialistische Umsturz in



RUSS. STAATSARCHIV FÜR FILMISCHE U. FOTOGRAF. DOKUMENTE, KRASNAGORSK



DER VOLKSTRIBUN
Als Führer der Bolschewiki war Leo Trotzki – hier nach der Revolution auf dem Roten Platz – Lenin 1917 ebenbürtig, als Redner sogar überlegen.

WEG IN DIE DIKTATUR

8./9. November 1917 Der 2. Allrussische Rätekongress fordert die Kriegführenden zu einem sofortigen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf und erklärt die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes.

25. November 1917 Bei der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung erhalten die Bolschewiki 25 Prozent der Stimmen, Sozialrevolutionäre und Menschewiki 62 Prozent, bürgerliche Parteien 13 Prozent.

19. Januar 1918 Dekret über die Auflösung der Verfassunggebenden Versammlung.



Lenin-Attentäterin Fanni Kaplan

15. März 1918 Ratifizierung des Friedens von Brest-Litowsk durch den 4. Außerordentlichen Sowjetkongress. Die Linken Sozialrevolutionäre verlassen aus Protest dagegen den Rat der Volkskommissare.

6./7. Juli 1918 Aufstand der Linken Sozialrevolutionäre.

30. August 1918 Das Revolverattentat einer Sozialrevolutionärin auf Lenin, bei dem dieser verwundet wird, löst eine Welle des „Roten Terrors“ aus.

Juni 1919 bis Januar 1920 In einer bolschewistischen Großoffensive wird die Armee des „Weißen“ Admirals Alexander Koltschak zerschlagen.



Alexander Koltschak

18. März 1921 Bolschewistische Truppen brechen den letzten Widerstand des Kronstädter Aufstands.

1921/22 Eine Hungersnot, bei der es auch zu Fällen von Kannibalismus kommt, fordert Millionen Tote.

8. bis 16. März 1921 Der 10. Parteitag der Bolschewiki verbietet Fraktionsbildung und erlaubt mit der „Neuen Ökonomischen Politik“ begrenzte Marktfreiheit.

3. April 1922 Das Plenum des Zentralkomitees der Bolschewiki wählt Stalin zum Generalsekretär.

21. Januar 1924 Lenin stirbt nach langer Krankheit.

Februar 1929 Der aus der Sowjetunion ausgewiesene Trotzki verlässt Odessa mit Ziel Konstantinopel.

1929 Verkündung des ersten Fünfjahrplans der sowjetischen Volkswirtschaft.

November 1929 Das Zentralkomitee der KPdSU beschließt eine beschleunigte Massenkollektivierung.

höherentwickelten Ländern dienen, mit dem die Bolschewiki felsenfest und kurzfristig rechneten. Vor allem die ungleich größeren Ressourcen der Gesellschaften Mittel- und Westeuropas, so glaubten sie, würden nach der Revolution im Westen dem russischen Experiment materiell und kulturell entscheidend dabei helfen, von der Eroberung der politischen Macht zum schrittweisen Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft überzugehen.

Angesichts der allgemeinen Zerrüttung und tiefen Krise, die der Weltkrieg in vielen europäischen Gesellschaften herbeigeführt hatte, war die Erwartung einer grenzüberschreitenden sozialen Umwälzung weniger abwegig, als sie im historischen Rückblick scheinen mag. Die Überlegung, dass die Weltrevolution mittel- oder gar langfristig ganz ausbleiben könnte, lag jedenfalls in der Frühphase der Revolution ebenso außerhalb des Horizonts ihrer Führer wie die Frage, was in diesem Fall aus einer isoliert bleibenden russischen Revolution werden sollte.

Aus der internationalistischen Grundhaltung folgte: Die russische „Diktatur des Proletariats“ war zwar die erste staatliche, ökonomische und militärische Bastion der Weltrevolution – doch strategisch blieb die nationale Umwälzung in Russland zunächst dem internationalen Kampf der Arbeiter in den höherentwickelten Ländern untergeordnet. Als im März 1919 die „Kommunistische Internationale“ („Komintern“) als Organisationszentrale der Weltrevolution in Moskau gegründet wurde, war deren erster Vorsitzender Grigorij Sinowjew überzeugt, binnen eines Jahres werde „ganz Europa kommunistisch sein“. Symptomatisch für die strategische Priorität war der Plan, den Komintern-Sitz von Moskau nach Berlin zu verlegen, sobald der sozialistische Umsturz in Deutschland das revolutionäre Gravitationszentrum nach Westen verschoben haben würde.

Aber die europäische Geschichte folgte dem revolutionären Drehbuch nicht. Die Bolschewiki, die ihre kurzzeitige Massenbasis im Herbst 1917 vor allem dem Versprechen der sofortigen Kriegsbeendigung verdankten, mussten im März 1918 den Diktatfrieden von Brest-Litowsk hinnehmen, der verheerende Verluste von Agrarland (32 Prozent), Bevölkerung (55 Millionen) und Industriebetrieben (54 Prozent) bedeutete. Der britische Historiker Orlando Figes nennt den Vertrag den „Abschluss der Leninschen Revolution“ und „Tiefpunkt des Oktober“.

Wie bei der Abstimmung über den Aufstand hatte sich Lenin in seiner Partei nur ganz knapp durchgesetzt. Diesmal forderte eine Opposition einen revolutionären Krieg gegen Deutschland statt des „Schandfriedens“. Lenin dagegen tauschte in Erwartung der erhofften Revolution im Westen lieber „Raum gegen Zeit“ ein, wie er sagte, als die Vernichtung der Revolution durch die Armee von Wilhelm II. zu riskieren. In diesem Punkt war er ganz Realist: Die Bauern, die massenhaft aus dem Weltkrieg desertiert waren, würden sich nicht abermals gegen Deutschland mobilisieren lassen. Solange die deutsche Revolution auf sich warten lasse, bleibe der russischen nur übrig, sich so gut wie möglich einzuigeln. Eine Dauerlösung war das für ihn aber keineswegs. Nach dem Friedensschluss von Brest-Litowsk sagte er im März 1918 auf dem 7. außerordentlichen Parteitag der Bolschewiki klipp und klar: „Ohne die deutsche Revolution sind wir verloren.“

Dies schien um so offenkundiger, als in Russland nun an mehreren Fronten ein heftiger Bürgerkrieg

DAVID KING COLLECTION (O.); RUE DES ARCHIVES / SÜDDEUTSCHER VERLAG (U.)

Bürgerkrieg 1917 bis 1921

Zarenreich 1914
Grenze zwischen Russland und den Mittelmächten im März 1917
Grenzverlauf nach dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk
Sowjetgebiet März 1921
von den Sowjets seit Anfang 1919 beherrschte Gebiete
von Weißen im April 1920 beherrschte Gebiete
Truppen der Weißen und Interventionsmächte

DER SPIEGEL

entbrannte. Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre, der ein Großteil der russischen Bauern anhing, zog aus Protest gegen den Friedensschluss ihre Mitglieder aus dem regierenden „Rat der Volkskommissare" zurück, womit die Bolschewiki endgültig zur alleinherrschenden Partei wurden. Einer der Sozialrevolutionäre, die in der terroristischen Tradition der „Narodniki" standen, ermordete den deutschen Botschafter Graf von Mirbach in Moskau, um den Friedenschluss zu torpedieren. Die Bolschewiki reagierten mit Verhaftungswellen und Erschießungen von Sozialrevolutionären. Eine andere Sozialrevolutionärin, Fanni Kaplan, verletzte Lenin 1918 bei einem Attentat schwer – und die Bolschewiki dekretierten den „Roten Terror". Gleichzeitig formierte sich die „weiße" Gegenrevolution an verschiedenen Fronten.

Das Blutbad des Weltkriegs ging in Russland 1918 in das Gemetzel eines Bürgerkrieges über, der von allen Seiten mit unvorstellbarer Grausamkeit geführt wurde und das Land aufs Äußerste erschöpfte.

Mehrfach schien in seinem dreijährigen Verlauf das Schicksal der Roten Armee besiegelt. Ihre Gegner waren nicht nur die Weißen, sondern auch deutsche Soldaten in der Ukraine, die tschechische Legion und britische Interventionstruppen im Norden, Japaner und Amerikaner im Fernen Osten, Franzosen im Süden. Im Frühsommer 1918 führten die Ro-



DAVID KING COLLECTION

BÜRGERKRIEGSOPFER
Im Gemetzel zwischen Roten und Weißen kamen Millionen Menschen um, während die militaristischen Zwangsmethoden des „Kriegskommunismus" demokratische Prozesse durch Parteibefehle ersetzten. Die Kämpfer der Roten (Foto: Gefallene der Ersten Reiterarmee 1920) sollten im Sinn des Bolschewismus geschult, Bauernsoldaten kollektiv umerzogen werden, indem man ihnen den uralten Wunsch nach individuellem Land austrieb.



UTOPIE UND REALITÄT
Die meuternden Matrosen von Kronstadt klagten, wie die Besatzung der „Petropawlowsk“ (o.), die rätedemokratischen Ideale der Revolution ein. Die bolschewistische Propaganda rief zur Weltrevolution und zur Wachsamkeit gegen den polnischen Revolutionsfeind Pilsudski auf (Plakat r.) – Utopie und Wirklichkeit klafften in beiden Fällen weit auseinander.

„Das werktätige Russland, das als erster Staat die rote Fahne der Befreiung der Arbeit gehisst hat, ist vom Blut derer überströmt, die zum Ruhme der kommunistischen Herrschaft zu Tode gequält wurden.“

Manifest des Kronstädter Aufstands am 8. März 1921.

ten die allgemeine Wehrpflicht ein, ihre Armee wuchs bis auf fünf Millionen Soldaten Ende 1920. Doch die völlig daniederliegende Wirtschaft des Landes war nicht imstande, sie ausreichend mit Kleidern, Medikamenten, Nahrung, Treibstoffen und Fahrzeugen zu versorgen (während die Armeen der Weißen allein im ersten Halbjahr 1919 von den alliierten Siegermächten mit Waffen und Ausrüstung im Umfang einer sowjetischen Jahresproduktion ausgestattet wurden). Das strikt zentralisierte und autoritäre Regime des „Kriegskommunismus“ militarisierte die Fabriken und richtete sämtliche Produktionszweige des Landes auf die Bedürfnisse des Krieges aus. Gleichzeitig wurde die Herrschaft der bolschewistischen Partei in den Räten zementiert, die ab 1919 ebenso wie die Gewerkschaften nur noch als „Transmissionsriemen“ der Partei galten.

Dass die Roten am Ende den Sieg davontrugen, lag daran, dass vor allem die Masse der russischen Bauern eine Rückkehr ihrer alten Herren noch mehr fürchtete als die Herrschaft der neuen Herren. Die trieben die Bauern zwar mit drakonischer Gewalt in die Rote Armee, in der Kriegskommissar Leo Trotzki Deserteure gnadenlos exekutieren ließ. Doch die Revolution hatte immerhin die Gutsbesitzer verjagt und den uralten Traum der Bauern vom eigenen Stück Land verwirklicht, das sie um keinen Preis mehr herzugeben gedachten.

Außerdem bestand die Rote Armee aus einfachen Leuten, die die Sprache der Bauern sprachen, während die bewaffneten Truppen der Gegenrevolution sich überwiegend aus Offizieren rekrutierten – unter den ersten 3000 Freiwilligen des „weißen“ Generals Lawr Kornilow war gerade ein Dutzend gewöhnlicher Soldaten. In diesem Kontrast spiegelte sich der tiefe soziale Riss, der durch das Land ging. Die Oktoberrevolution hatte ihn nicht geschaffen – Massendesertionen, Aufstände gegen die dem Adel entstammenden Offiziere, wilde Landnahmen und das Niederbrennen von Gütern durch aufrührerische Bauern hatten schon vorher um sich gegriffen. Aber der bolschewistische Umsturz hatte den Zerfallsprozess beschleunigt und verstärkt. Und er hatte den Aufrührern das Gefühl gegeben, nicht nur im Recht, sondern die Vorhut der Menschheit zu sein.

Die Bauern liebten die Kommunisten nicht. Sie hassten sie, wenn sie auf ihren Dörfern mit militärischer Gewalt das Getreide requirierten, das gebraucht wurde, um die Rote Armee und die hungernden Städte zu ernähren. Doch den Sieg der Weißen wollten die Bauern nicht, zumal deren Brutalität hinter jener der Roten keineswegs zurückblieb. Der weiße General Kornilow erklärte ganz offen: „Selbst wenn wir halb Russland niederbrennen und das Blut von drei Vierteln der Bevölkerung vergießen müssen, wir werden es tun, wenn es zu Russlands Rettung notwendig sein sollte.“



GENERAL KORNILOW
Der Anführer der Gegenrevolution will, „halb Russland niederbrennen und das Blut von drei Vierteln der Bevölkerung vergießen, wenn es zu Russlands Rettung notwendig sein sollte.“

Im November 1920 flohen die letzten Truppen der Weißen per Schiff von Sewastopol über das Schwarze Meer in die Türkei. Militärisch hatte die Revolution damit gesiegt. Aber sie blieb weiterhin auf sich gestellt.

Der Versuch, den sozialen Umsturz außerhalb Russlands mit Hilfe der Roten Armee zu beschleunigen, war gerade erst im russisch-polnischen Krieg gescheitert: Nach der Vertreibung der polnischen Armee aus Kiew hatten die Bolschewiki den Verteidigungskrieg in einen Angriffskrieg gegen Polen verwandelt. Sie hofften, dass sich die polnische Arbeiterschaft beim Vormarsch der Roten Armee auf Warschau gegen die eigene Regierung erheben und auf

RUSSISCHES STAATSARCHIV FÜR FILMISCHE UND FOTOGRAFISCHE DOKUMENTE, KRASNOGORSK (O.L.); ULLSTEIN BILD (O.R./U.)

die Seite der Revolution schlagen würde. Doch die polnischen Arbeiter begrüßten die russischen Soldaten keineswegs als revolutionäre Klassenbrüder. Vielmehr erblickten sie in den Eindringlingen Wiedergänger des verhassten russischen Imperialismus – und stellten sich im Sommer 1920 voll hinter die eigenen Truppen, die die Roten zurücktrieben. Die utopische Erwartung, der revolutionäre Funke werde in Warschau zünden und von dort weiter nach Westen überspringen, wurde bitter enttäuscht.

Ein Flächenbrand der Rebellion brach stattdessen 1920/21 in Russland selbst aus. Dieselben Bauern, die gegen die „Weißen“ gekämpft hatten, erhoben sich jetzt in einer Serie von Aufständen gegen die fortgesetzte „rote“ Praxis der Zwangseintreibung von Getreide. Anfängliche kleinere Rebellionen wurden hart unterdrückt und wuchsen sich zu regelrechten Bauernkriegen aus. Vor allem im Wolgagebiet griff eine Hungersnot um sich, die 1921 in ein entsetzliches Massensterben von Millionen Menschen überging.

In den entvölkerten Städten stellten sich Anfang 1921 viele Fabrikbelegschaften gegen das militaristische Regime des „Kriegskommunismus“. Es hatte Räte und Gewerkschaften – die Selbstverwaltungsorgane der angeblich herrschenden Klasse – überall einer autoritären Parteiführung unterworfen. Im ganzen Land machte sich Anfang 1921 eine explosive Stimmung breit. Im Februar erlebte Petrograd eine Welle von Arbeiterstreiks und Demonstrationen. Die griff auf die Garnison Kronstadt über, die vor Petrograd auf einer Insel im Finnischen Meerbusen stationiert war.

Die Rebellion der Matrosen von Kronstadt beglaubigte wie ein düsteres Menetekel das politisch-moralische Debakel der russischen Revolution. Denn die Garnison Kronstadt hatte 1917 die Elitetruppen des bolschewistischen Aufstands gestellt. Für Trotzki waren sie „der Ruhm und der Stolz der Revolution“ gewesen. Nun aber warfen die Kronstädter denen, die in ihrem Namen herrschten, Verrat an den selbstproklamierten Idealen vor. Sie forderten sofortige Neuwahlen für die Räte auf Grundlage geheimer und gleicher Stimmabgabe, Rede- und Pressefeiheit für alle anarchistischen und linkssozialistischen Parteien, Gewerkschafts- und Versammlungsfreiheit – kurzum „Räte ohne die Kommunisten“.

Das bolschewistische Regime stand am Abgrund. Am 2. März 1921 verhängte es über die gesamte Provinz Petrograd den Ausnahmezustand. Truppen wurden zusammengezogen. Wieder einmal war Trotzki der Mann für besondere Aufgaben. Doch diesmal hatte der Organisator von Revolution und Roter Armee es nicht mit „Klassenfeinden“ zu tun, sondern mit denen, die sein Staat zu repräsentieren vorgab. Er zögerte nicht, sich mit der gleichen Schärfe gegen sie zu wenden, stellte der Garnison ein Ultimatum – und ließ die Meuterei in Blut ersticken.

Die Bilanz der ersten vier Jahre nach der Revolution war verheerend: „Revolution und Bürgerkrieg hatten neun bis zehn Millionen Tote gefordert, viermal so viel wie der gesamte Weltkrieg“, schreibt der Historiker Manfred Hildermeier. „Etwa zwei Millionen Menschen, darunter ein erheblicher Teil der Elite von Besitz und Bildung, waren ins Ausland geflüchtet. Dem Dorf stand die schlimmste Hungerkatastrophe seit Jahrhunderten bevor. Die Industrieproduktion war auf 12 bis 16 Prozent des Standes von 1912 geschrumpft.“

In diesem geschichtlichen Moment trat am 8. März 1921 – die Meuterei von Kronstadt war noch im Gange – der 10. Parteikongress der Bolschewiki in

Oktobrierung

An die Stelle der Taufe trat besonders in den frühen zwanziger Jahren die Zeremonie der „Oktobrierung“: Eltern gelobten, ihre Kinder in kommunistischem Geist großzuziehen, man stimmte die „Internationale“ an, frisch Oktobrierte wurden mit Säuglingsbildern von Lenin beschenkt. Häufige Namen jener Jahre waren Marlen (für Marx und Lenin), Melor (für Marx, Engels, Lenin, Oktoberrevolution), Molot (Hammer) oder Serpina (Sichel). Populär waren auch „Diktatura“ oder „Terrora“. Mitunter wurden umstürzlerisch klingende Fremdwörter als vermeintlich revolutionäre Namen gewählt – „Traviata“, „Embryo“ oder „Vinaigrette“. Bei Roten Hochzeiten blickte das Paar zu einem Lenin-Porträt statt zum Altar auf und versprach sich ein Leben im Geist des Kommunismus.



ARKADIJ SCHAJCHET

ELEKTRIFIZIERUNG
Millionen Bauern, die über das riesige Russland verstreut lebten, waren in den ersten Jahren nach der Revolution noch von jeder Stromversorgung abgeschnitten. „Kommunismus, – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung“ lautete darum eine berühmte Parole Lenins (Foto: Errichtung eines Strommasts 1925).

Besuch in Uljanowsk

IRONIE DER GESCHICHTE

✦

Lenins Geburtsstadt Simbirsk, die seit 1924 nach dessen Familiennamen Uljanowsk heißt, ist ein Provinznest an der Wolga, 890 Kilometer südöstlich von Moskau. Mit seinen 630 000 Einwohnern liegt es im Herzen des europäischen Russland. Die Stadt ist stolz auf ihre kulturelle Tradition, von der eine prachtvolle, nach dem Historiker Nikolai Karamsin benannte Bibliothek zeugt. Gern betonen Einheimische auch, das weltgrößte Transportflugzeug und ein Geländewagen, der russischen Straßen standhält, würden hier gebaut.

Dass Uljanowsk bis zum Ende der Sowjetunion eine ganz andere Aura besaß – daran erinnern nur noch Denkmäler und Straßennamen; dann und wann auch nostalgische Umzüge der letzten Kommunisten: Als Geburtsort des Wladimir Iljitsch Uljanow zog die Stadt, die seinen Namen trägt, kommunistische Gläubige aus aller Welt magisch an. Auf ihre Art war sie ein Betlehem des 20. Jahrhunderts.

Für den riesigen Lenin-Platz wurde in den dreißiger Jahren die größte der einst zahlreichen Kirchen der Stadt gesprengt. Heute skaten und radeln Kinder auf dem herrlich verkehrsfreien Raum neben dem überlebensgroßen Lenin-Monument, wo auch Basketballkörbe zum Spiel einladen. Nur wenige Schritt entfernt liegt das Steilufer der mächtigen Wolga, die hier an ihrer schmalsten Stelle drei Kilometer breit ist.

Früher pilgerten täglich 10 000 Besucher durch das „Lenin-Gedenkzentrum“. Der hässliche, 110 Meter lange und 36 Meter hohe Kolossalbau wurde 1970, zum 100. Geburtstag des Revolutionsführers, mit großem Pomp vom Kommunistenchef Leonid Breschnew eingeweiht. Er beherbergt eine Dauerausstellung über Lenins Leben und Wirken. In ihrer unverändert triumphalistischen Inszenierung erscheint sie als skurriles Relikt einer verschwundenen Diktatur. Immerhin wurde sie nach der Selbstauflösung der Sowjetunion um einen ideologiefreien Bereich erweitert. Er erinnert daran, dass nicht nur Wladimir Uljanow aus Simbirsk stammte, sondern auch der Kurzzeit-Regierungschef, den er gestürzt und ins Exil getrieben hat: Alexander Kerenski (1881 bis 1970).

Die biografischen Parallelen, die der Ausstellungsraum „Väter und Söhne“ dokumentiert, gehen weiter: Beide Politiker waren Juristen, und beide stammten von angesehenen Pädagogen ab, die einander als Honoratioren der Gouvernementshauptstadt Simbirsk kannten und manchmal besuchten. Uljanow senior hatte als Volksschulinspektor für die Region einen Adelsrang. Kerenski senior leitete als Schuldirektor just jenes „Gymnasium Nummer 1“ in Simbirsk, an dem der junge Uljanow Latein und Griechisch paukte und sein (mit Goldmedaille ausgezeichnetes) Abitur ablegte.



LENIN-DENKMAL IN ULJANOWSK
Früher war die Stadt an der Wolga für kommunistische Gläubige eine Art Betlehem des 20. Jahrhunderts – heute ist der Lenin-Platz Spielfläche für Jugendliche.

Kein Stäubchen liegt auf der Originaleinrichtung des Schulmuseums: vom Treppengeländer in Form symbolischer, gusseiserner Schlüssel über die Klassenzimmer und das Physik-Kabinett bis zum Examensraum mit Einzelpulten und Prüfungsbögen mit dem Amtsstempel von Direktor Kerenski. Hier musste Wladimir („Wolodja“) Uljanow Abiturklausuren im Mai 1887 in jenen Tagen schreiben, als sein älterer Bruder und Vorbild Alexander („Sascha“) wegen eines versuchten Attentats auf Zar Alexander III. gehenkt wurde.

Für Simbirsk war das ein unerhörter Skandal in einer bis dahin hochgeachteten Honoratiorenfamilie. Er wird auch Kerenski senior, den treuen Beamten des Zaren, erschüttert haben. Doch dessen Urteil über den jüngeren Bruder des Delinquenten blieb davon bemerkenswert ungetrübt: Des Direktors handschriftliche Abschlussbewertung von Wladimir Uljanow liest sich als reine Lobeshymne auf seinen Ausnahmeschüler.

Ein Museum wurde auch eine Wohnung, in der „Wolodja“ Uljanow mit seinen Eltern und Geschwistern aufwuchs. Hier steht das Sofa, auf dem Vater Ilja eineinviertel Jahr vor der Hinrichtung des ältesten Sohnes 1886 am Schlaganfall starb (38 Jahre später und fast im selben Alter sollte Lenin dasselbe Schicksal ereilen). Im Salon verweist das Klavier auf die kunstsinnige Mutter. In deren Zimmer hängen Fotos ihrer von deutscher Kultur geprägten Eltern. Das Deutsch, das sie von ihrem Vater Dr. Alexander Blank gelernt hatte, brachte sie ihren Kindern bei. Und Sohn „Sascha“ erbte die musische Ader seiner Mutter: Noch in der Todeszelle bat er um eine deutsche Ausgabe von Heine-Gedichten.

Natürlich liegt das historische Gebäude in einer „Lenin-Straße“. Es ist dort eines von vielen verblüffend gut erhaltenen Holzhäusern, wie sie für das zaristische Russland charakteristisch waren: Überbleibsel einer versunkenen Welt – wie die unglaubliche Stille, die über dem historischen Zentrum der Stadt liegt und wie die von Schlaglöchern übersäten Wege, die noch heute bei Nacht keine Laterne erhellt. Hier kann man sich das behäbige Leben des alten Russland, das sich majestätisch träge wie Mütterchen Wolga dahinwälzte, gut vorstellen.

Literarischer Inbegriff dieses Daseins ist der Gutsherr Oblomow, der als Titelheld des gleichnamigen Romans seine Tage faulenzend auf dem Diwan verdämmert. Auch Oblomows Schöpfer Iwan Gontscharow (1812 bis 1891) gehört zu den berühmten Söhnen der Wolgastadt. Der gebildete Lenin pflegte den russischen Stillstand, gegen den er so besessen ankämpfte, als „Oblomowerei“ („Oblomowschtschina“) zu geißeln. Doch eine feine Ironie der Geschichte wollte es, dass die größte Straße seiner Geburtsstadt den Namen Gontscharows trägt.

Rainer Traub

Moskau zusammen. Er traf zwei Entscheidungen von weitreichender Bedeutung.

Die erste war die Verdammung der innerparteilichen „Arbeiteropposition". Die hatte ihre Forderung nach einem Kurswechsel zugunsten der Arbeiter-Selbstbestimmung für den Kongress in Thesen gefasst: Da mit dem Ende des Bürgerkriegs die Rechtfertigung für die zentralistischen Notmaßnahmen entfalle, die alles dem militärischen Endzweck untergeordnet hätten, sei es nun Zeit, den Arbeitern selbst die Kontrolle über ihre Betriebe zu geben. Überall solle anstelle von bürokratischen Ernennungen das demokratische Wahlprinzip treten. Die Forderungen liefen darauf hinaus, die gesamte Wirtschaftsleitung den Gewerkschaften zu übertragen.

Wütend griff Lenin die Vertreter der Arbeiteropposition an und warf ihnen vor, die Rolle der Gewerkschaften „syndikalistisch" zu verabsolutieren. Dass er die Opposition sogar als Sympathisanten der Kronstädter beschimpfte, war pure Polemik – die Aufständischen wollten die Sowjetmacht stürzen, die Arbeiteropposition wollte sie reformieren. Aber die panische Stimmung auf dem Kongress spiegelte die tödliche Gefahr, in der das revolutionäre Regime schwebte. So stimmten nur 30 der 694 Delegierten gegen die von Lenin eingebrachte Resolution, die die Thesen der Arbeiteropposition verurteilte. Als noch folgenschwerer sollte sich eine zusätzlich beschlossene Resolution erweisen, die Fraktionalismus verbot und jede vom Zentralkomitee unabhängige Parteigliederung ächtete. Alle anderen Parteien waren bereits illegalisiert. Nun wurde auch die Diskussionsfreiheit in der allein herrschenden Partei extrem beschränkt – und der Boden für die Herrschaft eines einzigen Tyrannen bereitet.

Die zweite historische Entscheidung war die Beendigung von „Kriegskommunismus" und Zwangsrequirierungen und die sortige Einführung der „Neuen Ökonomischen Politik" (NÖP). In Grenzen gestattete diese die bisher verbotene Privatwirtschaft und gab vor allem den Bauern ihre Wirtschaftsfreiheit wieder. Das utopische Bürgerkriegsexperiment, aus der Not eine Tugend zu machen, in einem Bauernland den Markt abzuschaffen und durch staatliche Gewalt direkt zu kollektivistischen Wirtschaftsformen zu kommen, war gescheitert. Ebendies sprach Lenin in seinem knapp dreistündigen Hauptreferat „Über die Naturalsteuer" mit der ihm eigenen Ungeschminktheit aus. Der Privathandel wurde wieder zugelassen und die staatliche Beschlagnahmung der Ernte durch die Erhebung einer Naturalsteuer ersetzt. Wer die entrichtet hatte, konnte seine agrarischen Überschüsse auf den lokalen Märkten nun frei verkaufen.

Ohne eine neue, auf den Markt gestützte Allianz mit den Bauern könne die Sowjetmacht nicht überleben, betonte Lenin – nicht zuletzt deshalb,weil das Ausbleiben der Revolution im Westen das Proletariat ohne Verbündete gelassen habe. Tiefsitzende Ängste in seiner Partei, damit kapituliere man vor dem Kapitalismus, erklärte er für unbegründet, da der Staat weiterhin alle „Kommandohöhen" der Wirtschaft (Außenhandel, Banken, Verkehrswesen, Schwerindustrie) besetzt halte. Die NÖP sei auch nicht als strategische Wende der Wirtschaftspolitik konzipiert, sondern als überlebensnotwendiger Rückzug auf Zeit – wie drei Jahre zuvor der erzwungene Frieden mit den Deutschen. Für Lenin war die NÖP „ein Brest-Litowsk der Bauern". Immerhin veranschlagte er die Dauer der neuen Politik angesichts der ungeheuren Erschöpfung des Landes auf „wahrscheinlich" mehr als ein Jahrzehnt.

Volkswirtschaftlich war die NÖP ein Erfolg, denn sofort begann sich überall im Land das im „Kriegskommunismus" erstorbene Leben wieder zu regen. Verkaufsstände an den Straßen, Cafés, Restaurants, Geschäfte, auch Nachtclubs und Bordelle entstanden in den Städten. Der Kreativität vieler Künstler und Literaten bot die NÖP einen letzten Schonraum und ermöglichte so vor der absoluten Gleichschaltung aller Kultur in den dreißiger Jahren eine erstaunliche kulturelle und avantgardistische Blütezeit. Dass sich aber nach sieben Jahren von Krieg, Bürgerkrieg und schlimmsten Entbehrungen nun ausgerechnet im Sowjetstaat die neureiche Klasse der „NÖP-Leute" breitmachte, erfüllte viele, die an die Gleichheitsverheißungen der Revolution geglaubt hatten, mit Widerwillen. Zehntausende bolschewistische Arbeiter zerrissen 1921/22 zornig ihre Parteibücher. So war die wirtschaftliche Erholung mit neuen sozialen Spannungen erkauft. An die Stelle der primitiven Gleich-



ERLAUBTE VERGNÜGUNG
Das drakonische Regime des Kriegskommunismus ist vorüber, das zivile und soziale Leben blüht wieder auf, Festkleidung wird angelegt und Musik gemacht – wie im Juli 1925 in Leningrad beim Metallarbeitertag.



NEUE HANDELSFREIHEIT
Die Neue Ökonomische Politik lässt ab 1921 im Alltag wieder Markt- und Handelsfreiheit zu wie hier in Smolensk – die Bauern können ihre Überschüsse endlich verkaufen, die Wirtschaft erholt sich.

SERGEJ OLEGOWITSCH (L.); GIOP (O.R.); ULLSTEIN BILD (U.R.)

Lenin über Trotzki

„Gen. Trotzki zeichnet sich nicht nur durch hervorragende Fähigkeiten aus. Persönlich ist er wohl der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK, aber auch ein Mensch, der ein Übermaß von Selbstbewusstsein und eine übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen hat."

macherei des „Kriegskommunismus" trat eine schnell wachsende soziale Ungleichheit.

An diesem Punkt der Entwicklung ereilte Lenin im März 1922 der erste größere Schlaganfall, im Dezember 1922 der zweite. Danach war der Todkranke politisch nicht mehr handlungsfähig.

Als Nachfolger kamen die Mitglieder des engsten bolschewistischen Führungszirkels in Betracht. Der potentielle Hauptkandidat war Trotzki. Um ihn zu verhindern, bildeten Kominternchef Grigorij Sinowjew, Lew Kamenew und Josef Stalin im April 1922 eine Allianz – die sogenannte Troika. Die beiden Ersteren, deren Ruf als Revolutionäre den ihres Bündnispartners Stalin überstrahlte, nahmen diesen nicht ernst genug. Sie hielten ihn für einen fleißigen, aber mittelmäßigen Organisator ohne Chancen auf die Parteiführung und glaubten, ihn für eigene Zwecke benutzen zu können – ein verhängnisvoller Irrtum, den sie 1936 mit dem Leben bezahlen mussten.

Denn im Apparat der einzigen Staatspartei verfügte inzwischen keiner über so viel Einfluss und Macht wie der pockennarbige Georgier. Unauffällig, aber höchst effizient hatte er den Umstand genutzt, dass die Zusammensetzung der Partei sich seit 1917 grundlegend verändert hatte.

Vor der Revolution konnte niemand Privilegien davon erwarten, ihr anzugehören. Ganz im Gegenteil: Die Mitgliedschaft war mit einem prekären Leben im Untergrund und hohem Gefängnis- und Verbannungsrisiko verbunden. Bis zur Februarrevolution 1917 waren Parteiangehörige eher nach Tausenden als nach Zehntausenden gezählt worden.

Nach der Revolution dagegen dürfen sich Mitglieder der nun herrschenden Partei erhebliche Vorteile versprechen. Von 1917 bis 1920 stoßen 1,4 Millionen Neumitglieder zur Partei, von denen rund die Hälfte nur eine ganz dürftige und weitere 30 Prozent gar keine Schulbildung haben. Um Trittbrettfahrer, allzu Unbedarfte und „kleinbürgerliche Elemente" fernzuhalten, werden die Reihen der Partei ab 1918 immer wieder gesiebt und ausgedünnt (noch hat der dafür verwendete Begriff „Säuberung" nicht die mörderische Bedeutung der dreißiger Jahre).

Die Vielzahl der neuen Mitglieder wird durch ihren niedrigen Wissensstand und ihre vergleichsweise geringe Erfahrung, durch die mangelnde Entwicklung ihres Urteilsvermögens und ihres politischen Selbstbewusstseins zur knetbaren Masse in den Händen des Generalsekretärs der Partei. Das im April 1922 neugeschaffene Amt ist ausgerechnet mit Stalin besetzt worden. Er nutzt diese Funktion, um systematisch Anhänger zu befördern und Gegner auszuschalten. Im Lauf des Jahres 1922 werden allein 10 000 Provinzfunktionäre neu ernannt, die meisten auf Stalins persönliche Empfehlung.

Zudem betätigt er sich, vorgeblich aus Sorge um Lenins Gesundheit, als Aufseher über Besuche, die der Schwerkranke empfängt. Aber er kann nicht verhindern, dass Lenin sich vom Krankenbett aus in kurzen Diktaten zunehmend kritisch mit Stalins Machtfülle und Politik, etwa bei der Unterdrückung des georgischen Nationalismus, befasst. Nun schlägt Lenin Stalins Intimfeind Trotzki ein Bündnis gegen die wachsende Macht der Parteibürokratie vor. Dieser zögert jedoch, sich offen gegen die Troika zu wenden und lehnt Lenins Bitte ab, sein Stellvertreter im „Rat der Volkskommissare" zu werden. Er fürchtet nicht nur als Jude in einer so herausgehobenen Position den russischen Antisemitismus – er will auch nicht als politischer Erbschleicher erscheinen.

Nachdem Stalin Lenins Frau rüde beleidigt hat, weil die seine Vorschriften bezüglich ihres kranken Mannes ignoriert, droht Lenin ihm in einem eisigen Brief mit dem Abbruch aller Beziehungen. Zu Lenins sogenanntem Testament – kurze Charakterisierungen prominenter Parteiführer – gehört vor allem die dringende Empfehlung an die Partei, Stalin als Generalsekretär abzulösen, , weil er „zu grob" sei und „unermessliche Macht" erlangt habe.

Ende 1922 und Anfang 1923 diktiert Lenin letzte Gedanken („ich habe mich vor den Arbeitern Russlands sehr schuldig gemacht") und einen Artikel für die Parteizeitung „Prawda", der von größter Sorge um die Qualität des Staatsapparates, Russlands kulturelle Rückständigkeit und die Überlebenschancen des Sowjetregimes angesichts der immer noch ausbleibenden Revolution im Westen bestimmt ist. Dass internationale Umstürze Entlastung und Hilfe bringen könnten, hofft er weiter, sieht die Chancen dafür aber nun eher im Osten – bei Asiens nationalistischen Revolutionären. Es scheint, als habe Lenin am Ende die quälende Ahnung beschlichen, dass sein tollkühnes Experiment, in Russland die Weltrevolution zu entfachen, furchtbar gescheitert war.

Warum Trotzki sich im letzten Lebensjahr Lenins merkwürdig passiv verhielt, statt im Bündnis mit dem Kranken offen seinen Führungsanspruch anzumelden, ist schwer zu erklären. In einem Brief an die

TODKRANK UND STUMM
Lenin war erst 53, aber von Schlaganfällen gelähmt und am Ende nicht mehr artikulationsfähig (hier 1923 in Gorki) – während Generalsekretär Stalin, den der Kranke vergebens hatte stürzen wollen, alle Macht an sich riss.



XENIA / SIPA PRESS



NÜTZLICHE LEICHE
Mit dem toten Lenin (hier umgeben von führenden Bolschewiki) macht Stalin, was er will: Er lässt ihn konservieren, ausstellen und vergotten – und unterdrückt das Testament, das die Partei vor Stalin warnt.

Parteiführung äußerte Trotzki zwar im Herbst 1923 Sorge um die innerparteiliche Demokratie, nachdem Pläne ruchbar geworden waren, alle Parteimitglieder gegenüber der Parteispitze zur Denunziation von Gruppenbildungen zu verpflichten. Es war schon zu spät. Mitte Januar 1924 beherrschte Stalin die 13. Parteikonferenz, deren Zusammensetzung er gesteuert hatte. Umtost vom Beifall ergebener Funktionäre, verdammte er – unter Berufung auf das Fraktionsverbot von 1921 – die innerparteiliche Opposition, die den Verfall freier Diskussion beklagte.

Am 21. Januar 1924 starb Lenin. Eine halbe Million Menschen zogen an seinem Sarg vorbei. Stalin setzte die Konservierung des Leichnams und seine Zurschaustellung im dafür errichteten Mausoleum durch – entgegen dem Willen des Verstorbenen, der in Petrograd neben seiner Mutter beigesetzt werden wollte, und gegen den Protest der Witwe und der alten Mitkämpfer Trotzki, Bucharin und Kamenew. Bei klirrendem Frost führte Stalin die Ehrenwache am offenen Sarg an. Er brauchte zur Legitimierung seiner eigenen Herrschaft den Kult um den toten Lenin und den neuen ideologischen Kampfbegriff „Leninismus“. Den hatten er und Sinowjew im Herbst 1923 mit dem Ziel geprägt, Trotzki als „Anti-Leninisten“ zu stigmatisieren und politisch zu erledigen. Es gelang Stalin mit Hilfe seiner Verbündeten Sinowjew und Kamenew, Lenins Warnung der Partei vor seiner Person herunterzuspielen und dem Plenum des nächsten Parteitages vorzuenthalten. Von da an bis zu seinem Tod definierte er allein, was „Leninismus“ war und was nicht.

Und Stalins Definition des „Leninismus“ änderte sich rapide. Hatte er noch im Mai 1924 den alten internationalistischen Grundsatz wiederholt, für die Organisation einer sozialistischen Produktionsweise bedürfe es „der Anstrengungen des Proletariats in mehreren entwickelten Ländern“, so sprach er im Dezember 1925 schon völlig anders: Wenn die Revolution ausbleibe, dann könne das sowjetische Volk, durch „Lenins Schule“ gestählt, die Probleme auch „aus eigener Kraft“ meistern. Jetzt wurde Stalins neue Parole vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ zum Inbegriff des „Leninismus“ und der Internationalist Trotzki zu dessen Todfeind stilisiert.

In den Folgejahren änderte sich auch die Funktion der Komintern grundlegend: Sie hatte nicht mehr der internationalen Revolution zu dienen, sondern den nationalen Interessen der Stalinschen Sowjetunion. Die deutsche Kommunistin Clara Zetkin bezeugte 1929 resigniert, die Komintern habe sich „aus einem lebendigen, politischen Organismus in einen toten Mechanismus“ verwandelt, „der an der einen Seite Befehle in russischer Sprache einschluckt und auf der anderen Seite diese Befehle in verschiedenen Sprachen ausspuckt“. Der konsequente Endpunkt dieser Entwicklung wurde 1943 erreicht, als Stalin die Komintern offiziell und kurzerhand auflösen ließ, weil sie im Zeichen der Anti-Hitler-Koalition mit den kapitalistischen Westmächten zum politischen Ballast geworden war: Sie wurde geopfert als Gegenleistung für die Eröffnung einer zweiten Front im Westen.

Die letzte parteiinterne Opposition, zu der sich die inzwischen desillusionierten Altbolschewiken Sinowjew und Kamenew 1926 mit Trotzki zusammenschlossen, brachte Stalin ohne Mühe zum Schweigen. Die Arbeiterschaft stand den Streitereien in der herrschenden Partei, von der sie politisch längst entmündigt worden war, passiv und überwiegend gleichgültig gegenüber; die russischen Bauern wollten vom „proletarischen“ Staat nur in Ruhe gelassen werden.

Nachdem Trotzki den Generalsekretär im Oktober 1926 als „Totengräber der Revolution“ attackiert hatte, ließ Stalin den Erzfeind 1927 aus der Partei und 1929 aus dem Land werfen. Im Exil von einem Land ins andere getrieben, prangerte Trotzki als Prophet einer „permanenten Revolution“ unermüdlich Stalins „Verrat“ an der Revolution an. Er baute ein internationales Netz von Gesinnungsgenossen auf und gründete mit ihnen 1938 eine neue Kommunistische Internationale. Sie nannte sich die Vierte – nach der von Marx mitgegründeten Ersten, der sozialdemokratischen Zweiten und der von Stalin umfunktionierten Dritten –, wurde aber nie eine politisch ernstzunehmende Größe, zumal ihr Inspirator Trotzki 1940 im mexikanischen Exil von einem Gefolgsmann Stalins erschlagen wurde.

So endete Lenins Revolutionsexperiment in der neuen ideologischen Formel „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ – und in Stalins totalitärem Terrorimperium. ✦

Lenin über Stalin

„Genosse Stalin hat, nachdem er Generalsekretär geworden ist, eine unermessliche Macht in seinen Händen konzentriert, und ich bin nicht überzeugt, dass er es immer verstehen wird, von dieser Macht vorsichtig genug Gebrauch zu machen (...) Stalin ist zu grob, und dieser Mangel (...) kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden. Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, Stalin abzulösen und jemand anderen an diese Stelle zu setzen, der (...) toleranter, loyaler, höflicher und den Genossen gegenüber aufmerksamer ist“.

GAMMA

Die westliche Historiografie hat die Oktoberrevolution lange als ein Produkt der radikalen Intelligenzija verstanden. Tatsächlich stellten sich viele Künstler und Wissenschaftler dem neuen Regime zur Verfügung. Doch sie waren nicht nur Triebkraft, sondern bald auch Opfer der Revolution.

DER ICH-VERLUST

Von Jutta Scherrer

JUTTA SCHERRER,
65, lehrt als Professorin für Russische Geschichte an der Pariser Ecole des hautes études en sciences sociales und hat zahlreiche Bücher über die russische und sowjetische Intelligenzija veröffentlicht, darunter „Kulturologie. Russland auf der Suche nach einer zivilisatorischen Identität“.



MYSTISCHER POET
Alexander Blok (1880 bis 1921) forderte die russische Intelligenzija auf, sich zur Revolution zu bekennen. In seinem mystischen Gedicht „Die Zwölf“ werden Rotgardisten von Christus wie Jünger angeführt.

Als in Russland im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts der Begriff Intelligenzija aufkam, war er keineswegs mit unserem Verständnis von Bildungsschicht identisch. Vielmehr bezeichnete er eine Gesinnungsgemeinschaft, die es als ihre Mission gegenüber dem ungebildeten und passiven Volk empfand, die russische Autokratie entweder grundlegend zu reformieren oder durch eine Revolution zu stürzen.

Die Modernisierung Russlands, die auch eine wachsende Zahl intellektueller Berufe mit sich brachte, machte aus der Intelligenzija eine sozial immer heterogenere Gruppe. Dennoch blieben die gesellschaftskritischen und sozialethischen Ideen ihres radikalen Flügels auch für breitere Schichten meinungsbildend. Als die ersten politischen Parteien entstanden, war die Intelligenzija ihr Sprachrohr – in der sozialdemokratischen Partei für die Arbeiter, in der sozialrevolutionären Partei für die Bauern und in der konstitutionell-demokratischen Partei für die Mittelklasse. Lenin bezeichnete seine bolschewistische Partei-Intelligenzija als „Berufsrevolutionäre“.

Die westliche Historiografie hat die Oktoberrevolution lange Zeit etwas willkürlich als ein Produkt der radikalen, revolutionären Intelligenzija verstanden. Tatsächlich hatten seit der Revolution 1905 Umbruchstimmungen die Gesellschaft erfüllt: Schriftsteller, Künstler und Philosophen setzten ihre Erwartungen in eine apokalyptische, messianische Sprache um. Der Zusammenbruch der alten Ordnung wurde geradezu herbeigesehnt, galt er doch als Voraussetzung für eine neue Ära, die Geburt des neuen Russland. Die Februarrevolution wurde daher von breiten Kreisen der Intelligenzija begrüßt.

Für die Kulturschaffenden bedeutete sie uneingeschränkte Freiheit und Individualismus. Aber auch die liberale wissenschaftlich-technische Intelligenzija sowie die Vertreter der Bildungsberufe begrüßten einhellig die Befreiung von der Bevormundung durch den verhassten autoritären Staat. Einem Lavastrom gleich ergossen sich Ideen und Hoffnungen über das revolutionäre Russland. „Hell wie der erste Augenblick der Liebe“, beschrieb die Lyrikerin Sinaida Gippius die ersten Tage der Februarrevolution. Und der Dichter Wladimir Majakowski jubilierte: „Wir werden das Leben neu gestalten – bis zum letzten Knopf unserer Weste hinunter.“ Der Philosoph Nikolai Berdjajew begrüßte den „Fall des Heiligen Russischen Reiches“. Alles schien jetzt möglich.

Die bolschewistische Machtergreifung acht Monate später dagegen bedeutete für den Großteil der Intelligenzija den Verlust der im Februar erlangten Freiheit. Sie verkörperte die Barbarei der Zerstörung und entwertete die soziale Stellung der Intelligenzija durch Hunger, Typhus und Not an Heizmaterial im bitterkalten russischen Winter.

Alexander Blok gehörte zu den wenigen symbolistischen Dichtern, die in der Oktoberrevolution die Ausmerzung der alten Welt und das Ende des „europäischen Gemetzels“ begrüßten. In seinem Artikel „Die Intelligenzija und die Revolution“ vom Januar 1918 führte er aus, bisher habe die Intelligenzija nur die Prophetin der Revolution gespielt – jetzt müsse sie diese auch akzeptieren. In Bloks berühmtem Gedicht „Die Zwölf“ marschiert Christus einer Patrouille von Rotgardisten voran, als ob er die Revolution zum Königreich Gottes auf Erden machen wolle.

Auch Lyriker wie Andrej Bely oder Walerij Brjussow verstanden den Oktober als Ausdruck einer ethischen und religiösen Transformation zur neuen Gemeinschaft des Sozialismus. In Belys Gedicht „Christus ist auferstanden“ vom Mai 1918 sind Auferstehung und Erlösung unmittelbar mit der Oktoberrevolution verbunden: Russland ist die auserwählte Nation, weil sich hier das Weltmysterium erfüllt. Doch auch der bildenden Kunst der Avantgarde suggerierte die Dynamik der Revolution religiöse Themen wie die Auferstehung.

Der damalige Militärattaché der französischen Mission in Petrograd und spätere Slawistikprofessor an der Sorbonne, Pierre Pascal, beschrieb in seinen Tagebüchern, wie in den Monaten nach dem Oktober die Erwartung der Wiederkehr des Messias und der Glaube an kommunistische Gleichheit und Brüderlichkeit Intelligenzija und Volk miteinander verbanden: „Das Volk ist revolutionär, weil es christlich ist – das Heilige Russland wird von der Zukunft weggerissen, ohne dabei an sich zu denken.“ Die Umwälzungen althergebrachter Vorstellungen von Eigentum, Vaterland, Gesellschaft und Kultur wurden akzeptiert, weil sie aufs engste mit den Hoffnungen der Revolution verbunden waren. Auch diejenigen unter der Intelligenzija, die politisch auf dem entgegengesetzten Ufer standen, verbanden mit der Oktoberrevolution mystisch-apokalyptische Bilder: Sie sahen in ihr den Antichrist und ein religiöses Drama. Für symbolistische Schriftsteller wie Dmitrij Mereschkowski war sie ein Sündenfall: Russlands Auferstehung werde erst nach dem Untergang der Bolschewiki geschehen, glaubte er. In einem Sammelband machten Philosophen wie Nikolai Berdjajew den Nihilismus der Intelligenzija für die Revolution verantwortlich.

Futuristen und Konstruktivisten hatten dagegen schon vor 1917 den Bruch mit der bürgerlichen Kul-

RIA NOVOSTI



Plakat von Alexander Rodtschenko (1925) „Bücher über alle Wissensgebiete“

„Das schwarze Quadrat“ von Kasimir Malewitsch (1913)

„Denkmal der Dritten Internationale“ von Wladimir Tatlin (1920, Rekonstruktion)

Kultur-Revolutionäre Ende der zwanziger Jahre: Boris Pasternak (1. v. l.), Wladimir Majakowski (2. v. l.), Lilja Brik (rechts außen), Sergej Eisenstein (2. v. r.)

„Sportler“ von Kasimir Malewitsch (1928/32)

„Schlagt die Weißen mit dem roten Keil“ von El Lissitzky (1919)

V.L.N.R.: ALEXANDER RODTSCHENKO/GALERIE BILDERWELT, BERLIN; MUSEUM KUNST PALAST/PICTURE-ALLIANCE/DPA; SAMMLUNG ERNST VOLLAND; AKG (3)

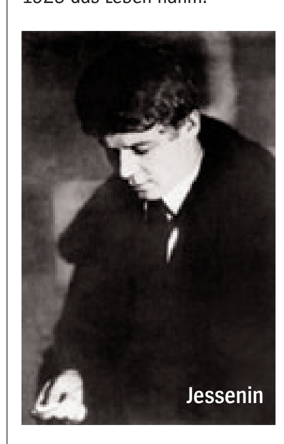


LINKE BOHEME
Der Dichter und Grafiker (Zeichnung o.) Wladimir Majakowski und Lilja Brik (Bild rechts) hatten ein Liebesverhältnis. Liljas Mann Ossip, ein Kunstkritiker, war trotzdem mit Majakowski befreundet.



„Nun leb wohl, gräm dich nicht meinetwegen, / Spar dir Händedruck und Rederei, – / sterben ist nicht neu in diesem Leben, / doch auch leben ist nicht grade neu.“

Auszug aus dem mit eigenem Blut geschriebenen Abschiedsgedicht von SERGEJ JESSENIN, der sich 1925 das Leben nahm.



Jessenin

turtradition gefordert. Die Revolution bedeutete für sie die vollständige Autonomie der Kunst, ihre Befreiung von allen Dogmen. Der Oktoberumsturz war für sie mehr ihre eigene künstlerische Revolution als die politische Revolution Lenins. Kunst war für sie das Mittel zur totalen Umgestaltung des Lebens.

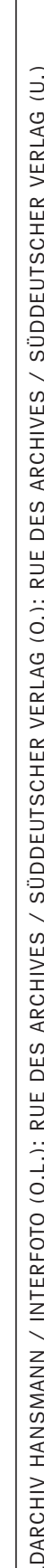
Zahlreiche Künstler stellten sich dem neuen Regime zur Verfügung, das in der Person des Volkskommissars für Bildungswesen, Anatolij Lunatscharski, seinerseits um sie warb: Kunst sollte der „Produktion des neuen Menschen“ dienen. Mit der bürgerlichen Kunst der Vergangenheit müsse die neue Kunst radikal brechen, forderte Ossip Brik, ein Freund Wladimir Majakowskis und Theoretiker des Futurismus: „Die Kunst wird proletarisch sein, oder es wird überhaupt keine Kunst geben.“

Der Maler Kasimir Malewitsch, der Dichter Majakowski, die Regisseure Wsewolod Meyerhold und Sergej Eisenstein – sie alle verkörperten das revolutionäre Experiment. Masseninszenierungen auf den Plätzen Petrograds und Moskaus gehörten dazu, Agitproptheater und Proletkult, Agitationslyrik und politische Plakate, propagandistisches Design oder die Agitationszüge, die während des Bürgerkriegs an die Front fuhren, um den Sieg der Roten über die Weißen zu befeuern. Eine ungeheure Aufbruchstimmung hatte viele Künstler erfasst. Die Popularität eines Majakowski allerdings erreichte nur der Bauerndichter Sergej Jessenin, dessen Bejahung der Revolution von messianischen Erwartungen getragen wurde: Sie bedeutete für ihn vor allem den Sieg des bäuerlichen Russland. Nachdem er sich darin enttäuscht sah, nahm sich der Dichter 1925 das Leben.

In der schlimmsten Zeit des Bürgerkriegs und des Kriegskommunismus, von 1918 bis Ende 1920, ging die Avantgarde eine wirkungsvolle Symbiose mit der Revolution ein. Experimentelle Arbeiten, die die Revolution verherrlichten, sprossen nur so aus dem Boden; trotz Hungersnot, Typhus und Terror entstanden im mörderischen Bruderkrieg die wagemutigsten Utopien. Wassilij Kandinsky forderte die Architekten der ganzen Welt auf, sich an der Konstruktion eines Gebäudes zu beteiligen, das er die „Große Utopie“ nennen wollte. Sämtliche Träume von einer besseren Welt schienen durch die höhere Wahrheit der Revolution gerechtfertigt. Das galt selbst für den Bereich der Sozialtheorie – noch war der Marxismus nicht zum Dogma erstarrt.

Auf der Grundlage des Programms der Kommunistischen Partei vom März 1919 verfassten die jungen Ökonomen Nikolai Bucharin und Jewgenij Preobraschenski mitten im Kriegskommunismus „Das Abc des Kommunismus“ – ein Elementarlehrbuch kommunistischen Wissens, das „den Auferstehungstag der Menschheit vorbereitet“. Eine Million Exemplare gingen sofort nach dem Erscheinen weg. Ganz im utopischen Geist jener Zeit prophezeite das Autoren-Duo, statistische Büros würden bald alle staatlichen Aufgaben regulieren und an die Stelle der proletarischen Diktatur treten. Ende der dreißiger Jahre ließ Stalin sie hinrichten.

Da die Bolschewiki keine klaren Vorstellungen von der nachrevolutionären Kultur hatten, experimentierten in den ersten Jahren nach 1917 eine Vielzahl kultureller Entwürfe und utopischer Visionen damit. Träumer und Utopisten versuchten sich darin, die neue Welt und den neuen Menschen zu gestalten. „Die Mauer zwischen Kunst und Produktion wird fallen“, prophezeite Stalins späterer Widersacher Leo Trotzki 1923: „Gleichzeitig wird auch die Mauer zwischen Kunst und Natur fallen … Am Ende wird der Mensch die Erde neu erbauen, und wenn



nicht nach seinem eigenen Abbild, so doch nach seinem eigenen Geschmack.“

Eines der größten Erziehungsprojekte für den neuen Menschen stellte die Bewegung für eine radikal kollektivistische „proletarische Kultur“ dar, der sogenannte Proletkult. Das Konzept hatte der Bolschewik Alexander Bogdanow bereits nach der Revolution von 1905 konzipiert.

Unter seiner Mitarbeit wird es im Sommer 1917 in die Tat umgesetzt. Die Organisation Proletkult zählt 1921 nahezu ebenso viele Mitglieder wie die Kommunistische Partei (weswegen Lenin sie dieser unterstellt). Kultur ist für Bogdanow die höchste Form der Menschlichkeit, weil in ihr nicht mehr das ‚Ich‘ zähle, sondern nur noch das Kollektiv.

Die politische und ökonomische Revolution müsse durch die proletarische Kulturrevolution ergänzt werden. Erst die noch zu schaffende proletarische Kultur ist für Bogdanow die „wirkliche Geburt des Sozialismus“. Eine proletarische Literatur, eine proletarische Wissenschaft und eine proletarische Philosophie, die ausschließlich aus der kollektiven Arbeitserfahrung und Lebenswelt des Proletariats hervorgehen, seien die unablässliche Vorbedingung dafür, die Errungenschaften der Revolution für immer zu bewahren und nicht der (Partei-)Intelligenzija zu überlassen. Dank Bogdanow entstand 1919 die erste Proletarische Universität.

Der radikalste und populärste Proletkult-Verfechter war der Poet und Ingenieur Alexej Gastjew. Für ihn war die proletarische Kunst von der Mechanisierung der Arbeitswelt der Fabrik bis zur Mechanisierung der Arbeitsgebärden des Arbeiters „eine totale Revolution der ästhetischen Normen“. Gastjew hat 1920 mit dem Einverständnis Lenins ein Zentrales Arbeitsinstitut zur Rationalisierung und wissenschaftlichen Organisation der Arbeit gegründet, in dem er den kapitalistischen Taylorismus in die sozialistische Produktionsweise übertrug. Zahlreiche Akkordarbeiter der sogenannten Stachanow-Bewegung gingen durch seine Schule, bevor Stalin 1939 auch ihn erschießen ließ.

Zu den zahlreichen utopischen Entwürfen, die in den zwanziger Jahren den „neuen Menschen“ betrafen, gehörten auch die Sozialexperimente, die der Pädagoge Anton Makarenko an jugendlichen Verbrechern und Insassen von Arbeitslagern durchführte. Ebenso sollte eine neue Ideologie der Körperkultur zur moralischen Vervollkommnung und Erziehung des sozialen Gefühls beitragen – sie ging mit der Militärausbildung Hand in Hand. Die Neuschaffung des Menschen implizierte auch eugenische Experimente, die sich mit dem genetischen Erbe des Proletariers befassten; darum kümmerte sich ein eugenisches Büro. Die Generalstochter Alexandra Kollontai, unter Lenin Volkskommissarin für soziale Fürsorge, propagierte eine neue „proletarische Sexualmoral“, die das Konzept eines „sozial bestätigten Sexuallebens“ mit der natürlichen spontanen Kreativität der Arbeiter verband.

Die Auswüchse der utopischen Ideale und Visionen der neuen Gesellschaft verspottete Jewgenij Samjatin in seiner 1920 verfassten Sozialsatire „My“ (Wir) – sie durfte wegen der prophezeiten Degeneration der kommunistischen Gesellschaft damals nicht in der Sowjetunion erscheinen. Seine negative Utopie spielt in einem „Einheitsstaat“ der Zukunft, in dem die Staatsmaschinerie vollständig an die Stelle des Individuums getreten ist. Alles ist mechanisiert und standardisiert, die Menschen haben nicht einmal mehr Namen, sondern werden nur durch Ziffern und Buchstaben bezeichnet (Vokale für Frauen, Konsonanten für Männer). Samjatin hat die gegen ihn eingeleitete Hetzkampagne nur deshalb überlebt, weil er dank der Intervention Maxim Gorkis 1931 emigrieren durfte. In der Sowjetunion erschien „Wir“ erst 1988.

Trotz zunehmender politischer Einschränkungen hielt der schöpferische Auftrieb, der die frühe „heroische“ Periode der Revolution kennzeichnete, bis weit in die zwanziger Jahre hinein an: Bildende Künste, Theater, Film, Literatur huldigten auch weiterhin dem revolutionären Experiment. Eine revolutionäre Kultur entstand, welche die Intelligenzija aufsaugte, ohne dass ihre Angehörigen blinde Anhänger der Bolschewiki wurden. Revolution bedeutete für die Künstler Fortschritt, sie beflügelte ihre Einbildungskraft. Dazu kam, dass die Zeit nach der Revolution ihrer „Alltagskunst“ bedurfte.

Künstler, Architekten, Maler, Bildhauer waren aufgerufen, der Gesellschaft die revolutionäre Botschaft visuell erfahrbar zu machen. Hierfür wurden neue Denkmäler, Paläste der Arbeit und öffentliche Gebäude geschaffen, aber auch Briefmarken und Dienstsiegel neu gestaltet. Neue Kunstschulen entstanden in Petrograd, Moskau und Witebsk. In Typografie, Fotografie, Plakatkunst und Porzellanentwürfen wurden neuartige Maßstäbe gesetzt, völlig unbekannte Formen für Möbel, Geschirr und Kleidung entstanden.

Diese Frühzeit der Revolution brachte so bahnbrechende Werke hervor wie Wladimir Tatlins 1920 konzipierten Turm für die Dritte Internationale, der, wenn auch nie ausgeführt, zur Ikone des revolutionären Avantgardismus wurde – sowohl für die russischen Konstruktivisten als auch für das deutsche Bauhaus. Kasimir Malewitschs suprematistische schwarze und weiße Quadrate zählten dazu; Alexander Rodtschenkos Industriedesign und revolutionäre Fotografien; El Lissitzkys Plakat „Schlagt die Weißen mit dem roten Keil“; die Textilien mit revolutionärem Design von Ljubow Popowa; Konstantin Melnikows konstruktivistische Architektur.



SEX-REVOLUTIONÄRIN Alexandra Kollontai (1872 bis 1952) wurde als bolschewistische Feministin berühmt. Die Generalstochter forderte die freie Liebe – und als Mitglied der „Arbeiteropposition“ innerparteiliche Demokratie.

„Still da, ihr Redner! Du hast das Wort, rede, Genosse Mauser!“

Aus dem Gedicht „Linker Marsch“ von WLADIMIR MAJAKOWSKI, 1918.



SENSIBLER BOLSCHEWIK Nikolai Bucharin (M.) gehörte nach 1917 zum kommunistischen Führungskreis. Der Wirtschaftstheoretiker trat häufig für verfolgte Dichter ein. 1938 ließ ihn Stalin verhaften und nach einem Schauprozess erschießen.

RUSSISCHES STAATSARCHIV, KRASNAGORSK (O.); SIPA PRESS (U.)



FILM ALS PROPAGANDA Zu den avantgardistischen Kunst-Revolutionären gehörte Regisseur Sergej Eisenstein (M. stehend). Unter den Stars seines Films „Das Alte und das Neue“ figurierte 1929 ein aus Amerika importierter Traktor.

Schwieriger war es um den Film bestellt, den Lenin selbst als die Kunst bezeichnet hatte, „die für uns die wichtigste ist“. Der Bürgerkrieg hatte die vorrevolutionäre russische Filmindustrie nahezu vollständig zerstört, so dass zwischen 1918 und 1920 nur Nachrichten- und Dokumentarfilme gedreht werden konnten. Erst während der 1921 eingeleiteten Neuen Ökonomischen Politik, die Privatwirtschaft wieder zuließ und belohnte, wurden die ersten großen revolutionären Spielfilme gefördert: etwa Eisensteins „Streik“ (1924) und „Panzerkreuzer Potemkin“ (1925), denen weitere bahnbrechende Filme Ende der zwanziger Jahre folgten.

Auch das literarische Leben war in dieser Zeit noch außerordentlich produktiv. Eine Vielzahl von Verlagen, Zeitschriften und literarischen Gruppen machte sich gegenseitig Konkurrenz. Die erzählende Prosa brachte große Namen wie Isaak Babel, Michail Bulgakow, oder Boris Pasternak hervor.

Ilja Ehrenburg hat die Periode von 1917 bis 1921 als „große Zeit für Projekte eines himmlisches Lebens auf Erden“ bezeichnet. Und selbst der Schriftsteller Warlam Schalamow, der nach 1937 einen Großteil seines Lebens im Gulag verbrachte, erinnerte sich noch 30 Jahre später an den Enthusiasmus, der diese Jahre prägte. Erst die Stalinsche „Revolution von oben“ Ende der zwanziger Jahre und die Institutionalisierung einer Staatskunst brachten das Ende der schöpferischen Freiheit und die nahezu vollständige Zerbrechung der bis dahin geistig unabhängigen Intelligenzija.

Damit zerstörte die Revolution letztlich ihren Initiator. Die gewaltsame Industrialisierung des Landes und die Bürokratisierung der Gesellschaft förderten eine technisch-administrative Halbintelligenzija, die die alte kritische Bildungsintelligenzija verdrängte.

Aber selbst unter jenen Künstlern, die sich wie der Schriftsteller Maxim Gorki in den Dienst der Revolution gestellt, ja Lenin sogar als Freund betrachtet hatten, waren von Anfang an verstörte Stimmen zu hören. In seiner im Frühjahr 1917 gegründeten Zeitschrift „Nowaja Schisn“ (Neues Leben) geißelte Gorki die Auswüchse der Diktatur Lenins als „Rückkehr ins Mittelalter“. Lenin und der militärische Revolutionsführer, Trotzki, seien „Brandstifter, die ein grausames Experiment am russischen Volk durchführen, sie haben nicht die geringste Ahnung, was Freiheit ist“. Lenin fehle die Moral.

Nicht das Proletariat, nicht die Bauernschaft, sondern allein die Intelligenzija – „das Größte, was Russland im Verlaufe seiner ganzen schweren und hässlichen Geschichte hervorgebracht hat, das Gehirn und das Herz unseres Landes“ – war in Gorkis Augen imstande, die verwahrlosten Massen zu erziehen. Nicht etwa die Politik.

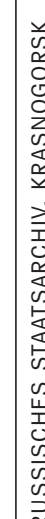
Es wundert nicht, dass Lenin Gorkis Zeitschrift 1918 verbieten ließ. Nichtsdestoweniger konnte der Dichter seinen Einfluss beim alten Weggefährten Lunatscharski, dem Volkskommissar für Bildung, nutzen, um sich für die inzwischen angefeindete Intelligenzija zu verwenden. Der von ihm gegründete Verlag „Weltliteratur“ vermittelte notleidenden Schriftstellern Arbeit. 1919 errichtete Gorki ein Hilfswerk für die Angehörigen der Intelligenzija.

1921, wenige Wochen nachdem Alexander Blok an Hunger und Desillusionierung gestorben und der von Gorki unterstützte Dichter Nikolai Gumiljow wegen konterrevolutionärer Tätigkeit erschossen worden war, verließ der Schriftsteller seine Heimat. Nach kurzen Besuchen 1928 und 1929 kam er erst 1931 endgültig zurück – um nun von Stalin als Galionsfigur der Sowjetliteratur inthronisiert zu werden. Dem neuen Zeitgeist gemäß behauptete Gorki jetzt, sich in der historischen Rolle der Intelligenzija geirrt zu haben – auch wenn sein unvollendet gebliebenes Romanwerk der zwanziger Jahre („Das Leben des Klim Samgin“) einer Intelligenzija-Familie galt.

Über Gorkis letzte Jahre in der Sowjetunion und seinen bis heute nicht aufgeklärten Tod 1936 ist viel gerätselt worden. Schon zu seinem 60. Geburtstag 1928 war ihm ein triumphaler Empfang in der Heimat bereitet worden; seit 1932 nahm seine Verehrung kultische Züge an. Auf dem Gründungskongress des sowjetischen Schriftstellerverbandes 1934 wurde seine literarische Theorie, der sozialistische Realismus, zur

Utilitaristisches Sprachprojekt

Um die neue Welt zu realisieren, wurde 1919 gefordert, die Sprache im Interesse des streng utilitaristischen Denkens radikal von rational unhaltbaren Ausdrücken zu reinigen. Gesäubert werden müssten auch dichterische Werke, die sich einer verschwommenen, für Revolutionäre unmöglichen Bildersprache bedienten. Wo Tolstoi etwa in „Krieg und Frieden“ schreibe: „Wolken gleiten über den hohen, unendlichen Himmel“, da müsse es sowjetisch korrekt heißen: „Wolken bewegen sich durch die Atmosphäre unseres Planeten.“



verbindlichen Ästhetik der sowjetischen Literatur erklärt.

Dass Stalin Gorki für den Aufbau einer sowjetischen Kultur brauchte, um die Fassade der Kontinuität mit der vorrevolutionären russischen Kultur aufrechtzuerhalten, leuchtet ein. Was aber hat Gorki bewegt, Stalins System wie mit Blindheit geschlagen zu akzeptieren? Wie konnte er den Besuch eines der Stalinschen „Lager zur besonderen Verwendung“ auf den Solowezki-Inseln offenbar wohlgemut wie einen Museumsgang absolvieren – ohne das dort herrschende Grauen wahrzunehmen?

Alexander Solschenizyn hat im „Archipel Gulag“ das „jämmerliche Benehmen“ Gorkis verurteilt. Hatte der Künstler aus persönlichen und familiären Gründen bewusst Kompromisse gemacht? Wurde er erpresst? Fest steht, dass ihn der Geheimdienst immer mehr von seiner Umwelt isolierte. Nur noch in ganz seltenen Fällen setzte Gorki sich für vom Tode bedrohte Schriftsteller wie Michail Bulgakow ein. Im heutigen Russland wird der Dichter nahezu mit Schweigen übergangen.

Für Andersdenkende waren bereits Anfang der zwanziger Jahre erste Konzentrationslager errichtet worden. Sie nannten sich euphemistisch „Umerziehungslager“. Historiker und Philosophen, Schriftsteller und Wissenschaftler wurden auf den Solowezki-Inseln im subarktischen Weißen Meer inhaftiert. Repressionen gegen die zur Intelligenzija zählenden Parteiführer der Kadetten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki hatte es seit 1918 gegeben.

Im Herbst 1922 beförderten die deutschen Dampfschiffe „Oberbürgermeister Haken“ und „Preußen“ 43 namhafte russische Philosophen, Schriftsteller und Wissenschaftler von Petrograd nach Stettin in die Emigration. Die „Philosophenschiffe“ dienten der ersten Massendeportation russischer Kulturschaffender. Aufgrund eines von Lenin unterzeichneten Dekrets wurden insgesamt 224 Angehörige der „konterrevolutionären“ und „antisowjetischen“ Intelligenzija des Landes verwiesen.

In Berlin, Paris, Prag, Harbin und anderen Städten bildeten sie mit weit mehr als einer Million Emigranten das „Russland jenseits der Grenzen“. Durch den außergewöhnlich hohen Anteil der Intelligenz wurde an diesen Orten das Erbe jener vorrevolutionären russischen Kultur am Leben erhalten, die in der Sowjetunion immer mehr diskreditiert wurde. Zur Gemeinschaft der emigrierten Künstler zählten Schriftsteller wie Iwan Bunin (der 1933 als erster Russe den Nobelpreis für Literatur bekam) und Wladimir Nabokow, Maler wie Marc Chagall und Wassilij Kandinsky und Musiker wie der Komponist Igor Strawinski und der Sänger Fjodor Schaljapin.

Während die proletarische Revolution leicht auf die kritische Intelligenzija verzichten konnte, war das Fachwissen der wissenschaftlich-technischen Intelligenzija für den Aufbau des Sozialismus unabdingbar. Als „bürgerliche Spezialisten“ wurden ehemalige zaristische Offiziere in die Armee, Techniker und Ingenieure in Verwaltung, Wirtschaft und Industrie integriert – so lange, bis die alte Intelligenzija durch eine neue, aus Proletariat und Bauernschaft rekrutierte „sowjetische“ Intelligenzija abgelöst war.

Doch die Verwendung der bürgerlichen Spezialisten verlief keineswegs konfliktfrei: Häufig wurden sie von unqualifizierten Arbeitern und Kommunisten verprügelt oder zu Tode gequält. Die von Stalin inszenierten Schauprozesse richteten sich auch gegen „alte“ Ingenieure und Techniker, die sich plötzlich dem Vorwurf der Sabotage ausgesetzt sahen. Unzählbar sind auch die Namen der Kulturschaffenden, die in den dreißiger Jahren den großen Säuberungen zum Opfer fielen. Einige von ihnen wurden nach Stalins Tod rehabilitiert; die meisten Namen tauchen erst seit der Perestroika wieder langsam in der öffentlichen Erinnerung auf.

Die Schicksale der Intelligenzija in den Jahren der Revolution und danach waren mannigfaltig. Neben den Opfern gab es Weggefährten, Mitläufer und selbst Täter. Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler haben oft im vollen Glauben zum Aufbau des „realen Sozialismus“ beigetragen und dafür beachtliche materielle Privilegien genossen. Die Geschichte der Intelligenzija ist daher nicht einfach nur die fremdverschuldete Tragödie einer Opfer-Elite.

In ihrer Meistererzählung „Generation ohne Tränen“ hat Nadeschda Mandelstam am Beispiel ihres Mannes – des größten russischen Lyrikers des 20. Jahrhunderts, Ossip Mandelstam – den „Ich-Verlust“ als das eigentliche Martyrium der Intelligenzija bezeichnet. „Wie konnte das eigentlich passieren, wie sind wir so weit gekommen?“ Mit solchen Fragen mahnte sie die Verantwortung der Intelligenzija an.

Nachdem sich bereits in den siebziger Jahren Dissidenten wie Andrej Sacharow oder Alexander Solschenizyn auf die Wertvorstellungen der vorrevolutionären Intelligenzija beriefen, entstand im postsowjetischen Russland der Mythos von der „wahren“, „richtigen“ Intelligenzija – zu der jedoch einzig ihre unpolitische, geistige, ja sogar religiöse Elite gezählt wird. Ihr soziales oder revolutionäres Engagement wird vollständig unterschlagen oder mit diesem Begriff nicht mehr in Verbindung gebracht.

Auch die Köpfe der Revolution werden im Russland von heute nicht mehr zur Intelligenz gezählt. Die Ironie der Geschichte hat Männer wie Lenin, Trotzki, Bucharin oder Lunatscharski in ein Abseits befördert, das Trotzki im Revolutionsjahr 1917 für ganz andere Gesellschaftsschichten vorgesehen hatte – auf den „Kehrichthaufen der Geschichte“. ✦



DICHTENDER FUNKTIONÄR
Anatoli Lunatscharski (1875 bis 1933) wurde im ersten Lenin-Kabinett zum Volkskommissar für Bildung ernannt. Er war enorm belesen und nutzte, wie man munkelte, freie Momente im Kreml-Büro zum Dichten.



FUNKTIONALISIERTER DICHTER
Maxim Gorki (1868 bis 1936) war eine tragische Figur. Stalin gelang es, ihn bei der Gleichschaltung der Literatur als Vorbild des „Sozialistischen Realismus“ zu instrumentalisieren.

ULLSTEIN BILD (O.); CINETEXT/THEATER-ARCHIV (U.)

Mit dem „Recht auf Lostrennung“ der Nationen von Moskau macht der Revolutionär Lenin Furore, Nachfolger Stalin dagegen wandelt in den Fußstapfen des Zarenimperiums. Doch letztlich führen eskalierende Nationalitätenkonflikte zur Implosion des Imperiums.

RUSSISCH DENKEN, SPRECHEN, FÜHLEN

Von Uwe Klußmann



STALINS VERFASSUNG 1936 wurde auf Veranlassung des Diktators diese neue Verfassung beschlossen (Cover). Während sein Massenterror tobte, verkündete Stalin die Gleichberechtigung aller Nationalitäten und „restlos konsequente Demokratie“.

Die Sowjetmacht ist gerade eine Woche alt. Da morsen Telegrafisten eine aufrüttelnde Nachricht aus Petrograd, dem Sitz der Revolutionsregierung. Die Sätze versprechen ein weltpolitisches Erdbeben: Die neue russische Führung, der Rat der Volkskommissare, verkündet ein „Selbstbestimmungsrecht für alle Völker Russlands bis zur vollständigen Lostrennung und Bildung selbständiger Staaten“.

Die politischen Gegner der Bolschewiki, vor allem die gemäßigt linken Menschewiki, beschuldigen Lenin sofort, er wolle den Zerfall des Landes, aber sie unterschätzen einmal mehr das strategische Geschick des Kopfes der Bolschewiki. Der Leninsche Lockruf an die vom Zaren-Regime unterjochten Nationen ist die Fanfare einer aufstrebenden Weltmacht.

Die Losung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker erweist sich nach dem Ersten Weltkrieg als Rammbock, mit der neue Mächte und junge Völker morsche Reiche und Kolonialordnungen zerbrechen.

Lenin avanciert dabei zum Trendsetter. Nur wenige Wochen später, am 8. Januar 1918, offeriert der amerikanische Präsident Woodrow Wilson in seinem 14-Punkte-Programm „großen wie kleinen Staaten“ die „politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität“. Und im Februar 1920 stellt Adolf Hitler das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ in Punkt 1 des Parteiprogramms seiner noch unbedeutenden NSDAP vor.

Zunächst aber sieht es tatsächlich so aus, als wollten die roten Revolutionäre das russische Imperium abstoßen: Sie handeln, als wollten sie dieses alte „Völkergefängnis“ (Karl Marx) tatsächlich sprengen. Sie erkennen im Dezember 1917 die Unabhängigkeit Finnlands an, billigen im Mai 1920 die Eigenständigkeit Georgiens und schließen bis August 1920 Friedensverträge mit den unabhängig gewordenen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Doch bereits wenige Wochen vor dem Oktober-Umsturz hatte Lenin in einem Strategieaufsatz klargemacht, dass die Lostrennung zwar kurzfristig in Kauf genommen, aber keineswegs langfristig angestrebt werde: „Wir unsererseits wollen die Lostrennung gar nicht. Wir wollen einen möglichst großen Staat, einen möglichst engen Bund einer möglichst großen Zahl von Nationen, die in Nachbarschaft der Großrussen leben.“ Freilich erwartete er, der „möglichst enge Bund“ könne im Zeichen der Revolution auf freiwilliger Basis gelingen.

Mit der Fackel der Revolution stürmen die Bolschewiki die Hinterhöfe des Zarenreiches. Im April 1920 besetzt die Rote Armee das unabhängige Aserbaidschan, sieben Monate später hisst sie das Sowjetbanner im armenischen Eriwan und beendet dort eine zweijährige Eigenständigkeit, im Februar 1921 unterwirft sie Georgien.

Auch Weißrussland und die Ukraine bleiben nicht lange unabhängig. Im Dezember 1919 rückt die Rote Armee in die ukrainische Hauptstadt Kiew ein, im Juli 1920 befindet sich die weißrussische Metropole Minsk, die 1795 Teil des Russischen Reiches wurde, in den Händen der Bolschewiki.



Prozess gegen angebliche Saboteure in einer Kolchose in einer der zentralasiatischen Republiken (1931)

In Zentralasien, das Zaren-Generäle in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erobert hatten, bewegen sich die roten Moskowiter bald in den Fußstapfen ihrer verhassten Vorgänger. Mit massivem Militäreinsatz zerschlagen die Bolschewiki 1920 die Feudalregime von Buchara und Chiwa im heutigen Usbekistan. Doch noch bis Anfang der dreißiger Jahre liefert die „Basmatschen“-Bewegung – teils muslimische Rebellen, teils Räuberbanden – den Sowjets dort einen erbitterten Partisanenkrieg.

Schon Mitte der zwanziger Jahre hat die Sowjetunion fast die Ausmaße des Zarenreichs wieder erreicht. Nur über den imperialen Innenausbau sind sich die Kommunisten anfangs nicht einig. Um die Neugliederung des Transkaukasus zum Beispiel entbrennt 1922, unmittelbar vor der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), ein heftiger Streit zwischen Lenin und dem neuen Generalsekretär und vormaligen Volkskommissar für Nationalitätenfragen. Der heißt Josef Stalin.

Lenin möchte den Nichtrussen innerhalb des sowjetischen Systems begrenzte Spielräume zubilligen, durch Schaffung nationaler Unionsrepubliken. Stalin dagegen will nur eine „Autonomie“, und auch das eher nur dem Namen nach. Lenin warnt, dies fördere den „großrussischen Chauvinismus“.

Über Stalin und den sowjetischen Geheimpolizeichef Felix Dserschinski (einen gebürtigen Polen) spottet er: „Bekanntlich neigen die russifizierten Nichtrussen stets zur Übertreibung, was die echt russische Gesinnung betrifft.“

Stalin gilt in der Partei als Spezialist für Nationalitätenfragen, seit die Bolschewiki ihn Anfang 1913 auf eine zweimonatige Studienreise zu Genossen ins multikulturelle Wien geschickt hatten, in die Hauptstadt des Vielvölkerreichs Österreich-Ungarn. An der Donau lebte damals nicht nur Stalins späterer Rivale Leo Trotzki. In den von Sozialisten frequentierten Wiener „Volkscafés“ war noch ein weiterer Mann beim Studium marxistischer Zeitungen anzutreffen – einer, der wie Stalin über Nationalitätenfragen nachdachte und später zur größten Bedrohung des Sowjetstaates werden sollte: Adolf Hitler.

Der junge Hitler ist von den Massendemonstrationen des sozialistischen Wiener Milieus so beeindruckt, dass er elf Jahre später detailliert darüber in „Mein Kampf“ berichtet. Stalin verarbeitet seine Donau-Impressionen schneller: Bereits 1913 schreibt er die Broschüre „Marxismus und nationale Frage“. Darin definiert er die Nation als „stabile Gemeinschaft von Menschen“ mit einer „sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart“ – und bereichert die trockene marxistische Doktrin mit einem Schuss Völkerpsychologie.

Denn die Völker, so der Stalinsche Ansatz, unterscheiden sich in ihrem Handeln gemäß ihrer Seele

ZORNESAUSBRUCH
In früheren Sowjetrepubliken entlädt sich auch nach der Wiedergewinnung ihrer Unabhängigkeit immer wieder die Wut über jahrzehntelange Unterdrückung, über die Zwangsmitgliedschaft in der ungeliebten Sowjetunion und die verordneten Geschichtslügen – im Foto die beschmierte, zwei Meter hohe Bronzestatue eines Sowjet-„Befreiers“ im estnischen Tallinn (2005). Die von der estnischen Regierung beschlossene Verlegung des Denkmals aus dem Stadtzentrum führt im April dieses Jahres zu gewalttätigen Ausschreitungen in Tallinn und zu einer Belagerung der estnischen Botschaft in Moskau.

THOMAS JOHNSON/SYGMA/CORBIS (L.); RUSSISCHES STAATSARCHIV, KROSNOGORSK (M.); PHOTO PRESS SERVICE VIENNA (R.)



ROTE GEWALTPOLITIK
Der Einmarsch der Roten Armee 1921 im demokratisch-sozialistischen Georgien war in der kommunistischen Führung umstritten. Der kranke Lenin war empört und fühlte sich von Stalin getäuscht.



> „Dem großrussischen Chauvinismus erkläre ich den Kampf auf Leben und Tod. Sobald ich erst den verfluchten Zahn los bin, werde ich mich mit allen gesunden Zähnen auf ihn stürzen.“

LENIN 1922, vom Krankenbett aus in einer Notiz an den Bolschewiken Lew Kamenew.

und ihrem Empfinden. Von der Idee einer „Verschmelzung der Nationen“, einem kommunistischen Pendant zum Völkerschmelztiegel USA, wie es Lenin vorschwebt, ist Stalin weit entfernt.

Bei der Gründung der Sowjetunion zwängt der künftige Diktator und „Vater der Völker“ Josef Stalin Georgien, Armenien und Aserbaidschan zunächst in eine „Transkaukasische Föderale Sowjetrepublik“. Dann lässt er 1924 einen antibolschewistischen Aufstand in seiner georgischen Heimat brutal niederwerfen. Einen Eindruck vom Ausmaß des Terrors gibt der deutsche Russlandforscher Erich Obst, der Georgien wenige Monate nach dem Aufstand besuchte. In seinen 1925 erschienenen „Russischen Skizzen“ notiert der Autor, es gebe „kaum eine georgische Familie, die nicht den Verlust mindestens eines Angehörigen zu beklagen hat“.

Anfang der dreißiger Jahre wendet Stalin, der den Internationalisten Trotzki 1929 aus dem Land gejagt hat, auch die Parteilinie in der Nationalitätenpolitik. Nicht mehr der von Lenin attackierte „großrussische Chauvinismus“ gilt jetzt als Feind, sondern der Nationalismus der unterworfenen Nichtrussen. Schwankte bis dahin die bolschewistische Politik noch zwischen rücksichtslosem Imperialismus und einer gewissen Rücksicht auf die Interessen nichtrussischer Nationen, geht es jetzt nur noch um die Erneuerung des „Völkergefängnisses“. Von 1934 an würdigen Geschichtsbücher die Kolonialpolitik des Zarenreiches in Zentralasien als partiell progressiv. Während der blutigen „Säuberungen“ der Jahre 1936/38 vernichtet der rote Imperator auch große Teile der nationalen Eliten in den unterworfenen Unionsrepubliken. Hatten die sowjetischen Kommunisten in den zwanziger Jahren noch Schulunterricht und Veröffentlichungen in den Landessprachen gefördert, setzen Stalins Männer jetzt überall auf Russifizierung – genau wie es der Reichsrat des Zaren 1833 mit Blick auf die transkaukasischen Länder formuliert hatte: Sie sollten „mit Russland … zu einem Körper verbunden und die dortige Bevölkerung dazu gebracht werden, russisch zu denken, zu sprechen und zu fühlen“.

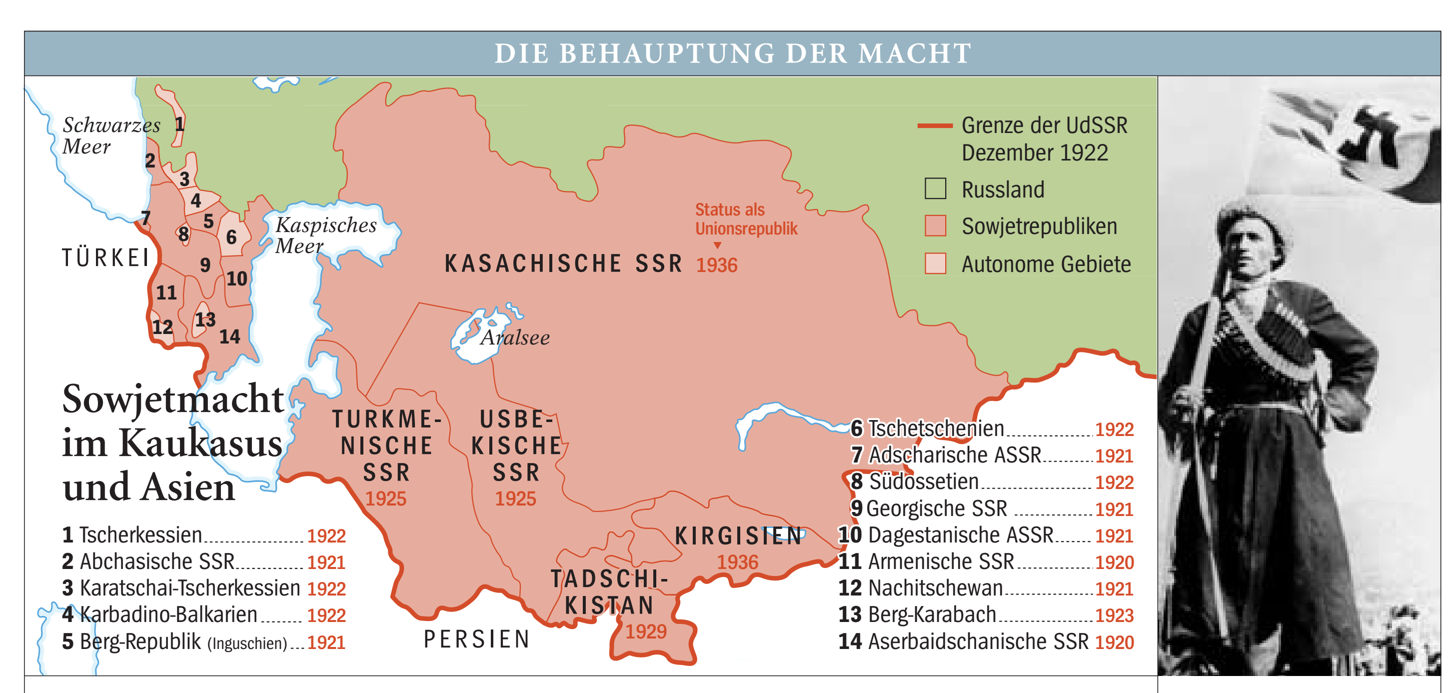
Erst recht auf den Spuren der Zaren bewegt sich der Diktator nach seinem berüchtigten Nichtangriffspakt mit Hitler vom August 1939. Der gesteht Stalin darin das Baltikum, Moldau sowie Westweißrussland und die 1920 von Polen einverleibte Westukraine als „Interessensphäre“ zu.

Im Juni 1940 befiehlt der Kremlchef den Einmarsch der Roten Armee in die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Die später eingerichteten Scheinparlamente wenden sich im August 1940 mit dem Wunsch nach Aufnahme in die UdSSR an Moskau – was der Diktator großzügig „gewährt“.

Was folgt, ist blutiger Terror. „Der Sommer 1940“, schreibt die lettische Schriftstellerin Amanda Aizpuriete, „ist in Lettland als Sommer des Schreckens in Erinnerung“. Stalins Folterknechte verhaften und deportieren Zehntausende von Balten, Tausende werden ermordet oder kommen in Lagerhaft um.

VERHASSTE SYMBOLE
Weil die kleinen baltischen Staaten unter den Nazis und unter der kommunistischen Gleichschaltung gelitten haben, sind hier beide Ideologien verpönt, wie das Wahlplakat aus dem litauischen Vilnius (1991) zeigt.

REVOLUTIONS-MUSEUM (O.); PASCAL LE SEGRETAIN/CORBIS/SYGMA (U.)



GEGEN KOMMUNISTEN SOGAR MIT DEN NAZIS
Der Zorn auf die besondere Unterdrückung nichtrussischer Völker der Sowjetunion trieb Soldaten wie diesen kaukasischen Karatschaier im Zweiten Weltkrieg an die Seite der Deutschen.

Viele Litauer, Letten und Esten empfinden daher den Einmarsch der deutschen Wehrmacht im Sommer 1941 als Befreiung. Junge Balten melden sich massenhaft für den Dienst in Polizeitruppen und der Waffen-SS. Begeistert begrüßen auch viele Westukrainer und Bewohner des Nordkaukasus die vorrückende Wehrmacht.

Nazi-Deutschland ist nicht nur militärisch, sondern auch ideologisch eine existentielle Bedrohung für das Sowjetimperium. Den Invasoren kommt anfangs das traditionelle Ansehen der Deutschen zugute. Sie proklamieren die „Befreiung vom Bolschewismus", versprechen den Nichtrussen vage Selbstbestimmung und „wahren Sozialismus". Schätzungsweise zwei Millionen Sowjetbürger verschiedener Nationalität kollaborieren mit den Deutschen, trotz einer immer brutaleren Besatzungspolitik und der SS-Ideologie vom östlichen „Untermenschen".

Der sowjetische Schmelztiegel zeigt damit erstmals tiefe Risse. Mit den Deutschen kooperieren weißrussische Jugendgruppen, ukrainische Hilfspolizisten und Kaukasier, die sich ein Hakenkreuz neben den muslimischen Halbmond auf ihre Wimpel sticken. Stalin reagiert mit der Vertreibung widerständiger Ethnien. Etwa 800 000 vor allem an der Wolga lebende Deutsche deportiert er 1941 und 1942, überwiegend nach Kasachstan und Sibirien. Im Februar 1944 vertreiben die Sowjets exakt 602 193 Bewohner des Nordkaukasus – so ein Geheimpolizeibericht – vor allem Tschetschenen und Inguschen. Sie werden in Güterwagen nach Zentralasien gebracht.

Die Zwangsmaßnahmen treffen mit Ausnahme der Deutschen ausschließlich muslimische Völker, darunter auch die Krimtataren. Das Bergvolk der christlichen Osseten, das deutsche Soldaten ebenfalls herzlich empfangen hatte, verschont Stalin von Massendeportationen. Der Sohn eines ossetischen Vaters und einer georgischen Mutter zeigt sich jetzt auch gegenüber den Georgiern gnädig – obwohl die vier Infanteriebataillone für die Deutschen stellen.

Stalin erfährt mehr und mehr, dass es vor allem die von Lenin geschmähten „Großrussen" sind, die den Kern des Widerstands gegen Hitlers Überfall bilden. Als wolle er sich mit den weltanschaulichen Waffen des Feindes stärken, propagiert er ab 1941 eine Art Volksgemeinschaftsidee: Moskau proklamiert den „Vaterländischen Krieg", ganz in der Tradition des Kampfes gegen Napoleon.

Wie erfolgreich dieses Konzept ist, muss sogar NS-Propagandaminister Joseph Goebbels anerkennen. Im Januar 1943, kurz vor dem Ende der Schlacht von Stalingrad, schreibt er in sein Tagebuch, Stalin habe es „großartig verstanden, dem Kampf des Bolschewismus gegen das Reich einen nationalen Charakter zu geben".

Der Nichtrusse Stalin leistet sich, als die Anspannung des Krieges von ihm abfällt, bei einem Bankett für die siegreichen Kommandeure der Roten Armee am 24. Mai 1945 im Kreml sogar einen russophilen Gefühlsausbruch: Er erhebt sein Glas zum Toast „vor allem auf das Wohl des russischen Volkes", das die „führende Kraft der Sowjetunion unter allen Völkern" sei. Das „Vertrauen des russischen Volkes" in die Sowjetregierung habe als entscheidender Faktor „den historischen Sieg gesichert".

Doch der Triumph, den Stalin auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 zur Schau stellt, täuscht. Zwar bewachen seine Soldaten jetzt ein Weltreich, das von der Lübecker Bucht bis zu den einst japanischen Kurileninseln reicht. Doch das Imperium, gesteuert von einem schwerfälligen bürokratischen System, ist überdehnt. In den drei Ostsee-Republiken stoßen die Sowjets bis Anfang der fünfziger Jahre auf mehrere zehntausend bewaffnete Untergrundkämpfer, die „Waldbrüder". Um den Widerstand zu brechen, deportiert Moskau noch einmal 440 000 Balten.

Noch schwieriger ist die Lage in der Westukraine. Dort kontrolliert die Ukrainische Aufstandsarmee bis Ende der vierziger Jahre bei Lemberg, Iwano-Frankowsk und Ternopol ganze Landstriche; Untergrundkämpfer töten Tausende Anhänger der Sowjetmacht. Erst als sowjetische Spezialeinheiten den legendären Kommandeur der zeitweise 10 000 Mann starken Untergrundarmee, Roman Schuchewitsch, 1950 bei einem Gefecht erschießen, beginnt die Bewegung zu schrumpfen.

Mit Giftanschlägen auf politische Gegner und dem gezielten Abwerben gefangener Nationalisten gelingt es dem Kreml, die Lage in der Westukraine in den fünfziger Jahren zu beruhigen. Doch die Bekämp-

Lehrstück Georgien

Die Georgier, eine selbstbewusste Kulturnation, hatten bei den Wahlen von 1919 mit 80 Prozent die sozialdemokratischen Menschewiki gewählt. Westliche Sozialistenführer priesen Georgiens Freiheit als vorbildlich. Im Mai 1920 erkannte die Sowjetregierung die Unabhängigkeit Georgiens vertraglich an. Doch Stalin und andere Bolschewiki drängten Lenin („Ohne unsere Hilfe kann Georgien nicht sowjetisiert werden") zur Intervention. Im Februar 1921 überrannte die Rote Armee Georgien binnen zwei Wochen.

ULLSTEIN BILD

Die Juden in der Sowjetunion

Die jüdische Bevölkerung galt offiziell als eines von vielen gleichberechtigten Völkern der multinationalen UdSSR, wenngleich sie immer wieder Opfer mehr oder weniger offener antisemitischer Ressentiments und Kampagnen wurde. Im Jahr 1934 befahl Stalin mit viel Propaganda, 8000 Kilometer östlich von Moskau die „Jüdische autonome Region Birobidschan“ zu errichten. Hier sollte eine Art sozialistisches Anti-Palästina entstehen.

fung der ukrainischen, baltischen und kaukasischen Unabhängigkeitsbestrebungen bleibt bis zum Ende der Sowjet-Ära eine der wichtigsten Aufgaben der Moskauer Staatssicherheit.

So gelingt es dem Kreml nach dem Krieg, den brüchigen multinationalen Schmelztiegel noch einmal mit Gewalt zusammenzufügen. Allmählich steigt der Lebensstandard, es wachsen neue Generationen heran, die Stalins massiven Terror nicht mehr erlebt haben. Die Sowjetführung versetzt das Vielvölkerreich in einen Zustand trügerischer Ruhe.

Unter der Oberfläche gären die nationalen Leidenschaften jedoch weiter. Im Kaukasus zum Beispiel entsteht eine paradoxe Situation: Hunderttausende junge Dorfbewohner strömen in die aufstrebenden Landeshauptstädte, aber die jungen Leute sind eher traditionell als sozialistisch geprägt. Sie erliegen bald dem Zauber einfacher Wahrheiten, die nationalistische Intellektuelle etwa in Armenien und Aserbaidschan immer offener verkünden.

Doch nur wenige ahnen etwas vom nahenden Zusammenbruch des Imperiums, den der russische Regimekritiker Andrej Amalrik schon 1969 in einem Essay vorausgesagt hat: Die „nationalen Gegensätze“ des Vielvölkerstaates UdSSR, so Amalrik, könnten eine „zweite russische Revolution“ auslösen. Der Titel der prophetischen Schrift irrte nur um acht Jahre: „Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?“

In den siebziger Jahren knüpfen nationale Dissidenten vom lettischen Riga bis ins armenische Eriwan Netze informeller Gruppen und verlegen eigene, kleine Zeitschriften, die von Hand zu Hand gehen. Deren Redakteure haben zwar noch Haftstrafen, aber nicht mehr den Henker zu fürchten. Repressalien aber treiben den Verfolgten ständig neue Anhänger zu.

Die Unterschrift des sowjetischen Generalsekretärs Leonid Breschnew unter die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki im Sommer 1975 beflügelt auch die Phantasie der Dissidenten. Halblegale „Helsinki“-Gruppen entstehen und berufen sich auf den Menschenrechtskatalog der Schlussakte. Hier profilieren sich künftige Politiker wie der spätere Präsident Georgiens, der sein Land als Chauvinist Anfang der neunziger Jahre in einen Bürgerkrieg treiben wird.

Trotzdem: KPdSU-Ideologen fabulieren weiter von einer „ständig wachsenden Annäherung der Völker“ in der UdSSR, sie sprechen gar von einem einzigen „Sowjetvolk“, das 280 Millionen Menschen zählt. Eine abwegige These, denn Frauen muslimischer Nationalitäten im Kaukasus und Zentralasien heiraten so gut wie nie einen Russen.

Dennoch versichert auch der im März 1985 an die Macht kommende Reformer Michail Gorbatschow Parteitagsdelegierten, die „unverbrüchliche Völkerfreundschaft“ sei im Sowjetland „fest im Bewusstsein von Millionen Menschen verankert“.

Wenig später zeigt sich, wie es hinter der Fassade brodelt. Im Dezember 1986 demonstrieren junge Kasachen in Almaty gegen die von Moskau verfügte Einsetzung des Russen Gennadji Kolbin als Republikparteichef – „Kasachstan den Kasachen“ rufen sie. Die Polizei schreitet ein, zwei Menschen sterben, 200 werden verletzt.

Rund ein Jahr darauf spalten blutige Konflikte das „Sowjetvolk“ im Südkaukasus. Im Februar 1988 fordert das Parlament des überwiegend von Armeniern besiedelten Gebietes Berg-Karabach, einer Exklave auf dem Gebiet der aserbaidschanischen Sowjetrepublik, die Vereinigung mit Armenien. Daraufhin massakriert aserbaidschanischer Mob in der Stadt Sumgait bei Baku mit Knüppeln und Messern Armenier. Das ist der blutige Auftakt zu einem mehrjährigen Bürgerkrieg.

So zerreißt nun der Schleier der gekünstelten Völker-Eintracht. Der Sowjetstaat, der jahrzehntelang die nationalen Leidenschaften wie in einem Eisschrank einfror, kann seine Bürger nicht mehr vor Pogromen schützen. Bald entgleitet auch Georgien dem sowjetischen Griff. Bei einer Demonstration im April 1989 in Tiflis töten sowjetische Fallschirmjäger 19 Menschen – danach nimmt das kaukasische Kernland Kurs auf die Unabhängigkeit.

Auch das Baltikum kann Moskau nicht mehr lange halten. Dort erobern Esten, Letten und Litauer ab Sommer 1988 – erst friedlich demonstrierend, dann in freien Wahlen – ihre Souveränität zurück.

Bevor das Sowjetreich vollends in Agonie versinkt, kommt es noch einmal zu Gewalt. Im Januar 1991 besetzen sowjetische Spezialeinheiten das Radio- und Fernsehzentrum in der litauischen Hauptstadt Vilnius: 14 Menschen werden erschlagen oder von Panzern zerquetscht. Eine Woche später stürmt eine sowjetische Sondereinheit das lettische Innenministerium in Riga: Fünf Menschen sterben.

Die sowjetische Führung, Gorbatschow inklusive, gibt sich den Anschein, als sei sie für die staatlichen Gewaltaktionen nicht verantwortlich. Aber die Kommunistische Partei der Sowjetunion, eben noch eiserne Klammer des Vielvölkerreiches, verliert nun rasant Respekt bei Freund und Feind. Es scheint, als wolle das Sowjetregime den Untergang des Zarenreiches im Zeitraffer wiederholen.

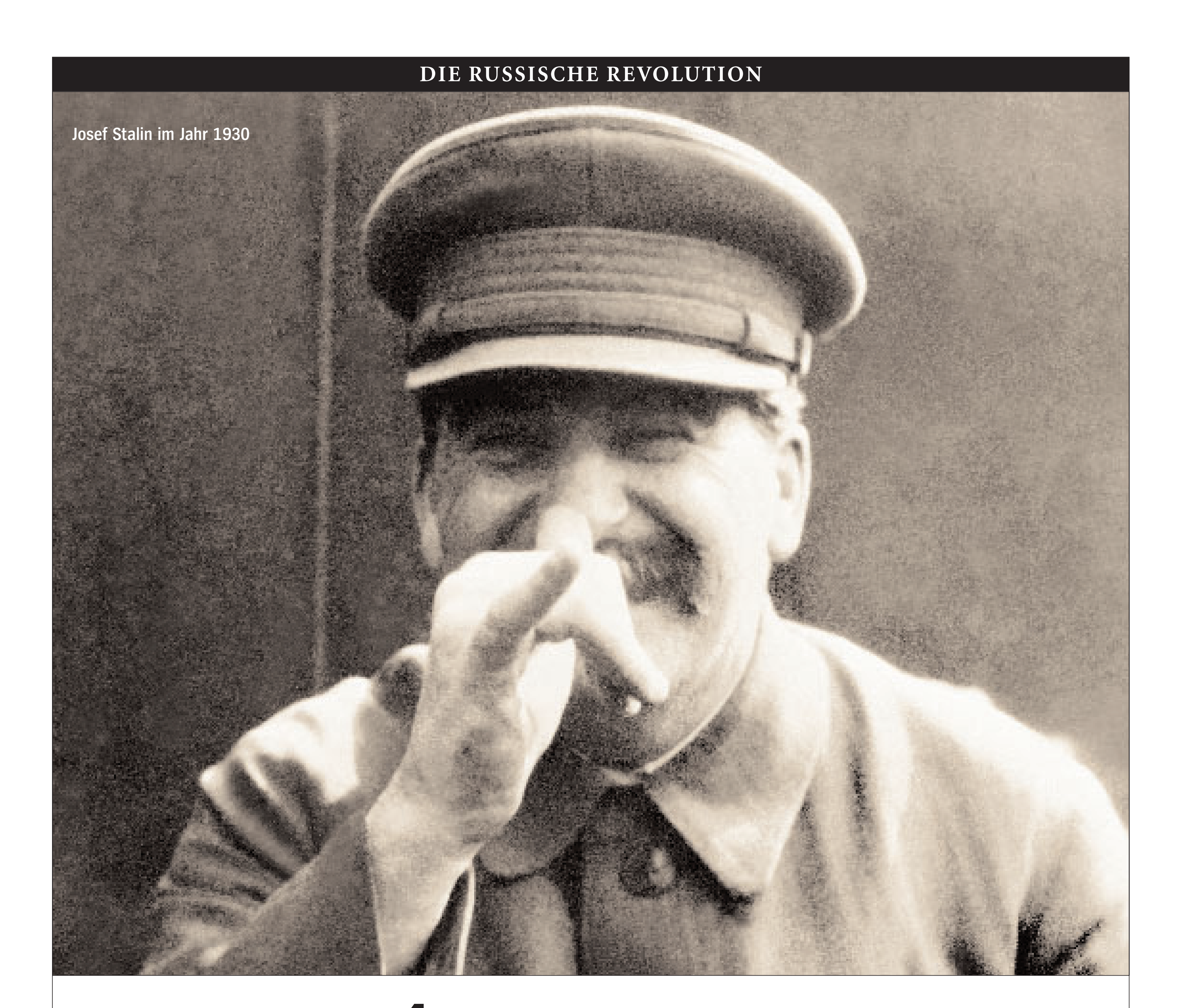
Nach dem Putsch in Moskau gegen Gorbatschow im August 1991 lässt der neue russische Präsident Boris Jelzin die KP verbieten. Der sowjetische Schmelztiegel bricht auseinander: Die Unionsrepubliken von Weißrussland bis zum zentralasiatischen Kirgisien erklären sich für unabhängig.

Formal löst sich die UdSSR am 26. Dezember 1991 auf. Das einst von Lenin propagierte „Recht auf Lostrennung“ der Nationen vom Moskauer Imperium wird nun tatsächlich eingelöst. Allerdings ganz anders, als sein Erfinder es sich vorgestellt hatte. ✦

SOLDATEN GEGEN NATIONALISTEN
Gerade in den letzten Monaten ihrer Existenz war die Sowjetmacht überall im Imperium mit aufbegehrenden Nationalisten konfrontiert – wie 1991 im armenischen Dorf Woskepar.



ALEXEJ ROGOV


Josef Stalin im Jahr 1930

4 DER TRIUMPH STALINS

Im Machtkampf um Lenins Nachfolge setzte sich der Schustersohn Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili alias Stalin mit seinem Machtinstinkt und seiner absoluten Skrupellosigkeit durch – und errichtete eine nie dagewesene Diktatur des totalen Terrors, die 30 Jahre währen sollte.

RIA NOVOSTI





DER ROTE ZAR
Wie einst der Zar, hebt sich „der Stählerne“, so die Bedeutung von „Stalin“, mit weißer Kluft von seiner Umgebung ab. In den zwanziger Jahren riskiert er noch Spaziergänge, was er wenig später aufgibt.

G. PETRUSOW/RUSS. STAATSARCHIV FÜR FILM- UND FOTOGRAPH. DOKUMENTE, KRASNOGORSK

DER GROSSE TERROR

„Periode des großen Umschwungs“ nennt sich der sozialistische Neubeginn – Diktator Stalin erweist sich als Menschenverächter und rücksichtsloser Antreiber auf der Großbaustelle Sowjetunion.

Von Jörg R. Mettke

In Berlin unterzeichnen an diesem Tage Reichsaußenminister Konstantin von Neurath und der polnische Botschafter Józef Lipski einen Nichtangriffspakt, der mindestens zehn Jahre halten soll. Und der Großindustrielle Gustav Krupp von Bohlen und Halbach lässt seinen Führer hochleben: Hitler habe den deutschen Proletarier endlich zum „disziplinierten Soldaten der Arbeit und damit zu unserem Kameraden gemacht“ in einem Reich, dessen rassistisches Regime gar auf tausend Jahre ausgelegt sein will.

Als Erbauer herrlicher Zukunftswelten sehen sich an diesem 26. Januar 1934, zehn Jahre nach Lenins Tod, auch jene fast 2000 feierlich gekleideten und hochgestimmten Menschen in Moskau, die an seinem Mausoleum vorbei und über den Roten Platz in den Kreml eilen: Delegierte aus allen Teilen der Sowjetunion, jeder mit einem roten Einlasskärtchen in der Tasche, der nummerierten, mit den Porträts Lenins und Stalins bedruckten Mandatsbescheinigung für den 17. Parteitag der Bolschewistischen Partei der Sowjetunion.

Denen, die sich an diesem Freitagabend in der alten Ziegelburg der russischen Zaren versammeln, suggeriert der getragene Ton offizieller Propaganda eine kollektive Rolle als „Avantgarde des Proletariats“. Von außen freilich ist manches bereits besser zu sehen: Leo Trotzki, der des Landes verwiesene, seiner sowjetischen Staatsbürgerschaft beraubte Revolutionär und Rivale des allmächtigen Generalsekretärs Josef Stalin, etwa erwartet in seinem französischen Exil allenfalls noch „eine imposante Parade der Bürokratie“.

Doch in Wahrheit steht dieser „Parteitag der Sieger“ (Stalin) nach zwei Dritteln des sowjet-russischen Weges zwischen Bürgerkrieg und Weltkrieg für weit mehr als nur für bürokratische Domestizierung und

AUFBAU MIT ALLER GEWALT

18. Januar 1929 Stalin setzt im Politbüro die Ausweisung Trotzkis durch. Er wird nach Konstantinopel abgeschoben und verlässt über den Schwarzmeerhafen Odessa das Land.



Plakat zum ersten Fünfjahrplan

7. April 1929 58 000 Textilarbeiter der Gouvernements Moskau, Twer und Iwanowo-Wosnessensk verpflichten sich erstmals zum sozialistischen Wettbewerb.

23. bis 29. April 1929 Die 16. Parteikonferenz der KPdSU billigt den ersten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft und verurteilt „rechte Abweichler“.

30. Januar 1930 Die Parteiführung einigt sich darauf, die „Kulakenwirtschaften“ zu liquidieren und die Kollektivierung voranzutreiben. Binnen eines halben Jahres werden 320 000 Bauernbetriebe „entkulakisiert“.

1. Mai 1930 Der erste Teil der Turksib wird in Betrieb genommen – eine später über 2000 Kilometer lange Eisenbahnlinie, die die westsibirischen Industriezentren mit den zentralasiatischen Baumwollgebieten verbindet.

Juni 1930 Die landesweit größte Fabrik für Landmaschinen in Rostow am Don und das Stalingrader Traktorenwerk nehmen ihre Produktion auf.

3. April 1932 Im Hüttenkombinat Magnitogorsk wird der erste Hochofen angeblasen.

7. August 1932 Die Todesstrafe für Diebstahl wird eingeführt.

15. Juli 1933 Nach zunehmender Verknappung der Lebensmittel erhöht die Regierung die Normen zur Getreideablieferung.

2. August 1933 Der von Häftlingen gebaute Weißmeer-Ostsee-Kanal ist fertig – nach nur 20 Monaten.

16. November 1933 Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA.

26. Januar bis 10. Februar 1934 Auf dem 17. Parteikongress („Parteitag der Sieger“) erklärt Stalin die Sowjetunion zum Industriestaat.

7. Mai 1934 Im Fernen Osten wird das Jüdische autonome Gebiet errichtet.

1. Dezember 1934 Die Ermordung des Leningrader Parteichefs Sergej Kirow löst eine Welle des Massenterrors aus.

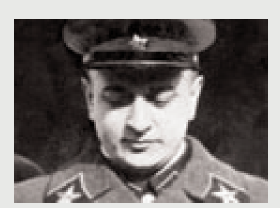
15. Mai 1935 Der erste Abschnitt der Moskauer Untergrundbahn geht in Betrieb.

19. bis 24. August 1936 Nach dem ersten Moskauer Schauprozess werden die führenden Bolschewiki Sinowjew und Kamenew hingerichtet.

5. Dezember 1936 Mit der Annahme der neuen Verfassung wird das Dreiklassenwahlrecht (Arbeiter, Bauern, Intelligenz) abgeschafft.

1937 Der Rubel wird auf Dollarbasis umgestellt.

11. Juni 1937 Führende Militärs wie Marschall Tuchatschewski werden verhaftet, verurteilt und sofort hingerichtet.



Tuchatschewski

29. Juni 1938 Erstmals gelingt ein Nonstop-Flug von Moskau nach Wladiwostok.

10. bis 21. März 1939 Auf dem 18. Parteitag proklamiert Stalin den stufenweisen Übergang zum Sozialismus.



Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts

23. August 1939 Die Außenminister Molotow und von Ribbentrop unterzeichnen den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt zur Aufteilung der gegenseitigen Interessensphären. Am 17. September beginnen zwei sowjetische Heeresgruppen mit der Besetzung ostpolnischer Gebiete.

30. November 1939 Mit einem Luftangriff auf Helsinki beginnt die UdSSR den Krieg gegen Finnland.

BPK (L./U.); SÜDDEUTSCHER VERLAG (M.)



LATENTER SCHRECKEN Moskau scheint im Sommer 1935 (hier am Swerdlow-Platz) harmlos und zivil. Doch der Schein trügt.

Abwicklung der Revolution. Er wird zu der Messlatte für zerstörte Illusionen innerhalb einer Bewegung, die in Kenntnis, ja Bewunderung der Französischen Revolution nichts mehr fürchtet als ihren „Thermidor“ – die reaktionäre Phase gesellschaftlicher Umstülpungen mit Führerkult, Herrschaft des Apparats und rücksichtsloser Unterdrückung Andersdenkender im Gefolge.

In ihm bündeln sich wie unter einem Brennglas die Gewichtsverschiebungen:

- vom weltrevolutionärem Aufbruch zum nationalen Erstarren in russischem Weltmacht-Anspruch;
- von der Lust am permanenten Revoluzzen bis zur Sehnsucht nach einem manierlichen Sozi-Staat;
- von Lenins Landnahme für die Bauern zu deren martialischer Zwangskollektivierung.

Der große Menschheitstraum von neuen, anderen Produktionsverhältnissen, von viel Gerechtigkeit und wenig Herrschaft, von der Internationale, die das Menschenrecht erkämpft – schon in den Jahren vor, vor allem aber nach diesem Parteitag verkommt der russische Realisierungsversuch endgültig zur groben Farce. Und je weiter beim Experiment „Sozialismus in einem Land“ gesellschaftliche Wirklichkeit und menschheitsbeglückende Rhetorik auseinanderklaffen, umso höher wachsen bis in die achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hinein die Potemkinschen Fassaden aus Propagandalügen, Selbstbetrug und Abschottung von der Außenwelt.

So unstreitig Lenin Wegbereiter für Stalin ist, so wenig findet er in Stalin seinen einzig logischen Vollender. Schon die paranoide Akkuratesse, mit welcher der Generalsekretär den acht Jahre älteren Parteigründer nach dessen Tod einerseits zum bolschewistischen Quasi-Heiligen entrücken und andererseits dessen engste Mitstreiter ermorden lässt, demonstriert die Sorge des Usurpators, ursprünglicher „Leninismus“ könne womöglich doch noch die Massen ergreifen und sie gegen den Diktator mobilisieren. Einsichten des späten Lenin werden bald vor dem Auge unbefugter Leser mindestens so streng in den Giftschränken der Bibliotheken weggesperrt wie angeblich konterrevolutionäres Schrifttum. Und wer die damalige Sprengkraft des sogenannten Lenin-Testaments von Anfang 1923 mit seiner Warnung der Delegierten des 12. Parteitags vor Stalin wenigstens erahnen will, muss nur der Biografie des oppositionellen Dichters Warlam Schalamow folgen, der 1929 das erste Mal wegen Verbreitung dieses letzten Lenin-Willens verhaftet wird und dafür insgesamt 20 Jahre in Stalins Straflagern zubringen muss.

Parallel dazu wächst der Druck auf den russischen Arbeiter: Alle ideologischen Schulen wetteifern ums höchste, kompromissloseste Industrialisierungstempo. Alle wollen den russischen Bauernkittel abstreifen, vor allem aber fürchtet die Opposition Stalins Vorwurf, das unterentwickelte Land zur wehrlosen Beute für „Aggressoren“ zu machen.

Bis heute markiert der 17. Kongress jener Partei, die 1898 aus der Russländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei hervorging, 1952 in KPdSU umbenannt und erst 1991 beerdigt wurde, für viele Menschen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion mindestens eine familiengeschichtliche Zäsur: Sein 16-tägiger Verlauf, seine Protokolle helfen noch immer zu verstehen, mit welchen Delegierten des Parteitages der rote Großvater einst sympathisierte, welcher der dort aufgezählten Todsünden des Sowjet-Sozialismus er später beschuldigt wurde, wann seine Verfolgung begann, welche Strafe er erhielt und wem er, wenn er Glück hatte, in der sowjetischen Lagerwelt begegnete.

Die Kommunalka

Der sowjetische Alltag ist vom entnervenden Gedränge in der üblichen Wohnung, genannt „Kommunalka“, geprägt: Etliche Familien leben auf engstem Raum, oft müssen sich mehrere Generationen ein Zimmer teilen – egal ob es um Liebe geht oder ob jemand stirbt. Ständig tobt Streit über die Küche und das Klo für alle, über Geräusche und Gerüche. Für Privatleben ist kein Platz. „Schlaf schneller, Genosse“, fordert Satiriker Michail Sostschenko, „dein Bett braucht schon ein anderer.“



Stalin legt 1934 auf die Parteitagsdelegierten im Moskauer Kreml an.





MORD-MASCHINE STAAT
Mit spielerischem Beispiel geht Scharfschütze Stalin 1934 auf dem Parteitag voran. Bald wird er Ernst machen und die KPdSU-Delegierten großteils erschießen lassen. Der totale Staat erwartet von allen die Übererfüllung der Normen – auch von den Exekutionskommandos, die Leichenberge hinterlassen wie den von den Deutschen 1943 in Winniza/Ukraine entdeckten (l.). An der Justizfront wirkt Generalstaatsanwalt Andrej Wyschinski (M., bei der Urteilsverlesung in einem Schauprozess) als Akkordarbeiter des Todes.

Von 1225 Teilnehmern mit Stimmrecht überlebt nur weit weniger als die Hälfte die nächsten fünf Jahre. Von den 139 Genossen, die Generalsekretär Stalin ins Zentralkomitee wählen lässt, stirbt nur etwa ein Viertel eines natürlichen Todes. 98 werden zwischen 1936 und 1938 auf seinen Befehl oder jedenfalls mit seiner Billigung umgebracht – mehr als 70 Prozent.

Doch noch reicht bei niemandem die Phantasie dafür aus, sich buchstäblich aufs Korn genommen, zum Abschuss freigegeben zu fühlen, als der „Gensek“ mit einem Scharfschützen-Gewehr, Geschenk der Waffenwerker aus Tula, von der Balustrade des Kremlpalastes auf den Kongress anlegt – zum Spaß und unter allgemeinem Beifall.

Vor allem alte Leninsche Kader werden alsbald liquidiert oder aus der Partei entfernt. Beträgt Anfang 1934 der Anteil jener Mitglieder und Delegierten, die bereits vor der Revolution oder spätestens während des Bürgerkriegs der KP beigetreten waren, noch 80 Prozent, so ist er beim nächsten, dem 18. Parteitag fünf Jahre später auf 19 Prozent abgestürzt.

„Wo ist die alte Garde?“, fragt 1939 aus dem Exil der Oktober-Revolutionär und spätere Sowjetdiplomat Fjodor Raskolnikow – und antwortet: „Sie lebt nicht mehr. Sie haben alle erschossen, Stalin.“

Niemand hat bisher alle Säuberungsopfer gezählt, niemand die Einzelschicksale historiografisch erschöpfend kartiert. Die Angaben reichen für die Jahre 1937/1938 von amtlichen 2,5 Millionen Verhafteten und 680 000 Erschossenen bis zu wissenschaftlich geschätzten sieben Millionen Weggesperrten und einer Million Toter. „Der Kommunismus war die einzige Bewegung der jüngeren Geschichte“, urteilt der Mannheimer Politologe Hermann Weber, „die mehr ihrer eigenen Führer, Funktionäre und Mitglieder selbst umgebracht hat, als dass es ihre Feinde taten.“

Dabei inszeniert der Generalsekretär den Parteitag zunächst als Versöhnungsfest mit ausgestoßenen Oppositionellen. Altbolschewiken wie Grigorij Sinowjew, Lew Kamenew und Nikolai Bucharin werden demonstrativ wieder in die Partei aufgenommen.

Alle Verirrten bedanken sich für die kurzzeitige Vergebung mit schwülstigen Ergebenheitsadressen beim „Feldmarschall der proletarischen Kräfte“ (Bucharin) und „Begabtesten aller Schüler Lenins“ – so Michail Tomski, sowjetischer Gewerkschaftschef in den zwanziger Jahren. Zweieinhalb Jahre später, im August 1936, nimmt sich Tomski aus Angst vor Stalins Mordgehilfen das Leben.

Bucharin gesteht zerknirscht: „Genosse Stalin war immer völlig im Recht, als er unter blendender Anwendung marxistisch-leninistischer Dialektik jene Versuche theoretischer Rechtsabweichung zunichte machte, die von mir formuliert worden waren.“ Auch seine „Schüler“, die ihm darin gefolgt seien – und längst in NKWD-Gefängnissen gefoltert werden –, hätten ihre „verdiente Strafe erhalten“. Für so viel

DAVID KING COLLECTION (O.); SÜDDEUTSCHER VERLAG (L.); SOVFOTO (R.)

demonstrativ-feige Gesinnungslosigkeit erhält Bucharin zur Belohnung vorübergehend den Chefredakteurs-Posten beim Regierungsblatt „Iswestija“. Im März 1938 wird auch er erschossen; der „Hausherr“ hatte seinen Spaß gehabt.

Als endlich Sinowjew dem ideologischen Klassiker-Dreigestirn Marx-Engels-Lenin auch noch Stalin beigesellt, ist der Gipfel an Ohrenbläserei erreicht. Seinem Kollegen Kamenew aus der längst ausgeschalteten „Leningrader Opposition“ bleibt nur noch das würdelose Gelöbnis, „jener Kamenew, der 1925 bis 1933 gegen die Partei und ihre Führung kämpfte“, sei wirklich und endgültig „ein politischer Leichnam“.

Der Delegierte Walerij Meschlauk, damals 40 Jahre alt und Vizechef der staatlichen Planbehörde Gosplan, hält die Szene noch im Sitzungssaal als Karikatur fest: Kamenew I liegt mit erigiertem Glied auf dem Operationstisch, Kamenew II im Operateurskittel legt das Skalpell daran. Unterschrift: „Genosse Kamenew als sein eigener Anatom.“ Der schadenfrohe Zeichner darf in den nächsten vier Jahren noch zum Staatsplanchef und Volkskommissar für Maschinenbau aufsteigen, bevor er erschossen wird.

Nachdem Sinowjew am 25. August 1936 seinen letzten Gang angetreten hatte, lässt sich Stalin dessen Angst vor der Hinrichtung immer wieder vorspielen – von seinem Leibwachen-Chef Karl Pauker, einem jüdischen Friseur aus Lemberg. Wie der Genosse sich an die Stiefel seiner Henker geklammert, wie er gebettelt habe, noch einmal Stalin anrufen zu dürfen, wie er endlich Zuflucht genommen habe zur alten jüdischen Klage „Höre, Israel, unser Gott ist der einzige Gott“ – da sei der Gensek, berichtet ein Besucher, jedes Mal fast vor Lachen erstickt. Freilich: Der begabte Parodist steht leider nicht sehr lange als Leibwächter zur Verfügung – knapp ein Jahr später erhält auch er den Genickschuss.

Bis heute ranken sich Widerstandslegenden um den 17. Parteitag: Obwohl Stalin in seinem Rechenschaftsbericht – und nach ihm über hundert Redner – ausschließlich von Erfolgen und Triumphen sprechen, obwohl das Protokoll massenhaft Lobsprüche auf den „genialen“ und „großen Führer der Partei und aller Werktätigen“ und Jubelrufe wie „Es lebe unser Stalin“ verzeichnet, erfolgt ein letzter halbherziger, ergebnisloser Versuch der Meuterei.

Erst 1960 gibt der ehemalige Moskauer Delegierte Wassilij Werchowych – eines von drei Mitgliedern der 63-köpfigen Zählkommission, die der Hinrichtung entgehen – ein lange gehütetes Geheimnis preis: Das Politbüro-Mitglied Stanislaw Kossior habe ihm damals von Versuchen hinter den Kulissen erzählt, den allgemein beliebten Leningrader Parteichef Sergej Kirow zur Übernahme des Parteivorsitzes zu überreden.

Auch Nikita Chruschtschow, damals als glühender Stalinist erstmals ins Zentralkomitee gewählt, hat diesen letzten Hauch von Verschwörung später bestätigt: Boris Scheboldajew, Parteisekretär aus dem Nordkaukasus, habe verschiedene Delegierte und zum Schluss Kirow selbst angesprochen mit dem Vorschlag, „zu Lenins Testament zurückzukehren: Das Volk sagt, es wäre gut, dir das Amt des Generalsekretärs zu übertragen.“

Kirow, so Chruschtschow, hätte nichts Eiligeres zu tun gehabt, als Stalin von dieser Offerte zu erzählen – und auch davon, dass er den Antrag sofort von sich gewiesen habe. Josef Stalin, will Chruschtschow vom Hörensagen wissen, verspricht gerührt: „Danke, das werde ich dir nicht vergessen.“

Nicht einmal elf Monate später wird Kirow in Leningrad das Opfer eines Attentats. Der Mord gerät einerseits zum Startsignal für die wütendsten und in ihren wechselnden Begründungen absurdesten politischen Massenmorde der Menschheitsgeschichte; andererseits weisen neuere Forschungsergebnisse immer mehr die Handschrift des NKWD nach – und legen damit die Vermutung nahe, dass der Täter von Stalins Geheimpolizei ferngesteuert war.

Anonymen Widerstand aus den Reihen der Delegierten bezeugt auch das Abstimmungsergebnis über die zukünftigen ZK-Kader, obwohl massierte Ablehnung einzelner Führungspersonen eigentlich kaum nach außen dringen kann. Die Wahlzettel für jedes Gremium enthalten exakt so viele Kandidatennamen, wie zu wählen sind. Und jeder gilt als gewählt, der mehr als die Hälfte der Delegiertenstimmen, also mindestens 613 Kreuze zusammenbringt – kein Problem angesichts der verbreiteten Meinung, geheimes Wählen sei gefährlicher bourgeoiser Firlefanz.

Dennoch notiert Olga Schatunowskaja, ein weiteres Mitglied der Zählkommission, das die Jahre des Terrors in sibirischen Lagern überlebte, heimlich die sensationelle Zahl 292: So viele Gegenstimmen, weit mehr als jeder andere ZK-Wahlkandidat im Jahr 1934, kassiert der Genosse Stalin.

Der für die Parteitagsorganisation verantwortliche Politbürokrat und Chef der Moskauer Parteiorganisation, Lasar Kaganowitsch, nimmt die Bulletins der Neinsager unverzüglich unter Verschluss und entwirft für die Öffentlichkeit ein neues, passenderes Resultat: Stalin darf drei Gegenstimmen behalten, Kirow bekommt vier – und Chruschtschow, Kaganowitschs treuer Gehilfe beim Moskauer Metro-Bau, auch drei. Der, in den Betrug nicht eingeweiht, ist glücklich und gerührt, auch in diesem Punkt seinem geliebten Lehrer so nah zu sein.

Als er selbst an die Macht kommt und Stalins Demontage betreibt, betraut er das Opfer Schatunowskaja mit der Rehabilitierung ihrer Leidensgenossen. Eine 1960 angeordnete Überprüfung der versiegelten Parteitagsunterlagen ergibt, dass 171 Stimmzettel der aufschlussreichen ZK-Wahl ganz beiseitegebracht wurden. Die erdrückende Mehrheit der Delegierten des „Parteitages der Sieger“ erwartete ein düsteres Schicksal. „Stalin sah nach der Abstimmung in jedem von ihnen einen potentiellen Gegner“, schreibt Stalin-Biograf Dmitrij Wolkogonow.

Die Schatunowskaja-Kommission ermittelte in den Kellern der NKWD-Nachfolgeorganisation KGB: Vom 1. Januar 1935 bis Juli 1940 verhaftet Stalins Stasi 19 840 000 Sowjetbürger; 7 Millionen davon, weit mehr als jeder dritte, finden in Lagern, Zuchthäusern und Gefängnissen den Tod.

Nikita Chruschtschow soll geweint haben, als er davon erfuhr. Aber wenig später ließ er sich von den Alt-Stalinisten Michail Suslow (KPdSU-Chefideologe) und Frol Koslow (ZK-Sekretär) überreden, die Zahlen weitere 15 Jahre unter Verschluss zu halten. Die Informationsblockade fällt erst im Zeichen von Gorbatschows Glasnost: Im Februar 1990 veröffentlicht die Zeitschrift „Argumente und Fakten“ endlich einen Brief der Schatunowskaja mit ihren Recherche-Ergebnissen aus den sechziger Jahren.



VERMEINTLICHER RIVALE
Sergej Kirow war Stalin als beliebter Chef der Leningrader Partei suspekt. Ein tödliches Attentat auf Kirow diente dem Diktator 1934 als Startschuss für die „Säuberungen“ gegen die alte Garde der Partei.

Politischer Witz

Drei Männer treffen in einer Gefängniszelle zusammen und fragen einander nach dem Grund ihrer Verhaftung. Der Erste sagt, er sitzt wegen einer negativen Äußerung über Karl Radek, den führenden sowjetischen Publizisten und Politiker. Der Zweite sagt, er sitzt, weil er Karl Radek gelobt hat. Der dritte Häftling schweigt melancholisch. Als die beiden ihn fragen, antwortet er: „Und ich – ich bin Karl Radek …“



ZUR WELTREVOLUTION
Diese Karikatur von Karl Radek (1885 bis 1939), die 1922 in der „Prawda“ zu sehen war, spießte noch geradezu liebevoll die unermüdliche Energie auf, mit der der polyglotte Internationalist die Ausbreitung der Revolution betrieb.

STAATSARCHIV ST. PETERSBURG (O.); ULLSTEIN BILD - ARCHIV GERSTENBERG (U.)

Ausländische Augenzeugen zur Sowjetunion der dreißiger Jahre

BODENLOSE NAIVITÄT

Der amerikanische Botschafter Joseph E. Davies, von US-Präsident Roosevelt 1936 nach Moskau geschickt, hält sich selbst für einen unvoreingenommenen Mann und dabei gern auf dem Laufenden. „Viele gute Dinge", findet er, „sind unter dem jetzigen Regime verwirklicht worden." Und manche „edlen Unternehmungen" seien „noch geplant", die „Sympathie und Bewunderung erwecken".

Nie kann man wissen, wann die nächste gute Tat bevorsteht. Also zieht es Exzellenz in die Gerichtssäle, als Stalin mit seinen trotzkistischen Parteifeinden in Schauprozessen abrechnen lässt. Zwar findet Davies es unfair, dass es den Angeklagten an Verteidigungsmöglichkeiten mangelt. Russisch versteht er auch nicht. Dennoch erkennt er zweifelsfrei: Diese Prozesse haben „Hitlers fünfter Kolonne in Russland den Garaus gemacht". Der britische Kronanwalt Denis Nowell Pritt, ein linker Labour-Mann, findet den Prozess gegen Sinowjew und Genossen sogar „im Allgemeinen fair geführt". Zweifellos sind die Angeklagten „schuldig". Alle ausländischen Beobachter denken „das Gleiche", müssen es aber „aus Propagandagründen" abstreiten. Dass jede Antwort durch Folter erpresst und vom Untersuchungsrichter vorher festgelegt wurde, kann sich der Gentleman und spätere Ehrenbürger Leipzigs überhaupt nicht vorstellen.

Auch Bertolt Brecht, der in seinem Leben viermal in Moskau war, zuletzt 1955, um sich einen Stalinpreis abzuholen, zeigt für die Angeklagten der Moskauer Prozesse herzlich wenig Anteilnahme: Mit allem „Geschmeiß des In- und Auslandes" hätten sie sich gemeingemacht, alles „Parasitentum, Berufsverbrechertum, Spitzeltum" habe sich bei ihnen „eingenistet". Mit Verlierern wie Trotzki möchte Brecht nicht öffentlich in Verbindung gebracht werden. Im privaten Gespräch, 1931, nennt er ihn noch den „größten lebenden Schriftsteller von Europa", wie Freund Walter Benjamin im Tagebuch schreibt.

Das rote Moskau ist ein intellektueller Magnet in diesen Jahren. Doch die meisten Schlachtenbummler der Revolution verspäten sich. Sie wollen das Alte in Scherben fallen und neues Grün hervorsprießen sehen im Osten. Dort, wo nur ein halbes Jahrhundert zuvor Karl Marx nur „asiatische Barbarei" gesehen hatte, die jeden Moment „wie eine Lawine über Europa hereinbrechen" könne. Aber als die Revolutionstouristen endlich ankommen, ist Karl Radeks spöttischer Spruch über die drei Herrschaftsepochen der Menschheitsgeschichte längst Wirklichkeit geworden: Nach Matriarchat und Patriarchat bestimmt nun das bürokratische Sekretariat. Vor allem, was und wo links ist.

So loben sie, was ihnen geboten wird. Brecht 1935 die Einweihung der Moskauer Metro, zu der er von seinem Übersetzer Sergej Tretjakow eingeladen wird. Der deutsche Dichter schenkt der proletarischen U-Bahn ein Gedicht. In dem klettern viele „Männer und Mädchen" herzlich „lachend aus den Stollen", überall „fröhliches Gedränge" – kurzum, ein „wunderbarer Bau", und einer, in dem die Erbauer zugleich die Eigentümer sind.

Immerhin leitet der listige Brecht sein Werkchen mit einem verstohlenen „Wir hörten" ein. Denn dass der Moskauer Parteichef Lasar Kaganowitsch und sein Gehilfe Nikita Chruschtschow, wenn die Planerfüllung gefährdet scheint, ganze Belegschaften von Moskauer Fabriken zur Wochenend-Fron in die Metro-Schächte schaffen lassen, dass auf Verweigerung solcher „freiwilligen Sonderschichten" Lagerhaft steht – das sagt dem Dichter ja niemand.

Dann wird Brecht stiller. Sein Freund Tretjakow wird liquidiert, seine Freundin Carola Neher verschwindet auf Nimmerwiedersehen im Gulag. Als der in Ost wie West gleich populäre Romancier Lion Feuchtwanger 1936 nach Moskau reist, ersucht ihn Brecht heimlich um Hilfe: „Vertraulich", bittet er, da er doch kein „Misstrauen gegen die Praxis der Union säen" möchte.

Feuchtwanger aber findet keine Gelegenheit zur kritischen Intervention. Auch er ist auf Loben eingestellt. „Mehr Licht als Schatten" sieht er in Moskau – und wird einer Audienz bei Stalin für würdig befunden.

Die „naive patriotische Eitelkeit der Sowjetunion" gefällt ihm „nicht übel", die politischen Prozesse und Todesurteile (bei dem gegen Karl Radek ist er im Gerichtssaal) hält er für gerechtfertigt: Schließlich kann Stalin, „dieser gescheite, überlegene Mann unmöglich die ungeheure Dummheit begangen haben, mit Hilfe zahlloser Mitwirkender eine so plumpe Komödie aufzuführen, lediglich zu dem Zweck, ein Rachefest, die Demütigung der Gegner, bei bengalischer Beleuchtung zu feiern".

Selten hat wohl einer so fahrlässig ein Terrorsystem als moralgesteuerten Wohlfahrtsstaat missdeutet. Mit seiner Beschreibung des Stalin-Reichs als „allein durch ethische Vernunft" bestimmt und als „Werk", zu „dem man von Herzen Ja, Ja, Ja sagen kann", führt Feuchtwanger die gebildeten Stände der westlichen Welt geradewegs in eine gefährliche pseudolinke, pseudosozialistische Irre.

Nur wenige Schriftsteller, deren Herz links schlägt, trauen sich, aus der ihnen zugedachten Jubel-Rolle zu fallen. Der Franzose André Gide beispielsweise, der unter dem Eindruck eines Moskau-Besuchs sein rosiges Bild vom sowjetischen Russland öffentlich und empört korrigiert. Und dafür prompt unter schweren stalinistischen Beschuss gerät. Oder der bajuwarisch-listige Oskar Maria Graf, der sich im Lenin-Mausoleum angewidert an Wallfahrten seiner Jugend nach Altötting erinnert fühlt. „Das ist nicht mein Lenin", schreibt er danach, „das ist nicht unser aller Lenin. Nein, nie und nimmer!"

Jörg R. Mettke



DICHTER FEUCHTWANGER, BRECHT 1935
Die beiden Deutschen und andere große Schriftsteller des Westens verkannten das terroristische Wesen der Sowjetunion und lobten nach Kräften.

FRED STEIN / BPK

Doch die ganze Wahrheit findet sich auch dort noch nicht. Trotzki steht zu dieser Zeit noch immer auf dem Index, die Beziehungen zum jüdischen Staat Israel sind schlecht. So bleibt der antisemitische Kontext Stalinscher Parteisäuberungen weiter ein Tabu, obwohl Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre der alte Chauvinisten-Schlachtruf „Schlag die Juden, rette Russland“ in bolschewistischer Verkleidung längst wieder rehabilitiert schien. Stalin selbst muss bremsen: Trotzki, Kamenew, Sinowjew seien als Oppositionelle zu bekämpfen – „und nicht etwa, weil sie Juden sind“. Hatte Lenin im antisemitischen, Pogrom-bereiten Mob vom Schlage der „Schwarzhunderter“ noch den Feind des Proletariats gesehen, so behandelt Stalin diesen Mob zunehmend als bodenständigen Verbündeten gegen die kosmopolitisch-wankelmütige Intelligenzija. Wie Lenin zu verstehen ist, darüber entscheidet er ohnehin allein.

Schon Anfang der zwanziger Jahre, als sich Lenins Gesundheitszustand erheblich verschlechtert, kommt es zwischen Nadeschda Krupskaja, Lenins Lebensgefährtin, und Stalin zu einem heftigen Streit wegen dessen Verhängung einer Kontaktsperre über Lenin: Er solle sich gefälligst nicht in ihr Privatleben einmischen, fordert die Lehrerin; sie wisse schließlich besser, was für Lenin gut und was schädlich sei.

Im Bett dürfe sie darüber gern entscheiden, erwidert ihr rüde der Georgier, der den todkranken Lenin nicht mehr fürchten muss und bereits große Macht hat. Doch „mit dem Führer zu schlafen“ (Molotow will sogar gehört haben: „mit dem Führer aufs selbe Scheißhaus zu gehen“) heiße „nicht, ihn zu besitzen. Lenin gehört nicht nur Ihnen, er gehört auch der Partei. Vor allem der Partei“.

Anfang der dreißiger Jahre ist diese Partei in den Alleinbesitz Stalins übergegangen – und damit sowohl die Herrschaft im Lande als auch die absolute Deutungshoheit über jedes Wort, das Lenin jemals gesprochen oder geschrieben hat.

Arbeiter und Bauern, Schauspieler und Schriftsteller, Straßenbahnführer, Polizisten, Kutscher und Professoren – so notiert der tschechische Journalist J. E. Šrom, Korrespondent der „Prager Presse“, im



SOZIALISTISCHES LAGER In einem Mönchskloster auf der großen Solowezki-Insel im Weißen Meer wird das erste Straflager im Gulag-Universum eingerichtet – im Foto 1927/28 Neuankömmlinge im „Solowezker Lager für besondere Verwendung“, in das viele Intellektuelle deportiert wurden.

TOMASZ KIZNY COLLECTION

Gulag (Glawnoje uprawlenije lagerej = Hauptverwaltung der Lager) nannte sich das verborgene Universum der Stalinschen Straflager, das der Geheimdienst im Auftrag des Diktators schuf – wie ein Spinnennetz hatte es sich nach 1922 über das gesamte Land gelegt. Als Terror- und Strafvollzugsorgan war es ein wichtiges Instrument der Herrschaftssicherung, zugleich aber fest integrierter Bestandteil der sowjetischen Wirtschaft in der Stalinzeit. Vermutlich über 20 Millionen Menschen wurden zwischen 1930 und 1953 in den Lagern festgehalten. Wie viele von ihnen durch die unmenschlichen Haftbedingungen umkamen, ist bis heute nicht genau bekannt: Schätzungen reichen von 2 bis 14 Millionen. Neben den politischen Häftlingen saßen im Gulag Kriminelle, Spekulanten, Leute, die sich gegen die Zwangskollektivierung aufgelehnt, ohne Genehmigung den Arbeitsplatz verlassen, Eigentumsdelikte oder Passvergehen begangen hatten. Die Häftlinge errichteten ganze Städte wie die Nickel-Metropole Norilsk oder Komsomolsk-am-Amur, sie bauten Uran und Gold an der Kolyma im Fernen Osten ab oder gruben mit ihren Schaufeln den Weißmeer-Ostsee-Kanal.





TOLLKÜHNER DIPLOMAT
Georgij Tschitscherin (1872 bis 1936), vielsprachiger „Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten“, empfahl Stalin 1929, sich verkleidet im Ausland umzusehen, um die Illusionen der sowjetischen Propaganda zu erkennen. Erstaunlicherweise starb er eines natürlichen Todes.

März 1926 in einem vertraulichen Bericht für seine Regierung – „alle fürchten sich vor etwas, alle haben Angst, dass ein unvorsichtiges Wort für sie schlimmste Folgen haben könnte“.

Ein harmlos klingendes Kürzel ist die Chiffre des Schreckens. Die vier Buchstaben OGPU stehen für „Ossoboje Gossudarstwennoje Polititscheskoje Uprawlenije“, Besondere Staatliche Politische Verwaltung. So heißt die geheime Staatspolizei in der Nachfolge der Tscheka. 1934 verwandeln sich die furchteinflößenden Versalien abermals zu NKWD (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten) – nach dem Kriege dann zu KGB (Komitee für Staatssicherheit). Der Putinsche FSB (Föderaler Sicherheitsdienst) von heute knüpft als Ausspäh- und Inquisitionsagentur des Kreml an die Arbeit der Vorgänger-Geheimdienste an, auch wenn die Sowjetunion längst verschwunden ist und Russland zumindest formell demokratisch regiert wird.

Wie sah die Sowjetunion wirklich aus in jenen dreißiger Jahren, als Partei-Propagandisten das Volk mit der Losung „Stalin ist der Lenin unserer Zeit“ zu traktieren begannen?

Die von der Internationalen Arbeiterbewegung stets als sektiererisch ausgegrenzte Stalin-Doktrin vom „Sozialismus in einem Land“ besitzt inzwischen höchste ideologische wie praktische Priorität. Nach der diplomatischen Wieder-Anerkennung durch die Deutschen im Vertrag von Rapallo ziehen allmählich die anderen europäischen Staaten, allen voran Großbritannien, ihre Fahnen im roten Moskau auf. Die Periode internationaler Ächtung und Diskriminierung geht zu Ende. Die Sowjetunion tritt 1934 dem Völkerbund bei, um eine Tribüne zu besetzen, wo „Aggressoren entlarvt werden können“ (Stalin). In offiziellen Deklarationen setzt Moskaus Außenpolitik auf Frieden, Intensivierung von Handelsbeziehungen, Unterstützung nationaler Unabhängigkeitsbestrebungen – und auf die Warnung, „für jeden Schlag zwei Schläge an die Kriegstreiber austeilen“ zu wollen, „die versuchen, die sowjetischen Grenzen zu verletzen“ (Stalin).

Doch gleichzeitig tendiert das außenpolitische Interesse der bolschewistischen Hauptstadt-Elite gegen null: Das Hauen und Stechen innerhalb des Apparats um die richtige Parteilinie sowie das wirtschaftliche, organisatorische und politische Chaos in den riesigen Provinzen absorbieren all ihre Kraft. Statt internationale Präsenz zu zeigen, betreibt Stalin seine Weltpolitik zunehmend über die Kommunistische Internationale. Statt auf die Verhandlungskunst professioneller Diplomaten setzt er auf Revolutionsexport und handzahme, häufig ungebildete nationale KP-Kader.

Verzweifelt und vergeblich stemmt sich ein Mann gegen diese Entwicklung: Georgij Tschitscherin, der alte zuckerkranke Menschewik, der sechs Jahre älter als Stalin ist und einst noch als Titularrat im zaristischen Außenministerium gedient hat. Er spricht fast alle europäischen Sprachen, hat die Verträge mit Deutschland sowohl in Brest-Litowsk wie in Rapallo unterzeichnet, fast zwölf Jahre lang als Trotzkis Nachfolger das sowjetische Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten geleitet und in seinem Amt eine spartanische Klause bewohnt.

Tschitscherin verurteilt die Beflissenheit des Kreml, besonders das Verhältnis zu Deutschland von den wechselnden Beziehungen zur KPD abhängig zu machen: Es sei „zutiefst verlogen“, schreibt er bereits Mitte 1929 aus der Kur in Wiesbaden an Stalin, „die internationale Lage der UdSSR zu untergraben oder in Gefahr zu bringen, nur um der holprigen Agitation des Genossen (und KPD-Chefs) Ernst Thälmann aufzuhelfen“.

Und der Kosmopolit Tschitscherin entwickelt eine geniale Idee, die – wäre sie nicht Papier geblieben – den Geschichtsverlauf hätte ändern können: Stalin solle sich, wie einst Zar Peter der Grosse, inkognito im zivilisatorisch fortgeschrittenen Westen umtun: „Wie gut wäre es, wenn Sie, Stalin, nachdem Sie Ihr Äußeres verändert haben, für einige Zeit im Ausland reisen würden. Mit einem wirklichen Dolmetscher, keinem tendenziösen. Dann könnten Sie sich mit den Realitäten vertraut machen. Und mit dem Preis, den die Schreie vom angeblichen Herannahen der letzten Schlacht haben. Dann stünde der empörende Unfug der ‚Prawda‘ in seiner ganzen Nacktheit vor Ihnen.“

Doch Stalin bleibt zu Hause. Er und seine Genossen kommen selten aus dem Kreml heraus und



LENINS WITWE
Nadeschda Krupskaja (l., 1869 bis 1939) wurde von Stalin (4. v. l.) und dessen Gefolgsmann Molotow (2. v. l.) immer verächtlicher behandelt, nachdem ihr Mann todkrank geworden war. Die unbequeme Zeugin stand diesen selbsternannten „Leninisten“ im Weg.

AKG (L.); RUSSIAN LOOK (U.)



JUBEL-RITUAL
Kollektive Auftritte wie die der Uniformierten, die hier in Leningrad vor der Parade zum 1. Mai 1933 Leuchtraketen abfeuern, gehörten zum „Aufbau des Sozialismus“.

LENSOVIET

kaum je mit dem Alltag des eigenen Landes in Berührung. „Sie verschlafen alles“ in ihrer „Beschränktheit“, spottet Tschitscherin übers heilige Politbüro, als es einen Antrag auf sowjetische Unterstützung für den antibritischen König von Afghanistan, Amanullah, kurzerhand von der Tagesordnung absetzt: Staatsoberhaupt Michail Kalinin, ein revolutionärer Schlosser aus den Petersburger Putilin-Werken, will nichts wissen von Diplomatie am Hindukusch, dafür aber alles über den Bau einer Landstraße zu den Moskauer Vororten.

Wortgewaltig kritisiert Tschitscherin die fortwährenden Säuberungen, die sein Amt nur beim Arbeiten störten. So etwas riskiert in anderen Politikbereichen schon längst keiner mehr. Nicht in den Gewerkschaften, nicht in den Regionen, nicht in der Armee, deren Enthauptung unmittelbar bevorsteht – nirgendwo auf den Korridoren der Macht. Dafür liegen die Folterwerkzeuge der Diktatur zu sichtbar bereit.

Ein Vierteljahr nach Lenins Tod erhält die „Hauptverwaltung für Literatur- und Verlagsangelegenheiten“ (Glawlit) per neuem Pressegesetz alle Kontroll- und Zensurbefugnisse, die kennzeichnend sind für einen totalitären Staat. Ferngesteuert von Stalins Geheimpolizei ist künftig kein Anlass zu klein, kein Thema zu unbedeutend, um nicht umgehend Verbotsreflexe auszulösen.

So sind plötzlich „Mitteilungen über Selbstmorde“ infolge von „Arbeitslosigkeit und Hunger“ untersagt (1925), Tanzveranstaltungen durch Glawlit genehmigungspflichtig (1926), die Veröffentlichung genauer Fahrtrouten und Auftrittsorte von Regierungsmitgliedern verboten, Filmvorführungen auf dem Lande mit der OGPU abzustimmen (1926), Funkstationen und besonders deren Mikrofone zu bewachen wie militärische Einrichtungen (1927). Der Export von Bibeln aus Deutschland ist nicht mehr gestattet (1928), Werke des Dichters Michail Lermontow sind aus öffentlichen Bibliotheken zu entfernen (1931) – und so weiter, schier ohne Ende.

Tausende solcher Gängelungen und Verbotsvorschriften berichten beredter über die Periode des „großen Umschwungs“ als viele Auftragsschreibereien jener Jahre – von Fjodor Gladkows „Zement“ (1925) bis zu Wassilij Iljenkows „Triebachse“ (1932). „Wenn wir unsere Kräfte nicht bis zum Heldentum steigern“, erkennt am Romanende Gladkows Held Gleb Tschumalow, „dann gehören wir alle am Glockenturm aufgehängt.“ Ein literarischer Persilschein für Stalin, den Menschenverächter und obersten Antreiber auf der Großbaustelle Sowjetunion. Der Autor darf dafür denn auch, dekoriert mit zwei Stalinpreisen, friedlich im Bett seiner Moskauer Nomenklatura-Wohnung sterben.

Natürlich ist nicht alles Nötigung oder inszenierter Heldenkult, was die Stalinschen Fünfjahrpläne an industrieller Schweißauspressung generieren. Gewiss gab es daneben auch nach 10, 15 Jahren sowjetischer Praxis noch die Faszination des Umbruchs, das Hochgefühl sozialistischen Neubeginns, den Taumel industriellen Fortschritts.

In den Komsomol-Brigaden des riesigen Wasserkraftwerks Dnjeproges beispielsweise, das zwischen 1927 und 1932 bei Saporoschje in der südlichen Ukraine errichtet wird. Oder auf den Baustellen der Turksib, jener in rücksichtslosem Akkord über 1452 Kilometer gezogenen Eisenbahnlinie zwischen dem ehemaligen Turkestan und Sibirien. Oder bei der Rekordmontage der Landmaschinenfabrik in Rostow, die 1930 ebenso vorfristig in Betrieb geht wie das nach dem Tscheka-Chef Felix Dserschinski benannte Stalingrader Traktorenwerk.

Zum wichtigen Katalysator einer „lichten Zukunft“, eines „fröhlicheren Lebens“, ja generell

PROZEDUREN

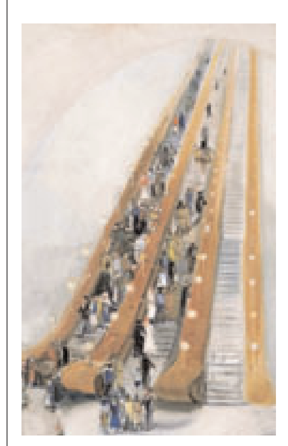
- Den Schädel mit einem Eisenring zusammenpressen;
- den Angeklagten in ein Säurebad tauchen;
- ihn nackt und gefesselt Ameisen oder Wanzen aussetzen;
- ihm eine glühende Stahlrute in den After treiben („Geheimstempel“);
- langsam mit dem Stiefel seine Geschlechtsteile zertreten.

Einige typische sowjetische Foltermethoden in den dreißiger Jahren, aufgezählt und beschrieben in ALEXANDER SOLSCHENIZYN, „Der Archipel Gulag“.





AUFBAUSCHLACHT Rücksichtslose Antreiberei mischt sich noch mit echtem Enthusiasmus der ersten sowjetisch erzogenen Generation, als gigantische Industriekomplexe aus dem Boden gestampft werden: Ein junger Arbeiter ist 1929 gerade an der Baustelle des Hüttenwerks Magnitogorsk im Ural angekommen, am Dnjepr geht 1932 das größte Wasserkraftwerk der Welt in Betrieb.



PRESTIGEPROJEKT METRO Die Strecken der Moskauer Metro wurden unter unsäglichen Bedingungen gebaut, die Stationen wie Paläste der Werktätigen mit Marmor ausgekleidet – ein Ölgemälde von Alexander Labas (1935) dient ihrem Ruhm.

„menschlichen Glücks“ ernennt eine emsige Parteipropaganda jene neue, „Stalinsche“ Verfassung, die der 8. Außerordentliche Sowjetkongress am 5. Dezember 1936 einmütig zum Grundgesetz des Landes macht.

In Moskau versammeln sich Belegschaften von Großbetrieben unter Transparenten mit der Aufschrift „Es lebe die Verfassung der Freiheit, der Freude und des Glücks“. Im Kolchos „Roter Kämpfer“ des Woronescher Gebietes begrüßen alle Bauern „mit Freude“ die Verfassung und überhaupt „alle Gedanken des Genossen Stalin“. Besonders jenen, dass keiner, der nicht am Sozialismus baut, mitessen darf von jenen angeblich „acht Milliarden Pud Brotgetreide (gut 131 Millionen Tonnen), die wir Kollektivbauern dem Lande geben“.

Die ideologische Liturgie verlangt nicht nur die Erfüllung, sondern die Übererfüllung der Wirtschaftspläne: 1936 beispielsweise sind jedem Bediensteten der sowjetischen Eisenbahn vom Plan 310 000 „Tonnenkilometer“ aufgegeben. Doch er schafft sogar 354 810 und damit eine propagandistisch bejubelte Planerfüllung von 114,4 Prozent.

Von Propaganda weit weniger ausgeleuchtet dagegen eine düstere Gegenwelt, ohne die viele Großbaustellen so wenig zu vollenden gewesen wären wie die Pyramiden oder das siebentorige Theben des Altertums: das Imperium der Straflager, kurz Gulag.

Nur als Stalins Unterdrückungspersonal noch glaubt, dem Volk sein Treiben als Besserungsarbeit und Kriminalitätsprophylaxe verkaufen zu können, wird ein Prestige-Objekt offen als gigantische Zwangsarbeit mit humanistischer Zielsetzung beworben – der Bau des Ostsee-Weißmeer-Kanals: Auf Plakaten des Jahres 1932 hantieren muskulöse Gestalten emsig mit Spaten und Montiereisen. „Kanal-Soldat“, steht da, „durch heiße Arbeit schmilzt Deine (Haft-)Zeit.“

120 000 Häftlinge schinden sich unter unmenschlichen Bedingungen für die Wasserstraße, die niemals wirtschaftliche Bedeutung erlangt; jeder zehnte verliert dabei sein Leben.

Später wird aufs Vorzeigen, gar auf Heroisierung der Sklavenarbeit verzichtet. Die Kohlegruben in Sibirien, die „fliegenden“ Holzfäller-Lager zwischen der Weißmeerküste und Wologda, das Chemiekombinat von Solikamsk, die Steppenlager in Kasachstan, der Lagerverband für den Bau der Transsib und der Baikal-Amur-Eisenbahn mit seinen 260 000 Gefangenen, das Nickelkombinat von Norilsk nördlich des Polarkreises – sie alle kommen bereits ohne überflüssige Publizität aus.

Doch auch ohne darüber in den Zeitungen der Partei zu lesen, weiß der Sowjetbürger, wem in vielen Fällen die wirtschaftlichen Erfolge zu verdanken sind. Jedenfalls nicht seinen „Subbotnik“ genannten unfreiwillig-freiwilligen Sonderschichten, an denen sich der Lyriker Wladimir Majakowski kurzfristig berauscht hat: „Hart ist der Winter. Die Kälte ist groß. Am Leib unsre Blusen, die schweißigen. Wir Kommunisten stapeln den Stoß Holz am Subbotnik, am fleißigen.“

1930 ist die Stoßarbeit des Dichters für Stalins Sozialismus beendet. Majakowski erschießt sich, „quitt mit dem Leben“, unter bis heute nicht geklärten Umständen. Im selben Jahr schreiben „Arbeiter und Angestellte“ dem Generalsekretär Stalin einen anonymen Brief; die Genossen der OGPU registrieren einen Moskauer Poststempel und strafwürdige Offenheit. „Seit 13 Jahren“, heißt es da, „verordnen Sie der russischen Bevölkerung alle möglichen Experimente. Sie lassen sie in Hunger und Kälte und Rechtlosigkeit verfaulen, Sie überziehen sie mit Terror und Beleidigungen … Gehen Sie doch einmal inkognito in die Städte (von Moskau bis Wladiwostok) und Dörfer aller Republiken und hören Sie die Flüche, mit denen Arbeiter und Bauern Sie bedenken. Anders als ‚Schurken‘ und ‚Banditen‘ nennt Sie dort niemand.“

Gewaltige Sammlungen von Dossiers und Spitzelberichten der Geheimpolizei belegen, dass der Personenkult um den „geliebten Stalin“ weit mehr obrigkeitliche Inszenierung ist als Herzenssache des einfachen Volkes und seiner geliebten Dichter.

Niemand hat den Stalin-Mythos so eindringlich gegen den propagandistischen Strich gebürstet wie der russisch-jüdische Lyriker Ossip Mandelstam in seinem berühmten, nur heimlich kolportierten Gedicht aus dem Jahr 1933. Weil Stalin väterlicherseits vom wilden kaukasischen Bergvolk der Osseten abstammte, tritt er darin als „Bergmensch“ auf:
Und wir leben, doch die Füße, sie spüren keinen Grund, / Auf zehn Schritt nicht mehr hörbar, was er / spricht, unser Mund, / doch wenn's reicht für ein Wörtchen, ein kleines – / Jenen Bergmenschen im Kreml, ihn meint es. / Nur zu hören vom Bergmenschen im Kreml, dem Knechter, / vom Verderber der Seelen und Bauernabschlächter. / Seine Finger wie Maden so fett und so grau, / Seine Worte wie Zentnergewichte genau. / Lacht sein Schnauzbart dann – wie Küchenschaben, / Und sein Stiefelschaft glänzt hocherhaben. / Um ihn her – seine Führer, die schmalhalsige Brut, / Mit den Diensten von Halbmenschen spielt er, mit Blut. / Einer pfeift, der miaut, jener jammert, / Doch nur er gibt den Ton – mit dem Hammer. / Und er schmiedet, der

MAX ALPERT (L.O.); NOVOSTI (R.O.); STAATL. TRETJAKOW-GALERIE, MOSKAU / SCHIRN KUNSTHALLE, FRANKFURT (L.U.)

Hufschmied, Befehl um Befehl – / In den Leib, in die Stirn, dem ins Auge fidel. / Jede Hinrichtung schmeckt ihm – wie Beeren, /
Diesem Breitbrust-Osseten zu Ehren.

Verbannung und eine spätere Verurteilung zu fünf Jahren Lagerhaft sind der Preis für diese Dichtung, deren Kenntnis auch Mandelstams Gönner Bucharin mit in den Tod reißt. Mandelstam selbst stirbt Ende 1938 in einer Krankenbaracke bei Wladiwostok. Doch davon weiß die Öffentlichkeit der westlichen Demokratien nichts – und so lässt sie sich vom propagandistischen Spektakel ebenso blenden wie von gigantischen ökonomischen Erfolgsziffern, mit denen die sowjetische Statistik Jahr für Jahr aufwartet.

Eine angeblich um das 19fache hochgefahrene Industrieproduktion allein zwischen 1924 und 1937: Mit einem Warenwert von 103 Milliarden Rubel, siebenmal so viel wie die Industrie unterm Zaren im letzten Friedensjahr vor dem Ersten Weltkrieg zu produzieren imstande war. Landwirtschaftliche Erzeugung – seit 1913 um das Anderthalbfache gestiegen. „Wir wollen nicht übertreiben", frohlockt 1935 Wjatscheslaw Molotow, Stalins Schatten, den sie in der Partei den „steinernen Hintern" nennen, aber die Werktätigen wüssten längst, „dass unser Land auf dem Wege ist, reich zu werden".

Apparat-Rhetorik sechs Jahre vor dem nächsten Krieg, der die letzten Reserven aus dem Land herausquetscht – kaum zwei Jahre nach der grausamen, von Molotow mitverschuldeten Hungersnot in der Ukraine. Aus dieser einstigen Kornkammer Russlands hatten Zwangsenteignung und Zwangskollektivierung, drakonische Getreideabgabe-Quoten und brutale Polizeiaktionen auf dem Lande binnen fünf Jahren ein Siechenhaus gemacht, in dem 3,7 Millionen Menschen qualvoll umkamen.

Während Molotow in Vorstellungen von zukünftigem Reichtum und Überfluss schwelgt, verschafft sich sein Genosse Jan Gamarnik, Armeekommissar und Chef der militärischen Polit-Verwaltung, ein Bild von der tatsächlichen Lage. Regelmäßig müssen sämtliche Wehrkreise detaillierte Berichte über die Stimmung in der Truppe liefern – und die ist in der Ukraine auch noch im April 1935 miserabel.

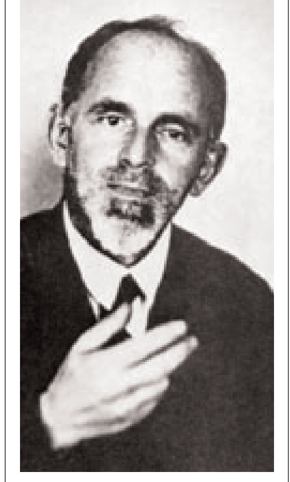
Er „glaube nicht, was über die Parteitage so geschrieben wird", räsoniert Rotarmist Masurkewitsch, „solange meine Mutter vom ständigen Hunger ganz aufgedunsen ist". Kommandeur Kurilenko, ebenfalls vom Lande, weiß von vielen Hungernden daheim und meint, den Bauern würde „es besser gehen, wenn sie noch individuell wirtschaften könnten wie 1926, 1927". Soldat Kolodko fragt sich sogar, „warum ich dieses Land überhaupt noch verteidigen soll, wo sie von zu Hause schreiben, dass es nichts mehr zu Essen gibt".

Doch die meisten Polit-Offiziere sorgen sich nur noch um die eigene Karriere. Statt politischer Anwalt ihrer Bauern-Soldaten zu sein, die im Vergleich zu Zivilisten wenigstens noch 175 Gramm Fleisch täglich erhalten, reichen sie die Dossiers an Geheimdienststellen weiter, die jede Kritik an schlechter Versorgung und am Lebensmittelkarten-System erbarmungslos im Keim ersticken.

Stalin hat angeordnet, Lebensmittel-Reserven dort zu konzentrieren, wo Schlüsselindustrien aufgebaut werden. Wer nicht für die Industrialisierung arbeitet, braucht auch nicht zu essen, heißt die Logik. Das ist bei einer Bevölkerungsverteilung von etwa 40 Millionen Menschen in den Städten und rund 120 Millionen auf dem Lande brutalster Sozialdarwinismus. „Stalin steht auf der Tribüne, hält den Hammer mit der Sichel", dichteten die Dörfler der dreißiger Jahre, „unter ihm, da liegt der Bauer, ohne Hemd und ohne Hose."

Ein tollkühner Arbeiter namens Bogomolow schreibt Mitte der dreißiger Jahre in einem Brief an Stalin, was ein trister Dorfladen mitten in Zentralrussland so im Angebot hat: „Gutes Salz ist Mangelware. Nur ungemahlenes gibt es, solche Klumpen, fürs Vieh. Seife ist schon seit einem Monat aus. Schuhsohlen, eine wichtige Sache für Bauern, gibt es auch nicht. Vorhanden sind gegenwärtig drei Taschentücher, zehn Paar graue Filzstiefel und ein halbes Regal voll Wodka."

Wo hart erarbeitetes Geld nichts mehr kaufen kann, werden spezielle Versorgungseinrichtungen für spezielle Bevölkerungsgruppen rasch zu zusätzlichen Instrumenten politischer Disziplinierung. Wer 1932 als Bewohner des Regierungshauses am Moskauer Bolotnaja-Platz Anspruch auf eine Sonderration, genannt „Spez-Pajok", hat, erhält monatlich vier Kilogramm Fleisch und die gleiche Menge Wurst, drei Pfund Butter, zwei Liter Pflanzenöl, sechs Kilogramm frischen Fisch und zwei Kilogramm Heringe, je drei Kilogramm Zucker und Mehl, drei Kilogramm Nudeln, acht Dosen Konserven, 20 Eier, zwei Kilogramm Käse, ein Kilogramm Kaviar, 50 Gramm Tee, 1200 Zigaretten, zwei Stück Seife und



RUSSLANDS TRAGISCHER DICHTER Ossip Mandelstam (1891 bis 1938) war der wohl bedeutendste russische Poet des 20. Jahrhunderts. Er wollte an der Seite der kleinen Leute stehen und versuchte an die Revolution zu glauben – doch mit einem vernichtenden Gedicht gegen Stalin schrieb er sein Todesurteil.

INTERFOTO

Stalins Kollektivierung der Landwirtschaft trieb Millionen in den Hungertod.

MIT FÄUSTEN UND FORKEN

✦

Das Bild, das sich dem französischen Ex-Premierminister Edouard Herriot im August 1933 bei einem Besuch in der Ukraine bot, war erfreulich. In kollektiven Landwirtschaftsbetrieben, den Kolchosen, begrüßten ihn wohlgenährte Bauern. Bäcker fuhren frisches Brot aus. Die sowjetischen Gastgeber servierten dem Gourmet mehrgängige Menüs und erlesene Weine. Wunschgemäß dementierte der Linkspolitiker in einem Interview in der „Prawda" die „Lügen der bourgeoisen Presse über die Hungersnot in der Sowjetunion".

Herriot ahnte nicht, dass die Bäcker Mitarbeiter der sowjetischen Geheimpolizei OGPU waren, dass findige Regisseure ihn durch abgesperrte Straßen fahren ließen: dass er Opfer einer aufwendigen Inszenierung geworden war.



KRIEG GEGEN RUSSLANDS BAUERN
Mit unerhörter Brutalität wurde von 1929 an die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft durchgesetzt. Das führte zum Zusammenbruch der Agrarproduktion und zum Hungertod von Millionen Menschen – wie dieses Ukrainers um 1930.

Ausländer, die ständig im Lande lebten, wussten mehr als der kurzzeitige Gast. Andor Hencke, deutscher Konsul in Kiew, sah zur selben Zeit in der ukrainischen Hauptstadt immer wieder „apathische, ausgezehrte, elende Menschen", von denen viele vor Schwäche auf der Straße zusammenbrachen und starben. In den Jahren 1932/33 verhungerten in der Sowjetunion bis zu sieben Millionen Menschen. Der Grund für die Katastrophe war eine brachiale Wende in der Politik der sowjetischen Führung.

Den Sieg über die weißgardistischen Gegner im russischen Bürgerkrieg hatten die Bolschewiki vor allem deshalb errungen, weil sie zuvor die dringendste Forderung der Bauern erfüllt hatten – eigenen Landbesitz. Ende der zwanziger Jahre jedoch drangsalierte der Sowjetstaat die Privatbauern zunehmend durch minimale Erzeugerpreise und Zwangsabgaben. Als daraufhin immer mehr Landwirte – vor allem wohlhabendere und tüchtige Bauern, die sogenannten Kulaken – begannen, aus Verzweiflung Rinder, Schweine und Pferde abzuschlachten, verkündete Stalin im Dezember 1929 die „Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse". Der Diktator sah im selbständigen Bauerntum, das die Ernte als Eigentum betrachtete, Potential für eine „Restauration des Kapitalismus".

Stalin ließ Trupps aus Parteifunktionären und Mitgliedern der Geheimpolizei OGPU in die Dörfer einrücken. Sie zwangen die Landbevölkerung, Großbetriebe zu gründen. Die Kulaken – oder wen Kommunisten vor Ort dafür hielten – wurden vertrieben, viele kamen um. Das Land sollte kollektiviert werden. Koste es, was es wolle.

Rote Terror-Trupps beschlagnahmten bei Bauernfamilien oft das letzte Getreide. Russlands Kornkammern wurden zur Hungerzone. Bewaffnete Geheimdienstler verstellten Flüchtlingen, die aus ihr ausbrechen wollten, den Weg. Vielerorts wehrte sich die Bevölkerung mit Fäusten, Forken und Messern. Allein in den Jahren 1929 und 1930 zählte die OGPU auf dem Lande 22 887 „terroristische Akte", bei denen 1100 Funktionäre umkamen. Auf spontanen Protestversammlungen traten vor allem mutige Bauersfrauen auf. Immer wieder erklangen, wie Geheimdienstberichte belegen, Rufe gegen die Sowjetmacht und die Parole „Schlagt die Kommunisten". Die OGPU verschleppte Widerständler in Straflager und erschoss mutmaßliche Protestführer oft vor Ort. Die Zwangskolchosen führten zunächst ein kümmerliches Dasein.

Wie es in einer Musterkolchose zuging, sah Klaus Mehnert, damals 24 Jahre alt, später einer der deutschen Russlandexperten. Mit zwei jungen russischen Freunden besuchte er einen gerade gegründeten Kollektivbetrieb in der Nähe von Saratow. Seine Erlebnisse beschreibt er in seinem 1932 erschienenen Buch „Die Jugend in Sowjetrussland":

Junge Männer zwischen 18 und 30 Jahren fehlten im Dorf, sie waren zu den großen Industriebaustellen abgewandert oder dienten in der Armee. Selbst den Honig mussten die Imker der Kolchose restlos abliefern, niemand im Dorf bekam etwas davon.

Mehnert konnte an einer Kolchosenversammlung teilnehmen. In einer kleinen Hütte hatte der von der Kommunistischen Partei eingesetzte Kolchosvorsitzende knapp einhundert Dörfler versammelt, um ihnen die „Vergesellschaftung" der Kälber zu verkünden. Mehnert erlebte einen „Sturm der Empörung", weil die Bauern fürchteten, die Tiere würden verwahrlosen und umkommen.

„Eng und drohend", so Mehnert, „umstand die Mauer der Bauern den kleinen wackligen Tisch, und immer schwerer wurde es dem Vorsitzenden, sich Gehör zu verschaffen." Die in Lumpen gekleideten Bauern beklagten lautstark, dass sie nicht einmal Schuhe, Seife und Kopftücher bekämen und zeigten ihr zerfetztes Schuhwerk.

Erst Jahre später konnten sich die Kolchosbauern mit Hilfe von Traktoren und Dreschern mühsam aus dem Elend herausarbeiten. Doch die meisten der gigantischen Kolchosen blieben ineffektiv – nur staatliche Subventionen schoben den Ruin bis zum Ende der Sowjetunion hinaus.

Uwe Klussmann

DAVID KING COLLECTION

täglich 800 Gramm Brot und einen Liter Milch. Alles war „beinahe kostenlos“, notiert sarkastisch eine neuere Studie zur Bevölkerungsversorgung in jener Zeit, „und man konnte durchaus davon satt werden“.

Doch obwohl für alle Nichtprivilegierten der Hunger eine Alltagserfahrung ist, obwohl die Listen enttarnter Volksfeinde und die Schlangen verzweifelter Angehöriger vor der Geheimdienst-Zentrale am Moskauer Lubjanka-Platz immer länger, die Heere der Jasager und Zuträger immer größer werden, obwohl sich über Gegenwartskunst, Literatur und Theater der graue Nebel ideologischer Monotonie senkt, ist es für viele Zeitgenossen eine große Zeit, die größte ihres Lebens.

Sie schauen durch die sich zunehmend menschenverachtend gebärdende Ein-Mann-Diktatur gleichsam hindurch, spüren ausländischen Respekt vor neuer Stärke und den inneren Bann permanenter Erfolgsmeldungen, die Ansprüche auf eine Weltmacht-Rolle und globalen Einfluss mehr als plausibel zu machen scheinen: hohe ökonomische Zuwachsraten von jährlich 16 Prozent und mehr, Selbstversorgung mit Traktoren und anderer Agrartechnik, eine gigantische Bildungsoffensive, die binnen eines Jahrzehnts den Analphabetismus im Lande mehr als halbiert und 1927 mit Schüler- und Studentenzahlen (10,7 Millionen und 169 000) aufwartet, die Resultate zaristischer Akademikerausbildung weit hinter sich zurücklassen.

Wo es den Anschein hat, dass unentwegt gewaltige Erfolge errungen, Aufgaben von historischer Größe bewältigt werden, scheint vielen grobes, ja grausames Staatsgebahren hinnehmbar, mitunter sogar geboten zu sein. Und umgekehrt trägt das unfassbare Ausmaß der Apparatgewalt zu einer mitunter grotesken Umwertung uralter Ängste bei:

Als beherzte Ärzte 1939 von Moskau eine drohende Pest-Epidemie abwenden, wird auch ein älterer Mediziner wegen Kontaktverdachts vom Geheimdienst in Quarantäne geschafft – auf bewährte Art: frühmorgens, ohne Erklärungen, mit der knappen Weisung, nur das Nötigste mitzunehmen. Der Mann ist verwirrt, weiß nicht, was „dort“ vonnöten ist und noch weniger, was er sich hat zuschulden kommen lassen. Als er endlich von der Isolierstation seine Frau anrufen darf, tut er es mit folgenden, von dem berühmten Pathologen Jakow Rapoport überlieferten Worten: „Sorge dich nicht, meine Teure, es ist nicht das Schreckliche, was wir befürchtet haben – es ist nur die Pest.“

Aber auch jenseits solcher Ausnahmesituationen scheinen Defizite an persönlicher Freiheit und bürgerlichen Rechten für Millionen akzeptabel, solange sie sich als innere und äußere Stärke des Staates darstellen lassen. Allenfalls Minderheiten haben eine Vorstellung von diesen Werten einer vom römischen Recht geprägten Zivilisation, die jahrhundertelang nur als ideologische Kontrabande ins orthodoxe Russland gelangen konnten. Deshalb vermisst kaum einer, was er niemals oder nur kurz geschmeckt hat.

Und deshalb blieb vielen Russen die Kritik unverständlich, Stalins Konzept für Modernisierung und Industrialisierung sei, ganz abgesehen vom Aspekt der damit verbundenen Massenverbrechen, weder besonders effektiv noch kostengünstig gewesen. Berücksichtige man den immer noch erbärmlichen Lebensstandard der Menschen, schrieb beispielsweise der deutsche Sozialhistoriker Richard Lorenz bereits in den siebziger Jahren, „hat die Sowjetunion unter Stalin den teuersten Weg zur Industriegesellschaft eingeschlagen“.

Doch die Angemessenheit des Preises wird immer strittig bleiben. Denn niemand kann ausschließen, dass alle anderen Wege wenige Jahre später in die Niederlage gegenüber der nationalsozialistischen Aggression aus Deutschland geführt hätten. ✦



ORDENS-SCHWEMME
Waren die frühen nachrevolutionären Jahre noch vom Gleichheitsideal der Utopie geprägt, so brachte die Industrialisierungsära immer neue Orden und Signets wie die für „Stoßarbeiter des Stalinschen Aufrufs“ hervor.

„Unsere Lokomotive fährt voran zur Station Kommunismus. Wir kennen keinen anderen Weg. In unseren Händen, Karabiner.“

Sowjetisches Lied.



GEORGIJ SELMA (R.)

MENSCHEN NEUEN TYPS
Glückstrahlend und vereint einer lichten Zukunft entgegen – so gehen die Bürger der Sowjetunion, der offiziellen Propaganda und dem Foto von 1932 zufolge, durchs Leben. „Ich kenne kein anderes Land, wo der Mensch so frei atmet“, heißt es in einem bekannten Sowjetlied aus den dreißiger Jahren. Die Allgegenwart dieser Ideologie, verbunden mit völliger Unkenntnis der Welt jenseits der Grenzen, zeigte Wirkung: Es entwickelte sich, so der Kritiker Andrej Sinjawski, ein anthropologisch neuer Typ: „Der selbstzufriedene Sklave“.

In einem 1931 eröffneten Wohnkomplex gegenüber dem Kreml wohnten Opfer der Stalinschen Säuberungen Tür an Tür mit ihren Henkern.

DAS HAUS DES SCHRECKENS

✦

Immer wenn der Wind aus Südwesten kommt, zieht der süße Duft der Schokoladenfabrik „Roter Oktober“ in die Treppenaufgänge der Wohnanlage gegenüber dem Kreml. „Haus am Ufer“, sagt der Volksmund. Im Herbst 1937 weht der kalte Wind mit dem Geruch auch bunte Blätter in die Korridore. Der graue Komplex ist fast leergeräumt – sechs Jahre nachdem die Parteikader in den Neubau eingezogen sind. Wohnungstüren stehen offen, Fenster schlagen auf und zu.

„Es war ein schreckliches Jahr“, wispert die 78-jährige Rada Chruschtschowa, Tochter des Stalin-Nachfolgers Nikita Chruschtschow. Sie sitzt gedankenverloren auf dem Diwan im Salon ihrer Wohnung. An der Wand hängt das Porträt ihres Vaters, der einmal der mächtigste Mann der Sowjetunion war.

Die kleine, weißhaarige Frau war gerade sieben Jahre alt, als ihre Nachbarn verschwanden. „Es war so dunkel im Haus, wenn wir am Abend im Hof spielten“, erinnert sie sich. „Nur hinter wenigen Fenstern brannte noch Licht.“

Wie die kleine Rada tobt damals auch die achtjährige Margarita Michailowa zwischen den Springbrunnen umher. Am liebsten spielt sie „Kosaken und Räuber“. Wie kein anderes Kind kennt sie die Verstecke in den verschachtelten Treppenhäusern. Das Mädchen mit den blauen Augen lebt im Seitenflügel gegenüber dem Treppenaufgang der Chruschtschow-Familie. Die Nachbarn sind verschwunden, Stille herrscht im Flur. An Rada kann sich die heute 79-jährige Michailowa nicht erinnern. Doch ihre Väter kannten sich gut.

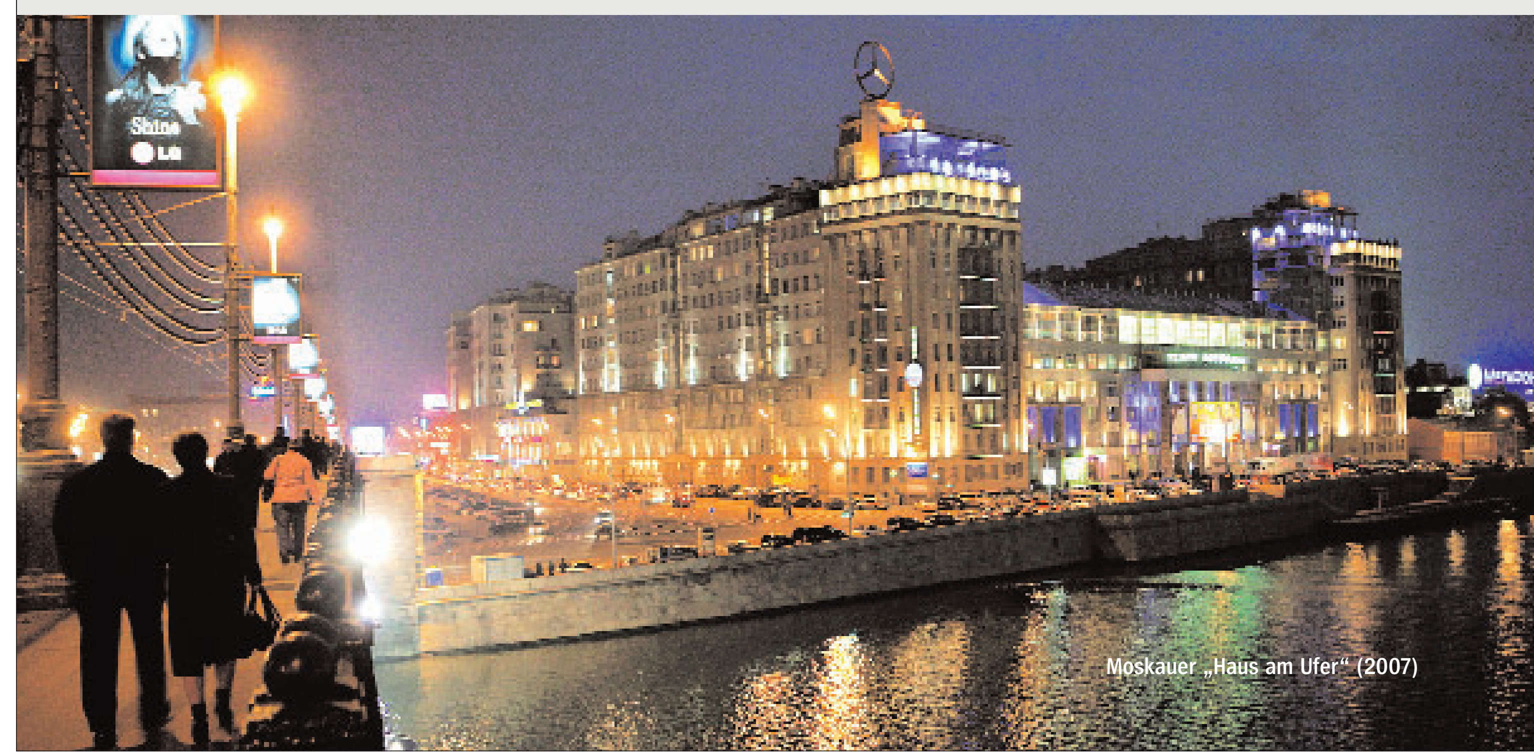
Nikita Chruschtschow steigt 1934 zum ersten Sekretär des Parteikomitees von Moskau auf. Der mächtigste Mann der Hauptstadt ist auch für Neubauten zuständig. Margaritas Vater Wassilij Michailow, als Bauleiter für das gigantische Jahrhundertprojekt „Palast der Sowjets“ verantwortlich, muss seinem Nachbarn Chruschtschow immer wieder die Pläne vorlegen.

Als die dunkelgekleideten Männer des Geheimdienstes NKWD im September 1937 Margaritas Vater verhaften, ist Parteisekretär Chruschtschow die letzte Hoffnung des Mädchens. Am Abend wartet sie mit ihren Schwestern Julija und Nadja sowie der Mutter Nadeschda vergebens auf den Vater, doch der große Mann mit dem Schnauzbart kommt nicht nach Hause. Stattdessen dringen vier Männer in Lederjacken in die Wohnung ein. Sie beschlagnahmen die Tagebücher der Großmutter, zerreißen die Gedichte der 15-jährigen Schwester, die sie in ihre Schulhefte gekritzelt hat. „Sie haben meine Puppe gegen die Wand geworfen“, erinnert sich die alte Dame. „Der Porzellankopf zersplitterte.“ Sie hat Tränen in den Augen. Als „Missgeburt eines Volksfeindes“ beschimpfen sie die Männer damals.

Am nächsten Tag schreibt das verzweifelte Mädchen einen Brief an Chruschtschow, den Chef ihres Vaters. Stundenlang hockt sie vor der Wohnung Nummer 196, bis der Kahlkopf mit Leibwächtern erscheint. „Schafft sie weg“, kommandiert er.

Was Margarita nicht ahnt: Der Stalin-treue Moskauer Parteichef hat die Festnahme höchstpersönlich angeordnet. Um sich für weitere Karriereschritte zu empfehlen, überbietet er die vom Politbüro vorgegebene Norm von 35 000 zu verhaftenden „Volksfeinden“, von denen 5000 zur Exekution vorgesehen sind. Er meldet 41 305 Verhaftungen und 8500 Hinrichtungen – und rückt als Plan-Übererfüller 1938 zum Parteichef der Ukraine auf.

Im „Haus am Ufer“ leben Opfer und Täter Tür an Tür: Sie speisen in derselben Kantine, lassen in derselben Wäscherei



Moskauer „Haus am Ufer“ (2007)





DÜSTERE ERINNERUNGEN verbindet Frau Michailowa (l.) mit ihrer Kindheit in dem für die Sowjet-Elite gebauten Haus. Als Tochter eines Täters hatte Frau Chruschtschowa (r.) mehr Glück – sie blieb verschont und begriff erst viel später.

ihre Hemden reinigen. Ihre Kinder spielen im selben Innenhof – und spüren, dass etwas Schreckliches vor sich geht. „Sprecht mit niemandem über irgendwas", hat Vater Michailow seiner Tochter Margarita eingeschärft. Ihre Freundin Maja, Tochter des Volkskommissars für das Eisenbahnwesen Lasar Kaganowitsch, flüstert ihr zu: „Das Haus ist voller Spitzel." Der Portier an der Treppe, der die Gäste in ein dickes Buch einträgt, der Fahrstuhlwärter, der jeden bis zur Wohnungstür begleitet.

Es gibt kein Wohngebäude in Moskau, in dem Utopie und Schrecken der Stalinzeit bis heute so deutlich zu spüren sind. Der 1931 fertiggestellte Komplex galt als Versuchslabor einer kommunistischen Sozialgemeinschaft. Die Führungsriege der Partei, des Militärs und der Regierung zog damals in das Bonzenbollwerk ein. Und auch Stalin selbst ging im „Haus am Ufer" ein und aus, um seine Tochter Swetlana zu besuchen.

In der Gesellschaft der Zukunft soll es keinen Individualismus mehr geben. Deswegen sind alle Wohnungen gleich geschnitten und mit einheitlichen, sorgfältig nummerierten Möbeln bestückt. Äußerlich ist das im Vergleich zur erstickenden Enge in der üblichen „Kommunalwohnung", die sich mehrere Familien teilen, komfortabel: „Wir lebten im Luxus, hatten einen Lift und warmes Wasser", erinnert sich Michailowa. Sie spielt gern mit der Wählscheibe des modernen, schwarzen Telefons, die so schöne Geräusche macht. Während das Volk hungert, wird Rada Chruschtschowa geschickt, um das Essen aus der Kantine des Hauses zu holen. Dort gibt es Milch und Fleisch. Die bolschewistische Elite trifft sich im hauseigenen Theater oder besucht das Kino „Udarnik" („Stoßarbeiter") an der Rückseite des Gebäudes. Das „Haus am Ufer" ist eine Stadt in der Stadt.

Dann kommt die Zeit, in der die politisch-soziale Paranoia angesichts eines vermeintlich überall lauernden Klassenfeinds den Höhepunkt erreicht. Der Bau mit den doppelten Wänden, den kontrollierbaren Treppenaufgängen und den abgehörten Telefonleitungen entpuppt sich als Menschenfalle. Von Anfang an war alles auf Überwachung angelegt. So wird stets beobachtet, wie die Frau des Marshalls Michail Tuchatschewski in Lederjacke über den Hof spaziert, um im Keller auf dem Schießstand zu trainieren. Oder wie der Volkskommissar für innere Angelegenheiten und Chef des Geheimdienstes, Nikolai Jeschow, betrunken in Richtung Aufgang Nummer acht wankt. Seine Saufexzesse und sein ausschweifendes Sexualleben machen ihn angreifbar. 1940 wird auch er hingerichtet – von seinen eigenen Männern.

Ende des Jahres 1938 steht jede fünfte Wohnung leer. Von einstmals 2745 Bewohnern verhaftet der Geheimdienst zwischen 1934 und 1953 insgesamt 887. Die Hälfte wird erschossen.

Stalins Schergen löschen ganze Familien aus. Nach der Verhaftung von Margarita Michailowas Vater verfrachten die Männer ihre Mutter zuerst in eine Wohnung am Gorki Park. Sie stirbt im Krankenhaus, Margarita findet sich in einem Heim wieder. Noch heute quält sie die Ungewissheit, nicht zu wissen, was mit dem Vater geschehen ist.

Laut der Datenbank des Historikers Wladislaw Hedeler von der Universität Bonn ist Margaritas Vater noch am Tag seiner Verhaftung erschossen worden. Doch die gebrechliche Frau klammert sich noch heute daran, dass einige Menschen ihn später gesehen haben wollen: „Es könnte sein, dass er noch lange in einem Lager gelebt hat."

In akribischer Arbeit verglich Hedeler das Hausbuch mit den Erschießungslisten. Nachweislich 125 Mieter verscharrten die Todesschwadronen in Massengräbern im Süden der Stadt. Weitere 114 verbrannten sie und verstreuten ihre Asche unweit des Krematoriums beim Donskoi-Kloster. Die Spuren von 532 Hausbewohnern sind im Aktendschungel nicht zu verfolgen. „Wer aus diesem Haus auszog, hörte auf zu existieren", schreibt Jurij Trifonow in seinem bekannten Roman „Das Haus an der Moskwa". Auch sein Vater wurde dort verhaftet. Alles, was von einem Leben übrig bleibt, ist eine Liste beschlagnahmter Gegenstände, die Historiker in archivierten Häftlingsakten finden.

Margarita Michailowa hütet ihre Familienfotos wie einen Schatz. Die studierte Geologin hat die Alben zwischen Büchern und Landkarten vergraben. Die kleine, verlotterte Zweizimmerwohnung am westlichen Moskauer Stadtrand bekam sie einst als Entschädigung – damals, als Chruschtschow die Kinder der Volksfeinde rehabilitierte, deren Eltern er hatte umbringen lassen. Chruschtschows Tochter Rada hingegen lebt im feinen Domizil an der Prachtstraße Twerskaja, in der alten Wohnung ihres Vaters.

Wenn es heute Nacht wird in Moskau, brennt im „Haus am Ufer" nur hinter wenigen Fenstern Licht. Zahlreiche Wohnungen stehen wieder leer. In den übrigen logieren neureiche Russen und Ausländer wie etwa eine deutsche Fernsehjournalistin.

Der Zettel, auf dem steht, wer einst in ihrer Dreizimmerwohnung lebte, klemmt in einer Ausgabe des Trifonow-Romans „Das Haus an der Moskwa". Sie hat das Buch gleich nach dem Einzug gelesen. „Ich denke jeden Tag an die Menschen, die hier wohnten", sagt sie. Wenn sie ihre Nachbarn trifft, reden sie manchmal vom Grauen der Vergangenheit.

„Doch ehrlich gesagt", seufzt sie, „sind es heute die steigenden Mietpreise, die sie am meisten kümmern."

Simone Schlindwein

FOTOS: YEVGENY KONDAKOV

Die Ende der zwanziger Jahre rücksichtslos forcierte Industrialisierung musste oft unter primitivsten Bedingungen mit bäuerlich geprägten, analphabetischen Arbeitskräften durchgeführt werden – während bestellte Propagandisten triumphierten.

HUNGER, WANZEN, JUBEL

Von Uwe Klußmann

Der Auftrag, den der altgediente Bolschewik Wassilij Iwanow am 22. September 1928 im Obersten Volkswirtschaftsrat der Sowjetunion in Moskau erhält, verheißt eine gigantische Aufgabe: der Sohn eines Kupferschmieds aus St. Petersburg soll in Stalingrad an der Wolga die größte Traktorenfabrik der Welt bauen.

Iwanow, Absolvent einer Flottenschule und ehemaliger Eisenbahn-Monteur, war zuvor Mitarbeiter der Geheimpolizei Tscheka und hat Metallbetriebe geleitet. Er gehört zu jenen robusten Männern, ohne die Lenins Revolution nicht siegen kann und mit denen sie sich viele Feinde macht. Kurzzeitig fliegt der Haudegen 1918 sogar aus der Kommunistischen Partei, weil er bei der Jagd auf „Konterrevolutionäre“ eine Klostertür mit einer Granate gesprengt hat.

In Moskau sieht die Führung in dem wilden Draufgänger einen Mann für schwierige Fälle wie den Auftrag in Stalingrad. Den Grundstein für das Traktorenwerk, die „erste Fabrik der UdSSR im ersten Fünfjahrplan“ haben die Sowjets schon im Juli 1926 gelegt. Die Projektidee hat Tscheka-Gründer Felix Dserschinski im Januar 1925 dem Zentralkomitee der KP präsentiert. Doch der Bau stockt.

Stalingrad gilt als idealer Standort. Auf der Wolga lässt sich von Norden Holz für den Bau heranschaffen und von Süden her Öl. Die Stadt in der Steppe verfügt über Holzverarbeitungs- und Baubetriebe und das Metallurgiewerk „Roter Oktober“.

Der Anblick, der sich Iwanow nach der Anreise mit der Bahn in Stalingrad am 1. Oktober 1928 bietet, ist wenig ermutigend. Niemand holt den künftigen Fabrikdirektor ab. Iwanow geht sieben Kilometer zu Fuß auf Schlammwegen bis zur Baustelle.

Dort faulenzen Arbeiter unter herbstbraunen Büschen neben Holzbaracken. Es gibt weder Wasser noch Entladekräne. Der Bauplatz ist nicht einmal eingezäunt. Der entsetzte Iwanow alarmiert das Zentralkomitee. Stalin lässt sich bald täglich über den Fortgang der Bauarbeiten unterrichten.

Der KP-Generalsekretär will beweisen, dass der Sowjetstaat wie ein kollektiver Prometheus mit modernster Technik die Welt verändern kann. Die Sowjetregierung engagiert den deutschstämmigen amerikanischen Architekten Albert Kahn aus Detroit für die Planung des Werkes und lädt 380 US-Spezialisten ein, beim Fabrikbau an der Wolga zu helfen.

Rund drei Viertel der Arbeitskräfte schafft der Kommunistische Jugendverband Komsomol herbei. Die Lenin-Jugend entsendet 7200 Jugendliche ab 16 Jahren, davon rund ein Drittel Mädchen aus allen Teilen der Sowjetunion. Unter ihnen sind Analpha-



MECHANISIERUNG UNTER HOCHDRUCK
In Stalingrad rollt 1930 der erste Traktor sowjetischer Produktion vom Band der Fabrik „Felix Dserschinski“ – als Triumph des „Arbeiter-und-Bauern-Staates“. Erst allmählich kommt die Massenproduktion in Gang.



ULLSTEIN BILD (L.); NOWOSTI / ULLSTEIN BILD (O.)

betinnen vom Lande, die zudem noch nie im Leben einen Schraubenschlüssel gesehen haben.

Zwischen ihnen kurvt ein oft unrasierter Direktor Iwanow auf einem Fahrrad in abgetragener Lederjacke herum. Der cholerische Boss mit Charlie-Chaplin-Bart und heiserer Stimme ist als Brüller gefürchtet und wird doch respektiert. Denn der Fabrikdiktator schafft, wovon Funktionäre zuvor nur redeten. Der Bau geht rasant voran. Im Juli 1929 steht das Metallgerüst der Fertigungshalle. Das Datum zählt als eigentlicher Baubeginn des Werkes.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen auf der Großbaustelle sind extrem hart. Es fehlt an Spezialkleidung und Arbeitshandschuhen. Mit bloßen, bald blutenden Händen setzen Werktätige, die keine Glaser sind, bei 38 Grad minus im schneidenden Steppenwind Scheiben in Fabrikhallen ein.

Arbeiter hausen anfangs in Erdlöchern, dann in Massenzelten, schließlich in hölzernen Baracken ohne fließendes Wasser, ohne Möbel und Betten. Läuse und Wanzen setzen ihnen zu. Die Ernährung ist miserabel. Selbst der tschechische Kommunist Julius Fučik, 1943 von den Nazis in Berlin-Plötzensee hingerichtet, beschreibt in einer Reportage irritiert die Verpflegung: „15 Tage dieselbe Kohlsuppe unter 15 Bezeichnungen und 15 Tage dieselben Buletten“.

Für solches Essen müssen die Arbeiter oft eine Stunde anstehen. Brot ist knapp. In der Stadt Stalingrad versammeln sich, wie Berichte der Geheimpolizei an Stalin belegen, 1929 Hunderte zorniger Menschen vor einer geschlossenen Verkaufsstelle. „Wir hungern“, flüstern Arbeiterfrauen Besuchern aus Deutschland zu.

Kommunistische Propagandisten aus dem Ausland, von Sowjetfunktionären auf die Baustelle geführt, blenden solche Alltagssorgen mit ihrem grellen Ideologiescheinwerfer aus. Die im Bau befindlichen Traktorenwerke, so die Kommunistin Frida Rubiner 1930 in ihrem Buch „Der große Strom“, seien die gelungene „Kraftprobe des großen sozialistischen Aufbaus“ und zeigten ein neuentstehendes „Sowjet-Amerika“.

Wie schwer dieser Kraftakt fiel, gestand ein deutscher Kommunist und Motorschlosser aus Hannover, der in dem Werk arbeitete, 1930 einem Besucher. Ihm zufolge sind die jungen Arbeiter vom Land „sehr langsam und unterhalten sich gern“. Und: „Von Technik verstehen sie nichts.“

Nach einem mehrmonatigen Aufenthalt in den USA kehrt Fabrikdirektor Iwanow auch äußerlich als Sendbote der Moderne an die Wolga zurück. Der inzwischen glattrasierte Boss trägt nun englische Anzüge und Krawatte. „Ein hundertprozentiger Yankee“, höhnen Genossen.

Die Sowjets wollen sich als die besseren und schnelleren Amerikaner erweisen. Mehrmals verlegen sie die Werkeröffnung auf einen früheren Zeitpunkt. Am 17. Juni 1930 rollt der erste mattgraue Traktor des Typs „International 15/30“ in der Stalingrader Werkhalle vom Band. Es ist ein wohlorganisiertes Sowjetfest. Ein Orchester spielt die „Internationale“, Delegationen aus der gesamten Sowjetunion sind zugegen.

Auf die vorschnelle Werkeröffnung folgt Katzenjammer. Im Juni und Juli 1930 verlassen nur jeweils fünf Traktoren die Fabrik. Immer wieder steht das Förderband still. Die Gießerei liefert Ausschuss, Arbeiter hämmern sich Teile zurecht, mit denen kein Traktor lange fährt. Fabrikdirektor Iwanow muss gestehen, das „mit nacktem Enthusiasmus“ und Pfusch eine moderne Fabrik nicht zu betreiben ist.



ILYA NAYMUSHIN / REUTERS

LEGENDÄRE WAFFE
Die Fabrik „Felix Dserschinski“ produzierte Anfang 1941 die ersten T-34-Panzer, die den Krieg gewinnen halfen. Bei einer Militärparade zum Jahrestag des Sieges 2005 in Krasnojarsk wird ein Modell vorgeführt.

Moskau entsendet technische Spezialisten, die Werkangehörige schulen. Allmählich erhöht sich die Produktion bis April 1932 auf 144 Traktoren pro Tag. Moskauer Funktionäre nehmen die erbärmlichen Wohnverhältnisse in den Baracken aufs Korn. „Bei euch fressen die Wanzen die Traktoren“, entfährt es Alexander Kossarew, Chef des Komsomol im Juni 1931 bei einem Besuch.

Wohnungen mit fließendem Wasser und Badewannen werden gebaut. Arbeiterfrauen nutzen die Wannen anfangs schon mal zur Ferkelaufzucht. Der neue Werkarzt, der im Juni 1931 anreist, inspiziert entsetzt die Erste-Hilfe-Station des Betriebs. In einem Kellerraum sitzen Krankenschwestern in verdreckten Kitteln an schmutzigen Tischen. Umschwirrt von Fliegen behandeln sie verletzte Arbeiter mit rostigen Pinzetten. Bald darauf entsteht eine moderne Poliklinik.

Womöglich gut informiert über die desolaten Zustände in der Paradefabrik, bleibt Stalin am Eröffnungstag des Werks in Moskau. Der Diktator beweist in einem Neun-Zeilen-Telegramm an den Betrieb seine Vorliebe für deutliche Ansagen: „Die 50 000 Traktoren, die Sie dem Lande jährlich liefern sollen, sind 50 000 Granaten, welche die bürgerliche Welt in die Luft sprengen“.

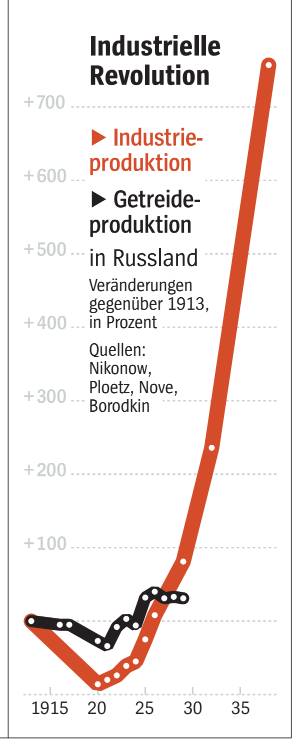
Stalins Wort von den Granaten ist mehr als eine Metapher. Rund die Hälfte des Werks produziert Kampfwagen. Anfang 1941 rollen in Stalingrad die ersten T-34-Panzer aus den Werkhallen. Zwei Jahre später scheitert die deutsche Wehrmacht bei dem Versuch, Stalingrad zu erobern. Im zerbombten Traktorenwerk verteidigen sich zäh Soldaten und Arbeiter, darunter 15-Jährige.

Fabrikdirektor Iwanow erlebt die Schlacht nicht mehr. Im Februar 1938 holten ihn Geheimpolizisten ab. Der Altrevolutionär wird als vermeintlicher Saboteur erschossen. 1956, drei Jahre nach Stalins Tod, rehabilitieren ihn die Kommunisten.

Den stalinistischen Säuberungen fallen in den Jahren 1936 bis 1938 allein 38 leitende Werkmitarbeiter zum Opfer, darunter auch der Werkarzt Dines. „Wie viele Meister, wie viele Arbeiter, die den Betrieb gebaut haben, sind damals verschwunden? Hunderte, Tausende? Das weiß niemand“, schreiben Autoren einer 2005 vom Wolgograder Traktorenwerk herausgegebenen Werkgeschichte. ✦

„Kann es denn eine schlimmere Tragödie geben als die eines Menschen, dessen Körper ihm verräterisch den Dienst versagt, eines Menschen mit dem Herzen eines Bolschewiken, der sich danach sehnt zu arbeiten.“

PAWEL KORTSCHAGIN, überarbeiteter Held des in Millionenauflage verbreiteten Romans „Wie der Stahl gehärtet wurde“ von Nikolai Ostrowski.





Jugenddemonstration für „Frieden und Völkerfreundschaft" im Mai 1950 in Ost-Berlin

5 DAS IMPERIUM EXPANDIERT

Aus dem Sieg über Hitler ging die Sowjetunion als Supermacht hervor, die sich ein Sozialistisches Lager schuf und mit den USA um die Weltherrschaft rivalisierte – bis die Überdehnung der Grenzen, die Überrüstung und innere Widersprüche das rote Imperium zersetzten.

DIE ROTE SUPER-MACHT

Dem verlustreichen Triumph über Nazi-Deutschland folgen die Ausweitung von Stalins Reich und der Kalte Krieg – in der Überdehnung der Grenzen liegt der Keim des Niedergangs.

Von Bernd Stöver

Der Kalte Krieg, der die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts global und umfassend prägte, ist vorüber. Im Rückblick wird offensichtlich, dass die Sowjetunion, die vor wenigen Jahren noch eine bis an die Zähne bewaffnete Supermacht war, nicht nur an sich selbst scheiterte – unter anderem an ihrer mangelnden Lernfähigkeit und an ihren fehlenden beziehungsweise falsch eingesetzten Ressourcen. Sie scheiterte auch an ihren außenpolitischen Ambitionen, die zwar in ihrem Selbstverständnis zwingend waren, aber konsequent ihre Möglichkeiten überforderten.

Politisch-militärischer Zwang, nicht etwa ideologische Überzeugung war es, der das durch den Sieg über Hitler 1945 eigentlich erst entstandene Imperium im Kalten Krieg zusammenhielt, mit dem es erweitert wurde und der es gleichzeitig so fragil machte. Für eigenständige Wege anderer kommunistischer Staaten im eigenen Lager blieb neben dem absolutistisch durchgesetzten Moskauer Weg im Kalten Krieg wenig Platz – und das fast bis zu seinem Ende. Abweichler, hießen sie Ungarn 1956 oder Prager Frühling 1968, wurden durch militärisch-politischen Druck, nicht etwa durch Überzeugung wieder auf die Moskauer Linie gebracht. Wo dies nicht möglich war, wie etwa im Fall des jugoslawischen Staatschefs Tito 1948 oder wie im Fall Mao 1960, verfielen die Delinquenten zumindest dem politischen Verdikt.

Bezeichnenderweise brach das Imperium innen- wie außenpolitisch in dem Moment zusammen, als unter Gorbatschow in der zweiten

BERND STÖVER,
46, lehrt als Professor an der Universität Potsdam Zeitgeschichte. Zuletzt publizierte er „Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991“.



AKG

AUFTEILUNG DER WELT
In Jalta akzeptierte US-Präsident Roosevelt (l.) die Annexionen des Generalissimus Stalin in Ostmitteleuropa – dieser sagte im Gegenzug den Kriegseintritt gegen Japan zu.



HEISSER UND KALTER KRIEG



Deutscher Panzereinfall in die Sowjetunion

22. Juni 1941 Die deutsche Wehrmacht überfällt die Sowjetunion. Elf Tage später proklamiert Stalin den „Großen Vaterländischen Krieg“.

16. Oktober 1941 Die Sowjetregierung verlässt Moskau und siedelt nach Kuibyschew um. Stalin bleibt in Moskau.

2. Februar 1943 Ende der Schlacht um Stalingrad.

6. Juni 1944 Alliierte Landung in der Normandie.

8. Mai 1945 Die deutsche Wehrmacht kapituliert.

17. Juli bis 2. August 1945 Auf der Potsdamer Konferenz einigen sich die Siegermächte über die Besatzungspolitik in Deutschland und über Territorialfragen.



Churchill

5. März 1946 Winston Churchill warnt in Fulton/USA vor dem Totalitarismus des Ex-Verbündeten Sowjetunion.

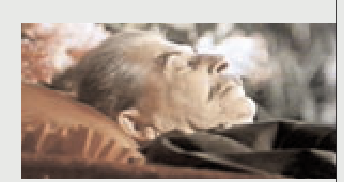
24. Juni 1948 Die Berlin-Blockade beginnt; der Westteil der Stadt wird bis Mai 1949 per Luftbrücke versorgt.

28. September 1949 Kündigung des sowjetisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrages.

7. Oktober 1949 Gründung der Deutschen Demokratischen Republik.

7. November 1951 Die UdSSR proklamiert ihren allmählichen Übergang zum Kommunismus.

5. März 1953 Stalin stirbt an den Folgen eines Schlaganfalls.



Leichnam Stalins

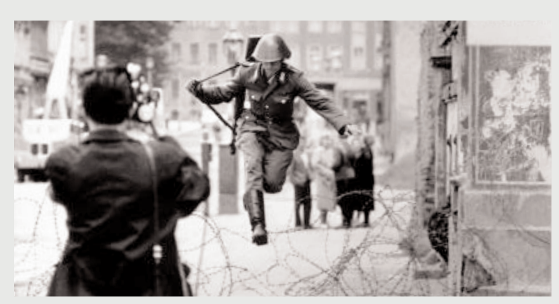
14. Mai 1955 Gründung des Warschauer Paktes.

14. bis 25. Februar 1956 Auf dem 20. Parteitag verurteilt Chruschtschow Stalins Machtmissbrauch.

4. November 1956 Sowjetische Panzer beginnen mit der Niederwerfung des ungarischen Aufstands.

27. Mai 1958 Das abtrünnige Jugoslawien wird von Moskau mit einem Wirtschaftsboykott und der Kündigung aller Handelsverträge bestraft.

13. August 1961 In Berlin beginnt der Mauerbau.



DDR-Flüchtling in Berlin

1. November 1961 Stalins Leiche wird aus dem Mausoleum am Roten Platz entfernt.

10. Dezember 1961 Moskau bricht die diplomatischen Beziehungen zu Albanien ab.

24. Oktober 1962 Nach Verhängung einer Seeblockade durch die USA führt die Kuba-Krise an den Rand eines amerikanisch-sowjetischen Krieges. Moskau hatte Atomraketen auf Kuba stationiert.

21. August 1968 Besetzung der ČSSR durch Truppen der UdSSR und anderer Staaten des Warschauer Paktes.

2. März 1969 Am Grenzfluss Ussuri beginnen schwere Gefechte zwischen sowjetischen und chinesischen Grenztruppen.

12. August 1970 Der Moskauer Vertrag zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland leitet die neue deutsche Ostpolitik ein.

12. Februar 1974 Die Sowjetunion weist Nobelpreisträger Alexander Solschenizyn aus.

12. Dezember 1979 Als Reaktion auf die Stationierung von SS-20-Raketen in der westlichen Sowjetunion einigt sich die Nato auf eine „Nachrüstung“.

25. Dezember 1979 Sowjetische Truppen marschieren in Afghanistan ein.

13. Dezember 1981 Nach dem Erstarken der Gewerkschaft Solidarność ruft Polen den Kriegszustand aus.

10. November 1982 Mit dem Tod von Generalsekretär Leonid Breschnew beginnt die Agonie des Sowjetreichs.

Hälfte der achtziger Jahre nicht nur der politische Druck zurückgenommen, sondern den Republiken der UdSSR wie den „Bruderstaaten“ ein Selbstbestimmungsrecht zugestanden wurde. Es war daher diese „Sinatra-Doktrin“ („I did it my way“), wie es der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadij Gerassimow 1989 ironisch nannte, die den Sowjetstaat und das ganze sowjetische Imperium aus den Angeln hob.

Der rabiat durchgesetzte Machtanspruch Moskaus bedeutete freilich niemals, dass keine politische Überzeugung im Spiel war. Es wurde bereits zu Zeiten des Kalten Krieges häufig übersehen, dass Tito, Dubček und Mao ideologisch überzeugte Kommunisten waren und keineswegs auf dem Weg, in den Westen zu „desertieren“, wie manche Zeitgenossen damals glaubten. Die kommunistische Utopie und insbesondere der Stalinismus gewannen zeitweilig viele Anhänger, wie man aus zahlreichen Erinnerungen weiß. Und gerade der Tod des Diktators Stalin 1953 hinterließ neben Erleichterung bezeichnenderweise eine klaffende Lücke unter den Gläubigen. Sie erwies sich als so groß, dass sich einige Staaten des sowjetischen Imperiums – neben China auch das winzige Albanien – 1956 schlicht weigerten, die von Chruschtschow begonnene Entstalinisierung mitzutragen.

Wie stark die Überzeugungskraft der kommunistischen Idee trotz allem blieb, machte auch die seit den sechziger Jahren verstärkte Dekolonisierung sichtbar. Fast alle antikolonialen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, in Asien ebenso wie in Lateinamerika und Afrika, waren marxistisch orientiert. Dies war nicht nur ein Reflex gegen die früheren Kolonialherren aus dem Westen. Vor allem in Afrika erschien für viele der oft ganz unvorbereitet in die Unabhängigkeit entlassenen Staaten der sozialistische Weg als die zukunftsträchtigere Option.

In die Weltpolitik kam die UdSSR aus der krassen Außenseiterrolle, die die Oktoberrevolution 1917 hinterlassen hatte. Mit im Gepäck trug sie ein tiefverwurzeltes Misstrauen, das sowohl ihr entgegengebracht wurde als auch die Außensicht der Bolschewiki bestimmte. Es war eine Hypothek, die bereits die zaristische Außenpolitik geprägt hatte. Die außenpolitische Konsolidierung begann 1932, als Nichtangriffs- und Beistandsverträge mit Nachbarländern geschlossen werden konnten; 1933 folgten mit der diplomatischen Anerkennung durch die USA und 1934 mit der Aufnahme in den Völkerbund zwei weitere Prestigeerfolge. Das mühsam gewonnene Ansehen im Westen verspielte Stalin jedoch bereits mit der „Großen Säuberung“ in den dreißiger Jahren und endgültig durch den Pakt mit Hitler 1939. Dieses Bündnis ermöglichte es Stalin, sein Imperium vor allem auf Kosten der baltischen Staaten und Polens nach Westen auszudehnen, ohne dabei ein Risiko einzugehen. Der Versuch, die Finnen mit militärischem Druck im Winter 1939/40 zur Abtretung von Gebieten zu zwingen, scheiterte allerdings. Nach wie vor hält sich hartnäckig das Gerücht, die miserable Leistung, die die Rote Armee im sowjetisch-finnischen Winterkrieg lieferte, sei ein Trick Stalins gewesen, um seine wahre Stärke zu verschleiern.

Stalins Staat befand sich nach dem deutschen Angriff im Juni 1941 unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Die Deutschen standen bereits im Oktober vor Moskau. Nur vor diesem dramatischen Hintergrund wird verständlich, dass die Angloamerikaner, die im Bürgerkrieg noch auf Seiten der Weißen Truppen gegen die Revolution eingegriffen hatten, Stalin massiv unterstützten, um den Zusammenbruch der UdSSR und eine weitere Stärkung Hitlers zu verhindern. Insgesamt stellten die Amerikaner bis 1945 Kriegsmaterial im Wert von mehreren Milliarden Dollar zur Verfügung, das zum Teil bereits vor dem eigenen Kriegseintritt im Dezember 1941 geliefert wurde. Die wichtigste Aufgabe sahen bis 1945 sowohl Roosevelt als auch Churchill darin, „ein für alle Mal die deutsche Gefahr zu beseitigen“.

Dass das neue Bündnis fragil war, wusste auch Stalin – entsprechend vorsichtig war er. Im Mai 1943 löste er die vom Westen seit 1919 misstrauisch als Zentrale der Weltrevolution beargwöhnte Kommunistische Internationale (Komintern) offiziell auf. Schon im September 1941 hatte er sich der angloamerikanischen Atlantic Charter angeschlossen, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die freie Wahl der Regierungsform, eine Ablehnung von Annexionen, Gewaltverzicht und freien Handel als Maximen der Nachkriegsordnung festgeschrieben hatte. Dass diese Grundsätze den Prinzipien der Sowjetunion diametral entgegenstanden, kümmerte den Taktiker Stalin nicht. Problemlos konnte er dann auch der fast gleichlautenden „Deklaration über das befreite Europa“ zustimmen, die im Februar 1945 in Jalta als Grundlage der Nachkriegsordnung verabschiedet wurde. Heute weiß man, dass die Komintern nach 1943 verdeckt weiterbestand und Stalins sonstige Zugeständnisse reine Lippenbekenntnisse waren.

Augenfälliger Konsens herrschte, solange Hitler noch lebte. In weitgehender Übereinstimmung konnte Stalin noch bis Kriegsende seine außenpolitischen Vorstellungen mit denen der Westalliierten koordinieren. Die Angloamerikaner akzeptierten schon Ende 1943 die sowjetischen Annexionen in Ostmitteleuropa: Der sowjetische Diktator sollte nach dem Sieg sowohl die unrechtmäßig besetzten baltischen Staaten als auch das noch mit Hitler aufgeteilte Ost-



KRIEGSALLTAG Sowjetische Mütter entdecken ihre gefallenen Söhne, die der abgetaute Schnee im Frühjahr nach dem Rückzug der Deutschen 1942 auf der Krimhalbinsel Kertsch freigegeben hat – Alltag eines Krieges, der Millionen Sowjetbürger das Leben kostete.



GEMEINSAMER FEIND Um zu verhindern, dass Hitlers Phantasien von der Weltherrschaft Realität wurden, unterstützten die Westalliierten nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion sogar Stalin – den ideologisch-politischen Erzfeind des Kapitalismus.

FOTOS S. 100: TOPHAM PICTUREPOINT (O. L.); PETER LEIBING (O. R.); CAMERA PRESS / PICTURE PRESS (U. L.); FOTOS S. 101: WALTER FRENTZ / ULLSTEIN BILD (O.); DIMITRI BALTERMANTZ (U.)



STALINS SPRACHROHR Andrej Schdanow hielt im September 1947 als Chefideologe des sowjetischen Politbüros die sogenannte Zwei-Lager-Rede, mit der er der Doktrin des US-Präsidenten Harry Truman über die notwendige weltweite „Eindämmung" des Kommunismus entgegentrat.

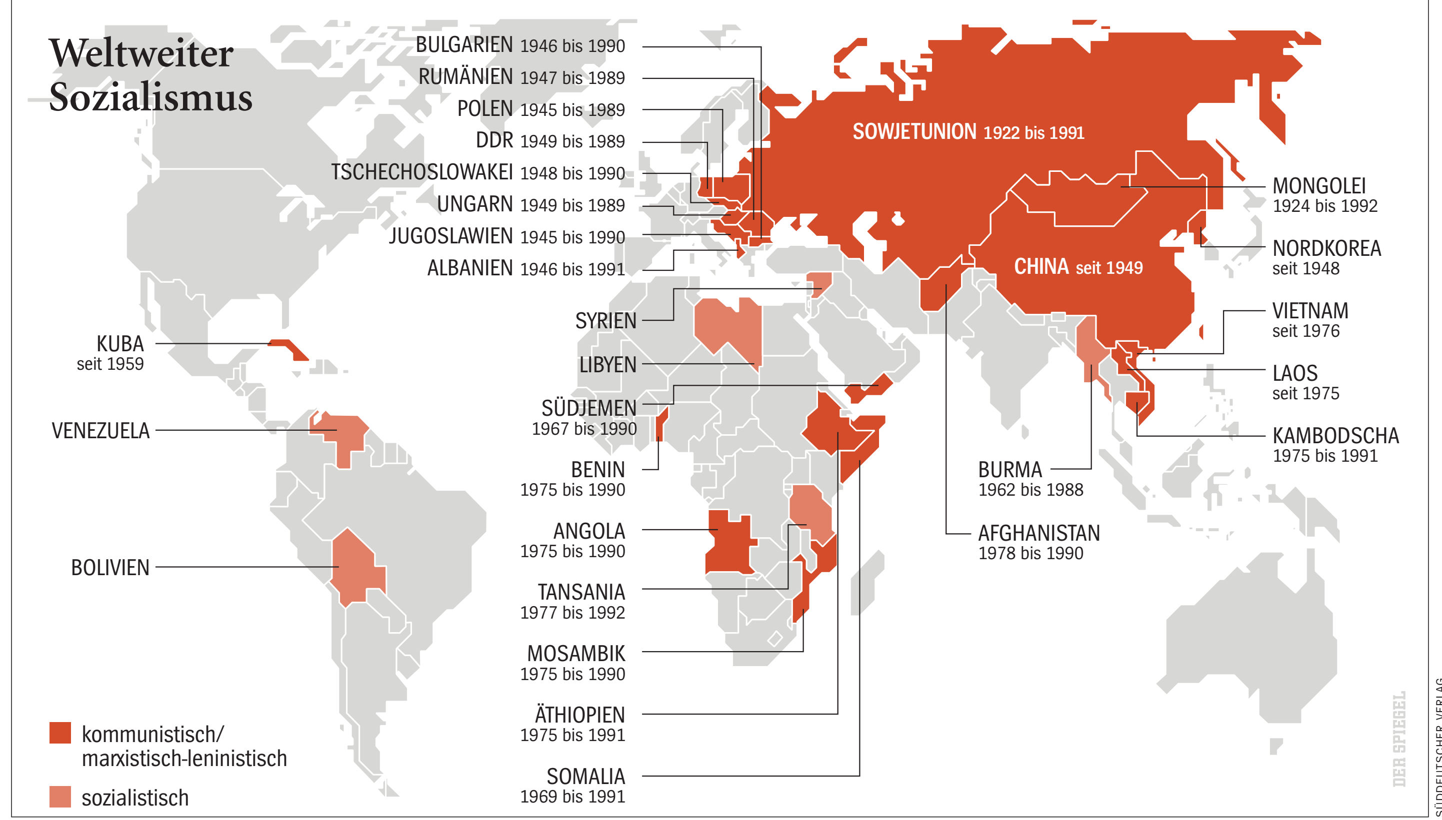
polen behalten dürfen. Auf einer späteren Besprechung in Moskau – diesmal ohne Roosevelt – konnte Stalin sich im Oktober 1944 mit Churchill sogar über Einflusssphären in Ost- und Südosteuropa einigen. Churchill hatte damals handschriftlich auf einem Zettel notiert, wie groß der Einfluss Stalins dort sein dürfe und dieser hatte jede Prozentzahl einzeln abgehakt. In Rumänien waren es 90 Prozent, in Bulgarien 75, in Ungarn und Jugoslawien 50 und in Griechenland 10 Prozent.

Vier Monate später schnürten die Westalliierten im sowjetischen Jalta ein noch beeindruckenderes Paket für den sowjetischen Diktator, um ihn für den Krieg gegen Japan zu gewinnen. Zu diesem Zeitpunkt glaubte man in Washington noch, dass man im schlechtesten Fall bis 1949 in Ostasien kämpfen müsse. Stalin stimmte zu, in den Krieg gegen Japan einzutreten, aber nach dessen Niederlage nicht die chinesischen Kommunisten zu unterstützen. Roosevelt wiederum gab im Gegenzug sein Einverständnis, dass Moskau auch die Gebiete zurückerhalten würde, die der Zar gegen Japan 1905 verloren hatte. Man einigte sich auch über das Stimmenverhältnis im Sicherheitsrat der neuen „Vereinten Nationen".

Wie man Stalins Verhandlungstaktik auf der für die Nachkriegszeit entscheidenden Konferenz in Jalta bewerten muss, bleibt bis heute ein Streitpunkt unter Historikern. Die einen sehen in Stalins demonstrativer Konsensbereitschaft nichts weiter als ein Mittel, um den Westen zu betrügen. Die anderen erblicken darin ein Zeichen, dass die Verständigungsbereitschaft des Diktators erheblich war, aber vom Westen in der Folge nicht genügend gewürdigt wurde. Dass Stalin tatsächlich anders dachte und handelte, als er versprach, war bereits in Jalta offensichtlich. Gegenüber Polen etwa gab es für Stalin keine Kompromisse. Hier hatte er bereits im Sommer 1944 ausdrücklich klargestellt, dass er für die Nachkriegszeit nur das prosowjetische „Lubliner Komitee" akzeptieren werde, keinesfalls aber die seit 1940 in London weilende bürgerliche Exilregierung unter Stanislaw Mikolajczyk.

Der schwelende Konflikt brach schließlich aus, als mit dem Tod Hitlers, wie von vielen vorausgesehen, der politische Feind als gemeinsamer Nenner wegfiel. In der nun folgenden Inkubationszeit des Kalten Krieges zwischen 1945 und 1947 war man sich sowohl in Moskau als auch im Westen sicher, dass bereits eine Art Krieg herrschte, der über kurz oder lang in einen militärischen Konflikt übergehen könne. In Moskau galt die sich nun entwickelnde Auseinandersetzung als Klassenkampf im globalen Maßstab. Stalins Sprachrohr war der Leningrader KPdSU-Parteisekretär und „Chefideologe" im Politbüro, Andrej Schdanow. Dessen im September 1947 präsentierte „Zwei-Lager-Rede" war eine direkte Antwort auf die im März des Jahres von US-Präsident Harry Truman gehaltene Ansprache zur „Eindämmung" des Kommunismus, die als „Truman-Doktrin" in die Geschichte des Kalten Krieges einging.

Schdanows Replik machte deutlich, wie man in Moskau die Lage beurteilte. Mit der Ankündigung, ein „Kommunistisches Informationsbüro" (Kominform) als Komintern-Nachfolger zu gründen, überbrachte Schdanow die Antwort Stalins, die als die sowjetische Kriegserklärung für den Kalten Krieg gilt. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, so hieß es in der Rede, seien zwei Lager entstanden. Ein aggressives „imperialistisch-antidemokratisches" Lager im Westen stehe dem „antiimperialistisch-demokratischen" als Todfeind gegenüber. Nun sei es notwendig, die Verbündeten zu sammeln und den Konflikt umfassend zu führen.



Zum Schlüsseljahr wurde das Jahr 1947 aber auch für die Vorbereitungen der von Moskau erwarteten militärischen Auseinandersetzung mit dem Westen. Stalin wusste zum ersten Mal definitiv, dass es den eigenen Wissenschaftlern möglich sein werde, innerhalb der nächsten zwei Jahre eine sowjetische Atombombe zu bauen und damit zumindest tendenziell mit dem Westen gleichzuziehen. Im August 1949 testete man erfolgreich die sowjetische Atombombe „Tatjana". Im Prinzip war „Joe-1", wie die Amerikaner die russische Bombe nach Stalins Vornamen Josef nannten, zwar eine Kopie der Nagasaki-Bombe „Fat Man" und lag technisch weit hinter den amerikanischen Vorbildern. Aber die Sowjetunion hatte ihre technischen Möglichkeiten demonstriert.

Erst langsam wurden auch in der UdSSR Stückzahlen erreicht, mit denen nach offizieller Einschätzung ein Krieg führbar war. Die Sowjetunion besaß 1950 5 Atombomben, ein Jahr später 25 und 1952 immerhin 50. Hektisch wurden auch in der UdSSR seitdem die Trägersysteme entwickelt und ausgebaut, wenngleich der große Aufrüstungsschub erst ab 1951 im Zuge der umfassenden militärischen Neuorganisation des Ostblocks folgte. Der erfolgreiche Test der ersten sowjetischen Wasserstoffbombe 1953, der diesmal nur ein Dreivierteljahr nach dem Test des amerikanischen Gegenstücks folgte, machte dann endgültig klar, dass die UdSSR technisch Schritt halten konnte. Der nukleare Rüstungswettlauf war in vollem Gange und legte zunehmend auch die Möglichkeiten der Außenpolitik fest.

Die sowjetische Außenpolitik konzentrierte sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit zunächst wieder darauf, das vor allem in Ostmitteleuropa durch den Krieg erweiterte Imperium zu sichern. Gleichzeitig trachtete sie danach, es in jenen Gebieten weiter auszudehnen, wo sich das ohne größere Risiken anbot. Bis 1948 waren unter erheblichem Druck von Moskau abhängige „Volksdemokratien" als europäischer Sicherheitsgürtel eingerichtet worden. Als unverzichtbar galten Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Im globalen Kalten Krieg setzten Stalin wie seine Nachfolger die Stiche jeweils dort, wo sie nur schwachen oder keinen Widerstand des Westens erwarteten. Bei ernsthaften Reaktionen zog man sich zumindest in den ersten Jahren des Kalten Krieges auch wieder zurück. 1946 scheiterte der Plan, durch die Unterstützung von Separatisten in Iran die Kontrolle über die dortigen Ölfelder zu erreichen. Und bezeichnenderweise war Stalin 1946/47 strikt gegen eine Unterstützung der Kommunisten im griechischen Bürgerkrieg, weil dies zu große westliche Widerstände provozieren würde. Dass die Hilfe dennoch etwa von Jugoslawien gegeben wurde, trug zum Bruch mit Tito bei, der 1948 kam.

Die Erste Berlinkrise 1948/49 war der misslungene Versuch, das von den Westalliierten kontrollierte West-Berlin durch das Abschneiden der Versorgung in die Sowjetische Besatzungszone einzubeziehen. Von Nordkoreas Diktator Kim Il Sung ließ Stalin sich im Frühjahr 1950 irrigerweise überzeugen, dass ein Krieg zwecks Wiedervereinigung des Landes unter kommunistischer Herrschaft ein militärischer Spaziergang sein würde – auch dies scheiterte.

Alle diese außenpolitischen Coups Stalins gingen nicht nur schief und entwickelten sich zum Teil sogar zu einem Prestigeerfolg der anderen Seite im Kalten



MILITÄRSTAAT
Der regelmäßig groß gefeierte Sieg über Hitler (hier 1945 in Moskau) war und blieb das zentrale Element in Stalins politischer Selbstrechtfertigung und nach 1945 die Grundlage für den Auf- und Ausbau des Sozialistischen Lagers.



IDEOLOGISCHER RIVALE
Dass der sowjetische Parteichef Chruschtschow von seinem Ziehvater und Vorgänger Stalin abfiel und ihn aus der Ahnenreihe der kommunistischen Klassiker entfernte, war für Chinas Parteichef Mao Zedong schierer Verrat – er reihte sich selbst neben Stalin ein.



GETREUE VASALLEN
Der Jahrestag der Befreiung Ungarns von der deutschen Besatzung (Foto: Budapest, April 1950) durch die sowjetische Armee wurde vom stalinistischen Nachkriegsregime des Landes zum nationalen Feiertag erhoben und nach dem Ende des Kommunismus abgeschafft.



„JOE" GEGEN „FAT MAN"
Die erste sowjetische Atombombe war eine Kopie der amerikanischen Nagasaki-Bombe. War diese, dem beleibten Alliierten Winston Churchill zu Ehren, „Fat Man" getauft worden, so nannten die Amerikaner Stalins Bombe nach dessen Vornamen „Joe".

AKG (2. V. O.); DPA (3. V. O.); GAMMA / STUDIO X (U.)

Von Breschnew zu Sinatra

Im November 1968 erklärte Breschnew, die Souveränität der mit Moskau verbündeten Staaten sei grundsätzlich eingeschränkt. Erst Gorbatschow gab diese „Breschnew-Doktrin“ 20 Jahre später auf und ersetzte sie durch den Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit sozialistischer Länder, die unter dem Spitznamen „Sinatra-Doktrin“ („I did it my way“) bekannt wurde.

Krieg – sie schränkten auch die Möglichkeiten sowjetischer Außenpolitik weiter ein. Stalins Versuch, drei Jahre nach der Gründung der beiden deutschen Staaten noch einmal zu seinen Bedingungen Bewegung in die Deutsche Frage zu bringen, waren daher von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Auf die sogenannten Stalin-Noten, die die Neutralisierung und Wiedervereinigung Deutschlands in Aussicht stellten, reagierte der Westen 1952 strikt ablehnend. Er weigerte sich sogar, sie auch nur ernsthaft zu prüfen.

Der Tod Stalins am 5. März 1953 war daher auch eine Art Befreiung für die sowjetische Außenpolitik. Die „Kollektive Führung“, in der sich Chruschtschow durchsetzte, versuchte alles, um wieder Handlungsfreiheit zu gewinnen. Es wurde der Versuch gestartet, den westlichen Führungsmächten die Deutschlandnoten noch einmal vorzulegen, wobei man in Moskau peinlich genau darauf achtete, dass keinerlei Bezug zu Stalin sichtbar wurde. Diesmal kam allerdings etwas dazwischen, womit zumindest in diesem Ausmaß keiner gerechnet hatte: Nach einer kurzen Rebellion in der Tschechoslowakei Anfang Juni 1953, dem sogenannten Pilsener Aufstand, entwickelte sich Mitte des Monats in der DDR der bisher größte und blutigste Aufstand gegen die Sowjets, der sich rasch zu einer Revolution ausweitete.

Angesichts dieser ernsthaften Bedrohung des Imperiums, die unabsehbare Folgen für die anderen sowjetisch besetzten Staaten hätte haben können, entschied die Kollektive Führung so, wie auch Stalin entschieden hätte: Die „Konterrevolution“ wurde gnadenlos zusammengeschossen. Damit verspielte Moskau erneut die so mühevoll erarbeiteten außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten. Nach dem 17. Juni 1953 herrschte für die sowjetische Außenpolitik in Richtung Westen Funkstille. Erwartungsgemäß blieb eine noch Anfang 1954 in Berlin tagende gemeinsame alliierte Außenministerkonferenz über das Deutschlandproblem ohne jedes Ergebnis. Ein weiteres Treffen auf den Bermuda-Inseln fand nicht mehr statt.

Es war kein Wunder, dass erst nach dem Abschluss der Blockbildung im Kalten Krieg 1955 ein neues Treffen vereinbart werden konnte, und zwar bezeichnenderweise an einem als neutral angesehenen Ort: Genf war bis 1946 Sitz des Völkerbunds gewesen. Angesichts des auf beiden Seiten angesammelten Misstrauens wurde der vielbeschworene „Geist von Genf“ allerdings nur zum Synonym einer zur Schau getragenen, politisch völlig folgenlosen Bereitschaft zur Entspannung. Immerhin fand alles in einer angenehmeren Atmosphäre statt, als nach den Konfrontationen der letzten Jahre zu vermuten gewesen war, und das war ja schließlich auch etwas.

Es war lange unbekannt, warum Chruschtschow nur acht Monate nach dem Genfer Treffen im Februar 1956 auf dem 20. Parteitag der KPdSU die aufsehenerregende Abrechnung mit seinem Vorgänger Stalin riskierte. Bedeutungsvoll für die internationalen Beziehungen war insbesondere Chruschtschows Abwendung von Lenins Theorie der Unvermeidbarkeit von Kriegen, die nun offiziell durch die Doktrin der „Friedlichen Koexistenz“ zwischen den Systemen ersetzt wurde. Obwohl diese Formel zeitweilig zum reinen Lippenbekenntnis wurde, öffnete sie langfristig den Weg zu außenpolitischen Konzessionen.



DER ABTRÜNNIGE
Der jugoslawische Marschall und Staatspräsident Josip Broz Tito (Foto 1969) war der erste führende Kommunist, der 1948 aus dem kurz zuvor proklamierten Sozialistischen Lager ausscherte.

Tatsächlich glaubte Nikita Chruschtschow, aus einer Position der Stärke zu argumentieren. Innenpolitisch hatte er sich endgültig durchgesetzt. Außenpolitisch und militärisch schien die Sowjetunion so stark wie nie zuvor. 1957 startete Moskaus „Sputnik“-Satellit ins All und sorgte vor allem in den USA für Ängste über eine befürchtete „Raketenlücke“. Dass die Doktrin der Friedlichen Koexistenz aus Sicht Moskaus keineswegs defensiv gemeint war, unterstrich nicht nur die kurz danach folgende Zweite Berlinkrise 1958, an deren Ende der Mauerbau am 13. August 1961 stand. Vor allem schloss sie Revolutionen und „Befreiungskriege“, wie sie in den Kolonialstaaten der Dritten Welt erwartet wurden, nicht aus. Auch innerhalb des eigenen Lagers machte Chruschtschow mit dem Bruch der Beziehungen zu Maos China 1960 deutlich, dass Friedliche Koexistenz nun ganz bestimmt nicht gegenüber abweichenden Meinungen im eigenen Lager galt.

Die Polen und die Ungarn waren noch 1956 die Ersten, die erfuhren, dass der 20. Parteitag eben kein Beginn eines sowjetischen „Tauwetters“ im Kalten Krieg war und ganz bestimmt nicht die politische Selbstbestimmung im eigenen Lager meinte. Die Unruhen in Polen begannen am 22. Juni 1956 erneut als klassische Arbeiterdemonstration mit vielen Parallelen zur Situation in der Tschechoslowakei und der DDR drei Jahre zuvor. Die Kollektivierung und Förderung der Industrialisierung hatten überall mehr wirtschaftliche Probleme als Lösungen gebracht, die Preise für Konsumgüter waren auch in Polen wesentlich schneller als die Löhne gestiegen. Ebenso spielte der Ärger über Normerhöhungen wieder eine wichtige Rolle.

Am 28. Juni standen bis zu 100 000 Menschen auf den Straßen Posens, wo sich die Demonstration schnell radikalisierte. Nach dem Singen religiöser und nationaler Lieder wurde zunächst das Stadtgefängnis gestürmt. Die Schüsse der Polizei und Armee waren mit eigenen Waffen beantwortet worden. Von diesem Punkt an wurde die Arbeiterdemonstration auch hier zu einem Volksaufstand, der wiederum rigoros als „Konterrevolution“ unterdrückt wurde. Die Bilanz: 74 Demonstranten sterben, 575 Personen werden verletzt.

Noch deutlicher zeigte Moskau während des Ungarischen Aufstands im Herbst des Jahres, dass innerhalb des eigenen Machtbereichs keine Abweichungen geduldet wurden. Auch in Ungarn waren die Kommunisten in der Bevölkerung verhasst ge-



GEWALTHERRSCHER
Während Mao Zedong in China an Stalin festhielt und den Kulturrevolutionsterror der Roten Garden entfesselte, wurde er von ahnungslosen West-Linken bejubelt und vom Künstler Andy Warhol als Pop-Ikone dargestellt (1973).

REUTERS / ULLSTEIN BILD (O.); AKG (U.)

blieben. Der am 22. Oktober 1956 formulierte Forderungskatalog von Studenten in Budapest zeigte, was man wollte: Ernennung des Reformers Imre Nagy zum Ministerpräsidenten, Abzug der Sowjettruppen, Überprüfung der Arbeits- und Ablieferungsnormen, freie Wahlen, bürgerliche Freiheiten, Unabhängigkeit der Wirtschaft sowie die Wiedereinführung der ungarischen Nationalsymbole und -feiertage.

Die sowjetische Entscheidung, den Aufstand niederzuschlagen, wurde aber auch von den gleichzeitigen Problemen der sowjetischen Außenpolitik im Nahen Osten bestimmt: Während es bis zum 29. Oktober 1956 zunächst so aussah, als sollten hier politische Lösungen gesucht werden, änderte sich dies mit dem Beginn des Konflikts um die Verstaatlichung des Suezkanals zwischen Großbritannien und Frankreich auf der einen und Ägypten auf der anderen Seite vollkommen. Chruschtschow hatte seit 1955 das Engagement in Ägypten sichtbar erhöht, um den bisher eher schwachen sowjetischen Einfluss in den arabischen Staaten und vor allem auch in Afrika zu stärken. Ägyptens Staatschef Nasser wurde nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich-militärisch unterstützt, was wiederum Nasser in seiner harten Haltung gegenüber London und Paris bestärkte. Als auch noch Israel am Suezkanal eingriff, wurde in Ungarn auf Chruschtschows ausdrückliche Veranlassung hart reagiert. Kein Zweifel: Das Imperium drohte außer Kontrolle zu geraten, und Moskau fürchtete sich vor dem Dominoeffekt.

In Moskau sorgte man sich 1956, zu viel Nachgiebigkeit könnte, wie 1953 in der DDR, andere Länder im eigenen Machtbereich ermutigen und letztendlich das sowjetische Imperium sprengen. Bemerkenswerterweise wurden während des Ungarischen Aufstands deshalb sogar NVA-Einheiten in der DDR unter sowjetischer Aufsicht entwaffnet. Die Sorge vor dem Zerfall des Imperiums sollte 1968 auch die Okkupation der ČSSR motivieren. Die Breschnew-Doktrin, die Chruschtschows Nachfolger Leonid Breschnew im November 1968 als nachträgliche Begründung für die militärische Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung unter Alexander Dubček nachreichte, unterstrich Moskaus Anspruch auf unbedingte Gefolgschaft im eigenen Lager und knüpfte für alle erkennbar an Stalins Interpretation des Internationalismus an.

Um einen ganz besonderen Abweichler im Imperium ging es am Ende der fünfziger Jahre aber im Fall China. Damit eskalierte zum ersten Mal ein Konflikt innerhalb des kommunistischen Lagers so weit, dass schließlich sogar ein Atomkrieg zwischen zwei kommunistischen Staaten nicht mehr ausgeschlossen werden konnte. Bereits der Hintergrund war sehr spezifisch: Mao hatte sich schon vor 1949, dem Jahr, als seine Volksrepublik gegründet wurde, klar für Stalin entschieden. In diesem personenbezogenen Votum lag bereits ein wichtiger Teil des Sprengstoffs, der ab 1960 zum chinesisch-sowjetischen Bruch und schließlich sogar zu einer Annäherung Pekings an den Westen führte.

Chruschtschows Entstalinisierung hielt Mao ebenso wie die „Friedliche Koexistenz“ schlicht für einen Verrat. In Moskau registrierte man verstimmt, dass die Chinesen sich unmittelbar nach dem 20. Parteitag der KPdSU vom Sowjetmodell zunehmend distanzierten und auf eigene Lösungen setzten. Die Sank-



DDR 1953
Ost-Berlin im Aufruhr, ein brennendes Verwaltungsgebäude am Potsdamer Platz – mit dem Aufstand vom 17. Juni beginnt kurz nach dem Tod von Diktator Stalin im Sozialistischen Lager eine Kette von Rebellionen gegen die Sowjetherrschaft.



UNGARN 1956
Auch Kinder wie dieses bewaffnete 15-jährige Mädchen riskieren im Oktober 1956 in Budapest ihr Leben, um die Unabhängigkeit ihres Landes zu verteidigen. Sowjetische Panzer rücken an, um die gerade erst eroberte Freiheit wieder zu beenden. Weil gleichzeitig mit dem ungarischen Aufstand England und Frankreich sich in der Suez-Krise gegen den sowjetischen Verbündeten Ägypten stellen, befiehlt Parteichef Chruschtschow in Ungarn eine Machtdemonstration.



TSCHECHOSLOWAKEI 1968
Unbewaffnet und todesmutig stellen sich junge Tschechoslowaken im August 1968 der Panzerinvasion der „Sozialistischen Bruderstaaten“ entgegen. Die sind gekommen, um den unerhörten Versuch eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ niederzuwalzen. Sie erfüllen ihre Mission – um den Preis ihres eigenen moralischen Ruins.

IFPA / INTERFOTO (O.); KEYSTONE (M.); UNITED PRESS / DPA (U.)

Streng abgeschirmt steht in Moskau die geheimnisumwitterte Villa, in der Stalin lebte und starb.

SCHATTENREICH DES FÜHRERS

✦

Kein Wegweiser, keine Gedenktafel führt zu diesem Ort. Haus Nummer 6 an der Moskauer Starowolynskaja-Straße liegt verschwiegen hinter vier Meter hohen Holzzäunen in einem Wald aus hundertjährigen Birken und Fichten.

Knarzend wird das Eisentor zur Seite gerollt. Dahinter sind Offiziere des präsidialen Wachdienstes FSO auf Posten. Sie schotten das Allerheiligste der vor einem halben Jahrhundert versunkenen stalinistischen Ära bis heute vor der Außenwelt ab: das Gelände der Stalin-Datscha.

Die „Blischnjaja“, die dem Kreml nächstgelegene der staatlichen Residenzen, war Stalins Zuhause in den letzten knapp 20 Jahren seiner Herrschaft. Von hier aus hat er, wenn er nicht im Kreml saß, die Vernichtung tatsächlich wie ein vermeintlich Andersdenkender gelenkt, und die unerhört gewaltsame Industrialisierung seines Landes betrieben. Hier ist er, am 5. März 1953, den Folgen eines Schlaganfalls erlegen.



Stalin-Villa

Großer Speisesaal

Ein Asphaltweg führt unter gewaltigen Baumkronen vorbei am 1942 erbauten, türkisfarbenen Luftschutzbunker des „Woschd“, des Führers aller Sowjetmenschen, vorbei am Bade- und Billardhäuschen auch, hinein ins Schattenreich Stalins. „Selbst auf Luftbildern der Faschisten im Zweiten Weltkrieg war hier nichts zu erkennen“, sagt der Sprecher des Wachdienstes: „Und bis gestern hat kein westlicher Korrespondent hierher auch nur einen Fuß gesetzt.“

Was im sowjetischen Volksmund verniedlichend die „Stalin-Datscha“ hieß und Gegenstand furchtsamen Getuschels war, erweist sich beim Augenschein als zweistöckige klassizistische Villa mit dorischem Säulenportal, 13 Veranden und mehr als 1100 Quadratmeter Wohnfläche pro Stockwerk.

Das Zentrum von Stalins Schattenreich war der Große Speisesaal. Hier hat er Hof gehalten, in Gesellschaft von Staatsgästen wie dem Chinesen Mao Zedong oder dem Jugoslawen Milovan Djilas. Hier hat er den Genossen vom Politbüro abends Brot und grausame Spiele verordnet. Und hier ist er am Ende, umgeben von Ärzten, deren vor Furcht zitternde Hände zeitweise den Dienst versagten, gestorben.

Dicke Gardinen und hohe Bäume vor dem Fenster schlucken das Tageslicht im Großen Speisesaal. Es riecht wie immer in Räumen, die niemand mehr nutzt und trotzdem niemand zu verändern wagt. Im Eck steht unversehrt der Schallplattenschrank aus Nussbaumholz, ein Geschenk Winston Churchills und Lieblingsspielzeug des Hausherrn. Auch Servietten mit Stalins Monogramm und der Telefonsessel mit den um acht Zentimeter verlängerten Füssen für den kleinwüchsigen Despoten sind erhalten.

Der Diwan von zwei Meter Länge, auf dem Stalin nach viertägigem Todeskampf starb, ist mit einem weißen Leinenbezug und einer Steppdecke versehen. Rund um ihn waren, während der so bewunderte wie gehasste „Stählerne“ mit dem Tode rang, all jene Politbüro-Mitglieder versammelt, die das Schicksal der Sowjetunion in den folgenden Jahren bestimmen sollten.

Das Diadochen-Quartett, bestehend aus Lawrentij Berija, Nikolai Bulganin, Georgij Malenkow und Nikita Chruschtschow hatte noch am Abend vor Stalins Zusammenbruch bis vier Uhr morgens die zweifelhafte Ehre genossen, beim letzten der berüchtigten Datscha-Gelage dabei zu sein. Bei jener Pflichtveranstaltung für den engsten Kreis also, die Stalin ersonnen hatte, um seine Vertrauten gefügig und durch mannhaftes Zechen gesprächig zu machen.

Rund um die lange Tafel mit den 18 Stühlen, die bis heute den Großen Speisesaal ziert, wurden die nach dem Generalissimus mächtigsten Männer der Sowjetunion zu grotesken Demutsgesten genötigt. Außenminister Molotow hatte, seine Frau war da schon in den Gulag verbannt, mit einem polnischen Kommunisten Walzer zu üben. Chruschtschow bekam ein Schild mit der Aufschrift „Schwanz“ angeheftet oder musste, aller Leibesfülle zum Trotz, in der Hocke schmissige Kosaken-Hits vortanzen. ZK-Kultursekretär Andrej Schdanow assistierte am Steinway-Flügel.

Die Pläne, Stalins geheimes Refugium auf 26 Hektar Grund im Wolhyner Wald in ein Museum zu verwandeln, sind 1955 auf Eis gelegt worden. Seither ist offen, was werden soll aus dem steinernen Erbe des Mannes, der sich „Vater der Völker“ nannte und mehr Landsleute in den Tod schicken ließ als jeder andere Herrscher im 20. Jahrhundert.

Stünde er zur Wahl, würde trotzdem gut ein Viertel der jungen Russen für Stalin stimmen. Darum werden die Türen zur Wald-Villa dem Volk wohl weiter verschlossen bleiben. Eine Gedenkstätte ist nicht geplant, eine Pilgerstatt unerwünscht, sagt der Mann vom Kreml-Sicherheitsdienst: „Solange Stalinismus als gesellschaftliches Phänomen in Russland existiert, können wir hier kein Museum einrichten.“ WALTER MAYR

FOTOS: JUSTIN JIN

tionen Moskaus gegenüber dem chinesischen Sonderweg, der in Moskau fatal an den „Verrat“ Jugoslawiens zehn Jahre zuvor erinnerte, erfolgten stufenweise. Zunächst wurde im Juni 1959 die zwei Jahre zuvor noch zugesagte Hilfe für die Entwicklung einer chinesischen Atombombe gestrichen. Zwei Monate später brüskierte Moskau die Chinesen mit einer „unsolidarischen Haltung“ im Streit zwischen China und Indien um Tibet.

Zum ultimativen Druckmittel griff Chruschtschow im Sommer 1960, nachdem China unverhohlen Moskaus „Revisionismus“ kritisiert hatte. Nahezu schlagartig wurden sämtliche sowjetischen Experten aus China abgezogen. Eine im November 1960 einberufene Konferenz der kommunistischen Parteien in Moskau verstärkte das Zerwürfnis nur noch weiter. 1969 kam es dann zu ernsthaften militärischen Zusammenstößen an der gemeinsamen Grenze. Dieser Showdown der beiden Nuklearmächte war gleichzeitig die Brücke, über die Peking sich den Amerikanern annäherte, um Moskau eine schmerzliche außenpolitische Niederlage beizubringen. Die sogenannte Anti-Hegemonie-Klausel im Schlussmemorandum des amerikanisch-chinesischen Treffens 1972, dem berühmten Shanghai-Kommuniqué, richtete sich eindeutig gegen die Sowjetunion. Auch hier blieb Moskau nachtragend. Erst unter Gorbatschow wurde die Normalisierung des Verhältnisses zu China möglich.

Chruschtschow blieb bis zu seinem Sturz 1964, der allerdings mehr innen- als außenpolitische Gründe hatte, weiterhin ganz auf der Linie der traditionellen Prämissen sowjetischer Außenpolitik – wie später seine Nachfolger Breschnew, Andropow und Tschernenko. Wie unter Stalin ging es auch unter Chruschtschow nicht nur um die Sicherung des durch den Krieg erweiterten Machtbereichs, sondern um den Versuch, den sowjetischen Einfluss in jenen Gebieten auszudehnen, wo es sich gerade anbot. Auch Chruschtschow setzte auf Stiche an jenen Orten auf dem Globus, wo nur schwacher oder gar kein Widerstand des westlichen Gegners zu erwarten war.

Die sogenannte Zweite Berlinkrise, in der erneut die Einbeziehung West-Berlins in die DDR erzwungen werden sollte, erreichte ihren Höhepunkt am 13. August 1961 mit dem Bau einer Mauer um West-Berlin, mit der das „Schlupfloch“ in den Westen weitgehend geschlossen wurde. Der Mauerbau war allerdings gleichzeitig auch der Beginn eines nun für alle erkennbaren Schauplatzwechsels des Kalten Krieges, der sich jetzt deutlich in die Dritte Welt verlagerte. Für das atomar hochgerüstete und explosive Europa bedeutete dies nicht nur eine Art Stilllegung des Konflikts, sondern den langfristigen Eintritt in eine Phase der Entspannungspolitik, die mit Einschränkungen bis zum Ende der siebziger Jahre reichte. Nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan mündete sie 1979 wieder in eine Verschärfung des Kalten Krieges, die auch in Europa massiv zu spüren war.

Für viele der sogenannten Entwicklungsländer war dieser Bühnenwechsel vor allem mit der Zunahme von Stellvertreterkonflikten und direkten militärischen Interventionen der Blöcke verbunden. Moskaus Ambitionen in der Dritten Welt lagen auf der Hand. Man selbst verstand sich hier ideologisch als Vorreiter der Befreiung und versuchte, auch die seit 1955 sich organisierende Blockfreienbewegung zu dominieren. In der Realität war allerdings Moskaus Interesse an diesen Regionen weniger ideologisch als machtpolitisch bestimmt. In der Entwicklungsbeziehungsweise „Bruderhilfe“ wurden schwerpunktmäßig bis in die achtziger Jahre jene Länder unterstützt, die fest dem sozialistischen Lager zuzurechnen waren. Noch 1984 erhielten Kuba, die Mongolei und das wiedervereinigte Vietnam rund 70 Prozent der gesamten sowjetischen Entwicklungshilfe. Gleich dahinter kam allerdings das blockfreie Ägypten, und ab 1960 rückte das nichtsozialistische Indien auf der Empfängerliste weit nach vorn. Bis zum Ende des Kalten Krieges erhielt es umgerechnet etwa 2,1 Milliarden US-Dollar Unterstützung. Wie deutlich die Entwicklungshilfe von den strategischen Zielen der Sowjetunion im Kalten Krieg bestimmt worden war, zeigte sich nach deren Ende 1991: Der Nachfolgestaat, die Russische Föderation, fuhr sie drastisch zurück.

Die eigentliche außen- und machtpolitische Herausforderung, die dann unversehens lebensbedrohliche Folgen für das gesamte sowjetische Imperium zeitigte, kam allerdings aus der Entspannungspolitik. Vor allem die „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“, die KSZE, zog Probleme nach sich, die in Moskau nicht einkalkuliert waren. Denn ursprünglich war die Initiative für die KSZE 1967 sogar vom Ostblock ausgegangen. Moskau hatte mehrere Gründe, für Entspannung und begrenzte Abrüstung zu sein. Natürlich war Entspannung auch für die Sowjets nie Selbstzweck, sondern der Versuch, einen Ausweg aus einer politischen oder wirtschaftlichen Zwangslage zu finden, ohne die eigene Sicherheit aufs Spiel zu setzen.

Einschließlich der Vorgespräche begann die erste KSZE-Runde am 22. November 1972 und endete am 1. August 1975 auf den ersten Blick unspektakulär mit

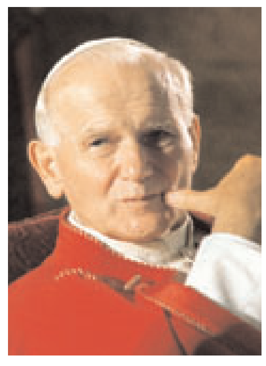


KARIBISCHER DIKTATOR Fidel Castro (Foto 1973) führte von 1959 an auf Kuba eine Mischung aus lateinamerikanischer Caudillo-Herrlichkeit und kommunistischer Herrschaft ein. Je offener die USA den Diktator bekämpften, umso mehr suchte der sein Heil im Sozialistischen Lager.



SHOWDOWN AM USSURI Zu ernsten militärischen Zusammenstößen zwischen den verfeindeten „Bruderstaaten“ und Atommächten Russland und China kam es 1969. Die USA nutzten den Konflikt, um sich diplomatisch China anzunähern.

KARABUDA / SIPA PRESS



DER POLNISCHE PAPST Karol Wojtyla (1920 bis 2005), der 1978 als Johannes Paul II. zum Oberhirten der katholischen Kirche wurde, gab der Solidarność-Gewerkschaft und der Demokratisierungsbewegung in seiner Heimat enormen moralischen Rückhalt – sein persönlicher Beitrag zum Zerfall des Sozialistischen Lagers ist groß.

CHRISTLICHER REBELL Arbeiterführer Lech Walesa (hier mit dem Beichtvater Henryk Jankowski im August 1980 bei einer Messe auf dem Gelände seiner bestreikten Danziger Werft) geht mit seinem Beispiel voran: Mit Gott gegen den Kommunismus.

der sogenannten Schlussakte von Helsinki. Es waren unter anderem vertrauensbildende Maßnahmen und Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit, wirtschaftlich-wissenschaftliche Kooperation und schließlich „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ verhandelt worden. Dieser letzte „Korb“ hatte es in sich, wie sich erst später für Moskau herausstellte. Man hatte vor allem Interesse an den vertrauensbildenden Maßnahmen und der wirtschaftlich-wissenschaftlichen Zusammenarbeit.

Da der Ostblock mit seiner Unterschrift unter die Schlussakte aber zwangsläufig auch einem Passus über mehr Freizügigkeit und die Einhaltung von Menschenrechten zugestimmt hatte, eröffnete dies eine besonders unangenehme Front im Kalten Krieg: die Frage der Einhaltung von Menschenrechten in kommunistischen Staaten. Diese neue Front war umso unerträglicher, als sich Verletzungen propagandistisch schwer entkräften ließen und das selbstgefällige Bild der „Sozialistischen Menschengemeinschaft“ nachhaltig beschädigten. Vor allem die 1977 neu angetretene, diesmal von den Demokraten gestellte US-Regierung unter Jimmy Carter baute gezielt auf dieses Instrument zur Führung des Kalten Krieges und setzte Breschnews Sowjetunion massiv unter Druck. Immer mehr der im Ostblock gegründeten Bürgerrechtsgruppen, wie etwa Charta 77 in der ČSSR, beriefen sich auf die Schlussakte der KSZE. Nicht zuletzt wurde die Gründung der ersten freien Gewerkschaft im Ostblock, der polnischen Gewerkschaft Solidarność (Solidarität) im Sommer 1980 nachhaltig davon beeinflusst.

Ideologisch, vor allem aber machtpolitisch waren dies Herausforderungen, die die Moskauer Führung wiederum nicht hinnehmen konnte. Man wehrte sich mit den Mitteln, die traditionell zur Verfügung standen. Zwar hatte Breschnew noch Anfang der siebziger Jahre dafür geworben, Dissidenten für das System zurückzugewinnen, doch dies war eine vorübergehende Phase gewesen. Neben Andrej Sacharow, den das KGB kontinuierlich verfolgte, war es vor allem Alexander Solschenizyn, der umso mehr überwacht wurde, je stärker die Entspannungspolitik sich ausprägte.

Zum gravierendsten Problem wurde aber das politisch immer selbstbewusster werdende Polen, wenngleich man in Moskau von der Forderung aus Ost-Berlin, in Polen einzumarschieren, wenig begeistert war. Zum einen hatte man ohnehin genügend Imageprobleme. Zum anderen intervenierte man gerade in Afghanistan, und auch dort entwickelte sich die Lage wenig erfreulich. In Polen kam es daher zu einem Kompromiss: kein Einmarsch, dafür aber die Verhängung des Kriegsrechts, das seit dem 13. Dezember 1981 für über anderthalb Jahre galt. Aus Moskauer Sicht ebenso logisch waren das im Oktober 1982 ausgesprochene Verbot der Solidarność und die Verhaftung ihrer Führer. Auch dieser vermeintliche Befreiungsschlag erwies sich nur als Aufschub.

Der Einmarsch in Afghanistan 1979 hatte eine Reihe von unterschiedlichen Gründen. Einer der wichtigsten war die Befürchtung, dass die UdSSR an dieser Flanke gefährdet war. In Moskau hatte sich schon lange die Auffassung durchgesetzt, dass innerhalb des Sowjet-Imperiums je nach Landesteil das Christentum, der Islam oder auch der Buddhismus (Lamaismus) als politischer Gegner verdächtig war. Bis 1957 hatte man dem Lamaismus bereits die Grundlage entzogen. Entscheidender wurde die Verfolgung des Islams und des Christentums. Da 90 Prozent der Muslime in der Sowjetunion Sunniten waren, wurden die politischen Probleme in angrenzenden Ländern wie dem mehrheitlich sunnitischen Afghanistan immer auch als Problem für die Sicherheit der UdSSR begriffen. Der Einmarsch 1979 war daher auch der Versuch des Kreml, die benachbarten Sowjetrepubliken vor der Berührung mit den sunnitischen Paschtunen und dem radikalen Islamismus zu bewahren. Tatsächlich hatten die USA, wie man heute weiß, schon vor 1979 begonnen, die Mudschahidin in Afghanistan zu unterstützen. Unmittelbar mit dem Einmarsch in Afghanistan geriet die Sowjetarmee in einen Partisanenkrieg, der nicht zu gewinnen war.

Es war dieses Konglomerat von Problemen, vor dem Gorbatschow stand, als er am 11. März 1985 als Generalsekretär der KPdSU antrat. Nach Breschnews Tod, der ohnehin seit seinem schweren Schlaganfall 1976 kaum mehr politisch handlungsfähig gewesen war, hatten dessen Nachfolger Jurij Andropow und Konstantin Tschernenko begrenzte Reformen versucht. Forderungen nach dem Umbau der Sowjetgesellschaft und nach mehr „Offenheit“ waren bereits vor Gorbatschow in der Debatte. Außenpolitisch jedoch hielten beide, die noch am Zweiten Weltkrieg aktiv teilgenommen hatten, an den Gegebenheiten fest. Keiner von ihnen war bereit, sowjetische Positionen aufzugeben, obwohl sie die finanziellen Möglichkeiten des Staates seit langem überschritten.

Diesen Schritt wagte erst Gorbatschow. Er war der erste Generalsekretär nach 1945, der den Zweiten Weltkrieg nicht als Soldat oder Partisan miterlebt hatte – und dies eröffnete nicht zuletzt in der Außenpolitik neue Möglichkeiten. Ihm gelang es sogar, den außenpolitischen Rückzug und damit die Verkleinerung des sowjetischen Imperiums als Erfolg zu verkaufen. Als Beweis für die Ernsthaftigkeit seiner Vorschläge bot er dem Westen die sofortige Wiederaufnahme der Rüstungskontrollgespräche an. Der Preis dafür war hoch, wie wir heute wissen. Denn die Probleme, die sich auch für die Außenpolitik der UdSSR fast unmittelbar ergaben, machten noch einmal deutlich, dass nur der politische Druck das Imperium zusammengehalten hatte. ✦



DERRICK CEYRAC / AFP (O.); ALAIN KELER / CORBIS (U.)

Vom Günstling Stalins zum obersten Reformer der Nach-Stalin-Ära wandelte sich Nikita Chruschtschow. Er war Pionier einer Annäherung an den Westen, gleichwohl steuerte er die Welt an den Rand eines Nuklearkriegs.

DER ZWIESPÄLTIGE REFORMER



Chruschtschow, 1963

KARSH / CAMERA PRESS

Von Walter Mayr

Am Ende, als er fühlt, dass ihm nicht mehr viel Zeit bleiben wird, lässt der einst mächtigste Mann der Sowjetunion für einen Moment die Maske fallen: „Meine Arme stecken bis hinauf zu den Ellenbogen im Blut", gesteht Nikita Chruschtschow 1970 einem Besucher: „Das ist das Schrecklichste, was mir auf der Seele liegt."

Vertretern der Partei-Kontrollkommission schleudert er entgegen: „Ich bin bereit, am Kreuz zu sterben. Bringt Hammer und Nägel." Für die Nachwelt aber hat er in seiner Biografie bereits eine andere Fährte gelegt: „Nach meinem Tod werden sie meine Taten bewerten – das Schlechte auf der einen, das Gute auf der anderen Seite. Ich hoffe, das Gute wird überwiegen."

Der bullige, polternde Nikita Chruschtschow, aufgewachsen als Hirtenjunge im westrussischen Dorf Kalinowka, war Stalins Favorit und willfähriger Henkersknecht in den blutigen dreißiger Jahren. Nach Stalins Tod 1953 selbst zum Parteichef aufgestiegen, verordnete er, von Schuldgefühl wie Zorn getrieben, seinen Landsleuten die bittere Wahrheit – über Massenmord und Verfolgung während der Stalin-Zeit.

Millionen Opfer des Stalinschen Gulag-Systems verdanken den ersten Jahren von Chruschtschows Herrschaft, die als „Tauwetter" in die Sowjetgeschichte eingehen, späte Gerechtigkeit – ihre Freilassung oder, posthum zumindest, Rehabilitierung.

Die Enthüllungen sorgen, knapp vier Jahrzehnte nach dem Oktoberumsturz von 1917, für eine Zäsur. Das Eingeständnis der Parteiführung, mindestens 30 Jahre einem blutrünstigen Diktator gedient zu haben, erschüttert die Grundfesten der Sowjetmacht im In- wie im Ausland. In den sozialistischen Bruderstaaten, allen voran in Polen und Ungarn, sind Unruhen die Folge. In der Sowjetunion selbst geben sich noch

Nikita Sergejewitsch
Chruschtschow

1894
Geburt in Kalinowka (Südrussland)

1918
Eintritt in die KP

1939–64
Politbüro-Mitglied der KPdSU

1953
1. Sekretär des Zentralkomitees (ZK) der KPdSU

1961
Bau der Berliner Mauer

1962
Kuba-Krise

1964
Amtsenthebung

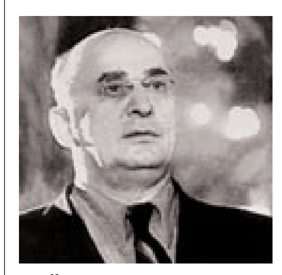
1971
Tod in Moskau



CHEF UND NACHFOLGER Als gelehriger Schüler seines Meisters Stalin machte Chruschtschow Karriere (l., bei einer Zentralkomitee-Sitzung 1936).

Machtwechsel

Mit Stalins Tod setzte der Kampf um seine Nachfolge ein. Sein georgischer Landsmann Lawrentij Berija, eines der zehn Politbüromitglieder, hatte die Kontrolle über den Geheimdienst an sich gezogen – und wurde den anderen zu gefährlich. Sie ließen ihn während einer Sitzung des Politbüros im Juni 1953 verhaften und im Dezember 1953 erschießen. Der Weg für Chruschtschow war frei – und Berija ein Opfer seiner eigenen Devise geworden: „Jeder, den wir verhaften, ist grundsätzlich schuldig."



Berija

Jahrzehnte später die Reformer um Michail Gorbatschow als „Kinder des 20. Parteitags" zu erkennen – als geistige Erben jenes 25. Februar 1956, an dem Chruschtschow seine Abrechnung mit Stalin vortrug.

Dafür, dass ausgerechnet er einmal an der Spitze der Partei Lenins stehen und die Geschicke einer Weltmacht wenden würde, sprach anfangs wenig. Aufgewachsen zur Zarenzeit als Sohn eines Tagelöhners in bitterarmer russischer Provinz, besucht Chruschtschow ganze zwei Jahre die Schule. Er könne nun bis 30 zählen, das genüge vollkommen, befand sein Vater: „Mehr als 30 Rubel wirst du sowieso nie zu zählen haben."

Seinen Mangel an Bildung wird Chruschtschow zeitlebens als Makel empfinden und wortreich beklagen. Seine Herkunft aus ärmlichsten Verhältnissen hingegen trägt er wie einen bolschewistischen Adelsnachweis vor sich her. Die Gabe, die ihn später berühmt machen wird – komplizierte Sachverhalte in einfachste Bilder zu übersetzen –, wurzelt in der Erfahrungswelt seiner Kindheit.

Wenn er sagen will, dass er vor der ersten Interkontinental-Rakete aus sowjetischer Herstellung ahnungslos wie ein Schaf gestanden habe, dann hört sich das bei Chruschtschow, dem Generalsekretär der KPdSU, in den Fünfzigern so an: Fast „hätten wir daran geleckt, um zu sehen, wie sie schmeckt" – die Rakete.

Wenn er, am Vorabend des Mauerbaus 1961, seine Behauptung belegen will, dass Washington wegen Berlin keinen Krieg beginnen werde, dann sagt er, die Amerikaner brauchten die West-Sektoren der Stadt „so nötig wie ein Hunde fünf Beine".

Und wenn er ausdrücken will, dass die Stationierung einer Batterie sowjetischer Nuklearwaffen auf Kuba die US-Strategen an ihrer empfindlichsten Stelle treffen würde, dann wirbt er bei seinem Verteidigungsminister dafür mit den Worten: „Wie wäre es, wenn wir Uncle Sam einen Igel in die Unterhose pflanzten?"

Schlagfertigkeit, Bauernschläue und Volksnähe sind das Erbteil, das den steilen Aufstieg des Autodidakten Chruschtschow nach der Machtübernahme durch die Bolschewiki 1917 befördern hilft. Mit 14 Jahren übersiedelt er bereits in die ukrainische Zechenstadt Jusowka (ab 1924 Stalino, seit 1961 Donezk), ins Herz der zaristischen Industrielandschaft. Der junge Nikita putzt rußverschmierte Stahlkessel und arbeitet sich zum Mechaniker hoch.

So schwer ist das Handwerk in den Zechen, so hart das Leben im Kohlebecken Donbass, dass Chruschtschow vermutet, Karl Marx könne seine Studien über die Ausbeutung des Proletariats nirgends anders als hier betrieben haben. Den örtlichen Führer der Bolschewiki und späteren Vorzugsschüler Stalins, Lasar Kaganowitsch, lernt Chruschtschow noch im Revolutionsjahr 1917 kennen – er wird ihm bis ins Zentralkomitee der Partei und ins Politbüro folgen, um ihn schließlich politisch kaltzustellen.

Im Bürgerkrieg kämpft Chruschtschow auf Seiten der Roten Armee. Der Partei der Bolschewiki hingegen tritt er spät bei, Ende 1918 erst, und bis 1924 sympathisiert er noch mit dem Stalin-Rivalen Leo Trotzki. Vergleichbar dunkle Stellen in der Kaderakte kosten während der Säuberungen in den Dreißigern Zehntausende Parteigenossen das Leben. Nicht so Chruschtschow.

Er versteht es, sich zu arrangieren. Den Sarg seiner frühverstorbenen ersten Frau lässt er 1922 beim Begräbnis in seinem Heimatort nicht durch die Kirche, sondern über den Friedhofszaun zur Grabstätte bringen – ein, wie er findet, gelungener Spagat zwischen dem Atheismus-Gebot der Partei und dem Verlangen der dörflichen Trauergäste nach einem gottgefälligen Ritus.

Im Dezember 1925 bereits gibt Chruschtschow sein Debüt als Delegierter beim Parteitag der KPdSU in Moskau, auf dem Lenins Witwe Nadeschda Krupskaja von fanatischen Genossen niedergeschrien wird und „Abweichler" wie Lew Kamenew oder Grigorij Sinowjew ins Sperrfeuer der Stalin-Treuen geraten. Der Novize Chruschtschow lauscht, nimmt Witterung auf und setzt sich, nach seiner Rückkehr an die ukrainische Basis, entschlossen an die Spitze der dortigen Pro-Stalin-Fraktion.

Als er elf Jahre später, am Rande der Schauprozesse gegen Stalins Widersacher, für die „Söldner und Faschistenhunde von der Trotzki-Sinowjew-Bande" Todesurteile fordert, kann er bereits auf eine schwindelerregende Erfolgsgeschichte zurückblicken: Chruschtschow ist nun Parteichef der Stadt und des Gebiets Moskau, dazu ZK-Mitglied und für seine Verdienste beim Bau der Moskauer Metro mit dem Lenin-Orden ausgezeichnet worden.

Er hat, während in seinem Land die Massenvernichtung von „Volksfeinden" läuft, die Leiter ins Zentrum der Macht erklommen. Nun ist er Gefangener des Systems, wie William Taubman in seiner mit dem Pulitzer-Preis gekrönten Biografie* schreibt: „Bis 1935, vielleicht 1936, war es für einen wie Chruschtschow möglich, an Stalin zu glauben. Danach war es zu spät, die Meinung zu ändern."

Der Preis der Auflehnung wäre der sichere Tod gewesen.

Von 1225 stimmberechtigten Delegierten zum Parteitag der KPdSU 1934 sind wenige Jahre später 90 Prozent verhaftet und über die Hälfte hingerichtet. Sieben von zehn Vollmitgliedern und Kandidaten des ZK erleben das Jahr 1940 nicht. Von den 38

* William Taubman: „Khrushchev – The Man, His Era". The Free Press, London 2005; 876 Seiten; 15,74 Euro.

AKG (O.); SEEGER-PRESS (U.)

führenden Parteifunktionären in Moskau-Stadt und -Gebiet überleben drei – darunter Chruschtschow.

Der Preis, den er dafür zahlt, ist hoch. Er autorisiert höchstpersönlich die Verhaftung und damit sichere Ermordung auch engster Mitarbeiter. Er rühmt sich in einem Bericht vom 10. Juli 1937 an Stalin, 8500 Feinde des Volks ausgewählt zu haben, die der Todesstrafe würdig seien. Und er mahnt Wochen später noch einmal, in den Anstrengungen zur Säuberung der Partei nicht nachzulassen: „Deshalb darf unsere Hand nicht zittern, deshalb müssen wir über die Leichen unserer Feinde marschieren zum Wohle des Volks."

In der ihm eigenen, lakonischen Art, die das Talent einschließt, sich selbst und die eigene Schuld in rhetorischem Nebel verschwinden zu lassen, wird Chruschtschow den Massenmord an seinen Parteifreunden später auf die Formel bringen: „Fast jeder, der mit mir gearbeitet hat, wurde verhaftet." Die Erklärung dafür, warum er noch nicht einmal zur Verteidigung langjähriger Weggefährten bei Stalin vorstellig wurde, ist entwaffnend: „Wir waren damals überzeugt, dass Stalin sich nicht irren konnte."

Der „Woschd", der Führer, ist für Chruschtschow Halbgott („Ich betete ihn an") und Vater-Ersatz. Als könne Stalin ihm das Vorbild sein, das der eigene, mittellose und vom Sohn verachtete Vater abzugeben nicht in der Lage war, buhlt der aufstrebende Funktionär Chruschtschow um die Gunst des Parteichefs – im Politbüro sprächen sie schon als „ljubimtschik" von ihm, als Stalins Liebling, berichtet er stolz in den Dreißigern.

Wenn Stalin wünscht, dass zur Bekämpfung der Hungersnot in Moskau Kaninchen gezüchtet werden, dann kümmert sich Chruschtschow persönlich darum. Wenn Stalin verlangt, dass in seiner Gegenwart getrunken werde, dann trinkt auch der Abstinenzler Chruschtschow mit. Und wenn Stalin anregt, die Herren vom Politbüro mögen doch bitte vor seinen Augen tanzen, dann ist Chruschtschow dabei.

Selbst wenn Stalin zürnt, wie nach der verlorenen Schlacht gegen die Wehrmacht bei Charkow im Mai 1942, wo durch Chruschtschows Mitverschulden fast 70 000 Soldaten getötet oder verwundet werden und über 200 000 in Gefangenschaft geraten, hat der „ljubimtschik" weniger zu befürchten als andere. Dann klopft der Führer nur seine Tabakspfeife auf dem kahlen Schädel seines Zöglings aus und sagt, so hätten es schon die Römer nach verlorenen Schlachten gehalten – „Asche aufs Haupt".

„Bis zum letzten Tag seines Lebens mochte er mich", bilanziert Chruschtschow später wie ein dankbarer Sohn. Die Scham über die eigene Willfährigkeit dem „Stählernen" gegenüber bricht sich erst auf dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 Bahn – gepaart mit karrieristischem Kalkül: Auf einer Geheimsitzung am letzten Tag reißt Chruschtschow mit einem Handstreich die Kulissen der vergötterten Stalin-Jahre ein.

Er spricht von „Massenverhaftungen" und „Exekutionen ohne Gerichtsurteil". Das Auditorium im Saal ist schockstarr. Eine Parteikommission hatte für die Zeit zwischen 1935 und 1940 ermittelt: 1,9 Millionen Verhaftete allein wegen antisowjetischer Aktivitäten, 688 000 davon erschossen. 2006 veröffentlichten Dokumenten zufolge geht Chruschtschow Tage später vor polnischen Kommunisten noch weiter: Der Sieg über die Deutschen wäre ohne Stalin wohl „früher und mit weniger Blut" errungen worden; vielleicht hätte es zum Zweiten Weltkrieg überhaupt nicht kommen müssen.

Die Reaktionen auf Chruschtschows Abrechnung mit dem Stalinismus kommen so prompt wie Flutwellen nach dem Taifun. In Polen und Ungarn brechen noch im gleichen Jahr Aufstände aus. Der Parteichef zaudert, überlegt, ob er die Revolten gewaltsam niederschlagen lassen soll, und revidiert sich in Sachen Polen dreimal binnen 24 Stunden. In Ungarn schreiten die Sowjettruppen schließlich ein – mehr als 2500 Aufständische und 699 Soldaten Moskaus lassen ihr Leben.

Irrlichternd führt Chruschtschow auch weiter sein Land. „Schachspiel im Dunkeln" nennt er seine bevorzugte Strategie und beruft sich auf Lenins – von Napoleon geborgte – Weisheit, man müsse sich erst in eine Schlacht stürzen und danach sehen, was möglich sei.

Die CIA konstatiert in einer Charakterstudie über Chruschtschow abrupte Stimmungsschwankungen und fließende Übergänge – von rabenschwarzer Depression hin zu weißglühendem Zorn. Der US-Senator Hubert Humphrey liefert nach einem Marathontreffen mit dem Führer der östlichen Welt ein pointiertes Psychogramm: „defensiv auf offensive Art, unsicher auf übertrieben selbstsichere Weise".

Zum Kern-Trauma – dem Gefühl, seiner einfachen Herkunft wegen belächelt zu werden – gesellt sich bei Chruschtschow die Bürde einer Stalin-Prophezeiung: die Führer der westlichen Welt würden seinen Nachfolger, wer immer es sei, „erwürgen wie ein Kätzchen". Chruschtschow lässt an seiner Entschlossenheit, den Ziehvater zu widerlegen, so wenig Zweifel wie an seiner Überzeugung, auch mäßig Begabte könnten es weit bringen.

Er sieht sich, das sagt er gern und öffentlich, in der Tradition des „kleinen Pinja", des armseligen jüdischen Schusters aus einer Erzählung von Wladimir Winnitschenko. Pinja, von Mithäftlingen im Knast zum Sprecher gewählt, wächst an seinen Aufgaben weit über die Erwartungen hinaus. Am Ende gibt er sogar sein Leben – für die Freiheit der anderen.

In Wortwahl und Politikverständnis nah am Boden, im Tonfall zunehmend von oben herab, revolutioniert Chruschtschow ab Mitte der Fünfziger die bis



DIE SCHÖNE UND DAS BIEST
An der Seite der Präsidentengattin Jackie Kennedy entwickelt sogar der sonst eher als vulgär berüchtigte Sowjetchef Chruschtschow 1961 eine Art rustikalen Charme. US-Senator Humphrey erlebte ihn „defensiv auf offensive Art, unsicher auf übertrieben selbstsichere Weise".

TIMEPIX / INTER-TOPICS

„Ich war da, wo der Fragesteller jetzt ist."

NIKITA CHRUSCHTSCHOW 1956 nach seiner Geheimrede über die Verbrechen Stalins als Antwort auf die anonyme Frage aus dem Plenum der Parteitagsdelegierten, wo er selber zur Zeit der Verbrechen gewesen sei – nachdem er den Fragesteller erfolglos aufgefordert hat, sich zu zeigen.

„Wenn Adenauer seine Unterhosen auszieht, und du schaust ihn von hinten an, so siehst du, dass Deutschland geteilt ist; von vorn siehst du, dass Deutschland nicht standfest ist.“

NIKITA CHRUSCHTSCHOW
über Kanzler Konrad Adenauer.

dahin gültigen Spielregeln internationaler Diplomatie. Er pöbelt lautstark um Anerkennung.

„Wie frische Pferdescheiße“ stinke die jüngste, gegen sein Land gerichtete Resolution des US-Kongresses, sagt er zur Begrüßung von Vizepräsident Richard Nixon 1959 in Moskau. Und über den greisen deutschen Kanzler lässt er sich so aus: „Wenn Adenauer seine Unterhosen auszieht, und du schaust ihn von hinten an, so siehst du, dass Deutschland geteilt ist; von vorn siehst du, dass Deutschland nicht standfest ist.“

Irritiert von vergeblichen Avancen an die Adresse Chinas und Jugoslawiens, von respektloser Behandlung durch Mao Zedong, der mit dem korpulenten Chruschtschow im Schwimmbecken verhandeln will, und durch den störrisch seine Unabhängigkeit behauptenden Tito, konzentriert der Kremlchef sein Werben um internationale Anerkennung zunehmend auf Washington.

Er bietet Verhandlungen über ein Atomtest-Moratorium an und rüstet ohne Vorbedingungen die konventionellen Streitkräfte ab, er droht mit einseitiger Anerkennung der DDR und einer Berlin-Krise, während er gleichzeitig auf allen Kanälen um eine Einladung nach Washington bettelt. Er will erreichen, was Stalin nicht erreichte: Er will der erste Sowjetführer sein, der im Weißen Haus empfangen wird.



SPIEL MIT DEM WELTBRAND
Im September 1961 dient der Herr der Sowjetunion dem US-Magazin als Titelheld, der die Menschheit mit seinen Atomraketen bedroht und dabei mit erhobenem Zeigefinger auf die westliche Welt zeigt.

Der Kleine Pinja im Oval Office.

Als US-Präsident Dwight D. Eisenhower überraschend einwilligt und der Termin für den Gipfel der Großmächte auf 15. September 1959 festgelegt wird, bricht in Moskau Nervosität aus. Wird die brandneue Tupolew Tu-114 den KP-Chef ohne Notwasserung über den Atlantik bringen? Welche Tischsitten erwarten Kapitalisten? Und warum, fragt Chruschtschow verdutzt seinen Außenminister Gromyko, ist von einem Treffen in Camp David die Rede? Warum in einem Lager, nicht in der Hauptstadt?

DIE KUBA-KRISE
Ein Kriegsschiff (vorn) und ein Flugzeug der US-Verbände drängen 1962 einen Sowjetfrachter ab: Chruschtschows Entscheidung, Atomraketen auf Kuba zu stationieren, bringt die Welt an den Rand des Atomkriegs.



Das Gipfeltreffen mit Eisenhower bewirkt am Ende außer wechselseitigem Beleidigtsein wenig. Auch andernorts, in Gesellschaft, gibt sich Chruschtschow dünnhäutig und nach Kräften unbeeindruckt. Bei einem Gala-Essen in Anwesenheit von Frank Sinatra, Gary Cooper und Marilyn Monroe, die auf Bitten der Ausrichter in ihrem engsten Kleid erschienen ist, erzählt er von seiner Kindheit als Hirtenbub. Die Millionäre John Rockefeller und Averell Harriman, die er trifft, erinnern ihn an die Kapitalisten von den Propaganda-Plakaten aus dem russischen Bürgerkrieg – „nur dass die Schweineschnauzen fehlten, die ihnen unsere Künstler verpasst hatten“.

Zurück in der Heimat, erzürnt Chruschtschow die dreiste Spionage eines amerikanischen Flugzeugs über sowjetischem Gebiet derart, dass er es abschießen lässt und einen Vier-Mächte-Gipfel in Paris zu europäischen Sicherheitsfragen und den vereinbarten Gegenbesuch Eisenhowers in Moskau platzen lässt. Er setzt nun bereits auf John F. Kennedy, der am 8. November 1960 zum neuen US-Präsidenten gewählt werden soll.

Eine erste Zusammenkunft ergibt sich Anfang Juni 1961 in Wien. Kennedy zeigt sich im Anschluss „vollkommen überwältigt“ – von Chruschtschows „Schonungslosigkeit und Primitivität“. Vergleichbares, so der neue Herr im Weißen Haus, sei ihm noch nicht begegnet: „Ich sprach darüber, dass ein Atomkrieg 70 Millionen Menschen töten würde, und er schaute mich an, als wollte er sagen – ‚so what‘.“

„Chruschtschow hat den armen, kleinen Burschen zu Tode erschreckt“, spottet Vizepräsident Lyndon B. Johnson über Kennedy. Was folgt, erhärtet diesen Verdacht. Als DDR-Grenztruppen am 13. August 1961 mit dem Bau der Berliner Mauer beginnen, bleibt – wie von Chruschtschow prophezeit – eine militärische Antwort Washingtons aus.

Gut ein Jahr später fotografiert ein US-Aufklärungsflugzeug schlampig getarnte Abschussrampen auf Kuba. 42 Kurz- und Mittelstreckenraketen mit Atomsprengköpfen, von denen jeder über die 10- bis 35fache Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe verfügt, hat Chruschtschow 150 Kilometer vor der amerikanischen Küste auffahren lassen. „Er spielt Gott“, entfährt es Kennedy. Dann lässt er die Nuklearstreitkräfte seines Landes in höchste Alarmbereitschaft versetzen.

Zwei Wochen lang taumelt die Welt am Rande des Abgrunds, ist die Gefahr eines Atomkriegs zwischen den Supermächten größer als jemals zuvor und danach. Chruschtschow poltert und blufft. Sein Außenminister Andrej Gromyko, den er bereits als „Stück Scheiße“ abqualifiziert hatte, verdient sich durch beharrliches Leugnen in Washington ein Sonderlob vom Chef: „Er hat geantwortet wie ein Zigeuner, den sie beim Pferdestehlen geschnappt hatten – ‚das bin nicht ich, und das ist nicht mein Pferd‘.“

Erst nach erbittertem diplomatischem Ringen willigen die Sowjets ein, ihre Atomsprengköpfe aus Kuba abzuziehen. Washington garantiert im Gegen-

GETTY IMAGES (O.); PICTURE ALLIANCE / DPA (U.)



zug den Verzicht auf eine gewaltsame Invasion ins Reich Fidel Castros und baut zusätzlich Raketenstellungen in der Türkei ab. Die Kuba-Krise endet, so jedenfalls urteilen Historiker aus heutiger Sicht, mit einem Triumph Chruschtschows.

An der Heimatfront hingegen, in politischen und militärischen Führungszirkeln der Sowjetunion, wird der Rückzug als schmachvoll bewertet und als zusätzlicher Beleg für den sinkenden Stern des Staats- und Parteichefs. Seit 1957 bereits, seit der fehlgeschlagenen innerparteilichen Revolte der Stalinismus-Veteranen Molotow, Malenkow und Kaganowitsch, ist Chruschtschow die unbestrittene Nummer eins in Partei und Staat – ein Status, den auszukosten er sich angewöhnt hat.

Zunehmend die Machtzentrale in Moskau meidend, gestattet Chruschtschow sich wochenlange Reisen durch die Unionsrepubliken und stiftet Verwirrung durch wechselnde Ideen zum Umbau von Industrie- und Agrarsektor. Er, ehemals Bannerträger des Kampfs gegen den Personenkult unter Stalin, lässt es sich nun gefallen, dass eine Stadt nach ihm benannt, ein Heldenepos über sein Leben gedreht wird. Und er nötigt, wenn ihm langweilig ist, seinen Außenminister, auf einem Teller zu trommeln, damit der Marschall der Sowjetunion, Andrej Gretschko, dazu tanzt.

Fast ist es nun wieder wie in Stalins letzten, düsteren Tagen.

Am 13. Oktober 1964 wird Chruschtschow vor das Politbüro zitiert und entmachtet. Er reagiert empört, aber gefasst. Von jedem, der mit Stalin versucht hätte, was mit ihm nun geschehe, sagt Chruschtschow, wäre „nicht einmal ein nasser Fleck geblieben“. Das eigentlich Bemerkenswerte an den Vorwürfen gegen ihn sei, dass sie offen ausgesprochen werden dürften: „Das ist mein Beitrag.“

Die letzten sieben Jahre bis zu seinem Tod verbringt Chruschtschow auf einer von der Partei zugewiesenen Datscha. Er verfasst Memoiren, beobachtet mit dem Fernglas sorgenvoll die Feldarbeit auf umliegenden Äckern und sieht bisweilen Schemen aus vergangenen Tagen vorbeiziehen: Kinder von Freunden, die mit seinem Wissen „liquidiert“ wurden, suchen ihn auf; auch „modernistische“ Dichter.

Und Künstler, über die er einst Latrinenparolen ausgoss. Wie an jenem unvergessenen Abend im Dezember 1962, während eines Empfangs im Gästehaus auf den Leninhügeln, als er dem großen Bildhauer Ernst Neiswestny vor der versammelten Intelligenzija des Landes zurief, seine Arbeiten offenbarten die Perspektive eines Menschen, der tief in der Toilettenschüssel sitzend die Augen nach oben richtet – auf das, was von dort zu erwarten sei.

Neiswestnys Antwort kommt spät und hat Größe. Das Grabmal, das er auf Bitten der Angehörigen nach Chruschtschows Tod am 11. September 1971 entwirft, zeigt einen kahlen Schädel aus Bronze zwischen zwei kantig verschränkten Stelen – aus schwarzem Granit die eine, aus weißem Marmor die andere. Schwarz und Weiß, Schlechtes und Gutes, halten sich im steingewordenen Urteil die Waage.

Chruschtschows Verdienst, so der Künstler, müsse in Erinnerung bleiben: „Er hat begonnen, unser Land aus der Dunkelheit zu führen.“ ✦

KOMPAKTE FAMILIE
Nicht nur als Chef der sowjetischen „Völkerfamilie“ posiert der brachiale Gemütskerl Chruschtschow gern, sondern auch als Verächter von Hosenträgern und kugeliges Zentrum seiner eigenen Familie (1960).

„Wie wäre es, wenn wir Uncle Sam einen Igel in die Unterhose pflanzten?“

NIKITA CHRUSCHTSCHOW
zur Stationierung von Atomraketen auf Kuba.

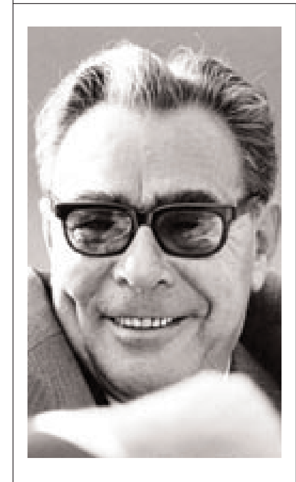
ROGER-VIOLLET



18 Jahre lang stand Leonid Breschnew der kommunistischen Großmacht vor, fast die Hälfte davon als schwerkranker Mann – sein Name steht für totale Stagnation und für den Niedergang des Sowjetexperiments.

HERRSCHAFT DER GREISE

Von Siegfried Kogelfranz



Leonid Iljitsch
Breschnew

1906
Geburt in Kamenskoje
(heute Dniprodserschynsk/Ukraine)

1931
Eintritt in die KP

1957–82
Politbüro-Mitglied

1964
1. Sekretär des ZK
(ab 1966 „Generalsekretär“)

1968
„Breschnew-Doktrin“
(Begrenzung der Souveränität der Satellitenstaaten in Osteuropa)

1979
Einmarsch in Afghanistan

1980
Boykott der Olympischen Spiele in Moskau wegen des Afghanistan-Kriegs

1982
Tod in Moskau

Es war eine Begegnung der unheimlichen Art. Für einen Journalisten wie den Autor, damals Moskau-Korrespondent des SPIEGEL und mit dem Wagen unterwegs, waren die Beobachtungen, die er inmitten der russischen Waldaihöhen an einem Sommernachmittag des Jahres 1981 machen konnte, so sensationell wie riskant:

Jäh öffnete sich der Blick durch den Wald auf eine großflächige Kreuzung. Eine ungewöhnlich breite Trasse, offenbar frisch betoniert und nach beiden Seiten mit Fahrverbotsschildern und Schranken gesperrt, querte die Fernstraße M-10 Leningrad–Moskau. Dort stoppte abrupt eine Kolonne von dunkelgrünen Militärfahrzeugen, die aus östlicher Richtung heranpreschten. Soldaten mit Maschinenpistolen sprangen heraus, sperrten die Straße und sicherten die Trasse nach allen Seiten hin ab.

Dann dröhnender Motorenlärm. Auf der Betonpiste rollten mit Tarnnetzen überspannte vielachsige Selbstfahrlafetten vorbei. Auf ihnen waren röhrenartige Ungetüme verankert, je etwa 20 Meter lang, gut 2 Meter hoch – vorn abgeflacht, hinten, mit Planen abgedeckt, eine Art Höcker.

Auch für das ungeübte Auge war klar: Hier fuhren gewaltige Raketen auf ihren fahrbaren Abschussrampen entlang. Den Maßen nach konnten es nur SS-20 sein: jene neuen sowjetischen Wunderwaffen, die damals mit ihrer Reichweite von annähernd 5000 Kilometern und bis zu drei atomaren Sprengköpfen Westeuropa in Angst und Schrecken versetzten.

War das die Gelegenheit für einen journalistischen Scoop? Noch nirgendwo war ein Foto der geheimnisvollen Waffe erschienen. Die Kamera lag griffbereit im Wagen. Doch da draußen verfolgten Soldaten jede Bewegung, hatten den Mercedes mit der Korrespondenten-Nummer längst im Visier. Aussteigen war unmöglich, ein Schnappschuss durch die Scheibe ebenso gefährlich. War ein Foto eine womöglich jahrelange Haft wegen „Spionage“ wert?

Die Vernunft sagte nein. Die ersten SS-20-Fotos erschienen dann erst Jahre später, nachdem sich die Konfrontation um die Raketen weiter zugespitzt hatte. Sie führte zur Nato-Nachrüstung mit „Pershing“-Raketen und Marschflugkörpern und damit zu einem erneut hektischen Waffenwettlauf zwischen Ost und West, dessen astronomische Kosten wesentlich zum Zusammenbruch der Sowjetunion beitrugen.

Es war die Ära Leonid Breschnews, der 18 lange Jahre über das rote Imperium herrschte, fast die Hälfte davon schwerkrank – jene Zeit, da das Land längst der Stagnation anheimgefallen war. Das Experiment Sowjetunion war in einer Sackgasse steckengeblieben. Der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt verglich die sieche Weltmacht zu dieser Zeit mit einem afrikanischen Entwicklungsland, als er sie ein „Obervolta mit Raketen“ nannte.

Im Oktober 1964 hatte die Führung der KPdSU gegen ihren Chef Nikita Chruschtschow geputscht und ihn gestürzt. Es war ein unblutiger Machtwechsel: Die Politbürokraten zitierten Chruschtschow aus dem Schwarzmeerurlaub zurück und schickten ihn einfach in Pension. Nachfolger Leonid Illjitsch Breschnew, 57, wurde als Kompromisskandidat erkoren und beließ dem Vorgänger sogar die meisten seiner Privilegien – eine monatliche Pension in Höhe von 500 Rubel, Datscha und Stadtwohnung, Essen im Kreml-Speisesaal und ein Auto mit Chauffeur.

Wie alle seine Vorgänger kam der neue Kremlherr aus der Provinz, dem ukrainischen Dnjepropetrowsk. Im Krieg hatte er es als Politoffizier bis zum Generalmajor gebracht. Damals wurde er in der Personalakte noch als Ukrainer geführt. Erst später, nach Beginn der höheren Karriere in der KPdSU, verwandelte er sich in einen „Russen“.

Vom Aussehen her war Breschnew geradezu „ein Bild von einem russischen Mann“, wie der langjährige Moskau-Korrespondent Gerd Ruge schreibt: ein untersetzter stattlicher Kerl mit dichtem schwarzen

LUDWIG WEGMANN (L.); LUCIEN NAU (O.)



Haar und auffallend buschigen Augenbrauen, im Gegensatz zum gemeinen sowjetischen Apparatschik in elegante Maßanzüge gekleidet, jovial und seiner Wirkung auf Frauen bewusst.

Davon zeugten diverse „Soldatenbräute“, die dem einstigen General bei seinen Reisen als Begleiterinnen dienten, wie auch seine Krankenschwester in den späteren Leidensjahren, eine Dauer-Geliebte, deren Ehemann zum General befördert wurde. Auf seine Frauengeschichten war Breschnew durchaus stolz. Als sein bevorzugter westlicher Gesprächspartner Willy Brandt nach dem Skandal um den DDR-Spion Günter Guillaume zurücktrat und dabei auch von Frauenaffären die Rede war, konnte Breschnew das nicht begreifen: „Fotos mit Weibern? Dafür würde ich noch Geld hinlegen, besonders, wenn ich darauf wie ein richtiger Mann aussehe.“

Die Ära des nach Stalin am längsten herrschenden Parteichefs war widersprüchlich wie die von keinem seiner Vorgänger und Nachfolger. Sie war zwar vielleicht insgesamt die friedlichste Zeit der gesamten Sowjetgeschichte. Aber sie wurde auch durch Gewaltakte wie die Niederschlagung des Prager Frühlings im Jahr 1968 unterbrochen.

Nach langem Zögern entschied sich Breschnew für eine militärische Beendung des international populären Versuchs der tschechoslowakischen KP, Sozialismus und Demokratie zu verbinden. Von drei Seiten her marschierten am 20. August 1968 Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei ein. Dass es nicht zu einem Blutbad kam wie in Budapest 1956, war den Prager Führern zu danken – Verteidigungsminister General Martin Dzúr veranlasste, dass die Soldaten in den Kasernen blieben.

Die abtrünnigen Prager Genossen jedoch mussten in Moskau ein Protokoll unterschreiben. Es dekretierte ein sofortiges Ende der Prager Reformen. Ein politischer Witz aus jenen Tagen geht so: „Bei einem Treffen in Moskau beschlossen die brüderlichen kommunistischen Parteien, den Genossen Dubček im Hinblick auf seine Verdienste um die Sache des Sozialismus aufzuhängen. Die Hinrichtung fand in freundschaftlicher Atmosphäre statt.“ In der Sowjetunion reagierten Dissidenten auf den Gewaltakt mit vereinzelten Demonstrationen, die jedoch sofort aufgelöst wurden. Weltpolitisch war die Invasion für Moskau ein Desaster. Auch mehr als 50 Bruderparteien protestierten gegen den Gewaltakt oder schwiegen – darunter die kommunistisch regierten Staaten Jugoslawien, China und Rumänien sowie die mächtige KP Italiens. Nur wenige wagten es, sich gegen solche Zustände aufzulehnen. Sie wurden verhaftet und abgeurteilt wie die Schriftsteller Julij Daniel und Andrej Sinjawski, verbannt wie der Nobelpreisträger Andrej Sacharow, der 1968 verlangte, Moskau solle die im Prager Frühling propagierten demokratischen Reformen übernehmen. Oder sie wurden in Irrenanstalten gesperrt – wie jener Leutnant, der 1969 vor dem Kreml auf Breschnews Auto geschossen hatte.

Hatte Chruschtschow noch versucht, sich von Stalin zu distanzieren, so deckte Breschnew nun den Mantel des Schweigens über die Untaten des Generalissimus. Er ließ an dessen Grab vor der Kremlmauer – dorthin hatte Chruschtschow den anfangs im Mausoleum aufgebahrten Leichnam verbannt – sogar eine Granitbüste aufstellen. Auch den von Chruschtschow verdammten Personenkult belebte er mit zunehmenden Alter neu und schmückte sich wieder mit dem Titel eines Generalsekretärs.

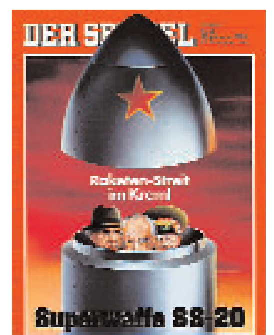
Der spätere Außenminister der Wende, Eduard Schewardnadse, umschmeichelte den Parteichef als „Steuermann, der das Volk in den reinen Himmel, zu den klaren Gipfeln des Kommunismus hob“ – und das zu einer Zeit, als der schon längst „in einem Dämmerzustand“ vor sich hin vegetierte (so der zeitweilige Botschafter in Bonn, Walentin Falin). Breschnew ließ sich zum Staatsoberhaupt und zum Marschall ernennen (was außergewöhnliche Privilegien mit sich brachte – etwa das exklusive Recht auf eigenen Grund und Boden) sowie mit einer ans Groteske grenzenden Ordensflut überhäufen. Allein 21 sowjetische Auszeichnungen trug er wie eine „Ikonenwand auf seiner breiten Brust“ (Falin), dazu kamen noch 15 ausländische Orden. Leninpreise sammelte er zuhauf – insgesamt sieben –, einen unter anderem für Literatur: Der wurde ihm für die drögen Schilderungen seiner mageren Kriegstaten verliehen, die ein anonymes Autorenkollektiv verfasst hatte.

Der Generalsekretär selbst las so gut wie nichts, außer Zirkusheften und Autojournalen. Vertrauten



CBS

DIE GREISENBLÜTE DES BOLSCHEWISMUS
Generalsekretär Lenonid Breschnew liest am 1. Mai 1971 auf der Ehrentribüne des Lenin-Mausoleums seinen Text vom Blatt, umringt von anderen betagten Spitzenfunktionären.



RUINÖSE SUPERWAFFEN
Überrüstung mit den SS-20-Raketen (l. bei Moskau 1987, o. als SPIEGEL-Titel 39/1983) und Selbstüberschätzung der altersschwachen Parteispitze richteten die marode Sowjetwirtschaft endgültig zugrunde.



VERORDNETE TRAUER
Wenn wieder einmal ein hinfälliger Parteichef gestorben war (wie Andropow im Februar 1984), hatte das Sowjetvolk, hier eine Moskauer Fabrikbelegschaft, einen betroffenen Eindruck zu machen.

gegenüber rühmte sich der Chef der KPdSU, weder Marxens „Kapital" noch Lenins Werke je genau gelesen zu haben. Sein Dogma: „Das Land ist stabil, friedlich und in gutem Zustand. Ich freue mich, dass bei uns alles normal vonstattengeht." Der „entwickelte Sozialismus", auch eine Wortschöpfung der Breschnew-Zeit, hatte im sowjetischen Alltag freilich seine Tücken. Wenn das Gerücht umlief, im Moskauer „Dom mebeli" werde es demnächst brauchbare Möbel geben, blockierten Tausende Moskauer schlagartig die umliegenden Straßen und organisierten sich in sogenannten Sotnjas – Hundertschaften, wie die Kosaken sie in Kriegszeiten gebildet hatten. Nur so war das tagelange Anstehen nach einem neuen Tisch oder Schrank zu überstehen.

Dabei hätte das riesige Land, das sich über elf Zeitzonen ausdehnte und mit Bodenschätzen aller Art gesegnet war, aufgrund seiner schier unerschöpflichen Ressourcen durchaus den höchsten Lebensstandard der Welt erreichen können.

Doch außer der Rüstung und dem Geheimdienst mit seinen Millionen Informanten funktionierte nicht allzu viel. An die Stelle des verheißenen Sozialismus fürs Volk trat ein neues „Feudalsystem" (Wolkogonow) von einigen hunderttausend Privilegierten. So sah es wirklich aus zwischen Kaliningrad und Wladiwostok: Gerade mal 177 Rubel verdiente der Durchschnittsbürger 1982 am Ende der Breschnew-Ära (nach dem damaligen offiziellen Kurs in heutiger Währung knapp 300 Euro, nach dem realistischen damaligen Kurs auf dem Schwarzmarkt maximal 100 Euro). Jedem Sowjetbürger standen zu jener Zeit laut Plan neun Quadratmeter Wohnraum zu. In der Praxis teilten sich bis zu vier mehrköpfige Familien eine Wohnung mit Gemeinschaftsküche, -toilette und -bad, was die Kriminalität anheizte und jungen Paaren keinerlei Privatsphäre ermöglichte. Die Lebenserwartung der Männer lag bei 61 Jahren, was vor allem dem hohen Alkoholkonsum geschuldet war, den der Staat als Wodka-Monopolist förderte.

Die Hälfte des Einkommens gaben Sowjetbürger für Nahrungsmittel aus. Für deren Erwerb mussten sie statistisch 550 Stunden im Jahr Schlange stehen. 37 Milliarden Arbeitsstunden wurden auf diese Weise jährlich vergeudet. Die Hauptvitaminquelle der Russen, der Kohl, wurde von Kolchoslastern direkt vor die Geschäfte gekippt, ebenso die oft verschimmelten oder gefrorenen Kartoffeln. An jedem einzelnen Ei musste der Kunde riechen, um herauszufinden, ob es nicht schon faul war. Einzig Brot war in annehmbarer Qualität zu haben, aber auch das nur dank umfangreicher Getreideimporte aus dem Westen – bis zu 42 Millionen Tonnen jährlich. Dafür wurden nicht nur Erlöse aus dem Gas- und Erdölexport aufgewendet, sondern noch Hunderte Tonnen des Goldschatzes verkauft.

„Defizit"-Ware, wie gehobene Artikel genannt wurden, verkauften die Angestellten meist unter dem Ladentisch. Als während der Olympischen Spiele 1980 unter anderem deutsche Butter in Städten angeboten wurde, in denen es sportliche Wettbewerbe gab, kam es zu Schlägereien zwischen aufgebrachten Kundinnen und Verkäufern, welche die begehrte Ware für eine besser zahlende Klientel horteten.

Ein Drittel der Gesamtproduktion verschwand spurlos: nur auf dem Papier hergestellt, verdorben, gestohlen, auf dem Schwarzmarkt verramscht.

Mit dieser Realität mussten normale Bürger überall täglich kämpfen. Ob Pfeffer oder Kaffee, Brillen oder Gummistiefel, Theaterkarten oder Flugtickets – alles musste auf krummen Wegen besorgt werden.

Wer hingegen hinreichend Rubel besaß, musste nicht darben. Auf den privaten Märkten der Kolchosbauern wurde das Angebot nie knapp: Tomaten und Gurken gab es dort, Äpfel und Birnen, Pilze und Beeren, Weintrauben, Zitronen und Feigen aus dem Kaukasus, riesige Melonen aus Usbekistan, aber auch köstliche saure Sahne, Fische, schieren Speck als Grundlage für flaschenweise hinuntergespülten Wodka, Geflügel, sogar Spanferkel. Alles freilich zu einem Vielfachen des Ladenpreises – das Kilogramm Tomaten etwa für 10 Rubel, offiziell damals gut 15 Euro.

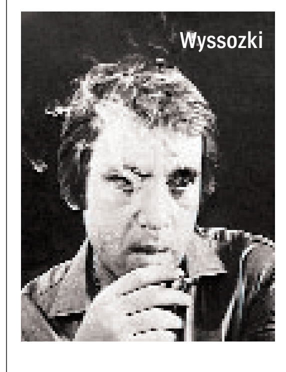
Insgesamt stammten von den vier Prozent Boden, der landesweit für Selbstversorgung und privaten Handel bewirtschaftet werden durfte, etwa ein Drittel aller im Land erzeugten Lebensmittel – denn nur auf dieser Scholle wurde wirklich geackert; die Kolchosen blieben über all die Jahrzehnte ineffektiv.

Dies war der Alltag in einem insgesamt hochindustrialisierten Staat, in dem es aber immer wieder keine Zahnbürsten gab, keine Glühbirnen oder Batterien, keine Wecker, keine Schrauben und keine Antibabypillen. Abtreibungen dagegen, die Zehntausende junge Frauen alljährlich über sich ergehen ließen, kosteten ganze fünf Rubel.

Als das Land unter Breschnew den 60. Jahrestag der Revolution beging, war die große Sowjetmacht längst nur noch auf Papier gebaut – auf einen Plan, der für fünf Jahre von einer gigantischen Bürokratie ausgeheckt, in der Praxis aber nie erfüllt wurde. Mehr als 60 Ministerien – darunter welche für „Mittleren Maschinenbau" oder „Kraftwerke" – verwalteten eine real gar nicht existierende Wirtschaft.

Die Arbeiter („Die da oben tun so, als ob sie uns bezahlen, und wir tun so, als ob wir arbeiten") verharrten unter solchen Umständen im ständigen Bummelstreik. „Daumendrehen, Diebstahl und Trunksucht" galten, so ein emigrierter Dissident, als die üblichen Verhaltensweisen der Sowjetgesellschaft.

Für die herrschende Elite war es, wie alle wussten, ein goldenes Zeitalter der Selbstbedienung – so Georgij Arbatow, ein Mitarbeiter Breschnews. Breschnew selbst, ein Autonarr, verfügte über einen Fuhrpark von 80 Luxusautos, darunter Rolls-Royce und handgefertigte Panzerlimousinen vom Typ „Sil".



Wyssozki

Der ewige Zirkus, wo wie Seifenblasen / Versprechen platzen, juble, wer da kann. / Große Veränderungen? – Nichts als Phrasen. / Das alles mag ich nicht, das kotzt mich an.

Der Subkultursänger WLADIMIR WYSSOZKI, in seinem Protestlied „Das kotzt mich an".

AFP (O.); TASS / PICTURE-ALLIANCE / DPA (U.)

Wollte er seiner Leidenschaft frönen, der Jagd, konnte er unter mehr als 100 Gewehren auswählen. Einen Oberjäger, der ihm Wildschweine und Elche zutrieb, beförderte er zum General. Botschafter Falin, der sich bei ihm über die kargen Bezüge der Diplomaten beklagt hatte, schickte er einmal zur Belebung der Speisekarte eine Wildsau nach Bonn. Noch am Tag vor seinem Tod habe er jagen wollen in Sawidowo, 120 Kilometer nördlich von Moskau.

Auch die anderen Mitglieder der Nomenklatura besaßen Stadtwohnungen in den Zuckerbäcker-Türmen der Stalin-Ära, Datschen und Autos, kauften in Sonderläden ein und ließen sich in Sonderkliniken behandeln. Zur neuen Klasse des degenerierten Kommunismus zählten neben der Parteiprominenz die Minister und die Chefs der Republiken, hohe Offiziere, Manager großer Staatsbetriebe, Wissenschaftler, Spitzensportler, leitende Redakteure der wichtigsten Zeitungen, Schriftsteller, Künstler, Kosmonauten und „Helden der sozialistischen Arbeit“.

Zur einzigen bekannt gewordenen Massendemonstration der Breschnew-Ära kam es ausgerechnet in den Wochen der Olympischen Spiele 1980 in Moskau, als der rebellische Poet, Sänger und Schauspieler Wladimir Wyssozki, 42, starb. Er hatte schon als Jugendlicher im Straflager gesessen, bevor er zum populärsten Protestsänger des Landes aufstieg.

Als er starb, strömten bis zu 50 000 Menschen zum Taganka-Theater, an dem er den „Hamlet“ gespielt hatte. Zum Begräbnis versammelten sich nochmals Zehntausende, sie verwandelten den Friedhof in ein Blumenmeer. Die Menge wurde von der Polizei brutal auseinandergetrieben, in den russischen Medien war der Vorgang tabu.

Unruhe daheim war das Allerletzte, was der Kreml in jenen Jahren brauchen konnte. Denn er hatte sich – zum zweiten Mal in der Amtszeit Breschnews – in ein militärisches Abenteuer gestürzt.

Die am frühen Morgen des 27. Dezember 1979 vom Rundfunk gemeldete Invasion Afghanistans durch die Sowjetunion („in Erfüllung ihrer internationalen sozialistischen Verpflichtungen“) war der folgenschwerste außenpolitische Fehler. Sie sollte sich zu einem zehnjährigen Krieg mit fast 15 000 toten Soldaten ausweiten und trug erheblich zum Kollaps der Sowjetunion bei. Kremlchef Breschnew, an fortschreitender Zerebralsklerose leidend, war das Symbol der Agonie. Senil und verwirrt, mit starrem Blick, kaum verständlicher Sprache und unsicheren Bewegungen wurde er im Fernsehen gezeigt. Bei den großen Mai- und Novemberparaden auf dem Roten Platz musste er gestützt werden, den Arm beim Winken starr nach oben haltend.

Leonid Breschnew starb, 75 Jahre alt, am 10. November 1982. Sein Nachfolger Jurij Andropow, 68, war der Kandidat der beiden mächtigsten Säulen der Sowjetmacht – des Geheimdienstes KGB, den er seit 15 Jahren führte, und des Militärs. „Er war klüger als die meisten anderen Sowjetführer, er wusste, was im Land vorging“, schreibt Biograf Wolkogonow. Aber er fährt fort: „Seine tschekistische, polizeiliche Weltsicht taugte nicht als Basis für den sich anbahnenden radikalen Wandel.“

Die Militärausgaben der UdSSR stiegen in den achtziger Jahren auf 70 Prozent des Staatshaushalts an. Aus Afghanistan kehrten immer mehr tote Sowjetsoldaten in Zinksärgen heim. Und dann erkrankte auch Andropow schwer und verbrachte einen Großteil seiner kurzen Amtszeit im Krankenhaus. Seine Nieren versagten, er starb im Februar 1984. Die Sowjetunion war im siebenten Jahrzehnt am Ende ihrer Bahn angekommen; sie vermochte keinen akzeptablen Chef mehr hervorzubringen. Denn Nachfolger wurde nun Konstantin Tschernenko, 72 – ein schlichter Apparatschik, der schon bei seiner Wahl an einem Lungenemphysem litt, sich nur noch mühsam bewegen und nicht mehr zusammenhängend sprechen konnte. Im März 1985 starb auch Tschernenko. Vorsitzender des Beisetzungsausschusses wurde Michail Gorbatschow, 54.

Endlich begann eine neue Ära. Aber es war schon zu spät.

Autor Kogelfranz, 73, arbeitete von 1962 bis 1998 beim SPIEGEL, davon 1978 bis 1981 als Korrespondent in Moskau.



SPRACHLOSER APPARATSCHIK
Konstantin Tschernenko (1911 bis 1985), der letzte Führer der russischen Kommunisten vor dem Reformer Gorbatschow, konnte schon bei seiner Wahl kaum mehr zusammenhängend sprechen.

CHRISTOS ZOULIAKIS

IV. Festival der Freundschaft der UdSSR und der DDR in Wolgograd (1977)

Lange galt die DDR als Musterschüler der Sowjetunion – bis sie in einen Dornröschenschlaf verfiel. Der Weckruf kam ausgerechnet aus Moskau, nur viel zu spät.

TATJANA AUS SWERDLOWSK

Von Jens Sparschuh



Propagandaplakat in einer Allee nahe der Ostseeküste (1974)

DDR-Nachwuchs bei den Leipziger Arbeiter-Festspielen 1971

TH. BILLHARDT (O.); T. HOEPKER/MAGNUM / AG. FOCUS (U. L.); KLINGNER/DER SPIEGEL (U. R.)

Im „Wörterbuch der Geschichte", Dietz Verlag, Berlin 1983, sucht man das Stichwort „Oktoberrevolution" vergebens. Man gerät zwischen Oktoberprogramm der Spartakusgruppe und OKW an eine historische Leerstelle. Es gibt auch keinen Verweis.

Inzwischen muss man schon Ostexperte sein, um zu wissen: Die amtliche Bezeichnung, unter der sie abgebucht war, lautete „Große Sozialistische Oktoberrevolution". Das Attribut „groß" unterstrich die Legitimation einer Revolution, die nach der reinen Lehre des Marxismus eher ein Betriebsunfall der Geschichte war.

Während bei Marx Revolutionen aus den Verhältnissen erwachsen und das höchstentwickelte kapitalistische Land wie ein reifer (roter!) Apfel dem Sozialismus in den Schoß fallen sollte, war Lenins Revolution eine Verschwörung gegen die Verhältnisse, eine Rebellion gegen die halbfeudale Wirklichkeit Russlands. Die kurze Phase einer bürgerlichen Ordnung (Februar bis Oktober 1917) endete nach acht Monaten mit einer Totgeburt. So traten Lenin und später Stalin das direkte Erbe der verhassten zaristischen Willkür an. Die Alleinherrschaft war nun Sache des ZK, das Willkürliche wurde zur Regel, das Ausbrechen aus vermutlichen historischen Gesetzmäßigkeiten – ungeschriebenes Gesetz.

Kein Wunder also, dass bei der Installation des Sozialismus im Osten Deutschlands streng darauf geachtet wurde, genau dem Zwei-Etappen-Modell der Russischen Revolution zu folgen: Durch die Wiederholung sollte das Stigma des Einmaligen, Zufälligen verschwinden.

Die Männer der „Gruppe Ulbricht", die am 30. April 1945 wie Außerirdische aus Moskau kommend in Deutschland landeten, hatten ganze Überzeugungsarbeit zu leisten. Zunächst musste die Phase der bürgerlich-demokratischen Revolution durchgespielt werden – durchgespielt, denn Ulbrichts Losung, die stilprägend für die spätere DDR werden sollte, hieß: es muss „demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben".

Für viele deutsche Kommunisten stand jedoch schon 1945 die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung. Ulbricht meldete entnervt nach Moskau, dass die Mehrheit der Genossen „sektiererisch" eingestellt sei. Da eine Sekte aber die kleine Abspaltung einer großen Religionsgemeinschaft ist, bestand also, laut Ulbrichts ungewollt klarsichtiger Lageeinschätzung, die Mehrheit aus einer kleinen Abspaltung.

Die jähen, unvorhersehbaren Wendungen des sowjetischen Originals konnten noch als Geburtswehen einer neuen Gesellschaft durchgehen. In den Kopien der sozialistischen Satelliten aber, wo dem Zufälligen im Nachhinein die Aura einer historischen Notwendigkeit verpasst werden musste, war alle dialektische Überzeugungskraft vonnöten, um die jeweils neueste Doktrin oder Direktive plausibel zu machen. Die „Kampagne" (zu Deutsch: „rin in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln") war die tägliche Erscheinungsform des Sporadischen, mit dem die neue Ordnung in die Weltgeschichte gestolpert war.

1957, auf dem Höhepunkt der sogenannten Maiskampagne, die beim Genossen Nikita Chruschtschow abgeguckt worden war, stellte die „Leipziger Volkszeitung" ihre staunenden Leser vor die ideologische Grundsatzfrage: „Sage mir, wie du über den Mais denkst, und ich kann dir sagen, wer du bist." Nicht viel besser erging es dem lieben Vieh in den kalten Zeiten der Rinderoffenställe. Diese Kampagne wurde erst beendet, nachdem Ulbricht mit eigenen Augen gesehen hatte, wie die Milch beinahe in den Eutern der deutschen demokratischen Rindviecher gefror. Doch es ging nicht nur um Pflanzen und Tiere. Es war ein gesellschaftlicher Großversuch. Berge sollten versetzt, Flüsse umgeleitet und, vor allem musste der neue Mensch geboren werden.

Eine alte Bäuerin – so ein Witz aus jener Zeit – klopft ans Kremltor. Der Wachposten fragt, was sie möchte. Sie will sich die Leute im Kreml mal genau anschauen. Aber warum?, will der Posten wissen. „Ich möchte sehen, ob die weiße Kittel anhaben." Der Wachposten lacht: „Nein, natürlich nicht." Das Mütterchen: „Schade. Und ich dachte, das sind richtige Wissenschaftler, und sie probieren das, was sie mit uns anstellen, vorher wenigstens mal an Tieren aus."

Als 1957 der erste „Sputnik" piepsend die Erde umkreiste, schien auch im Weltall die neue Zeit angebrochen zu sein. Für die Schulkinder in der DDR gab es also gute Gründe, die Sprache dieser neuen Welt- und Himmelsmacht zu erlernen. Zwar half einem der obligatorische Russischunterricht wenig, wenn es galt, später „I can't get no satisfaction" fehlerfrei in die Schulbank zu ritzen, an Überraschungen fehlte es dennoch nicht.

Eines Tages brachte die Russischlehrerin einen Stapel Briefe aus Freundesland mit. „Teurer deutscher Freund Ens!", las ich da. Mir hatte Tatjana geschrieben, mit lila Tinte; aus Swerdlowsk oder Irkutsk, das weiß ich nicht mehr. Die mitgeschickte blassbunte Ansichtskarte des Leninprospekts mit den Trolleybussen, die ich noch in Erinnerung habe, hilft vielleicht weiter: Einen zentralen Lenin-Prospekt gab es nur in Swerdlowsk.

Neben dem offiziellen Teil unserer Briefgespräche, der Fragen der Pionierarbeit und dem Aufbau des Kommunismus galt, hatte Tatjana noch ein sehr spezielles Interessengebiet: In jedem neuen Kuvert – auch als es intimer mit uns wurde, und sie einfach „Teurer Ens" schrieb – steckten immer neue Hundefotos. Leider erfuhr ich auf diese Weise nie, wie Tatjana selbst aussah. Irgendwann waren wir mit unserem deutsch-russischen Latein am Ende.

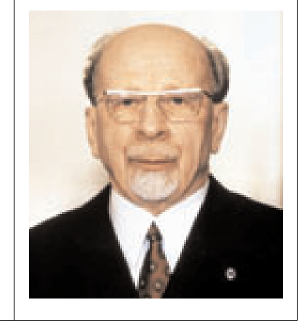
Die ersten Russinnen, denen ich in natura begegnet war, hatten mich bereits auf ganz andere Art sprachlos gemacht: Sie waren wild geschminkt, trugen bunte, flauschige Mützen, Filzstiefel im Winter, in den übrigen drei Jahreszeiten aber – selbst wenn sie damit tief im Schlamm unserer Elbsiedlung versanken – Stöckelschuhe. Sie lebten hinter einem grünen Bretterzaun. Gardinen hängten sie nicht auf; nackte Glühbirnen verdunkelten ihre Zimmer.

Im Sommer standen die Fenster weit offen – für die laute Grammophonmusik. „Liederliche Frauenzimmer", so urteilte, über das Rechteck ihres Radieschenbeets hinweg, abschätzig bewundernd unsere kittelbeschürzte Nachbarin. Auf der Straße umwehte diese fremden Frauen ein schwerer Parfumduft. Süßer, verlockender roch nur der sowjetische Diesel der Panzer, mit denen ihre Männer unterwegs waren. Die Kaserne mit dem rubinroten Stern am Tor war ein Stück Russland im sachsen-anhaltinischen Hühnerhof, ein Exportartikel der Oktoberrevolution,

JENS SPARSCHUH,
Schriftsteller, 52, („Der Zimmerspringbrunnen") veröffentlichte zuletzt bei Kiepenheuer & Witsch den Roman „Schwarze Dame", der von einer faszinierenden Reise ins Leningrad der siebziger Jahre und ins St. Petersburg von heute erzählt.



SPITZBART
hieß er in der DDR, doch als solcher war Genosse Walter Ulbricht um 1940 noch nicht unbedingt zu erkennen (o.). Als Offizier der sowjetischen Armee rief er in Stalingrad deutsche Soldaten zur Kapitulation auf. Ein Vierteljahrhundert später (u., 1967) neigte sich seine Herrschaft in der DDR dem Ende zu, das 1971 kam.



JANUSZ PIEKALKIEWICZ (O.); JÜRGENS PHOTO (U.)



BRUDERKÜSSE
Es sieht nach echter Leidenschaft aus – doch davon konnte bei Erich Honecker in Bezug auf Leonid Breschnew (o., zum 30-jährigen Jubiläum der DDR) nicht die Rede sein – und schon gar nicht in Bezug auf Michail Gorbatschow (zum 40-jährigen Jubiläum 1989). Das Begrüßungsritual gehörte zwischen kommunistischen Staatschefs zur Tradition.



FREUNDSCHAFT
Zum 40. Jahrestag der DDR verkünden Plakate vor dem Erfurter Bahnhof Parolen wie „Seit 40 Jahren unerschütterliche Freundschaft mit der Sowjetunion".

verfrachtet in den Osten Deutschlands. Heute wächst Gras darüber.

Lange galt die DDR als Musterschüler der Sowjetunion. Wenn der Große Bruder aufmerksam Richtung Westen blickte (Big Brother is watching you!), sah er in Ost-Berlin einen Sozialismus mit sehr preußischem Antlitz. Das war nun ganz und gar nicht witzig – aber natürlich gab es auch dazu einen Witz: In Moskau findet eine Tagung des RGW, des osteuropäischen Wirtschaftsverbunds, statt. Auf den Stühlen liegen Reißzwecken. Alle anderen Delegationen nehmen vorsichtig die Reißzwecken weg und setzen sich. Und die Genossen aus Ost-Berlin? Die rühren die Reißzwecken nicht an. Sie sagen sich: „Die Genossen in Moskau werden sich schon etwas dabei gedacht haben" – dann setzen sie sich gehorsam. Eine Zeitlang schienen die deutschen Freunde ihrem Namen alle Ehre machen zu wollen. Nemez, der Deutsche, leitet sich aus dem russischen Verb nemet ab und bedeutet: verstummen, die Sprache verlieren.

Leicht übersieht man dabei, dass auch in der SED hinter den Kulissen immer mal wieder der Aufstand geprobt wurde. Das 1963 kreierte „Neue ökonomische System der Planung und Leitung" sollte mit wissenschaftlichen Methoden endlich Systematik in den verkramten sozialistischen Laden bringen und in der DDR eine Planwirtschaft schaffen, in der ausnahmsweise auch mal alles nach Plan lief. Manch einer mag das so verstanden haben. Für die meisten blieb Ulbricht dennoch ein schwerverständliches Sandmännchen mit sächsischer Fistelstimme, das einem nur Sand in die Augen streute.

An der Oberfläche gab es weiterhin den bewährten Freundschaftsdienst nach Vorschrift. Bunte Volkstanzgruppen begannen, sobald sie nur festen Boden unter die Füße bekamen, zu tanzen. Unablässig wurden Erfahrungen ausgetauscht. Pioniere trafen Veteranen und umgekehrt. Nur bei der ständigen Vertiefung der Freundschaft musste man sich besorgt fragen, ob nicht irgendwann einmal der absolute Tiefpunkt erreicht sei.



Spätestens seit Anfang der achtziger Jahre zeigten immer mehr sowjetische Bücher, Filme und Theaterstücke, die in die DDR gelangten, dass die Sowjetunion schon ein ganzes Stück weiter war – sprich: näher am Abgrund. Während die Ideologen in Moskau noch kühn vom Übergang zum Kommunismus sprachen, war man in Ost-Berlin vorsichtiger.

Um den offensichtlichen Abstand zu dieser utopischen Zukunftsgesellschaft, in der jeder nach seinen Bedürfnissen leben sollte, dem notorisch ungläubigen Volk begreiflich zu machen, besannen sich die ZK-Funktionäre in Ost-Berlin auf eine alte deutsche Tugend: Wenn man die Welt nicht versteht, muss man sie wissenschaftlich erklären. Per Definition wurden immer neue Zwischenstufen des Sozialismus deklariert: der entwickelte Sozialismus, der reife Sozialismus, der reale … und so weiter. Das erinnerte an ein bekanntes Paradoxon der griechischen Philosophie: Der fliegende Pfeil ruht. Weil dieser Pfeil, bevor er sein Ziel erreicht, vorher immer erst noch die Hälfte der Wegstrecke zurücklegen muss und vorher auch noch die Hälfte dieser halben Wegstrecke und so immer weiter, bleibt ihm schließlich gar nichts anderes übrig, als still zu ruhen und der Dinge zu harren. So war es auch mit der Gesellschaft. Sie fiel in den Dornröschenschlaf der Stagnation.

Dass sie jemals daraus erwachen würde, daran glaubte kaum noch jemand. Dass jedoch der Weckruf ausgerechnet aus Moskau kommen sollte – das war unerhört. Die SED-Oberen stellten sich taub. So oft hatten sie nun schon zähneknirschend Gefolgschaft geleistet. Diesmal nahmen sie sich vor, standhaft zu bleiben; das heißt: Sie blieben einfach stehen. Die Frage „Perestroika", so Erich Honecker vor FDJlern, hätte sich in der Sowjetunion niemals gestellt, wäre dort nur so erfolgreich wie in der DDR gewirtschaftet worden.

Man tat Gorbatschows Politik als neuerliche Kampagne ab, sprach von einem Tapetenwechsel. Insgeheim aber wusste man, dass bei dieser Renovierung auch die Wände und Mauern des sozialistischen Gebäudes ins Wanken geraten würden. Der Gerechtigkeit halber muss man sagen: Hier hatte die SED völlig recht. Reformierbar – das hatte seine gesamte bisherige Geschichte gezeigt – war der Staatssozialismus wirklich nicht.

Mit einem „Sputnik" hatte der Griff nach den Sternen begonnen. Kurz vor dem Ende gab es noch einmal einen Sputnik. Das gleichnamige sowjetische Journal, in dem nun ein freierer Meinungsaustausch gepflegt wurde, war in den Augen der SED-Führung nichts anderes als ein gefährlicher Killersatellit – es wurde folgerichtig zum Abschuss freigegeben. Am 19. November 1988 wurde die Zeitschrift „Sputnik" von der Liste des Postzeitungsvertriebs gestrichen. Nun, so staunte ungläubig das DDR-Volk, fehlte eigentlich nur noch das Verbot der „Prawda".

Im Oktober 1989 kursierte auf Leipzigs Straßen das Gerücht, sowjetisches Militär sei rund um die Stadt zusammengezogen worden, um im Ernstfall die DDR-Behörden an einer blutigen Niederschlagung der friedlichen Montagsdemonstrationen zu hindern. Das war ein bis dahin nicht für möglich gehaltenes Hoffnungszeichen aus dem Osten. Damals hätte eine neue, ganz andere Etappe der deutsch-sowjetischen Freundschaft beginnen können.

Aber da waren die Tage dieser beiden ungleichen Bruderstaaten schon gezählt. ✦

AP (O.); R. BOSSU / CORBIS SYGMA (M.); PAUL GLASER (U.)



Ukrainer nach der Unabhängigkeitserklärung im August 1991 in Kiew

6 DAS ENDE DES EXPERIMENTS

Der Putsch eines „Notstandskomitees“ gegen den amtierenden Präsidenten im August 1991 ist der letzte große Coup in der 74-jährigen Geschichte des Sowjetreichs. Die Union zerfällt in ihre Einzelteile – eine Weltmacht wird friedlich auf ihre eigentliche Größe reduziert.

ANATOLY SAPRONYENKO / AFP





ABSCHIED VOM AMT
Die letzten Momente von Präsident Gorbatschow im Kreml am 25. Dezember 1991 vor seinem Rücktritt.

PETER TURNLEY / CORBIS

AUFBRUCH INS CHAOS

Mit seiner „Perestroika“ versucht KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow noch einmal einen Neuanfang. Die Agonie des Sowjetreichs kann er nicht mehr stoppen – Protokolle des Politbüros illustrieren den Niedergang.

Von Christian Neef

Sechsdreiviertel Jahre – oder exakt 2480 Tage – dauert die letzte Phase des Sowjetexperiments. Einer von denen, die zum Schluss noch auf der Steuerbrücke stehen, wird sie später als „gewaltige historische Tragödie“ beschreiben.

Die Tragödie habe darin bestanden, dass das Land, „das schon so lange und so offensichtlich einer Wende in seiner Lebensweise und seiner Entwicklungsrichtung bedurfte, sich als unfähig und kraftlos erwies, mit seiner Vergangenheit fertig zu werden“. So sieht es Anatolij Tschernjajew, einer der engsten Berater des letzten Parteiführers und Sowjetpräsidenten Michail Gorbatschow.

Vier Männer vor allem hatten bis dahin die Geschichte des Sowjetreiches geprägt: Lenin, Stalin, Chruschtschow und Breschnew. Das große Finale knapp 70 Jahre nach der Revolution steht allein im Zeichen Gorbatschows – und seiner „Perestroika“, der „Umgestaltung“, mit der er das sieche Sowjetreich ins 21. Jahrhundert hinüberretten will.

Gorbatschow könne „zu den großen Reformatoren der Weltgeschichte“ gezählt werden, sagt Tschernjajew. Er habe einem Volk von 280 Millionen Menschen die Freiheit gegeben, ihr Leben selbst zu organisieren. Nur habe er nicht rechtzeitig erkannt, wann seine Zeit abgelaufen sei.

Gorbatschow verdiene „Respekt und Milde“, urteilt rückblickend ein anderer Mann aus dem Team des Kreml-Chefs: Alexander Jakowlew, der als geistiger Wegbereiter der „Perestroika“ gilt und bis Juli 1990 im Politbüro saß. Der letzte Generalsekretär der Kommunistischen Partei sei in die Geschichte eingegangen, an seinen Händen klebe kein Blut. Doch sei ihm eine Prüfung auferlegt worden, „die einem Politiker viel-

CHRONIK

REFORM UND STURZ

11. März 1985 Michail Gorbatschow wird Generalsekretär der KPdSU.

25. Februar 1986 Auf dem 27. Parteitag fordert Gorbatschow „Glasnost", regt Rede- und Pressefreiheit an.

26. April 1986 Explosion im Kernkraftwerk Tschernobyl.

23. August 1986 Ein Sowjetgeneral gibt öffentlich zu, die Militärführung stimme mit den Abrüstungsvorstellungen Gorbatschows nicht überein – der hatte im Januar vorgeschlagen, bis 2000 alle Atomwaffen abzuschaffen.

19. Dezember 1986 Der Atomphysiker Andrej Sacharow darf aus der Verbannung in Gorki zurückkehren.

27. Januar 1987 Gorbatschow verkündet den Beginn der „Perestroika": Umbau von Wirtschaft und Politik.

8. Dezember 1987 US-Präsident Ronald Reagan und KP-Chef Michail Gorbatschow unterzeichnen in Washington den INF-Vertrag über die vollständige Beseitigung nuklearer Mittelstreckenraketen.

28. Februar 1988 Pogrome gegen Armenier im aserbaidschanischen Sumgait.



Die letzten Sowjettruppen verlassen am 15. Februar 1989 Afghanistan.

14. April 1988 Unter Vermittlung der Uno wird in Genf der Abzug der Sowjettruppen aus Afghanistan besiegelt.

28. Juni bis 1. Juli 1988 Die 19. Parteikonferenz der KPdSU beschließt Schritte zur Einführung parlamentarischer Verhältnisse.

9. November 1989 In Berlin fällt die Mauer.

7. Februar 1990 Die KPdSU gibt ihr Machtmonopol auf.

12. Juni 1990 Die Russische Sowjetrepublik unter Präsident Boris Jelzin erklärt ihre Souveränität.

18. bis 21. August 1991 Kommunistische Hardliner putschen gegen Gorbatschow.

8. Dezember 1991 Die Staatschefs Russlands, der Ukraine und Weißrusslands bilden die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten" (GUS) und erklären die UdSSR für aufgelöst.

25. Dezember 1991 Gorbatschow tritt als Präsident der Sowjetunion zurück.

26. Dezember 1991 Vier bis fünf Dutzend Abgeordnete des Sowjetparlaments („Oberster Sowjet") lösen formell den Staat UdSSR auf.

leicht einmal in einem Jahrhundert widerfährt: Er erreicht den Gipfel – und stürzt ab".

Es gibt Mitkämpfer, die kühler analysieren: Gorbatschow habe als Reformer begonnen, geendet sei er als Reaktionär, so hat es der Georgier Eduard Schewardnadse jüngst in seiner Autobiografie formuliert. Der frühere Außenminister beschreibt den einstigen Freund als eher ruhmsüchtigen und beratungsresistenten Mann: „Zu einem Eingeständnis seiner Fehler kam es nie."

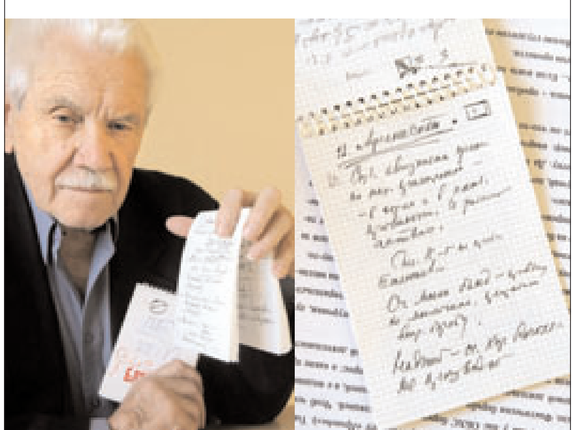
Was ist wirklich geschehen zwischen dem 11. März 1985 – als der 75-jährige Außenamtschef Andrej Gromyko nachmittags kurz nach fünf vor dem Zentralkomitee den Namen des neuen Generalsekretärs verkündete – und jenem 25. Dezember 1991, an dem Gorbatschow entnervt seinen Posten als Staatspräsident aufgab?

Wie kam es dazu, dass der große Aufbruch vom Frühjahr 1985 zugleich zum Anfang des Endes der Sowjetunion wurde? Dass jene Reformen, deren Dringlichkeit selbst eine Mehrheit in der Parteiführung begriff, nicht wie erhofft die bestehende Ordnung stabilisierten, sondern das System sprengten? Dass bald nicht nur die zentrale Kommandowirtschaft und die Gängelung der Gesellschaft zur Disposition standen, sondern auch die Leninschen Grundlagen des Staates – und die Ergebnisse der Oktoberrevolution selbst? Und schließlich: War sich Gorbatschow tatsächlich bewusst, wohin sein Kurs führte – wie er im Nachhinein behauptet hat?

Es ist viel darüber spekuliert worden, was in den Jahren der Perestroika wirklich hinter den Kreml-Mauern geschah. Darüber, wie die oberste Parteiriege ihre Beschlüsse fasste, wie Altkommunisten und Neostalinisten die Reformen unterliefen und Gorbatschow seine eigenen Prinzipien zu opfern begann.

Was im Politbüro vor sich ging, in jenem obersten Parteigremium, das Lenin im Frühjahr 1919 schuf und in dem nicht einmal mitstenografiert werden durfte, war stets geheim geblieben. Niemand draußen erfuhr im Detail, was jeden Donnerstag besprochen wurde unter den 13 Herren in Grau, von denen der Älteste 80 Jahre alt war und Gorbatschow mit seinen 54 Lenzen der Benjamin.

Erst ein Konvolut authentischer Kreml-Protokolle löste manches der Rätsel auf. Drei der Gorba-



HEIMLICHE MITSCHRIFTEN
Der Gorbatschow-Vertraute Anatolij Tschernjajew hält handschriftlich fest, was in den Sitzungen des Politbüros, im Präsidialrat oder in engster Kreml-Runde debattiert wird – obwohl dort offiziell nicht mitstenografiert werden darf.

CORBIS SYGMA (L.); JEWGENIJ KONDAKOW (R./2)



Generalsekretär Gorbatschow 1989 in seinem Geburtsort Priwolnoje

Michail Sergejewitsch
Gorbatschow

1931
Geburt in Priwolnoje
(Region Stawropol / Russland)

1952
Eintritt in die KPdSU

1970–78
KP-Gebietsparteichef Stawropol

1978–85
Sekretär des Zentralkomitees (ZK); zuständig für Landwirtschaft, Personal und Wirtschaft

1985–91
Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU

1988–90
Vorsitzender des Obersten Sowjet (Staatsoberhaupt)

1990
Friedensnobelpreis

März 1990
Präsident der Sowjetunion

25. Dezember 1991
Rücktritt als Präsident der Sowjetunion

tschow-Vertrauten hatten von 1985 an festgehalten, was auf den vertraulichen Sitzungen des KPdSU-Politbüros, des Präsidenten- und des Staatsrats geschah und worüber Gorbatschow im allerengsten Kreis, ja manchmal nur unter vier Augen sprach: Anatolij Tschernjajew, sein Berater für internationale Fragen, Wadim Medwedew, ZK-Sekretär und Ideologie-Fachmann, sowie Georgij Schachnasarow, der Experte für die sozialistischen Länder. Tschernjajew gab die Protokolle 2006 als Buch heraus.

Die Papiere ergeben ein Bild, das wenig gemein hat mit den Verlautbarungen, die das Politbüro damals in die „Prawda“, das Hausblatt der Kommunistischen Partei, einrücken ließ. Denn unter Gorbatschow wurde im engsten Zirkel der Macht beinhart polemisiert, es wurde gestritten und angeklagt, ja übereinander hergezogen, die Genossen redeten Tacheles. Die Protokolle enthüllen, dass Gorbatschow lange Zeit durchaus der Motor der Perestroika war und sich mitunter gebieterisch gegen seine Genossen durchzusetzen verstand.

Sie offenbaren aber auch einen tragischen Widerspruch: die Lücke zwischen dem Mut, den Gorbatschow im kleinen Kreml-Kreis zeigte, und jenen öffentlichen Auftritten, die er seinem Land zumuten zu können glaubte. Gorbatschow wurde Opfer seiner eigenen Partei, die er selbst zum Schluss nur noch einen „räudigen, tollwütigen Hund“ nannte, und zugleich Opfer eines unlösbaren Widerspruchs: Er wollte die Eigeninitiative einer politisch lethargischen Bevölkerung wecken – und war doch ängstlich darauf bedacht, die freigesetzte Energie in gewohnt konformen Bahnen zu halten.

Das war unmöglich im Rahmen des alten Systems.



„Eine neue Epoche hat begonnen. Wir brauchen nichts Geringeres als eine ‚Revolution von oben‘“, schreibt Berater Tschernjajew am 13. März 1985 in sein Tagebuch. Die Bilanz nach 67 Jahren Sowjetmacht ist vernichtend: Bei Hochtechnologien liegt die UdSSR bis zu 30 Jahre zurück, die Landwirtschaft ist am Ende, die Behörden sind unfähig und hunderttausend an der Front – in Afghanistan. „Alle erwarteten, dass Gorbatschow den Augias-Stall ausmisten würde“, so Tschernjajew.

Für die Parteiführung beginnt die Zeit der Bestandsaufnahme, und was im Sitzungszimmer des Kreml bis ins Frühjahr 1986 auf den Tisch kommt, schockt selbst Realpolitiker im Politbüro.

Gorbatschow: *Die Natschalstwo* (die Obrigkeit, „–Red.“) *hat sich überall im Land eine eigene Versorgung gesichert, sie bekommt Importwaren im Überfluss, ihre Frauen gehen schon lange nicht mehr in normale Geschäfte. Ein verbrecherischer Weg ... Die Leiter lassen ganze Arbeitsbrigaden für sich privat arbeiten. Eine richtige Mafia. Die normalen Leute aber schreien nach Wohnungen. Und von den 13 Millionen Tonnen Gemüse in den Lagerhäusern Moskaus sind 3,3 Millionen Tonnen vergammelt.*

Ryschkow (Ministerpräsident): *„In diesem Fünfjahrplan importieren wir 114 Millionen Tonnen Getreide, das heißt, eines dieser fünf Jahre leben wir allein durch Importe und zahlen dafür 26 Milliarden Rubel (nach heutigen Preisen etwa 40 Milliarden Euro).*

Gorbatschow: *Das Problem Getreideimport nimmt ein solches Ausmaß an, dass es um das Schicksal des Staates geht. Wir zahlen den USA 160 Dollar pro Tonne, in der UdSSR kostet sie 111. In den USA bauen sie 160 Millionen Hektar an und ernähren damit sich und die ganze Welt. Aber bei uns zerleppert alles.*

Seit Gorbatschows Amtsantritt herrscht draußen im Land Enthusiasmus. Eine ähnliche Stimmung im Volk habe in den letzten 70 Jahren nur einmal, „nach dem Krieg“, geherrscht – mit dieser Erkenntnis

Volkes Stimme

„Ihre utopischen Projekte zur Rettung Russlands führen bei uns zu einer totalen Enttäuschung über die Parteipolitik. Sehen Sie sich doch nüchtern an, wohin das Land gekommen ist. Rundherum blühen Korruption und Spekulation ... Die Großmacht verwandelt sich zusehends in jene Rus, die von den Mongolen verwüstet wurde.“

Ein anonymer Moskauer in einem Brief an das Politbüro, Oktober 1986.

JÜRGENS OST UND EUROPA PHOTO

ALTHERRENCLUB
Das Politbüro stimmt im Oktober 1988 der Pensionierung des bisherigen Staatsoberhaupts Gromyko zu und wählt danach Gorbatschow zu dessen Nachfolger. Im Bild: Nikolai Ryschkow, Andrej Gromyko, Michail Gorbatschow (vorn), Wiktor Tschebrikow, Witalij Worotnikow (russischer Ministerpräsident), Lew Saikow (M.), Alexander Jakowlew (hinten M.) und Nikolai Sljunkow (r.).

„Alle waren von Angst und Hass gezeichnet. Diese Menschen konnten weder denken noch als Staatsmänner handeln.“

Gorbatschow-Berater ANATOLIJ TSCHERNJAJEW über die Präsidialratssitzung am 17.10.1990.

kommt der neue Kreml-Chef von einer seiner Reisen zurück. Er weiß: Die Menschen erwarten schnelle Veränderungen. Und dass das zentrale Problem die Sanierung der schwerkranken Wirtschaft sein wird.

Seine diesbezüglichen Pläne verpackt Gorbatschow in der Formel von der „Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung“. Doch schon jene Pläne, die staatliche Produktion zugunsten privater Produzenten zu verringern und die volkseigenen Betriebe von der Vormundschaft der Ministerien zu befreien, stoßen sofort auf Widerstand oder kollidieren mit der Realität. Zwar bekommen die Betriebe nun nicht länger Rohstoffmengen zugewiesen und Produktionsziele wie Verkaufspreise diktiert; finanziell jedoch hängen sie weiter am Tropf des Staates, bankrotte Unternehmen werden nach wie vor subventioniert: Die neue „wirtschaftliche Rechnungsführung“, die Elemente einer Marktwirtschaft einführen soll, behandelt nur Symptome einer schweren Krankheit. Das „Gesetz über die sozialistischen Betriebe“, so Berater Tschernjajew, „war wahrscheinlich der erste Schritt zum Zusammenbruch der Wirtschaft“.

Hinzu kommt: Das System ist im Unterlaufen zentraler Weisungen seit Jahrzehnten geübt, und das Bild, das der Kreml über seine Informationskanäle erhält, nach wie vor nicht real: Gorbatschow beklagt sich bei seinen Kollegen, dass Minister und Provinzchefs in ihren Berichten maßlos übertreiben würden, die Botschafter lögen, und selbst in der Parteiführung betreibe man Schönfärberei.

Schlagartig sichtbar wird dies, als im April 1986 ein Atomreaktor in Tschernobyl explodiert. Das offizielle Moskau versucht die Katastrophe zwar lange herunterzuspielen. Aber intern führt sie – am 3. Juli – zu einer heftigen Debatte mit Vertretern der quasi paramilitärisch geführten Atomwirtschaft. Gorbatschows Resümee:

Was für Domänen sind hier im Land geschaffen worden! Vor dem ZK ist alles geheim gehalten worden. Selbst die Frage, wo Atomkraftwerke gebaut werden, wurde nicht von der Regierung entschieden. Welcher Reaktor gebaut wird, auch das durfte nicht sie entscheiden. In unserem ganzen System herrscht ein Geist der Speichelleckerei, der Jagd auf Andersdenkende, der Täuschung und der Klanbildung. Tschernobyl kommt fast dem Einsatz einer Massenvernichtungswaffe gleich, der politische Schaden ist groß.

Ohne eine „weitere Demokratisierung der Gesellschaft“ werde das Land nicht zu retten sein, glaubt Gorbatschow. Aber er meint vorerst nur eine Stärkung der örtlichen Sowjets und damit eine Rückkehr zu den Anfängen der Sowjetunion. Doch als er bei der Vorbereitung des neuen Parteiprogramms im Sommer 1985 eine größere Freiheit des Individuums fordert, wird klar, dass die Mehrheit des Politbüros die Perestroika lediglich als Schönheitsreparatur begreift:

Gromyko: *Freiheit des Schöpfertums – ist das im Interesse der modernen Dekadenz? Sozialismus erfordert, den Kampf gegen alle schädlichen und faulenden Elemente zu führen.*

Ryschkow: *Das gesamte Programm muss ein Programm des Aufbaus des Kommunismus sein. Wir müssen die Überlegenheit unseres Systems zeigen.*

Ligatschow (ZK-Sekretär für Ideologie und Kader): *Wir vollziehen einen Rückzug mit diesem Programm. Vom völligen Sieg des Sozialismus ist keine Rede mehr.*

Gorbatschow: *Wir müssen Realismus zeigen. Die Formel von der Vervollkommnung des entwickel-*



ten Sozialismus gibt keine Antwort auf viele unserer brennenden Fragen.



Die Jahre 1987 und 1988 markieren eine zweite Etappe der Perestroika, sie steht unter dem Begriff „Glasnost“. Um die verkrusteten Strukturen des Staates aufzubrechen, lässt der Generalsekretär nicht nur politische Gefangene frei („Man sperrt sie wegen solcher Worte ein, die ich selbst öffentlich sage …“) und holt Nobelpreisträger Sacharow aus der Verbannung zurück. Er plädiert vor allem für Transparenz („Ich möchte alle Schleusen öffnen“). Die Medien reagieren sofort, verbotene Autoren werden wieder gedruckt, einst verfemte Theaterstücke aus den Schubladen geholt, die ersten Opfer des Stalinschen Terrors rehabilitiert.

Glasnost ist anfangs gar nicht als Redefreiheit im herkömmlichen Sinne des Wortes gemeint, sondern als propagandistisches Werkzeug der Partei zur „Mobilisierung der Massen“. In Wahrheit aber beginnt mit ihr die Befreiung der Perestroika von der Ideologie, die Partei gibt ihren geistigen Herrschaftsanspruch auf – und damit das erste wirklich wichtige Machtmittel aus der Hand.

Die Freiheit, plötzlich öffentlich über alles zu reden, entwickelt eine ungewollte Eigendynamik. Kein Thema – von der späteren Debatte um das Machtmonopol der Partei abgesehen – löst im Politbüro einen solchen Dauerstreit aus wie „Glasnost“. Die erste heftige Polemik bricht ZK-Sekretär Jegor Ligatschow im Oktober 1986 vom Zaun, der zweite Mann in der Parteihierarchie, der in diesen Monaten zum Gegenspieler Gorbatschows wird.

Ligatschow: *Ich habe kürzlich den unveröffentlichten Roman Rybakows „Die Kinder des Arbat“ gelesen. Der Sinn dieses gewaltigen Manuskripts von 1500 Seiten besteht darin, Stalin und unsere gesamte Vorkriegsgeschichte zu verurteilen. Alle Probleme, die mit den Repressionen zur Zeit des Personenkults zusammenhängen, werden vereinfacht. Klar, dass man solch einen Roman nicht veröffentlichen kann. Ich möchte überhaupt wissen, wer der Zeitschrift „Druschba narodow“ die Erlaubnis zur Ankündigung gab, sie würde die „Kinder des Arbat“ abdrucken!*

Gorbatschow: *Die Literaten sollen ihre Probleme selbst lösen, und nicht etwa das Komitee für Staatssicherheit oder das Zentralkomitee.*

Tschebrikow (KGB-Chef): *Unsere Literaturzeitschriften wetteifern doch geradezu darum, wer am tollsten auf die Sowjetmacht spuckt. Viele Schriftsteller versuchen jetzt, wegen des Unglücks ihrer Eltern mit der Sowjetmacht abzurechnen. Jewgenij Jewtuschenko rächt sich an uns wegen zwei seiner repressierten Großväter. Und irgendwer schlägt vor, die unveröffentlichten Werke Twardowskis zur Verteidigung des Kulakentums zu veröffentlichen.*

Gorbatschow: *In der Kunst brauchen wir die Wahrheit, die vollständige Wahrheit, keine Halbwahrheit.*

Tschebrikow: *Wenn sich der Literaturprozess unserer Kontrolle entzieht, dann wird es so aussehen, als hätte es in 70 Jahren Sowjetmacht keinen einzigen lichten Tag gegeben.*

Gorbatschow geht davon aus, dass die Partei die Avantgarde seiner „Revolution von oben“ ist. Sie ist es, die Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur erneuern soll. Bald aber muss er feststellen, dass sich vor allem in den Gebiets-Parteikomitees nichts bewegt. Am 27. Oktober 1986 liest er seinen Genossen im Politbüro Briefe enttäuschter Werktätiger vor, die „das völlige Fehlen sichtbarer Ergebnisse der Perestroika“ beklagen – aber auch eine allzu große Redseligkeit des Generalsekretärs. Gorbatschow erklärt sich die bislang ernüchternde Bilanz mit den Auswirkungen der Breschnewschen Stagnationszeit: Nicht nur das „Allerheiligste“, die Partei, sei durch die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte paralysiert, auch Regierung, Armee, Geheimdienst und Rüstungsindustrie arbeiteten ineffizient:

Unsere Minister sind über 70. Sie tun nichts. Die Leute im Außenministerium haben 800 Verwandte im Apparat unterschlüpfen lassen, in einigen unserer Botschaften draußen wird nur gesoffen. Unser Land selbst besteht aus einzelnen Fürstentümern, in denen alles von den Natschalniks abhängt. Das Offizierskorps hat sich in eine Kaste verwandelt, die Generale kümmern sich allein um die Jagd. Die Gebietskomitees der Partei halten sich an keinerlei Gesetz. In den Gerichten sitzen halbgebildete Leute, und auch das Vertrauen des Volkes in die Polizei ist gleich null.

Der Befund ist umso schockierender, weil bereits in den ersten Jahren der Perestroika mehr als die Hälfte der Stadt- und Gebietsparteisekretäre ausgewechselt worden sind, 80 Prozent der Staatsanwälte und 60 Prozent der Richter; 400 000 neue Polizisten wurden eingestellt.

Der neue Generalsekretär hat die Trägheit des Apparats wie auch die wirtschaftliche Lage unterschätzt. Im Frühjahr 1987 drückt die Finanzkrise wie nie zuvor aufs Land, die Subventionen allein für Lebensmittel drohen die 100-Milliarden-Grenze zu erreichen, beim realen Lebensstandard rangiert die Sowjetunion an letzter Stelle aller RGW-Länder. Die geringen Finanzmittel sowohl zur Modernisierung der Produktion als auch für mehr Konsumgüter und höhere Löhne auszugeben ist unmöglich. Allein schon die Forderung, in den Kooperativläden die Fleischpreise anzuheben, führt zu einer lautstarken



ERSTER PERESTROIKA-GAU
Die Explosion im Kernkraftwerk Tschernobyl 1986 offenbart, dass das Politbüro die Probleme der Atomindustrie nicht kennt. Weil diese eng mit der Rüstungswirtschaft verbunden ist, hielt der Kreml Schlamperei für ausgeschlossen.



DER KREML-FALKE
Gorbatschows Gegenspieler, der zehn Jahre ältere Jegor Ligatschow, ist Parteisekretär im sibirischen Tomsk, bevor er nach Moskau kommt. „Der Pilot weiß nicht, wo er landen soll“, verhöhnt er seinen Chef.

Marode Truppen

Niemand hat die Sowjetarmee so vorgeführt wie Mathias Rust: Am 28. Mai 1987 landete der Deutsche mit seinem Sportflugzeug ungehindert auf dem Roten Platz, direkt vor dem Kreml. Die Affäre führte zur Entlassung des Verteidigungsministers. In einer Notiz an Gorbatschow prangerte Tschernjajew „katastrophale Missstände in der Armee“ an, ihre „groteske“ Kaderpolitik, Homosexualität und das „Marodieren“ der sowjetischen Offiziere in Afghanistan.

GETTY IMAGES (O.); NOVOSTI / SIPA PRESS (U.)

Bankrotterklärung

Die Ausgaben in den letzten drei Jahren liegen 133 Milliarden über den Einnahmen. Die Verluste durch den Fall des Ölpreises: 40 Milliarden; die durch den Stopp des Wodkaverkaufs: 34 Milliarden. In der Landwirtschaft sind 15 Milliarden verloren. Tschernobyl kostete 8 Milliarden. 1988 haben wir 11 Milliarden gedruckt, so viel wie noch nie nach dem Krieg. 40 Milliarden sind nicht durch Waren gedeckt; für 70 bis 80 haben wir Waren, die niemand will.

Ministerpräsident NIKOLAI RYSCHKOW am 16. Februar 1989 vor dem Politbüro.

Kontroverse in der Parteiführung. Wieder ist es die Gruppe um Ligatschow, die keine Einschnitte will:

Gorbatschow: *Solch eine Situation hat es jahrzehntelang nicht gegeben im Politbüro.*

Ryschkow (zu Ligatschow): *Du hast Angst vor der Perestroika! Trittst im Namen der Armen auf! Im Namen jener, die gewohnt sind, auf Kosten des Sozialismus zu leben!*

Ligatschow (zu Ryschkow): *Weißt du überhaupt, dass 25 Millionen mit 50 Rubel im Monat leben, ja sogar mit weniger? Und noch mal 50 Millionen haben weniger als 80 Rubel!*

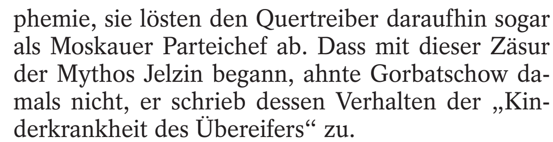
Gorbatschow: *Jetzt kommt es schon zu Schlägereien im Politbüro! Alles so lassen, wie es ist, können wir jetzt nicht mehr … Wir können uns nicht spießbürgerlichen Ängsten hingeben. Aber wir brechen hier ab. Ich kenne meine Rolle als Generalsekretär, ich ziehe den Vorschlag zurück.*

Es werde „10 bis 15 Jahre, vielleicht sogar drei Jahrzehnte erfordern", die Perestroika zu verwirklichen, wird Gorbatschow ein halbes Jahr später auf einer ZK-Versammlung sagen. Und liegt doch weit daneben damit.



Im Sommer 1988 bricht der Konflikt zwischen den beiden Lagern in der Parteiführung offen aus. Propaganda-Sekretär Jakowlew steht für den Flügel der kompromisslosen Perestroika-Verfechter, Ideologie-Sekretär Ligatschow führt die Neostalinisten an – beide wollen Gorbatschow auf ihre Linie zwingen. Der Kampf ist mehr als eitles Machtgeplänkel, denn in der dritten Etappe der Perestroika geht es um eine entscheidende Weichenstellung – die Reform des politischen Systems. Dass Kompromisse kaum noch möglich sind, hatten zwei Ereignisse der letzten Monate klargemacht.

Das erste war die Rebellion Boris Jelzins vor dem Zentralkomitee der KPdSU. Der Moskauer Parteichef hatte sich bemüht, die besonders demoralisierte und zerrüttete Hauptstadt „von Schurken und Halunken zu befreien", aber er sah sich dabei durch die Gruppe um Ligatschow ausgebremst. Am 21. Oktober 1987 bezichtigte er vor den Genossen der Parteiführung Ligatschow der Gängelei und Amtsanmaßung und bot seinen Politbüro-Posten an. In den Augen der Genossen war das geradezu Blasphemie, sie lösten den Quertreiber daraufhin sogar als Moskauer Parteichef ab. Dass mit dieser Zäsur der Mythos Jelzin begann, ahnte Gorbatschow damals nicht, er schrieb dessen Verhalten der „Kinderkrankheit des Übereifers" zu.



Den zweiten Skandal hatte die Zeitung „Sowjetskaja Rossija" im März 1988 ausgelöst – durch einen Artikel der Leningrader Chemie-Ingenieurin Nina Andrejewa. Das Pamphlet erwies sich als eine so massive Rechtfertigung Stalins, dass jeder darin einen Frontalangriff gegen die Perestroika sah, ein Anti-Gorbatschow-Manifest, entstanden in dessen eigener Umgebung. Im Politbüro zeigte sich, dass Gorbatschow bereits auf einsamem Posten stand:

Ligatschow: *Ein sehr guter Artikel. Unsere Parteilinie.*

Worotnikow (Ministerpräsident der RFSFR): *Ein prächtiger, richtiger Artikel.*

Gromyko: *Ja, er stellt alles an seinen Platz.*

Gorbatschow: *Ich bin völlig anderer Meinung. Das riecht nach Spaltung. Der Artikel ist gegen die Perestroika. Ich bin nie dagegen gewesen, wenn irgendjemand seine Meinung geäußert hat. Aber ich habe gehört, dass dieser Artikel bereits als Direktive in den Parteiorganisationen verbreitet wird. Es ist untersagt worden, von ihm abweichende Meinungen zu drucken. Wer hat in Moskau die Weisung gegeben, dass der Artikel in den Parteischulungen durchgenommen wird?*

Saikow (Moskauer Parteichef): *Ich weiß es nicht.*

Schtscherbizki (Parteichef der Ukraine): *Sollte sich nicht der KGB mit dieser Geschichte befassen? Damit, wer hinter dem Artikel steht? Man darf keine Oppositionsgruppen zulassen.*

Schewardnadse: *Der Artikel ist schädlich, reaktionär, konservativ, spießbürgerlich. Wenn das ein Auftragswerk irgendwelcher Leute aus dem ZK oder der Regierung ist, ist das schlimm. Eine primitive Auffassung von Sozialismus.*

Gorbatschow erfährt wenig später, dass Ligatschow hinter diesem Werk steckt, er lehnt sich auch mehrmals gegen den Hardliner auf, aber er nutzt die Situation nicht, um die nun sichtbar gewordenen Perestroika-Gegner aus der Führung zu entfernen. Die Nomenklatura „ist von ihrem Wesen her antidemokratisch", wird er später sagen: „Aber wir brauchen die Kader. Ohne sie machst du keine Politik." Er will beide Lager ausbalancieren – ein Manöver, das sich bitter rächen wird.

Trotz der immer offener werdenden Obstruktion erreicht Gorbatschow, dass die 19. Parteikonferenz im Juni 1988 die Schaffung eines „Volksdeputiertenkongresses" als neues oberstes Machtorgan beschließt. Das Gremium, das nach weitgehend offenem Wahlkampf im März 1989 zustande kommt, wird tatsächlich bald zum „ersten Repräsentativorgan der Sowjetunion, das seine Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion auch tatsächlich ausübte", wie der Historiker Manfred Hildermeier später schreibt – und das dadurch zwangsläufig auch das Machtmonopol der Kommunistischen Partei in Frage stellt. Die erste halbwegs freie Abstimmung seit November 1917 offenbart aber auch die mangelnde Popularität der Kommunistischen Partei in der sowjetischen Bevölkerung, und das macht manche Genossen im Politbüro fassungslos:

Worotnikow: *Wir leiden mit den Genossen, die (bei der Wahl) nicht durchgekommen sind. Die Chefs von 14 Militärbezirken haben es nicht geschafft.*



DURST AUF WODKA
Mit einer Anti-Alkohol-Kampagne beginnt Gorbatschow 1985 seine Reformen – sie wird ein Riesen-Flop. Das Volk erregt sich über den „Mineralsekretär"; noch 1989 stehen die Moskauer Schlange nach Alkohol.

STEPHEN FERRY / GETTY IMAGES

Ligatschow: *Der Hauptgrund ist die Position, die die Massenmedien zur Geschichte unserer Partei eingenommen haben. Auch in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968 begann es mit den Medien. Wir brauchen keine Repressionen. Aber Ordnung.*
Solowjow (Leningrader Parteichef): *In Leningrad sind alle sieben Chefs der Partei-, Staats- und Militärorgane durchgefallen. Wir haben unsere Feinde unterschätzt.*
Tschebrikow: *All die Genossen, die eine Niederlage erlitten haben, müssen wir bei uns halten und unterstützen.*
Jakowlew: *Von Niederlage kann doch gar keine Rede sein. 84 Prozent der Wähler sind abstimmen gegangen, und 85 Prozent Kommunisten wurden gewählt. Das war ein Referendum für die Perestroika und gegen das Kommandosystem.*

Aus dem Deputiertenkongress geht ein neuer Oberster Sowjet hervor, dessen 542 Mitglieder erstmals Berufspolitiker sind – es ist eine politische Revolution. Alle Debatten werden nun live im Fernsehen übertragen, und so erlebt die Bevölkerung die Reden Andrej Sacharows ebenso wie die polternden Anklagen Boris Jelzins. Erste kleinere Alternativparteien entstehen, im Februar 1990 verzichtet die KPdSU auf ihren Führungsanspruch. Dass die alte Partei aufgehört hat zu bestehen, begreift auch der letzte Sowjetbürger, als Boris Jelzin auf dem 28. Parteitag im Juli 1990 demonstrativ seine Mitgliedschaft annulliert – der Gorbatschow-Rivale ist inzwischen zum Hoffnungsträger der Russischen Republik aufgestiegen, deren Präsident er ein Jahr später wird.



Während Gorbatschow die neue politische Struktur des Landes zu formen sucht, sind die nationalistischen Bestrebungen in den Sowjetrepubliken zu einer gewaltigen zentrifugalen Kraft geworden, die das Riesenreich auseinanderzureißen droht. Gorbatschow, der nun als Staatspräsident das Land regiert, hat diese Entwicklung laut den Politbüro-Protokollen früh kommen sehen, als Mann des Apparats deren Sprengkraft aber nicht erkannt.

Im April 1989 – die Armee hat gerade eigenmächtig in Tiflis mit Spaten und Kampfgas eine Demonstration für die Unabhängigkeit Georgiens aufgelöst (Bilanz: 20 Tote) – zeigt sich, dass das Politbüro auch bei diesem Thema nicht mehr Herr der Lage ist:
Tschebrikow: *Es gibt Vorschläge zur Korrektur der inneren Grenzen. Es gibt die Probleme Krim und Donbass. Geben wir allen die Möglichkeit zur Wahl, müssen wir bald Iwan den Schrecklichen rufen, um Ordnung zu schaffen. Ein anderes Problem: die politische Rehabilitierung der repressierten Völker, die Wiederherstellung der Autonomie der Deutschen an der Wolga, die Rückkehr der Tataren auf die Krim, der Mescheten nach Georgien.*
Gorbatschow: *Es wird Zeit, Jesus Christus zu Konsultationen einzuladen: Wie kann man mit fünf Broten 5000 Menschen speisen? Wie künftig die Nationalität in den Pass eintragen? Was ist mit den Völkern des Nordens? Wollen wir sie einfach liquidieren? Für das Recht auf Austritt aus der UdSSR gibt es keinerlei Mechanismus. Irgendwo unterwegs haben wir den verloren. Und das Baltikum fordert einen Neuabschluss des Unionsvertrages …*

Als Esten, Letten und Litauer im Sommer zur Erinnerung an die Sowjetokkupation eine Menschenkette quer durch das Baltikum bilden, reagiert Gorbatschow mit einem drohenden Brief, in dem er die Träger der Unabhängigkeitsbewegungen als „Separatisten, Extremisten und Nationalisten“ diffamiert.

DER BESESSENE
Boris Jelzin ist der Erste im Politbüro, der die Sowjetmisere klar definiert. Mit einem Auftritt, den viele mit der Chruschtschow-Rede über den Stalinkult von 1956 vergleichen, beginnt im Januar 1986 sein Ruhm.

TED THAI / POLARIS

Warum willst du mich ständig einschüchtern, Jegor? Warum reibst du mir immer unter die Nase: Schau, wohin uns deine Perestroika geführt hat!“

MICHAIL GORBATSCHOW zu seinem konservativen Gegenspieler Jegor Ligatschow vor einer Politbüro-Sitzung im November 1988.

DAS REICH ZERBRICHT
Als sich in verschiedenen Sowjetrepubliken Nationalbewegungen für die Unabhängigkeit bilden, reagieren Armee und Geheimdienst mit der üblichen Härte – und offenbar, ohne die Parteiführung zu konsultieren. Im April 1989 muss die Bevölkerung im georgischen Tiflis 20 Demonstranten zu Grabe tragen, die von der Armee mit Spaten erschlagen wurden; auch im litauischen Kaunas demonstrieren die Menschen im selben Jahr für eine Lostrennung von Moskau.





„Die Partei ist die Dummheit, die Ehrlosigkeit und die Schande unserer Epoche.“

„Gorbatschow, das Gewissen des Volkes ist nicht dein Gewissen.“

„Soldat, merke dir: Das Blut kannst du abwaschen, die Schande aber bleibt ewig.“

Flugblatt-Texte im litauischen Vilnius im Januar 1991 gegen die Intervention sowjetischer Truppen.

Der Kreml-Chef ist inzwischen isoliert, auch von der eigenen Partei, die an den 70 Jahre alten Spielregeln der Nomenklatura festhalten will. Auf Empfehlungen, als Generalsekretär zurückzutreten, hört er nicht – weil er und seine Mannschaft „sich ihr politisches Handeln ohne die Partei nicht vorstellen konnten und noch viel weniger in Opposition zu ihr“, so Tschernjajew. Wenn er den „räudigen Hund“ von der Leine lasse, „stellt sich das ganze Monstrum gegen mich“, verteidigt Gorbatschow seine Position.

Bar jeden größeren Rückhalts im Volk weiß er auch andere Zeichen nicht mehr richtig zu deuten. Die beginnende Streikbewegung etwa oder die Kritik der Medien an der Kommunistischen Partei glaubt er von den „reaktionärsten Kräften“ des Landes gesteuert – er diffamiert politische Reformer damit ebenso wie von der Perestroika enttäuschte Bürger. Nahezu panisch reagiert das Politbüro, als es im Februar 1990 zu einer bislang beispiellosen Protestwelle gegen die Parteiführung kommt:

Gorbatschow: *Unsere Gegner haben sich verbündet. Wir aber üben uns in Nachsicht. Man muss ihnen aufs Maul hauen. Im Fernsehen hat das Publikum die Macht ergriffen – politisch wie moralisch der Abschaum der Gesellschaft.*

Bakatin (Innenminister): *Die Nervosität steigt, aber wir entfachen sie selbst.*

Wlassow (russischer Regierungschef): *In der RSFSR gab es (am 25. Februar) 220 Demonstrationen in 140 Städten. Aber die Leute haben gesehen, dass die Macht noch in unserer Hand ist.*

Medwedew: *Am 4. Februar gab es noch viele Parolen zur Unterstützung der Perestroika und Gorbatschows. Am 25. Februar schon nicht mehr. Dafür gab es viele gegen die Partei und gegen die Staatsführung.*

Lukjanow: *50 Volksdeputierte der UdSSR haben die Demonstration am (Moskauer) Subowski-Boulevard angeführt!*

Ligatschow: *Warum zahlen wir ihnen 500 bis 700 Rubel Gehalt, wenn sie staatsfeindliche Tätigkeiten durchführen?*

Bakatin: *Die Spannung in der Gesellschaft wächst. Aber es hat doch keinen Umsturz gegeben. Die Illusionen hier unter uns sind eigenartig. Truppen und Polizei wurden in Marsch gesetzt. Natürlich können wir mit Gewalt irgendetwas stoppen. Aber was wird dann? Ich habe eine andere Meinung als einige Politbüro-Mitglieder, und es fällt mir schwer, als Innenminister weiterzuarbeiten. Brauchen wir den Dialog? Wenn nicht, wozu haben wir dann Parteienvielfalt in die KPdSU-Plattform geschrieben? Wir haben keine Klarheit über unsere Gegner. Sie haben eine gewaltige Unterstützung in den Massen. Und diese Unterstützung wächst.*

Gorbatschow: *Bakatin hat unrecht. Die Opposition und ihre Demonstrationen – das ist gegen die KPdSU, gegen den KGB, gegen die Präsidentschaft. Und alles frontal. Sie wollen die Situation anheizen in der Vorwahlzeit und die Macht ergreifen. Die Macht, so schreien sie, liege auf der Straße. Man müsse sie nur ergreifen. Die Situation ist ernst.*

Es ist der wirtschaftliche Niedergang, der die Enttäuschung im Lande hervorgerufen hat, und der in den Unionsrepubliken zum dramatischen Autoritätsverlust der Zentralmacht führt. 1990, im sechsten Jahr der Reformen, sind buchstäblich alle ökonomischen Indikatoren negativ. Schulbücher, Bleistifte und Rasierklingen sind ebenso aus den Geschäften verschwunden wie Zucker und in den Provinzen sogar Fleisch und Milch – die Furcht vor einer Hungersnot geht um. Die Suche nach radikaleren Sanierungskonzepten endet wie bei früheren Reformversuchen: mit nichtssagenden Kompromissen.

Dazu kommt der immer schärfere Zweikampf zwischen Gorbatschow und seinem Rivalen Boris Jelzin, der die Agonie der Zentralmacht geschickt für sich zu nutzen weiß. Vergebens versucht das Politbüro, den Gegenspieler mit einem hohen Regierungsposten zurück ins eigene Lager zu lotsen. Als auch das nicht mehr klappt, scheint im Mai 1990 selbst das letzte Mittel zu dessen Diffamierung recht:

Primakow (Vorsitzender des Unionsrates des Obersten Sowjets): *Man muss Jelzin in Fernsehdebatten verwickeln, ihm „unbequeme“ Fragen stellen – zu Litauen, den Kurilen, damit er sich windet wie eine Natter in der Bratpfanne.*

Krjutschkow: *Man sollte vorsichtig sein, er ist ein Populist, er kann sich leicht herauswinden, und sein Einfluss auf den Spießbürger ist groß.*

SYGMA (O.); PETER TURNLEY / CORBIS (U.)

Zerfall der Sowjetunion

Grenze der „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS) Dezember 1991
Russland
Autonome Republiken
Unabhängige Staaten ab 1991

Souveränitätserklärungen vor 1991

1 Estland 1990
2 Lettland 1989
3 Litauen 1989
4 Weißrussland 1990
5 Ukraine 1990
6 Moldau 1990
7 Georgien
8 Armenien 1990
9 Aserbaidschan 1989
10 Kasachstan 1990
11 Usbekistan 1990
12 Turkmenistan 1990
13 Kirgisien 1990
14 Tadschikistan 1990
15 Tschetschenien 1990
16 Tatarstan 1990
17 Baschkirien 1990
18 Tuwa 1990

Tallinn, Riga, Vilnius, St. Petersburg, Minsk, Kiew, Chişinau, Moskau, RUSSLAND, Jakutsk, Krasnojarsk, Irkutsk, Wladiwostok, Astana, Tiflis, Eriwan, Baku, Aschgabad, Taschkent, Bischkek, Duschanbe, Schwarzes Meer, Kaspisches Meer, Aralsee, nördlicher Polarkreis, 1000 km

DER SPIEGEL

Primakow: *Man hat ihn gefragt, ob er die Absicht habe, Präservative in die UdSSR einzuführen. Und er hat geantwortet, er brauche die nicht mehr. In jedem beliebigen Land würde jeder Präsidentschaftskandidat sofort durchfallen, wenn er seine Impotenz eingestehen würde.*
Gorbatschow: *Wenn du in den Kampf gehst, kann ein bisschen Demagogie nicht schaden, zumal dann, wenn du es mit Abschaum zu tun hast.*

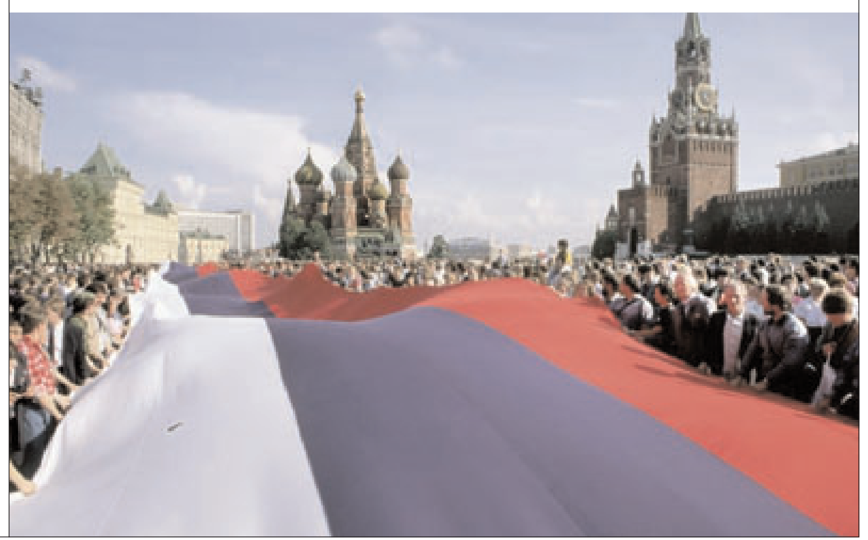
Auch der Vorwurf der Impotenz hilft nicht mehr, Jelzin ist inzwischen die populärste Figur in der mit Abstand wichtigsten Sowjetrepublik. Als er dem Kreml am 16. Oktober 1990 in einer Fernsehrede den Krieg erklärt, ist die Erosion der Zentralgewalt nicht mehr aufzuhalten. Das begreift auch der Präsidialrat, der einen Tag später zusammentritt:
Ryschkow: *„Der Zar ist da. Er rettet uns!“ So stellen die Medien und die Opposition dem Lande Jelzin vor. Das Land aber wird unregierbar. Es steht am Rande des Abgrunds. Wir können an der Macht bleiben – aber nur im Bereich des Kreml und des Gartenrings (des engeren Moskauer Stadtzentrums). Mehr nicht. Das Staatssystem ist kaputt. Und die Verantwortung dafür bleibt bei uns. Man muss Macht zeigen! Jene absetzen, die sie untergraben, die ihre Beschlüsse nicht erfüllen. Andernfalls können wir nur darauf warten, dass sie uns erschießen. Im besten Falle – denn im schlechtesten hängen sie uns an den Straßenlaternen auf.*

Da ist sie wieder, die Furcht vor der Revolution, oder diesmal: der Gegenrevolution. „Es war lächerlich, bitter und beschämend, dieses hohe Gremium zu beobachten“, erinnert sich Tschernjajew an diese Sitzung. Um das Land zusammenzuhalten, versucht Gorbatschow noch einen neuen Unionsvertrag mit den aufsässigen Sowjetrepubliken auszuhandeln. Doch das Heft des Handelns hat er nicht mehr in der Hand: Außenminister Schewardnadse tritt zurück; die Sowjetarmee umzingelt Parlament und Fernsehen im litauischen Vilnius – 14 Menschen kommen ums Leben, und dann triumphiert Jelzin mit über 57 Prozent bei der ersten freien Wahl eines russischen Präsidenten.

Das schließlich provoziert den dilettantischen Putsch der KP-Verschwörer vom 18. August 1991 – ihm folgen der Austritt von elf Republiken aus der UdSSR und im Dezember die Auflösung der Sowjetunion.

Die Perestroika scheitert an ihren Halbheiten. Sie habe in ihrem Leben eine „negative Rolle“ gespielt, sagen 20 Jahre später fast 60 Prozent der Russen; jeder zweite meint, Gorbatschow habe „unserem Volk mehr Schaden als Nutzen“ gebracht, das Leben im Lande wäre auch so sicher besser geworden.

„Wie ist Ihre Einstellung zu Gorbatschow insgesamt“, fragte ein Moskauer Meinungsforschungsinstitut. „Gleichgültig“, lautete die Antwort der meisten Russen. ✦



DREI-TAGE-PUTSCH
Im Gefühl des Triumphs tragen Moskauer Bürger am 22. August 1991 die Flagge Russlands über den Roten Platz – der Staatsstreichversuch kommunistischer Hardliner ist am Vortag schmählich gescheitert.

PETER TURNLEY / CORBIS

Unter Wladimir Putin korrigiert Russlands Führung das offizielle Geschichtsbild. Vom Terror der frühen Sowjetjahre erfährt die zunehmend vaterländisch ausgerichtete Jugend wenig. Opfer und Chronisten des Stalinismus fordern vergebens eine Kultur des Erinnerns.

MACHT DER MYTHEN

Von Walter Mayr

In der Petrowka-Straße zeigt Moskau seinen Kern. Spuren von altem Glanz und neuem Geld, von blutigem Terror und tiefer Volksfrömmigkeit, alles ballt sich hier, im Herzen der Zwölf-Millionen Metropole.

Neben Gotteshäusern aus der Zarenzeit, in denen Frauen unter aschgrauen Kopftüchern Beistand erflehen, steht seit zwei Jahren wieder die Bronzebüste zu Ehren des bolschewistischen Mordgesellen Felix Dserschinski. Und ein paar Schritte weiter, zwischen Boutiquen mit Longines-Uhren und Christian-Lacroix-Sandalen, führt ein finsterer Durchgang ins Gulag-Museum.

Stacheldraht umzäunt den Brettersteg dorthin. Drinnen sind Holzpritschen, Blechnäpfe und Filzschuhe ausgestellt. Ein als Lager-Aufseher verkleideter Herr in schwarzen Schaftstiefeln geleitet ins Obergeschoss. Dort wartet, vergraben hinter Büchern und Papierstapeln, ein Zeuge aus anderer Zeit.

Anton Antonow-Owsejenko ist 87 Jahre alt, schlohweiß und fast erblindet. Doch elegant in tadellosem grauem Anzug, ähnelt er unverändert dem Mann, dessen Porträt an der Wand hinter ihm hängt: Wladimir Antonow-Owsejenko, Antons Vater, schrieb in der Pose des revolutionären Dandys Weltgeschichte im November 1917. Er führte die Rotgardisten beim Sturm auf den Petersburger Winterpalast.

Als enger Weggefährte Lenins und Waffenkamerad Trotzkis brachte es Antonow-Owsejenko senior in den zwanziger Jahren zur Rolls-Royce fahrenden Bolschewiken-Legende. In den Dreißigern büßte er dafür. Stalins Bannstrahl traf ihn wie andere Männer der ersten Stunde. Späterer Kotau und Selbstverleugnung retteten ihn nicht. Am 10. Februar 1938 signierte der „Stählerne“ das Todesurteil gegen den Revolutionshelden mit seinem Kürzel: „St.“

Anton, der heute das Gulag-Museum leitet, hat nach dem Tod des Vaters mehr als zehn Jahre im Lager verbracht. Er hat die Verbannung nach Sibirien überlebt, mit einem Stück Schwarzbrot täglich und ein wenig „Schrapnell“, dünner Buchweizengrütze, in Workuta am Polarkreis bis nach Stalins Tod. Seither kämpft er darum, dass nicht in Vergessenheit gerät, was Sowjetbürger einander angetan haben im 20. Jahrhundert.

Geschätzte 20 Millionen Menschen sind unter dem Stalin-Regime umgekommen – erschossen, verhungert, erfroren. An die 700 000 wurden aus vorgeblich politischen Gründen allein in den Jahren 1937 und 1938 hingerichtet, auf dem Höhepunkt des Terrors. Millionen landeten in Konzentrationslagern. Die Revolution fraß zuerst ihre Väter und Kinder, nicht ihre Gegner.



GEGENWART DER VERGANGENHEIT
Beim Gedenken an die Opfer des Stalinismus ist Präsident Putin Spitze, wie im Oktober 2007 am Ort des ehemaligen Erschießungsplatzes in Butowo. Als gelernter Geheimdienstler kennt er sich auch in der langjährigen Moskauer Mordzentrale Lubjanka (u.) bestens aus.



JUSTIN JIN (L.); UPI PHOTO / IMAGO (O.)

Den 7. November 2007, den 90. Jahrestag des Sturms auf den Winterpalast, hat Anton Antonow-Owsejenko in Moskau zugebracht. Seiner Arbeit im Gulag-Museum, so sagt er, bedürfe das von Wladimir Putin gesteuerte Russland dringender denn je: „Die rechte Hand verurteilt jetzt Stalin, während die linke versucht, den Kult um ihn zu erneuern. Dabei leben noch viele Opfer der Unterdrückung. Ich sage den Menschen: Wir haben den Krieg nicht wegen, sondern trotz Stalin gewonnen."

Als studierter Historiker wie als Gulag-Überlebender und Sohn eines Revolutionshelden fühlt Antonow-Owsejenko sich in dreifacher Schuld, die Wahrheit über den „Großen Terror" im öffentlichen Bewusstsein verankern zu helfen. Er hat eine Stalin-Biografie geschrieben, hält Vorträge vor jungen Zuhörern und bombardiert Duma-Abgeordnete mit der Forderung, stalinistische Propaganda im neuen Russland unter Strafe zu stellen.

Was den alten Mann umtreibt, sind die bitteren Lehren aus dem Schicksal seiner Familie, Erinnerungen vor allem an den Grad eigener Verführbarkeit: „Mein Vater war politisch infantil", sagt er, „der hat noch in der Zelle auf Lenin geschworen. Und ich selbst habe Stalin weiter angebetet, da war mein Vater schon erschossen."

Am 8. August 2007, zum 70. Jahrestag des Beginns der Massenhinrichtungen, war Antonow-Owsejenko noch einmal draußen in Butowo, am Südrand Moskaus. Dort, wo hinter grünen Bretterzäunen 21 000 Tote verscharrt liegen. Über die zugeschütteten Gräben mit den sterblichen Überresten ist Gras gewachsen. Das Schlimmste, sagt Antonow-Owsejenko, sei die Ohnmacht der Hinterbliebenen im Angesicht der Massengräber: „Wir haben viele namenlose Tote in Russland."

Der Protest der 800 000 Überlebenden des Terrors und ihrer Angehörigen aber verhallt. Jahr für Jahr stehen sie Ende Oktober im Schatten der Geheimdienstzentrale Lubjanka, Greise mit brüchigen Stimmen und Jüngere mit ernsten Gesichtern, und lesen gegen den brüllenden Autolärm an – Namen, Alter, Beruf und Todesdatum der Erschossenen. Einen Tag lang.

„Die Rückgabe der Namen" nennen sie ihre Aktion, ihr störrisches Beharren auf einem Moment des Innehaltens mitten im Trubel dieser geschichtsvergessenen, atemlos rasenden Stadt.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat 2007 erstmals den Weg zu den Massengräbern in Butowo gefunden. Beinahe war es, als wolle er, der den Zerfall der Sowjetunion einst als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts" bezeichnet hatte, in seinem mutmaßlich letzten Amtsjahr noch ein Zeichen des Umdenkens setzen.

Von Vernichtung in „kolossalem Maßstab" sprach der Staatschef über den Gebeinen der Opfer, und von einer „besonderen Tragödie" für Russland – denn die Erschossenen seien „Menschen mit einer eigenen Meinung" gewesen, mit genügend Mut auch, diese Meinung zu äußern. Alles in allem: „eine Zierde der Nation".

Die Botschaft vernahm, ganz Ohr, weil Schulter an Schulter mit Putin, auch der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche, Alexij II. Landesweit darf er Hinrichtungsstätten der Stalin-Zeit, bereichert um Klöster, Kapellen oder Gedenkkreuze, seinem Kirchenvermögen eingliedern. Den Boden und den nötigen Segen dazu gibt ihm Putin, das heißt: der Staat. Menschenrechtsorganisationen beklagen die Monopolisierung des Terrorgedenkens durch die staatsnahe Geistlichkeit.

Die unheilige Allianz aus mit Geheimdienst-Veteranen gespicktem Staatsapparat und Kirche vermindert die Chancen jener, die ernsthafte Vergangenheitsbewältigung fordern: Dringend benötigter Zugang zu Archiven, vor allem des Innenministeriums, bleibt ihnen verwehrt; der Aufbau von Gedenkstätten kommt kaum voran; mangelnde wissenschaftliche Aufbereitung erschwert die sachgemäße Behandlung stalinistischer Verbrechen im Schulunterricht.

Dass Stalin selbst mit Buntstift das Mindestalter für Kinder, die hingerichtet werden sollten, nach unten korrigierte – von 17 auf 15 Jahre –, hat vor Monaten die Zeitschrift „Ogonjok" herausgefunden. Details wie diesem kommt nach Ansicht der Historikerin Irina Schtscherbakowa bei der Weitervermittlung von Geschichte erhebliche Bedeutung zu – alles, was Jugendliche über Kinderschicksale im Lager erführen, hinterlasse „einen großen Eindruck" auf sie.

Im russischen Alltag aber, bilanziert Schtscherbakowa in der Zeitschrift „Osteuropa", fehle es am Willen, Geschichte farbig zu vermitteln. Zu beobachten sei stattdessen „eine intensive Mythologisierung der sowjetischen Vergangenheit" – mit der Folge, dass gemessen an „anderen historischen Gestalten die Popularität Stalins unentwegt zunimmt." Aus Versatzstücken von altem sowjetischem „und neuem national-patriotischem oder gar offen faschistischem Denken", so die Historikerin, bastelt sich die Jugend dann ihr eigenes Weltbild.

Wenn Anastassija Suslowa solche Theorien hört, könnte sie vom Fleck weg platzen. Die üppige Rothaarige ist 22 Jahre alt, Sprecherin der Putin-treuen Jugendbewegung „Die Unsrigen", und macht, wie sie da so sitzt im Restaurant am Moskwa-Ufer, einen selbstgewissen Eindruck. Das Verhältnis ihrer Bewegung zur Vergangenheit sei leicht zu beschreiben, sagt sie: „Wir können uns nicht von der Sowjetunion distanzieren, weil wir uns nicht von unseren Eltern distanzieren wollen."

Natürlich habe es unter Stalin „Massenrepressionen, Mord, eine grausame Regierung" gegeben, räumt sie leidenschaftslos ein, „aber die sowjetischen Errungenschaften überwiegen – Soldaten wurden respektiert, der Berufsweg war sicher, und außerdem hatten wir Gagarin und die Atombombe."

Große „Säuberungen"

„Was wissen Sie von den Repressionen 1937–38?"

weiß **viel**	57%
weiß **wenig**	27%
weiß **fast nichts**	13%

„Was sollte man heute mit den Organisatoren und Vollziehern dieser Repressionen tun?"

verurteilen	26%
in Ruhe lassen, weil es schon lange her ist	49%
verzeihen	8%

Umfragen des „Lewada-Zentrums" Moskau, August 2007

Oktoberrevolution

„Hatte die Oktoberrevolution mehr positive oder mehr negative Folgen für Russland?"

mehr **positive** Folgen	40%
mehr **negative** Folgen	29%

Umfrage der russischen „Stiftung Öffentliche Meinung", Oktober 2007



STAATS-TERRORISMUS **Wer sich auflehnte, musste in den dreißiger Jahren mit Erschießung rechnen. Hier posiert ein Exekutionskommando aus Jungkommunisten zur Einschüchterung hungernder Arbeiter, die gedroht haben, den Zug mit für den Export bestimmten Nahrungsmitteln (im Hintergrund) zu stürmen.**

PICTURE-ALLIANCE / KPA / TOPFOTO

Tausende Politiker, Literaten und Philosophen wurden unter den Sowjets zu Unpersonen.

VERORDNETES VERGESSEN

✦

Den Namen Leo Trotzki sucht man vergebens in den drei Ausgaben der „Großen Sowjetischen Enzyklopädie“ – dem bedeutendsten Referenzwerk der Sowjetunion, das unter Stalin, Chruschtschow und Breschnew erschien. Als Person taucht er nur wenige Male in dem Eintrag „Trotzkismus“ auf, in dem von verräterischen Opportunisten und Abweichlern die Rede ist. Dass Trotzki 1917 als führendes Mitglied des „Militärischen Revolutionskomitees“ an der Seite Lenins die Machteroberung der Bolschewiki leitete und sich als Kommissar für Militärwesen als effizienter Organisator der Roten Armee erwies, blieb unerwähnt.

So wie im Fall Trotzki wurden – beginnend mit der Herrschaft Stalins – auch andere Namen aus der historischen Erinnerung getilgt oder ganze Biografien entstellt, und das galt selbst für die brillantesten Intellektuellen der revolutionären Garde. Auch Nikolai Bucharin, der noch 1927 als „einer der führenden Teilnehmer der Oktoberrevolution, herausragender Theoretiker des Kommunismus“ sowie „Politiker und Theoretiker von internationaler Bedeutung“ galt, wurde nach der auf einen Schauprozess folgenden Hinrichtung 1938 zur Unperson erklärt.

Grigorij Sinowjew und Lew Kamenew, die zu den Bolschewiki der ersten Stunde gehörten, teilten dasselbe Schicksal. Zu den Opfern gehörten auch führende Militärs wie Marschall Michail Tuchatschewski, der im Bürgerkrieg die Führer der Weißen Armee geschlagen hatte.

Ihre Namen und ihre Fotos, die in den zwanziger Jahren noch Geschichtsbücher und Nachschlagewerke zierten, mussten später herausgeschnitten oder mit anderen, neutralen Texten überklebt werden. Aus Abbildungen der sowjetischen Frühzeit, die sie neben Lenin oder Stalin zeigten, wurden sie herausretuschiert.

Dass Gegner der Revolution wie die militärischen Führer der Weißen – Alexander Koltschak, Pjotr Wrangel oder Anton Denikin – totgeschwiegen wurden, mag verständlich sein. Doch auch die Parteiführer der Menschewiki und Sozialrevolutionäre oder die Anarchisten passten nicht mehr ins Bild: Man stempelte sie zu Feinden der Sowjetmacht, ohne Recht auf biografische Darstellung. Selbst die großen Schriftsteller der Emigration, darunter lange Zeit Nobelpreisträger Iwan Bunin, wurden unter Stalin zur Anonymität verdammt. Ihr Schicksal teilten die in Russland gebliebenen Dichter Ossip Mandelstam, Anna Achmatowa, Marina Zwetajewa und Isaak Babel.



VERSCHWUNDENE GEFÄHRTEN
Massenhaft wurden Fotografien gefälscht, um die Geschichte zu korrigieren. So waren bei Lenins Auftritt am 5. Mai 1920 in Moskau auch Trotzki und (hinter ihm) Kamenew dabei – später wurden sie wegretuschiert. Das gesäuberte Bild wurde bis in die Gorbatschow-Ära publiziert.



Eine erste Rehabilitation fand nach Stalins Tod 1953 statt: Während des Chruschtschowschen Tauwetters wurden einige der von Stalin mundtot gemachten Schriftsteller wie Michail Bulgakow wieder gedruckt. Doch erst Michail Gorbatschow befreite die Unpersonen aus ihrer Anonymität: Eine von ihm eingesetzte Kommission sprach bis Sommer 1988 mehr als 600 prominente Stalin-Opfer von allen Vorwürfen frei, darunter Bucharin, Sinowjew und Kamenew. Ebenfalls rehabilitiert wurden Militärs wie Tuchatschewski. 1991 trat ein Gesetz über die „Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen“ in Kraft, das die gesamte Periode der sowjetischen Geschichte einbezog. Trotzki allerdings wurde formell von der sowjetischen Regierung nicht rehabilitiert.

Schon zwei Jahre vor der offiziellen Aufhebung der Zensur im Jahr 1990 hatten die Medien Tabus gebrochen. Ich erinnere mich an die vom Fernsehen übertragenen Theaterstücke Michail Schatrows, in denen Männer wie Bucharin oder Trotzki, Sinowjew oder Kamenew auftraten und mit Lenin über kontroverse Themen stritten. Es waren Gesichter, an die sich niemand mehr erinnerte – Schatrows Stücke stammten aus der Chruschtschow-Zeit, als die auf dem 20. Parteitag verkündete Kritik am Personenkult die Intelligenzija an einen Wandel glauben ließ. Während der Perestroika durften Künstler wie er ihre Werke aus den Schubladen holen. Auch Wladimir Nabokow, Boris Pasternak oder Alexander Solschenizyn wurden wieder gedruckt.

Für kurze Zeit erfuhr auch der undogmatische Marxismus eines Bucharin oder Trotzki Beachtung. Doch das Interesse an verbotenen Denkern, die den Ideen des Sozialismus oder Marxismus anhingen, nahm schnell wieder ab – damit wollte niemand mehr etwas zu tun haben.

Seit den neunziger Jahren sind zahlreiche Bände mit ehemals als „streng geheim“ deklarierten Archivmaterialien erschienen, mit denen die aus der Erinnerung getilgte Geschichte aufgearbeitet wird. Auch die Namen der Unpersonen werden auf diese Weise ins Gedächtnis zurückgeholt. So kann der russische Bürger sich heute ein Bild von der entstellten Vergangenheit machen. Wenn er denn will. JUTTA SCHERRER

BPK (L.); DAVID KING COLLECTION (O.)

Anastassija vertritt eine rasch wachsende Zahl Jugendlicher, die der Kreml mit organisierten Freizeitangeboten bei Laune halten lässt und gleichzeitig steuert. 10 000 „Polit-Kommissare“ seien allein bei den „Unsrigen“ inzwischen aktiv, sagt die Sprecherin, weitere würden an der eigens geschaffenen Kader-Uni „Nationales Institut für höhere Verwaltung“ ausgebildet.

Alexander Kalugin von der Organisation „Junges Russland“ ist 25 Jahre alt, Ingenieur und ein weiterer Vertreter der Generation Putin, die sich unter anderem daran gewöhnt hat, mit jedem Kinderstreich ins Fernsehen kommen zu können – unlängst haben sie im Scheinwerferlicht der staatseigenen Kanäle oppositionelle Demonstranten mit einem selbstgebastelten Flugobjekt beschossen, auf dem geschrieben stand: „Gruß an die Devisennutten“.

Ob Kalugin tatsächlich glaubt, dass vom Ausland finanziert wird, wer Putins Meinung nicht teilt, ist seiner Miene schwer zu entnehmen. Der Mann, der Zehntausende Mitglieder landesweit vertritt, wählt grundsätzlich gern großes Kaliber – den regierenden „estnischen Faschisten“ etwa rät er, sich nicht nachträglich über die Folgen des Molotow-Ribbentrop-Pakts von 1939 zu beschweren: „Starke Länder teilen sich schwächere auf, das ist ein Naturgesetz.“

Das fröhliche Ja zur vaterländischen Geschichte ist Teil des Bauplans für ein neues Russland. Nach den anarchischen Neunzigern unter Boris Jelzin, als die Abrechnung mit dem Sowjetsystem und seinen finsteren Seiten zum Selbstverständnis der Republik zu gehören schien, hat Wladimir Putin keine Zeit verstreichen lassen, um eine Wende einzuleiten. Der Kampf um die Deutungshoheit über die Vergangenheit wird seither an allen Fronten mit beträchtlichem Einsatz geführt.

Den beiden öffentlich-rechtlichen Fernsehkanälen sowie dem vom Staatskonzern Gasprom kontrollierten Sender NTW fällt dabei in einem Land, das auf elf Zeitzonen verteilt 141 Millionen Einwohner zählt, zwangsläufig die Rolle des Leitmediums zu. Die Fernseh-Macher sind ersucht, sich ihrer Verantwortung gewachsen zu zeigen.

Und so bekommen die Bürger der Russischen Föderation Abend für Abend in den Hauptnachrichten vor allem die drahtige Gestalt und das gestrenge Mienenspiel ihres Präsidenten in wechselnden Rollen zu sehen: wie er Russlands Interessen in der Welt vertritt, wie er säumige Minister ermahnt oder sich persönlich nach dem Wohlergehen seiner Bürger erkundigt.

Der Rest der Programmgestaltung ist für die Fernseh-Verantwortlichen Gratwanderung und Ringen um Spielraum. Heldenepen aus der Zeit des Siegs über Nazi-Deutschland sind eine sichere Bank. Die 40-teilige NTW-Soap-Opera „Stalin. Live“ hingegen, die den Diktator als einsam sich ums Wohl des Vaterlandes sorgenden Grübler darstellt, geriet selbst einzelnen Kreml-Treuen zu seicht.

Als der Sender NTW noch nicht zum Gasprom-Konzern gehörte, von Staatsinteressen also unabhängig und stattdessen bevorzugtes Schaufenster der kritischen Intelligenz war, da trat der kahlköpfige Schnauzbart Andrej Bilscho allwöchentlich als „Großhirn“ des Landes auf. Er mäkelte, spöttelte, giftete.

Damit ist es schon länger vorbei. Inzwischen führt Bilscho einen Club, benannt nach der von ihm geschaffenen, stadtneurotischen Kunstfigur Petrowitsch. Im Kellergeschoss hinter der Lubjanka trifft sich da Boheme mit Avantgarde und verhinderter Weltrevolution, es wird getrunken, gestritten und getanzt, bis Rocksäume fliegen. Zum Wodka gibt's Zunge mit gebratenen Pilzen und sauren Gurken – Einiges Russland heißt das Gericht, wie Putins Partei.

Beide Großväter des Künstlers Bilscho sind Stalins Terror zum Opfer gefallen, die jüdische Großmutter hat 20 Jahre Lagerhaft überlebt, der Vater war Panzerfahrer in Stalingrad. Eine durchschnittlich tragische, russische Biografie, dazu ein überdurchschnittlich pfiffiger Kopf – was denkt einer wie Bilscho von Putins Russland? „Es gibt künstlerische Freiheit, aber keinen politischen Journalismus mehr“, sagt er: „Es gibt also Fortschritt und Rückschritt.“

Und Überraschungen, auch die gibt es noch. Die Fernsehserie über das Leben des großen Dichters Warlam Schalamow etwa, ausgestrahlt aus Anlass seines 100. Geburtstags im Abendprogramm. Russlands Fernsehvolk war bewegt bis begeistert, so dass kaum einer bemerkte, wie gleichzeitig Schalamows „Erzählungen aus Kolyma“, Protokolle des Gulag-Alltags, als Pflichtlektüre für Schüler gestrichen und durch einen Klassiker der Stalin-Zeit ersetzt wurden – Nikolai Ostrowskis „Wie der Stahl gehärtet wurde“.

Es zählt zu den herausragenden Begabungen des Puppenspielers Putin und seiner Kreml-Compagnie, sich aus der Sowjetrequisite immer genau jener Stücke zu bedienen, die gerade benötigt werden. Das Konzept gehe auf, sagt Professor Alexander Tschubarjan, Doyen des Instituts für Allgemeine Geschichte an der Russischen Akademie der Wissenschaften: „Die Mythen sind mächtig, auch und gerade in Bezug auf Stalin.“ Wiewohl es „einzigartig auf der Welt“ sei, dass ein Führer Millionen Landsleute habe hinrichten lassen, die zum Großteil seine politische Tendenz geteilt hätten.

Die allgemeine „Nostalgie für die Sowjetzeit“, sagt Tschubarjan, habe vermutlich mit der jahrhundertelangen Vormachtstellung Russlands zu tun: „Wir sind ans Befehlen gewöhnt und deshalb bei Ungehorsam sehr empfindlich.“ Der Jugend, auch den Studenten, fehle in erschreckendem Maße der Sinn für geschichtliche Zusammenhänge: „Sie wollen



GULAG-MUSEUM
Für den greisen Historiker und Ex-Häftling Antonow-Owsejenko ist die Russische Revolution, wie für ungezählte seiner Landsleute, nicht nur eine nationale Katastrophe, sondern auch eine Familientragödie: Sein Vater befehligte 1917 die Revolutionstruppen – und wurde auf Befehl Stalins 1938 erschossen.



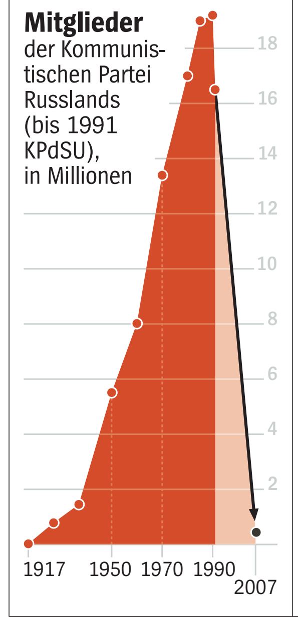
KÜNSTLER BILSCHO
Zwei Großväter und eine Großmutter des Querdenkers waren Opfer des Stalin-Terrors, sein politisches Kabarettprogramm wurde vom staatlichen Fernsehkanal gestrichen. „Es gibt keinen politischen Journalismus mehr“, sagt er.

DMITRYI DONSKOY / RIA NOVOSTI (R.); JUSTIN JIN (O.)





ERINNERUNG Familien gedenken ihrer hingerichteten Angehörigen, deren Gebeine in einem Wald bei Moskau verscharrt sind. Die ideologische Wahnwelt der Täter illustriert das Propagandaplakat aus den dreißiger Jahren (r.): Mit eiserner Faust zerquetscht der wachsame Geheimdienstmann volksfeindliches Schlangengezücht wie Trotzki, das sich der Deutlichkeit halber zu einem Hakenkreuz windet.



Freiheit, Reichtum und ein großes, starkes Russland, ohne sich im Geringsten darum zu kümmern, was in der Vergangenheit passiert ist.“

Das Urteil von Professor Tschubarjan hat insofern Gewicht, als er nicht nur mit Putin persönlich verkehrt, sondern auch Mitglied der russischen Schulbuch-Kommission ist. Und die hat mit einer wegweisenden Entscheidung vor drei Jahren das bis dahin gültige Standardwerk von Igor Doluzki vom Markt nehmen lassen. Es behandelte in gebotener Ausführlichkeit neben den millionenfachen Morden der Stalin-Zeit und militärischen Fehlleistungen im Zweiten Weltkrieg auch den Afghanistan- wie Tschetschenien-Krieg.

Der neue, im Sommer 2007 veröffentlichte Leitfaden für Geschichtslehrer setzt andere Akzente. Vorgestellt kurz nach Putins eindringlichem Appell „Wir sollten niemandem erlauben, uns ein Schuldgefühl aufzudrängen“, legt die „Neueste Geschichte Russlands 1945–2006“ den Pädagogen einen ungetrübten Blick zurück nahe.

Für die Vergangenheit spricht, dem Buch zufolge: „die Einheit des moralischen Geistes des sowjetischen Volkes“, die „Macht des gewaltigen, zentralisierten Staates“ und, mit Abstrichen, die Figur Stalins selbst, der als „erfolgreichster Führer der Sowjetunion“ und Schöpfer des „besten Bildungssystems der Welt“ gewürdigt wird.

Für die Gegenwart spricht, laut dem unter Kreml-Kontrolle erarbeiteten Leitfaden, vor allem: dass es Wladimir Putin gibt. Einen Mann, „mit dem praktisch jeder Russe seine Hoffnungen auf die Zukunft verbindet“ und der „allen Schichten und Gruppen des russischen Volkes“ Stabilität und ein besseres Leben beschert hat.

Menschen, die derlei Agitprop-Schriftgut eher als Satire auf nordkoreanische Verhältnisse denn als ernsthaften Beitrag zur Vermittlung russischer Geschichte verstehen, gibt es im Russland des Jahres 2007 noch immer genug: Blogger, Künstler, Journalisten und Wissenschaftler, alle auf ihre Art bemüht, Front zu machen gegen den Versuch, die Deutung der letzten 90 Jahre in der Geschichte der Russen einem Autokraten im Kreml zu überlassen.

Doch der zersetzende Einfluss der rückwärtsgewandten Kreml-Strategen auf Russlands Gesellschaft dürfe nicht unterschätzt werden, sagt Alexander Watlin, Professor für Geschichte an der Moskauer Lomonossow-Universität: „Was uns fehlt, ist eine Einheitsfront des Trauerns und Gedenkens; der Wille zur gemeinsamen Erinnerung.“

Watlin ist ein dynamischer, leidenschaftlicher Historiker und Feldforscher. Seine Überzeugung, solide Kenntnis der Geschichte und ihrer Schauplätze beuge möglichen künftigen Katastrophen vor, versucht er erfolglos weiter zu vermitteln: „Meine Studenten kommen trotz neuer Bücher zu alten Schlüssen“, sagt der Professor: „Sie finden, das 20. Jahrhundert habe gezeigt, dass man aus der Geschichte nichts lernen kann.“

Watlin aber lehrt, forscht und veröffentlicht unverdrossen weiter. Oder quält sich, wie an diesem Nachmittag, durch den Moskauer Feierabendstau. Weil er neugierig ist, wie es hinter den grünen Bretterzäunen des einstigen „Sonderobjekts Komunarka“ südlich von Moskau wirklich aussieht.

Dass hier noch immer mindestens 6000 Menschen verscharrt sind, scheint nach Aktenlage gesichert: führende Tschekisten, Armeegeneräle, Kommunisten aus aller Welt, vor allem aber hohe und höchste Kader der KPdSU – Ex-Ministerpräsident Alexej Rykow, der Stalin-Gegenspieler Nikolai Bucharin und auch der Mann, der den Sturm auf den Winterpalast führte, Wladimir Antonow-Owsejenko.

Watlin weiß das alles, doch er will es nicht begreifen – ein Massengrab der internationalen kommunistischen Elite, am Rand der Hauptstadt gelegen und 70 Jahre lang so gut wie nicht erforscht? Kaum hat er sich bittstellernd Zugang verschafft zum abgeschotteten Gelände, auf dem jetzt ein Mönch vom Orden der heiligen Katharina lebt, erhält er Gewissheit.

Ein gewöhnlicher Gedenkstein. Keine Namen. Keine Schautafeln. Nichts, was dem Vermächtnis der Untoten gerecht würde.

„Lenin hat die Dritte Internationale begründet, Stalin hat sie hier beerdigt“, spöttelt ein vorbeikommender Klosterarbeiter. Und schreitet dann forsch voran, in Richtung einer künstlich geschaffenen Lichtung im Birkenwäldchen, zugewachsen inzwischen mit mannshohen Brennnesseln und Schafgarben.

Dort hält er inne, blickt auf seine Füße, blickt auf den Professor, und sagt: „Vergessen Sie nicht, wir gehen hier über Leichen.“ ✦

JUSTIN JIN (L.); ARCHIV GERSTENBERG / ULLSTEIN BILD (R.)

Sie schocken mit totalitärer Symbolik und avancieren als radikale Regimekritiker zu Verbündeten liberaler Oppositioneller – Russlands Nationalbolschewisten.

SCHRILLE PROVOKATION

Die Fahne irritiert. Auf den ersten Blick sieht das Banner, das bei Demonstrationen der Opposition gegen Putin flattert, fast aus wie das der Nationalsozialisten. Einziger Unterschied: Wo bei den Nazis das Hakenkreuz prangte, zeigen russische „Nationalbolschewisten“ Hammer und Sichel.

Schocken, provozieren, vieldeutig sein ist ihre Methode. Gegründet 1993 von dem Schriftsteller Eduard Limonow und dem Philosophen Alexander Dugin, will die Nationalbolschewistische Partei Russlands, NBP, „die radikalsten Formen des nationalen Widerstandes mit den radikalsten Formen des sozialen Widerstandes verbinden“.

In den ersten Jahren versuchte die NBP, die Wut vieler Russen über den Zerfall des Imperiums und den Zorn auf Neureiche zu schüren. Mit Parolen wie „Nur ein toter Bourgeois ist ein guter Bourgeois“ und „Russland ist alles, alles andere ist nichts“ formierte sie den extremen Flügel einer breiten nationalkommunistischen Strömung.

Der politische Cocktail aus nationalistischen und kommunistischen Zutaten schmeckte vor allem Jugendlichen mit rebellischem Lebensgefühl. Versammlungen schwarzgekleideter „Nazboly“ in ihrem Moskauer Hauptquartier, einem stickigen, fensterlosen Keller, dem „Bunker“, gerieten zur Mischung aus linker Schulung und rechtem Kameradschaftsabend.

Putins Polizei hat den „Bunker“ inzwischen geschlossen. NBP-Parolen aus den Anfangsjahren vom „einäschernden Hass gegen Liberalismus, Demokratie und Kapitalismus“ und Hymnen auf die „traditionalistische, hierarchische Gesellschaft“ verschaffen der NBP bis jetzt das Stigma, sie sei „neofaschistisch“.

Lange nannte die Truppe ihre Landesvorsitzenden „Gauleiter“, ein NS-Begriff. Doch in den vergangenen Jahren hat sich die NBP gewandelt. Rechtsaußen Dugin trennte sich 1998 mit einem Dutzend Getreuer von den Nationalbolschewisten. Nach dem Amtsantritt Wladimir Putins avancierte er zum Kreml-nahen Prediger eines autoritären, imperial ausgerichteten Regimes.

Die Nationalbolschewisten mit ihrer jugendbewegten Subkultur dagegen schwenkten unter Führung des Bohemiens Limonow nach links. Je stärker Russland unter Putin in Richtung Polizeistaat driftete, desto mehr machten die „Limonowzy“ mit spektakulären Protestaktionen Furore. Mal entrollten sie zur Amtseinführung des Präsidenten im Moskauer Bolschoi-Theater ein Transparent „Der Zarismus kommt nicht durch“, mal bewarfen sie den Chef der Kreml-treuen Wahlkommission mit Mayonnaise und prangerten Wahlfälschungen an. Die Staatsmacht reagierte auf sowjetische Weise: Gerichte verurteilten Dutzende Nationalbolschewisten wegen gewaltfreier politischer Aktionen zu Gefängnisstrafen bis zu vier Jahren.

So wurden russische Bürgerrechtler und liberale Oppositionspolitiker auf die schrillen Protestler aufmerksam. Limonows Kellerkinder fühlten sich geschmeichelt und erkannten, dass sie mit Forderungen nach freien Wahlen mehr Resonanz erzielten als zuvor etwa mit ihrem makabren Schlachtruf „Stalin, Berija, Gulag“. Stalins gnadenloser Geheimdienstchef Lawrentij Berija, nach dem Tod des Diktators 1953 hingerichtet, gilt vielen „Nazbol“ als Idol.

Zwar präsentieren sich die Nationalbolschewisten immer noch als „Avantgarde der Revolution“, doch die soll jetzt eher aussehen wie die friedliche Revolution in Orange der Ukraine. Kurz nach deren Sieg gab NBP-Chef Limonow die neue Linie aus: Es gelte, künftig für ein „Klima politischer Freiheiten“ zu kämpfen, gemeinsam mit „Verbündeten aus dem liberalen und demokratischen Lager“. Ein glaubwürdiger Verteidiger der Demokratie wird der unberechenbare Limonow dadurch nicht.

Jetzt agieren die Nationalbolschewisten im Oppositionsbündnis „Das andere Russland“ Seite an Seite mit dem Ex-Schachweltmeister Garri Kasparow und dem früheren Premierminister Michail Kassjanow. In die bizarre Polit-Ehe brachte Limonow mehrere tausend junge Leute ein, Agitatoren und Fußvolk, an denen es den Liberalen mangelt.

Großzügig sehen die bürgerlichen Bündnispartner bislang darüber hinweg, dass Limonow unter der Bezeichnung „Das andere Russland“ schon 2003 ein Buch schrieb, in dem er für die Vielehe und gleichzeitig für ein Verbot von Abtreibungen plädiert. Russland, so der Schriftsteller, müsse in ein „Konglomerat freier, bewaffneter und orgiastischer Kommunen“ verwandelt werden, „Vergesellschaftung der Ehefrauen“ inklusive. Den Bolschewisten von 1917 kreidet er an, dass sie die Polygamie nicht einführten.

Es sei eher ein Spiel, dass seine Truppe mit rotbrauner Symbolik kokettiere, sagt Limonow, Autor von 41 Büchern – erzählender wie ideologischer Prosa. Seine NBP sei in Wahrheit ein „postmodernes Projekt“ zur Bündelung von Protest.

Uwe Klussmann



NATIONALBOLSCHEWISTEN IN MOSKAU
Polit-Cocktail aus nationalistischen und kommunistischen Zutaten

GUILLAUME HERBAUT / OEIL PUBLIC

Kommunistische Demonstration am 1. Mai 2005 in Moskau

SPIEGEL-Streitgespräch mit den Moskauer Historikern Wladimir Buldakow und Michail Gorinow über die Rolle Lenins und Stalins nach der Revolution, den roten Terror und das historische Gedächtnis der Russen

„DAS ERBE WIRD AUFPOLIERT“

SPIEGEL: Herr Buldakow, Herr Gorinow, eine Gruppe russischer Professoren hat sich jüngst in einem offenen Brief bitter darüber beschwert, dass es den Feiertag der Oktoberrevolution in Russland nicht mehr gibt. Ist der 25. Oktober – oder der 7. November neuen Stils – für Sie Anlass zum Feiern oder eher nicht?

Buldakow: Das ist ein kommunistischer oder genauer – bolschewistischer Standpunkt, eine Fortsetzung des Mythos vom Großen Oktober. Auch wenn ich mit den 16 Professoren nicht einverstanden bin, möchte ich aber nicht, dass die Feiern abgeschafft werden. Das historische Gedächtnis des Volkes sollte man nicht vergewaltigen. Es darf nicht von oben verordnet werden, dass an die Stelle eines zur Tradition gewordenen Anlasses ein anderer zu setzen ist. Das haben schon die Bolschewiki versucht: Statt des orthodoxen Ostern wollten sie ein „Rotes Ostern“ feiern lassen. Ein banaler Betrug, mehr nicht. Auch in diesem Fall haben wir es mit einer eindeutigen Fälschung zu tun. Die heutigen Eliten machen sich nichts aus Revolutionen – sie haben Angst vor ihnen. Deswegen haben sie den 7. November zum „Tag der Eintracht und Versöhnung“ umfunktioniert und ihn einfach auf ein anderes Datum gelegt, den 4. November.

Gorinow: Für mich gab es in der Jugend zwei ganz große Feiertage – den 1. Mai und den 7. November. Der 1. Mai war mit Frühling und Fröhlichkeit verbunden, auf allen Plätzen wurde getanzt. Den 7. November brachte ich wie wohl die meisten Sowjetmenschen mit der Macht unseres Vaterlandes in Verbindung, und die Militärparade auf dem Roten Platz gehörte unbedingt dazu. Man hatte das Gefühl, Teil eines großen und mächtigen Staates zu sein. Für mich war das ein wichtiger Tag im Kalender. Wenn die Franzosen ihre Revolution noch immer feiern, obwohl nicht alle von ihr begeistert sind – warum sollte das in Russland nicht gehen?



WLADIMIR BULDAKOW, *63, gehört zu den angesehensten russischen Historikern der Oktoberrevolution, die der Professor als schlimmes Übel sieht. Unter anderem publizierte er „Krasnaja smuta“ („Die Ära der roten Wirren“).*

Das Gespräch moderierten die Redakteure Christian Neef und Rainer Traub.

IVAN SEKRETAREV / AP (O.); P. KASSIN (U.)

Buldakow: Am 7. November wollten die Machthaber der Sowjetunion etwas vortäuschen, was es so nicht gab. Am Mausoleum fuhren Raketen vorbei, die nur Attrappen waren, das Volk aber wurde zur Teilnahme an der Demonstration gezwungen – auch bei Kälte und Regen. Man bekam blöde Plakate und musste sie den ganzen Weg lang schleppen – um sie nachher gegen Quittung wieder abzugeben. Das war keine Veranstaltung des Volkes. Der 1. Mai war Frühling, da war Fröhlichkeit in der Luft. Der 7. November dagegen war ein ziemlich finsterer roter Tag im Kalender.
Gorinow: Ich habe nicht empfunden, dass alles nur unecht oder Show war. Auf dem Lande hat man sogar zur Revolutionsfeier stets die ersten Ferkel geschlachtet. Das Volk wird es nicht verzeihen, wenn man dieses Fest abschafft.
Buldakow: Als Generalsekretär Leonid Breschnew zum letzten Mal an einem 7. November auf der Mausoleumstribüne stand, bekam ich richtig Angst: In der Nahaufnahme sah man auf dem Bildschirm, dass sein Gesicht versteinert war und der Kiefer herunterhing. Er machte den Eindruck eines tiefunglücklichen Menschen, der noch kurz vor dem Tode irgendeinem Idol dienen sollte. Für mich war das ein Vorzeichen des Zusammenbruchs.
SPIEGEL: Sie haben die Französische Revolution erwähnt, sie hat die moderne bürgerliche Welt geprägt. Die Frucht der Oktoberrevolution aber – die Sowjetunion – hat sich 1991 aufgelöst. War Ihre Revolution im Rückblick eine Sackgasse der Geschichte?
Buldakow: Aus meiner Sicht ist der November 1917 keine Sackgasse gewesen, sondern eine große Lehre. Eine Utopie kann Leute begeistern, doch man kann auf ihr nichts Festes aufbauen. Die Vorahnung, alles würde mit einem Riesenzusammenbruch enden, die hatte man schon immer.
Mein Kontrahent Michail Gorinow ist ein Mann von überbordender Romantik. Ich respektiere seinen Standpunkt, sehe aber meine berufliche Pflicht darin, zu begreifen, was geschehen ist.
Gorinow: Die Französische Revolution bescherte der Welt die Idee von politischer Freiheit. Die Russische Revolution ging weiter, sie hat die politische durch eine soziale Freiheit zu ergänzen versucht. Die Idee, dass der Staat die Wirtschaft steuern sollte, hing mit der Vorstellung zusammen, nur so Wohlstand für alle erreichen zu können. Die Große Russische Revolution wollte denjenigen Hoffnung schenken, die in der kapitalistischen Welt nicht zur Elite gehörten. Dazu brachte sie eine neue Elite hervor, die an die Stelle der Zaren-Bürokraten trat.
Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gab es im Westen Bemühungen, den Wohlstand und die Rechte der sozial Schwächeren erneut zu beschneiden. Es ist unübersehbar: Seit es keine Alternative mehr für den althergebrachten Kapitalismus in der Welt gibt, leben erneut konservative Bemühungen auf.
Buldakow: Da ist ein Körnchen Wahrheit dran. Denn die Welt wird durch Ideen regiert. Die Französische Revolution beglückte die Welt tatsächlich mit einer neuen Idee – welche die französische Nation am Ende aber auszehrte. Und es folgten die langen Wirren von Napoleons Kriegen.
Aber die neue Eliteschicht der Sowjetunion, von der Sie sprechen, war die Nomenklatura. Sie entstand in den Jahren 1923 bis 1925. Das war im buchstäblichen Sinne ein Verzeichnis jener Personen, die als Einzige in die Schlüsselposten von Wirtschaft und Staat durften. Alleiniges Auswahlkriterium war Loyalität. Welches Ende das nahm, ist bekannt. Es war eine negative Selektion.

Buldakow:
„Im Moment, unter Putin, ist bei uns mal wieder Stalin der gute Onkel – und Lenin der schlechte.“

Gorinow:
„Stalin war kein geborener Führer und musste deshalb seine Rivalen beiseiteschaffen; Lenin hatte dieses Problem nicht.“

Gorinow: Das war aber auch vor der Revolution so.
Buldakow: Die damalige Bürokratie war sicher unbeweglich, aber es waren gutausgebildete Profis. Probleme ergaben sich eher dadurch, dass alle Entscheidungen letztendlich vom Alleinherrscher getroffen wurden, vom Zaren. Er war in der Lage, jede Entwicklung zum Stehen zu bringen – und machte von dieser Möglichkeit reichlich Gebrauch. In der Geschichte Russlands spielt Tradition eine große Rolle. Es gibt zum Beispiel nur einen Gott in Russland, und das ist der Staat.
Gorinow: Das stimmt. Auch wenn mir das nicht sehr gefällt.
SPIEGEL: Die Autoren des erwähnten offenen Briefes schreiben, der November sei der Höhepunkt einer russischen Sozialrevolution gewesen. Das sei völliger Unfug, hat Alexander Solschenizyn dagegen diesen Sommer im SPIEGEL-Gespräch gesagt: Die Revolution sei nichts weiter als ein Staatsstreich gewesen. Die eigentliche russische Revolution sei in Wirklichkeit die Februarrevolution gewesen.
Buldakow: Solschenizyn war für mich eine Zeitlang eine moralische Autorität; eine Autorität in Sachen Geschichte war er für mich nie. Ich muss ihm allerdings in diesem Punkt zustimmen: Die eigentlich große Revolution fand im Februar statt. Damals brach eine fast 400-jährige Monarchie zusammen. Das war ein Wendepunkt in der Geschichte. Aber die Vorgänge im Februar und im November bildeten eine Einheit – zuerst der Staatszerfall, dann der Beginn der sozialen Revolution. Ein Reich starb, ein anderes wurde geboren.
Gorinow: Der Februar brachte das Reich um, der November ließ es wiedererstehen.
Buldakow: Dies ist eine weitverbreitete Meinung. Der November war kein Staatsstreich: Man kann sich kaum eine noch schlechtere Vorbereitung eines bewaffneten Aufstands vorstellen als damals unter Lenin. Seine Ideologen waren völlig zerstritten. Sie haben zwar das Winterpalais besetzt, doch bei weitem nicht alle Minister wurden verhaftet. Das Volk aber schwieg, es war nicht der Vollzieher der Revolution. Die provisorische Regierung machte viele Fehler, und diese führten zu ihrem unrühmlichen Ende – nicht irgendeine Verschwörung.
Gorinow: Nach marxistischer Methodologie versteht man unter Revolution eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse; ein Umsturz aber ist ein Wechsel in der Organisation der politischen Macht. Radikale Änderungen in den Eigentumsverhältnissen wurden durch den November eingeleitet; im Februar wurde nur eine Änderung im Machtgefüge des Staates durchgesetzt. So gesehen fand der Staatsstreich im Februar statt und die Revolution im November.
Die Verschwörer des Februar hatten die Streikbewegung und den Hunger in Petrograd angefacht, um Unruhen zu provozieren. Es lief das dritte Weltkriegsjahr, die Unzufriedenheit im Volk war groß. Die Oberbefehlshaber der Kriegsfronten forderten den Zaren zur Abdankung auf, und er folgte ihrem Ruf. Die Macht lag buchstäblich auf der Straße, wer entschlossen genug war und hinter sich gewisse Kräfte wusste, konnte nach ihr greifen.
SPIEGEL: Die Anhänger der Revolution behaupten, das Volk habe die Bolschewiki beispiellos unterstützt



MICHAIL GORINOW, *51, war Sekretär des bolschewistischen Chefhistorikers und Leninpreisträgers Isaak Minz und hält den Preis für akzeptabel, den das Land für die Modernisierung unter den Bolschewiki bezahlte.*

P. KASSIN

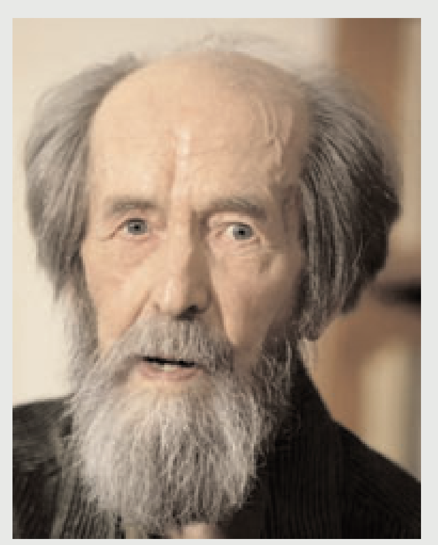
Alexander Solschenizyn in einem SPIEGEL-Gespräch im Juli 2007 über Schuld und Sühne

„IM EIGENEN BLUT ERSÄUFT“

✦

ÜBER DIE OKTOBERREVOLUTION: Die sogenannte Oktoberrevolution – das ist ein Mythos, den sich die Bolschewiki nach ihrem Sieg zurechtgelegt haben und den sich der auf den Fortschritt fixierte Westen völlig zu eigen gemacht hat. Am 25. Oktober 1917 gab es in Petrograd einen gewaltsamen Staatsstreich. Er war eher für einen Tag konzipiert, methodisch aber brillant vorbereitet. Und zwar von Leo Trotzki, denn Lenin musste sich in jenen Tagen noch wegen Hochverratsbeschuldigungen versteckt halten. Was jetzt für die Russische Revolution von 1917 ausgegeben wird, war die Februarrevolution. Ihre Ursachen lagen tatsächlich in den Verhältnissen, die im damaligen Russland herrschten. Die Februarrevolution hatte tiefe Wurzeln. In erster Linie war das ein lang angestauter und gegenseitiger Hass der Bildungsschicht und der Machthaber. Er war es, der Kompromisse völlig undenkbar machte. Die Hauptverantwortung lastet natürlich auf dem Machtapparat. Wer soll eine größere Verantwortung für einen Schiffbruch tragen als der Kapitän? Die Voraussetzungen für die Februarrevolution ergaben sich aus dem damaligen russischen Regime. Am Oktoberumsturz ist nichts, was mit der Natur Russlands zu erklären wäre – im Gegenteil: Dieser Staatsstreich hat Russland das Rückgrat gebrochen. Der deutlichste Beweis dafür ist der rote Terror – die Bereitschaft der Revolutionsführer, Russland im eigenen Blut zu ersäufen.

ÜBER DIE ROLLE DER JUDEN: Ich will niemanden dazu auffordern, Schuldanteile abzuwiegen oder die moralische Verantwortung des einen oder anderen Volkes zu vergleichen. Ich fordere Leute auf, sich über ihren Weg bewusst zu werden. Ein jedes Volk hat die moralische Verantwortung für seine Vergangenheit zu übernehmen – auch für die schmachvollen Seiten. Auf welche Weise kann es dies tun? Indem es den Versuch macht, zu *begreifen*: Warum hat man so etwas zugelassen? Worin lag hier *unser* Fehler? Könnte dies wieder geschehen? Dies ist der Geist, in dem sich das jüdische Volk der Verantwortung für seine revolutionären Mordgesellen und deren dienstwillige Chargen, die sich so leicht anheuern ließen, stellen muss, und dies nicht vor den Augen anderer Völker, sondern vor sich selbst und vor seinem Gewissen, vor Gott. So wie auch wir Russen die Verantwortung für die Pogrome tragen müssen, für die erbarmungslosen, brandschatzenden Bauern, für die unzurechnungsfähigen Revolutionssoldaten und für die Matrosen, die wie wilde Tiere wüteten.



ALEXANDER SOLSCHENIZYN
hat sich in seinem Werk „Das rote Rad“ ausführlich mit der Russischen Revolution befasst. Der heute 89-Jährige vertritt die These, dass der Kommunismus nicht aus dem Zarenregime hervorgegangen sei.

ÜBER DIE ÖFFENTLICHE GESCHICHTSDEBATTE: Es erscheinen viele Texte und Filme über die Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert, von sehr unterschiedlicher Qualität natürlich. Aber die Nachfrage steigt – das ist sichtbar. Gerade erst zeigte der staatliche Fernsehkanal „Russland“ eine furchterregende, brutale und überhaupt nicht abgemilderte Wahrheit über die Stalinschen Lager in einer Fernsehserie nach Werken von Warlam Schalamow. Ich war auch überrascht und beeindruckt von der Leidenschaftlichkeit, vom Ausmaß und von der Länge der Diskussion, die nach meinem Beitrag über die Februarrevolution in Russland aufkam. Mich freut es, dass die Meinungen so verschieden waren, dass es Leute gibt, die mit mir nicht einverstanden sind, denn das zeigt, dass man endlich wirklich die eigene Vergangenheit begreifen möchte. Sonst kann es auch keinen wohlüberlegten Weg in die Zukunft geben.

ÜBER REUE UND VERGESSEN: Die alte Politikergeneration in den früher kommunistisch regierten Ländern empfindet überhaupt keine Reue. Und der politische Nachwuchs nimmt mit seinen Anschuldigungen und Ansprüchen immer die bequemste Zielscheibe ins Visier – das heutige Moskau. So, als ob sich diese Leute heldenhaft ganz allein befreit hätten und nun ein neues Leben führen, während Moskau kommunistisch geblieben sei. Ich hoffe, dass diese krankhafte Haltung bald der Vergangenheit angehört. Alle Völker, die den Kommunismus leidvoll ertragen mussten, sollten ihn als die wahre Ursache für die bitteren Erfahrungen in ihrer Geschichte erkennen. Wenn wir alle unsere Vergangenheit nüchtern sehen könnten, würde auch in unserem Land die nostalgische Sehnsucht nach sowjetischen Verhältnissen längst zu Ende sein. Und die Länder Osteuropas wie die ehemaligen Sowjetrepubliken würden ihre instinktive Haltung überwinden, den historischen Weg Russlands als Quelle allen Übels zu sehen. Es kann nicht angehen, dass persönliche Greueltaten von konkreten Führern oder politische Regimeverbrechen zur Schuld des russischen Volkes und seines Staates erklärt oder auf die angeblich krankhafte Psyche des russischen Volkes zurückgeführt werden, wie es im Westen oft genug getan wird. Diese Regime konnten sich nämlich nur durch den blutigen Terror in Russland halten. Es ist offensichtlich: Nur eine eigenständig erkannte Schuld kann Unterpfand für eine nationale Genesung sein. Ständige Vorwürfe von außerhalb sind eher kontraproduktiv.

YURJ FEKLISTOV

und im Bürgerkrieg die neue Macht sogar mit der Waffe in der Hand verteidigt. War es wirklich eine von den Volksmassen getragene Revolution?

Buldakow: Das ist eine der vielen Legenden. Die Leute hatten einige Jahre Weltkrieg und Schützengraben hinter sich. Es war nicht daran zu denken, dass jemand danach noch irgendeine Revolution verteidigen würde.

Es wurde versucht, Freiwillige in die Rote Armee einzuberufen. Das funktionierte nicht. Dann wurde die totale Mobilisierung betrieben – die Bauern antworteten mit einer Welle von Aufständen. In den ersten Monaten waren es nur die lettischen Schützen und ungarische Kriegsgefangene, die die Revolution verteidigten. Die lettischen Soldaten wollten ihre baltische Heimat von deutschen Großgrundbesitzern befreien, sie zogen freiwillig an russischer Seite in den Krieg. Nachdem die baltischen Länder besetzt worden waren, konnten sie nicht zurück und dienten sich der Sowjetmacht an, die bereit war, sie zu bezahlen.

Unter den ungarischen Kriegsgefangenen dagegen gab es Möchtegernrevolutionäre. Sie zogen es vor, mit der Waffe in der Hand für die Weltrevolution zu kämpfen, in der ein freies Ungarn einen würdigen Platz finden würde. Auch anarchistische Matrosen kämpften mit. Es war eine Mischung aus Idealisten, Banditen und Söldnern, welche die Sowjetmacht unterstützten. Das russische Volk aber setzte sich damals zu 80 Prozent aus Bauern zusammen. Sie bekamen das Land, welches den Grundbesitzern mit Gewalt abgenommen worden war. Das teilten sie untereinander auf und verteidigten es. Welche Seite im Bürgerkrieg jeweils obsiegte, war ihnen völlig egal.

Gorinow: Die Arbeiter in Petrograd unterstützten durchaus die Revolution, und zwar mehrheitlich. In Moskau und anderen Industriezentren war das nicht anders. Als die Rote Armee gebildet wurde, musste dieser Teil der Arbeiterklasse einrücken. Er wurde zum Kern der recht amorphen und mehrheitlich aus Bauern bestehenden Armee. Die zweite Klasse, die von der Revolution profitierte, waren die Bauern. Sie haben die Bolschewiki großartig unterstützt – bis zum Frühling 1918, als man ihnen gewaltsam die Lebensmittel abnahm, um die hungernden Städte durchzubringen. Unter den Bauern hieß es damals: „Die Bolschewiki sind gut, sie haben uns den Boden gegeben, und die Kommunisten sind schlecht, sie haben uns das Getreide weggenommen.“ Bis zum Frühjahr 1918 gab es sehr wohl einen triumphalen Durchmarsch der Sowjetmacht – sie stieß fast nirgendwo auf Widerstand.

Buldakow: Die Sowjetmacht, von der mein Kollege spricht – das waren die Soldaten aus den Garnisonen im Hinterland. Jene, die nicht mehr zurück in die Schützengräben des Krieges wollten, unterstützten die Sowjetmacht schon.

SPIEGEL: Warum sind gerade jene Revolutionäre der ersten Stunde, die noch an Ideale glaubten, später gnadenlos ausgerottet worden? Je länger sich die Sowjetmacht hielt, umso weniger gläubige Kommunisten blieben an der Macht.

Buldakow: Der Zweck war immer der gleiche: den sozialen Raum zu säubern. Man räumte jene aus dem Weg, die störten. Egal, ob sie Nationalisten, Opportunisten oder Trotzkisten hießen. Wer zweifelte und nicht Schritt hielt, den brauchte man nicht. Die Revolutionäre haben sich gegenseitig vernichtet. Innenminister Jeschow zum Beispiel wurde zum Volksfeind erklärt, weil sein Terror den vorgesehenen Rahmen gesprengt hatte. Es war eine Art sozialistischer Wettbewerb geworden: Die Aktivisten lieferten mehr Menschen ans Messer, als der von oben vorgegebene Plan forderte. Der Terror geriet aus dem Ruder. In manchen Betrieben gab es keine Arbeitskräfte mehr, die man an die Werkbänke stellen konnte. Am Ende mussten ganze Werke stillgelegt werden, die Volkswirtschaft geriet aus dem Rhythmus.



STUMME ZEUGEN
Zurückgelassene Schuhe von Häftlingen eines stalinistischen Konzentrationslagers in der Region Magadan erinnern an das Schicksal von Millionen Menschen.

H.-J. BURKHARD / BILDERBERG

Buldakow:
„Man räumte jene aus dem Weg, die störten. Egal, ob sie Nationalisten, Opportunisten oder Trotzkisten hießen.“

Gorinow:
„Diese Schichten mussten also ausgelöscht werden, damit der Apparat nicht verkrustete.“

Gorinow: Die Lenin-Garde ließ sich durch die Weltrevolution inspirieren, für den anderen Teil war die neue Nomenklatura zuständig. Das waren jene Genossen, auf die sich dann Stalin stützte. Die Ideen der Weltrevolution mussten aus objektiven Gründen für viele Jahre aufgeschoben werden. Deshalb waren die Vertreter der Lenin-Garde plötzlich völlig überflüssig. Stalin war ein Pragmatiker. Gegen Ende der Zwanziger musste die Industrie mit künstlich erzeugtem Massenenthusiasmus und gewaltigem Terror aufgebaut werden. Die ländliche Bevölkerung weigerte sich mitzumachen und ihr Getreide abzuliefern. So wurden die Bauern in Kollektivwirtschaften getrieben und direkter Kontrolle unterstellt.

Die reicheren Bauern dagegen wurden als Häftlinge zur Erschließung der Regionen im Osten und Norden eingesetzt, sie fällten Holz und bauten Kanäle. Die Zwangsarbeit wurde als Triebkraft der technologischen Erneuerung des Landes genutzt. Das war die Welle von 1929. Die Terrorwellen von 1937 und später hatten andere Ursachen: Es war klar, dass ein Krieg nahte. So wurden alle „gesäubert“, die militärische Niederlagen möglicherweise nutzen konnten, um Stalin zu stürzen. Der zweite Grund für regelmäßige Säuberungen: Stalin wollte die Herausbildung regionaler Clans verhindern. Mit einer Nomenklatura, die nur eigene Interessen verficht, war an Modernisierung nicht zu denken. Diese Schichten mussten also ausgelöscht werden, damit der Apparat nicht verkrustete. Es kam eine neue Schicht von jungen und ordentlich gebildeten Kadern, die machthungrig, aber auch arbeitsfähig waren. Diese wollten ihren sozialen Status aufbessern. Sie machten eine neue Beschleunigung mög-

lich, dann wurden auch sie korrumpiert, gesäubert, ausgelöscht.

SPIEGEL: Immer wieder diskutiert wird die Frage, ob beim Übergang der Herrschaft von Lenin zu Stalin die Kontinuität oder der Bruch mit der bis dahin praktizierten Politik überwiegt. Wer ist für Sie der „Gute“, wer der „Böse“?

Buldakow: Die Gegenüberstellung von Lenin und Stalin hat eine lange Tradition. Im Moment, unter Putin, ist bei uns mal wieder Stalin der gute Onkel – und Lenin der schlechte. Das ist Teil einer allgemeinen Fetischisierung von Macht. Lenin funktionierte in jener Phase, in der es um die Zerstörung des Alten ging – obwohl er einen starken staatstragenden Instinkt hatte.

Gorinow: Er war ein genialer Politiker in Krisensituationen.

Buldakow: Lenin war eine große Persönlichkeit – daran führt kein Weg vorbei. Genauso offensichtlich ist, dass Stalin ein erbärmlicher Typ war, freilich mit einem geradezu animalischen Machtinstinkt.

Gorinow: Mit einem großen Willen zur Macht!

Buldakow: Mit einem großen *Trieb* zur Macht – das ist etwas anderes. Geistig war er eine Null, kleinmütig, schäbig. Es gibt manchmal diese verängstigten und feigen Wesen, bei denen der Überlebensinstinkt übermäßig entwickelt ist. Mit diesem Überlebensinstinkt hat er das Imperium wiederhergestellt und zu neuem Leben erweckt. Stalin hat nie an die sozialistischen Ideale geglaubt; er verkörperte den für Russland traditionellen Typ des Gutsherrn, der sich Leibeigene hält. Alles, was es in der Volksseele an Schlechtem gibt, entfaltete sich bei ihm.

Gorinow: Wäre Lenin Parteiführer geblieben, hätte es keine Säuberungen gegeben. Doch die Führerpartei stand plötzlich ohne Führer da. Für Stalin sprach der

SOWJET-ZEREMONIE
Militärische Rituale wie dieser Wachwechsel junger Frauen und Männer an einem Kiewer „Grabmal des unbekannten Soldaten“ (1975) waren ein wesentlicher Bestandteil des Alltags in der Sowjetunion.

Buldakow:
„Das System, das jetzt geschaffen wird, ist wie die Sowjetunion dem Untergang geweiht. Es fragt sich nur, wann es diesmal so weit ist.“

Umstand, dass er die Gesetze des Apparates besser beherrschte: Er war ein genialer Nomenklatura-Mann. Deshalb besiegte er seine Mitstreiter. Stalin war kein geborener Führer und musste deshalb seine Rivalen beiseiteschaffen; Lenin hatte dieses Problem nicht. Aber Stalin war keine schäbige Person, und er war durchaus Marxist. Kein großes Licht in der Theorie, aber er blickte durch.

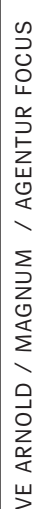
Der Schriftsteller Felix Tschujew, der 140 Gespräche mit Stalins Gehilfen Wjatscheslaw Molotow aufzeichnete, fragte den ehemaligen Außenminister einmal: „Wer war brutaler – Lenin oder Stalin?“ Und Molotow antwortete prompt: „Natürlich Lenin.“ Persönlich und subjektiv war Lenin gutartig. Aber sobald es um die Idee ging – und die feindliche Klasse war für ihn eine Abstraktion –, vergaß er leicht, dass es konkrete Menschen waren, die da ermordet werden sollten. Insofern war Stalin nur eine Fortsetzung Lenins. Dass Stalin kein Feigling war, beweist der Umstand, dass er im Jahre 1941 nicht vor den Deutschen aus Moskau flüchtete, wie der überwiegende Teil der sowjetischen Elite. Churchill und Roosevelt haben ihn als großen Staatsmann respektiert.

Buldakow: Nicht wenn andere einen dafür halten, sondern erst wenn ein Mann in seinem Leben etwas wirklich Bedeutendes geleistet hat, ist er eine herausragende Persönlichkeit.

Gorinow: Nach Lenins Tod haben sich viele geniale Leute um diesen Posten bemüht. Aber es war Stalin, der siegte.

Buldakow: Zum Sieg war kein Genie erforderlich, sondern ein Mann von genau diesem Schlage.

SPIEGEL: Eine breite und tiefe Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Erbe hat in Russland nie stattgefunden, obwohl fast jede Familie vom Terror betroffen war. Warum dieses anhaltende Schweigen?



Buldakow: Die Geschichte wird immer wieder umgeschrieben. In Russland sind es die Machthaber, die jeweils neue Geschichtsfassungen erstellen, nicht die Experten. Die Machthaber aber legen die Geschichte so aus, wie es für sie günstig ist.

Wir haben praktisch zwei parallel verlaufende Geschichtsauslegungen der Sowjetzeit. Das Fernsehen erzählt uns einerseits, welche Schrecken damals passiert sind. Auf anderen Sendern erfährt man, was für ein großer Politiker Genosse Stalin war. Die Geschichtsinterpretation in den Schulbüchern ist ein besonderes Problem. Neuerdings gibt es eine einheitliche Prüfung per Computer. Das heißt: Man muss die Antworten kennen, die als richtig gelten. Das Volk wird einmal mehr für dumm verkauft.

Gorinow: Unter Jelzin wiederum war es schlimm, dass die sowjetische Vergangenheit diffamiert wurde, objektiv aber hat sich niemand mit ihr auseinandergesetzt. Am Ende hat die Nomenklatura zwar die Einschränkungen beseitigt, die es im Sozialismus gab und das Eigentum neu aufgeteilt. Danach aber wurden Demokratie sowie Meinungs- und Pressefreiheit völlig überflüssig und abgeschafft. Eine wirkliche Diskussion über unsere Vergangenheit fand nie statt.

SPIEGEL: Hat die Gesellschaft eine solche Diskussion überhaupt gewollt?

Gorinow: Die Gesellschaft schon – ich meine natürlich den Kreis der Intellektuellen. Aber nicht die Machthaber.

Buldakow: Ich sehe nicht, dass es die Gesellschaft nach solch einer Diskussion dürstet. Heute wäre eine normale Debatte über die sowjetische Vergangenheit möglich. Aber die Machtelite braucht sie nicht. Das althergebrachte sowjetische Erbe wird einmal mehr aufpoliert – wir schreiten mit Siebenmeilenschritten in eine neue Stagnation.

SPIEGEL: Putin hat den Zusammenbruch der UdSSR als größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Würden Sie das unterschreiben, Herr Gorinow?

Gorinow: Ja, nur ist mir Zusammenbruch ein zu schwacher Begriff. Ich spreche von Mord an der Sowjetunion, weil es ein Referendum über die Bewahrung der Sowjetunion gab, bei dem sich die Mehrheit unseres Volkes dafür aussprach. Die Aufteilung der Sowjetunion wurde also gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit durchgesetzt. Genau genommen war das ein antidemokratischer Umsturz.

Von der größten geopolitischen Katastrophe müssen wir angesichts der späteren Ereignisse sprechen – der Bombardements gegen Jugoslawien oder der Einbeziehung von Ländern wie Kirgisien und Tadschikistan in die Interessensphäre Amerikas. Das globale Gleichgewicht wurde zerstört, das Weltsystem instabil. Der amerikanische Imperialismus kennt keinen Halt mehr, Kriege entstehen viel leichter als früher. Bombardements mitten in Europa konnte sich früher niemand vorstellen – nun finden sie zum Schutz der Drogenmafia im Kosovo statt.

SPIEGEL: Das klingt ziemlich apokalyptisch.

Buldakow: Die vom Kreml erfundene „souveräne Demokratie“ ist eindeutig eine Karikatur auf die sowjetische Demokratie. Die Situation ist furchterregend: Zu den Siebenmeilenschritten gehören die Siebenprozenthürde bei den Parlamentswahlen, die Eliminierung der Abstimmungsmöglichkeit „gegen alle Kandidaten“, die Abschaffung einer unteren Beteiligungsgrenze bei den Wahlen, die Schaffung eines künstlichen Anderthalbparteiensystems – dieses ganze Schauspiel der Kremlpartei, die plötzlich einen einzigen Kandidaten benennt. Ich habe schon vor zwei Jahren gesagt: Wozu muss Putin sich an den Präsidentenposten klammern? Er kann sich auch so als allmächtiger Generalsekretär nominieren lassen. Das System, das jetzt geschaffen wird, ist wie die Sowjetunion dem Untergang geweiht. Es fragt sich nur, wann es diesmal so weit ist.



PHOTOXPRESS / VISUM

KREMLHERR ALS POPSTAR Angehörige der Jugendbewegung „Naschi“ („Die Unsrigen“) feiern am 7. Oktober 2007 in Moskau Präsident Putins 55. Geburtstag – wieder einmal ist Russlands Herrscher ein öffentlich umjubelter Held.

Gorinow: „Die Unterstützung für Putin hängt damit zusammen, dass das Volk mit seinem Namen die Wiedererrichtung des Reichs verbindet.“

SPIEGEL: Aber die Unterstützung für Putin ist aufrichtig.

Buldakow: Das gehört zur russischen Tradition: Der Zar ist gut, die Bojaren sind böse. So wird die Macht seit jeher sakralisiert – eine Macht, die angeblich alles kann und daher nicht kritisiert werden darf.

Gorinow: Gegen Ende der Perestroika-Zeit gab es Diskussionen, die die gesamte russische Geschichte als eine Kette von Sackgassen betrachtete: Zunächst hätten wir uns das falsche Christentum gewählt, dann habe Iwan der Schreckliche viel Blut vergossen, dann habe man irrtümlicherweise Lenin an die Macht gelassen und schließlich unnötigerweise Stalin die Hebel übergeben. Alles, was geschah, war demnach falsch, doch immerhin existiert Russland bereits seit einem Jahrtausend.

Die Unterstützung für Putin hängt damit zusammen, dass das Volk mit seinem Namen die Wiedererrichtung des Reichs verbindet. Und das bisschen Stabilität, das wir jetzt haben.

Buldakow: Jeder möchte in einem starken Reich leben. Reiche haben es allerdings an sich, von Krisen erschüttert zu werden oder auch ganz zu verschwinden. Es ist eine majestätische historische Konstruktion – aber keine verlässliche.

SPIEGEL: Herr Buldakow, Herr Gorinow, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

LENIN-MAUSOLEUM

Roter Platz, Moskau

Mehrmals hat die russische Regierung überlegt, den Leichnam von Wladimir Iljitsch Uljanow nach dem Willen des Verstorbenen endlich neben seiner Mutter auf dem Friedhof in St. Petersburg zu begraben. Doch noch immer liegt der Revolutionsführer in seinem beleuchteten Kristallsarg zu Füßen des Kreml – nur einmal, während des Kriegs 1942, wurde er nach Sibirien evakuiert. *www.lenin.ru*

STALIN-MUSEUM

Gori, Georgien

Der Sohn des georgischen Schuhmachers Dschugaschwili liegt zwar in Moskau begraben. In seiner Heimatstadt aber, eine Autostunde von Tiflis entfernt, steht die einzige aus frühen Sowjetzeiten verbliebene Stalin-Statue. Von ihr führt eine Triumph-Allee zum Geburtshäuschen des Diktators, das mit einem neoklassizistischen Museumstempel umbaut wurde. Alles ist da: der Reisezug des Kremlchefs, sein Marschall-Mantel und der Pelikan-Füller von der Potsdamer Konferenz - und natürlich unverstellter Stalin-Kult.
www.stalinmuseum.ge

KGB-MUSEUM

Moskau

Die früheren CIA-Chefs Turner und Webster waren schon hier, ja Vertreter fast aller bedeutenden Geheimdienste der Welt: Seit 1989 ist die frühere Zentrale der Tschekisten in der berüchtigten Lubjanka als Museum der Öffentlichkeit zugänglich. In den Gewölben des Hauses wurden Hunderttausende verhört und gefoltert; doch die KGB-Erben beschränken sich in ihrer Schau vor allem auf den 50-jährigen Spionagekrieg zwischen der Sowjetunion und den USA.
www.fsb.ru/history/museum.html

PERM-36

Gulag-Museum in Kutschino, Gebiet Perm

1100 Kilometer östlich von Moskau befindet sich das bislang einzige Gulag-Museum Russlands - auf dem Gelände der früheren „Arbeitsbesserungsanstalt Nr. 6". Das Lager wurde erst 1987 geschlossen; es war für politische Dissidenten bestimmt. Der berühmteste Gefangene, der in Perm-36 starb, war der auf Anregung Heinrich Bölls für den Literatur-Nobelpreis vorgeschlagene ukrainische Dichter Wassyl Stus.
www.perm36.ru

MAJAKOWSKI-MUSEUM

Moskau

„Schreihals der Revolution", wurde der Dichter Wladimir Majakowski genannt, der sich 1930 das Leben nahm. Sein Schaffen war provokativ wie er selbst - und so präsentiert sich auch das Museum: eine anarchistisch anmutende Schau, in der sich Majakowskis Kunst mit seinen Habseligkeiten mischt.
www.museum.ru/majakovskiy

MUSEO CASA DE LEÓN TROTSKY

Mexico City

Die letzte Zuflucht des Gründers der Roten Armee liegt in Coyoacán, einem südlichen Stadtteil von Mexico City - das Anwesen verschaffte ihm der Maler Diego Rivera. Obwohl das Refugium zur Festung ausgebaut wurde, erreichte Stalins Hand den Verfemten selbst hier: Ein Agent erschlug Trotzki 1940 mit einem Eispickel in dessen Arbeitszimmer. Dort liegt noch heute als letztes Manuskript eine Stalin-Biografie auf dem Tisch; Trotzki ist unter einem Granitquader, in den Hammer und Sichel eingraviert sind, im Garten begraben.



Trotzkis Schlafzimmer in Mexico City

OKKUPATIONSMUSEEN, MUSEUM FÜR DIE OPFER DES GENOZIDS

Tallinn, Riga, Vilnius

Die von Exilanten aus Westeuropa und Übersee mitfinanzierten Sammlungen erinnern an die Besatzungsregime, unter denen die baltischen Republiken ab 1940 zu leiden hatten. Dokumentiert werden die Repressionen gegen die Elite, die Massendeportationen wie auch die Untergrundbewegung der Nachkriegsjahre.
www.okupatsioon.ee
www.occupationmuseum.lv
www.genocid.lt

MUSEUM FÜR MODERNE GESCHICHTE RUSSLANDS

Moskau

Das Museum dokumentiert 200 Jahre russische Geschichte, darunter die gesamte Sowjetepoche. Über 90 Jahre hinweg hat das Haus zwei Millionen Exponate gesammelt und präsentiert sie nun - nach ideologischer Entschlackung - neu. Sehenswert: die Sammlung scheußlicher Staatsgeschenke für die Sowjetführung.
www.sovr.ru

RAINER DREXEL / BILDERBERG (L.); ITAR-TASS / DPA (O.)

ANNE APPLEBAUM
Der Gulag.
Goldmann Verlag, München; 736 Seiten; 14 Euro
Die Gesamtdarstellung des sowjetischen Lageruniversums beruht auf jahrelangen Recherchen in russischen Archiven und vielen Gesprächen mit Überlebenden. Sie beginnt mit den Anfängen nach der Revolution und endet mit der Auflösung der Lager durch Gorbatschow. Das exzellent dokumentierte und erzählte Werk der US-Journalistin Applebaum wurde mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet.

IWAN BUNIN
Verfluchte Tage. Ein Revolutionstagebuch
Dörlemann Verlag, Zürich; 260 Seiten; 19,80 Euro
Diese Aufzeichnungen schrieb Iwan Bunin, der 1933 als erster Russe den Literatur-Nobelpreis erhielt, unter dem Eindruck des Umsturzes von 1917/18 - den er als Katastrophe erlebte.

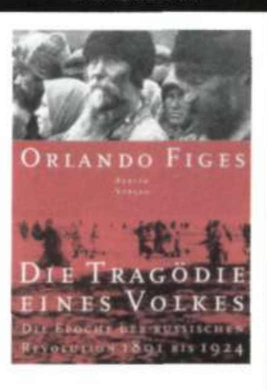
ORLANDO FIGES
Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924
Berlin Verlag, Berlin; 976 Seiten; 49 Euro
Monumentale, multiperspektivisch entfaltete Geschichte der „Tragödie eines Volkes". Das mehrfach preisgekrönte Werk beschreibt zunächst einen reformunfähigen Zarismus und die Vorgeschichte der Revolution, reicht bis zum Tod Lenins und verbindet lebendige Erzählung mit klarer Analyse.

MANFRED HILDERMEIER
Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates
Verlag C. H. Beck, München; 1208 Seiten; 49,90 Euro
Der Göttinger Historiker wendet sich ausdrücklich auch an Nichtfachleute. Seine prägnante, enorm faktenreiche Gesamtdarstellung ist flüssig geschrieben und ragt aus der neueren Literatur zu diesem Thema heraus.

GERD KOENEN
Utopie der Säuberung
S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main; 464 Seiten; 13,45 Euro
Der Frankfurter Historiker Koenen stellt in seinem auch stilistisch vorzüglichen Groß-Essay den Versuch, die sowjetische Welt radikal von allem Alten zu säubern, als Kern eines nie dagewesenen Experiments dar, das den Terror logisch voraussetzt.

SIMON SEBAG MONTEFIORE
Der junge Stalin
S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main; 544 Seiten; 24,90 Euro
Der britische Historiker und Journalist Montefiore konnte erstmals die Erinnerungen von Stalins Mutter auswerten. Seine farbige Biografie wurde nicht nur von Fachleuten mit hohem Lob bedacht, sondern auch ein internationaler Bestseller.

ANATOLIJ RYBAKOW
Die Kinder vom Arbat
Antiquarisch lieferbar
Moskau 1933, am Vorabend von Stalins großen Säuberungen. In den Hotels spielen die Tanzorchester Jazz für die sowjetische Jugend. Der Student











Sascha Pankratow gerät schuldlos in die Fänge der Geheimpolizei. Im Bestseller der Perestroika-Jahre kehrt Stalin als dämonische Romangestalt wieder.

JUTTA SCHERRER
Kulturologie. Russland auf der Suche nach einer zivilisatorischen Identität
Wallstein Verlag, Göttingen; 192 Seiten; 14 Euro
„Kulturologie" heißt ein Pflichtfach an russischen Hochschulen, das Auswege aus der Krise der postkommunistischen Gesellschaft weisen soll. Statt Marxismus-Leninismus bietet es nun eine neue Lebensphilosophie - und wieder dreht sich alles um die „russische Idee", den besonderen Zivilisationstyp mit eigener sittlich-moralischer Tradition.

ROBERT SERVICE
Lenin. Eine Biographie
Deutscher Taschenbuch Verlag, München; 680 Seiten; 19,50 Euro
Die Biografie des renommierten britischen Historikers ist nüchtern, prägnant und unvoreingenommen - ein Standardwerk innerhalb der unüberschaubaren Vielzahl von Lenin-Biografien.

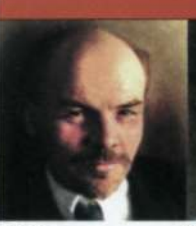
ANDREJ SINJAWSKIJ
Der Traum vom neuen Menschen oder Die Sowjetzivilisation
S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main; 416 Seiten; 19,90 Euro
Der scharfsinnige Literaturwissenschaftler Sinjawskij präsentiert seine enzyklopädische Kenntnis des Themas mit Lakonie und Brillanz. Das Buch gehört zu den besten und einsichtsreichsten Studien, die über das Sozial- und Menschenexperiment der Russischen Revolution publiziert wurden.

BERND STÖVER
Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters.
Verlag C. H. Beck, München; 528 Seiten; 24,90 Euro
Der in Potsdam lehrende Historiker gibt einen umfassenden Überblick über jene Ära, in der die Welt von der Auslöschung durch die Atomwaffen-Arsenale der Sowjetunion und der USA bedroht war.

JENS SPARSCHUH
Schwarze Dame
Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln; 352 Seiten; 18,90 Euro
Ein (Ost-)Deutscher kehrt als Dolmetscher nach Russland zurück, wo er zu Sowjetzeiten am Leningrader Seminar für Logik studierte - ganz wie der Berliner Schriftsteller Sparschuh. Der kluge Roman eines Insiders, voller Wehmut und Ironie.

ALEXANDER VATLIN, LARISSA MALASCHENKO
Schweinefuchs und das Schwert der Revolution. Die bolschewistische Führung karikiert sich selbst.
Antje Kunstmann Verlag, München; 216 Seiten; 24,90 Euro
Diese oft treffenden, komischen und bissigen Karikaturen, in denen Russlands führende Revolutionäre einander wechselseitig aufs Korn nahmen, sind der verblüffende Fund eines russischen Historikers im früheren kommunistischen Parteiarchiv.

REGISTER


Lenin


Kollontai


Majakowski


Trotzki


Stalin


Brik

IMPRESSUM

SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG
Brandstwiete 19,
20457 Hamburg

TELEFON
(040) 3007-0

TELEFAX
(040) 3007-2246 (Verlag),
(040) 3007-2247 (Redaktion)

E-MAIL
spiegel@spiegel.de

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein (1923–2002)

CHEFREDAKTEUR
Stefan Aust

STELLVERTRETENDE CHEFREDAKTEURE
Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

VERANTWORTLICH
Stephan Burgdorff, Dr. Christian Neef, Dr. Rainer Traub

CHEF VOM DIENST
Thomas Schäfer, Holger Wolters

GESTALTUNG
Ralf Geilhufe

INFOGRAFIK
Thomas Hammer, Gernot Matzke

BILDREDAKTION
Claus-Dieter Schmidt

AUTOREN
Dr. Florian Altenhöner, Georg Bönisch, Dr. Heiko Buschke, Prof. Orlando Figes, Uwe Klußmann, Gerd Koenen, Siegfried Kogelfranz, Walter Mayr, Jörg R. Mettke, Wladimir Pyljow, Matthias Schepp, Prof. *Jutta Scherrer, Simone Schlindwein*, Jens Sparschuh, Prof. Bernd Stöver, Dr. Klaus Wiegrefe, Anika Zeller

SCHLUSSREDAKTION
Reinhold Bussmann, Bianca Hunekuhl, Tapio Sirkka

DOKUMENTATION
Sonny Krauspe;
Jörg-Hinrich Ahrens, Johannes Eltzschig, Silke Geister, Peter Kühn, Tobias Mulot, Mirjam Schlossarek, Dr. Eckart Teichert

TITELBILD
Stefan Kiefer; Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg, Arne Vogt

ORGANISATION
Angelika Kummer, Antje Wallasch

PRODUKTION
Solveig Binroth, Ines Hermes, Petra Thormann

HERSTELLUNG
Mark Asher

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN
Norbert Facklam

ANZEIGENOBJEKTLEITUNG
Susanne Korn

VERANTWORTLICH FÜR VERTRIEB
Thomas Hass

DRUCK
appl druck GmbH & Co. KG, Wemding

OBJEKTLEITUNG
Manuel Wessinghage

GESCHÄFTSFÜHRUNG
Dr. Mario Frank

© SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG,

Dezember 2007 ISSN 1612-6017

V.L.N.R.: INTERFOTO; BPK; CINETEXT BILDARCHIV/HBA; SÜDDEUTSCHER VERLAG; INTERFOTO; RIA NOVOSTI